

Larissa Rohr

# Stachel im Fleisch der Mutterpartei

Strategien der Parteienachwuchsorganisation  
Grüne Jugend zur Einflussnahme auf die  
Mutterpartei Bündnis 90 / Die Grünen



Universität-Duisburg-Essen

Schriftenreihe Idealus

Band 2

Schriftenreihe des Instituts für

Politikwissenschaften der Universität Duisburg-  
Essen

Schriftenreihe Idealus

Das Institut für Politikwissenschaft verleiht einmal im Jahr den Preis für die beste Masterarbeit sowie den Preis für die beste Bachelorarbeit um studentische Exzellenz in den Studiengängen des Instituts sichtbar zu machen.

Die Auswahl der Preisträger und Preisträgerinnen erfolgt durch das gewählte Preiskomitee des Instituts auf der Grundlage von Vorschlägen. Vorschlagsberechtigt sind die Betreuerinnen und Betreuer der jeweiligen Abschlussarbeit.

Die vorgeschlagenen Arbeiten müssen zwischen dem 1. Juni des Vorjahres und dem 31. Mai des jeweils laufenden Jahres in einem der Studiengänge des Instituts für Politikwissenschaft abgeschlossen worden sein. Sie müssen sich durch herausragende wissenschaftliche Qualität auszeichnen.

Larissa Rohr

# Stachel im Fleisch der Mutterpartei

Strategien der Parteienachwuchsorganisation  
Grüne Jugend zur Einflussnahme auf die Mutterpartei Bündnis 90/Die Grünen.

Weitere Schriften der Reihe:

Erik Wenker:

Migranten auf dem Stimmzettel. Eine Vignettenanalyse zur Untersuchung der Wirkung der ethnischen Herkunft von politischen Kandidaten in Verbindung mit weiteren Kandidateneigenschaften auf die Kandidatenevaluation der Wähler

Stephan Trappe:

Electoral violence and electoral reform in Lesotho. An assessment of the causal relationship between electoral systems and electoral violence and the prospects of addressing electoral violence through electoral system reform

Schriftenreihe Idealus

ISBN: 978-3-940402-30-1

ISSN: 2699-030X

DOI: 10.17185/duepublico/71901

Universität Duisburg-Essen, Essen, 2019

Institut für Politikwissenschaften der Universität Duisburg-Essen

Cover und Foto: Veit Voßhans

Dieses Werk ist unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ Namensnennung - Keine Bearbeitungen 4.0 International zugänglich. Um eine Kopie dieser Lizenz einzusehen, konsultieren Sie <https://creativecommons.org/licenses/by-nd/4.0/deed.en>



## **Danksagung**

An dieser Stelle möchte ich mich bei allen bedanken, die mich während meiner Masterarbeit unterstützt und motiviert haben. Ein großes Dankeschön geht zunächst an die Betreuer meiner Masterarbeit, Dr. Niko Switek und Prof. Dr. Karl-Rudolf Korte, für die hilfreichen Impulse und die großartige Betreuung. Den wertvollen und kreativen Austausch habe ich sehr geschätzt. Ein weiterer Dank möchte ich Sandra Plümer, Dr. Martin Florack und Dr. Kristina Weissenbach aussprechen, die meinen Forschungsprozess darüber hinaus mit offenen Ohren, lebhaften Debatten und kreativen Impulsen vorangebracht haben.

Ohne die Offenheit und den Zuspruch der Grünen Jugend wären mir viele Einblicke in den Willensbildungsprozess der Partei und die Strategien des Jugendverbands verborgen geblieben. Ich bedanke mich besonders bei Henrike Menze, Ricarda Lang, Liam Harrold und Jonas Gräber für das Vertrauen, die Geduld, die organisatorische Unterstützung und die angenehme Zusammenarbeit. Ein großer Dank gilt auch meinen Interviewpartnern, die sich viel Zeit für meine Fragen genommen haben, die selbst sehr neugierig waren und ein großes Interesse an meiner Forschung hatten.

Für meine Recherchen konnte ich auf die Bestände im Archiv Grünes Gedächtnis zurückgreifen. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern danke ich für die freundliche und professionelle Hilfe. Hervorheben möchte ich Anne Vechtel und Steffi Rönnefarth, die mir mit ihrer Expertise geholfen und mir viele Einblicke in die Archivarbeit gegeben haben.

Für die Hilfe beim Korrekturlesen und viele motivierende Worte danke ich außerdem Birgit Rohr, Svenja Gläßge und Patrick Leibach.

Nicht zuletzt geht mein Dank an die "WG in der Dortmunder Straße", bestehend aus Fabian Gräf, Christoph Schulte und Jana Grote, die mir während meiner Forschungsaufenthalte in Berlin immer ein Gästezimmer zur Verfügung gestellt haben und mir mit Geduld, Interesse und Ideen zur Seite standen.

Mannheim, Dezember 2019

Larissa Rohr

## **Geleitwort**

Zur Schriftenreihe

Larissa Rohr (MA Politikmanagement): Stachel im Fleisch der Mutterpartei. Strategien der Nachwuchsorganisation Grüne Jugend zur Einflussnahme auf die Mutterpartei Bündnis 90/Die Grünen (Betreuer: Dr. Niko Switek, Prof. Dr. Karl-Rudolf Korte)

## Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis .....	1
Abbildungsverzeichnis .....	2
Tabellenverzeichnis.....	2
1 Einleitung .....	10
2 Zusammenfassung des Forschungsstands und Herleitung der Forschungsfrage .....	13
2.1 Prozesse innerparteilicher Entscheidungsfindung .....	13
2.2 Faktionen als strukturierende Elemente innerparteilicher Entscheidungsfindung .....	17
2.3 Parteinachwuchsorganisation als institutionalisierte Faktionen: Geschichte, Funktionen und Verhältnis zur Mutterpartei .....	18
3 Aufbau des Forschungsdesigns.....	23
3.1 Ziele, Relevanz und Forschungsdesign der Arbeit .....	23
3.2 Fallauswahl .....	25
3.3 Strategie als absichtsvolle Ziel-Mittel-Umwelt-Kalkulation ....	28
3.4 Entwicklung des gegenstandsbezogenen Analyserahmens.....	29
3.5 Methodik.....	34
3.5.1 Datenquellen und -erhebung.....	34
3.5.2 Datenauswertung.....	36
4 Die Geschichte der Grünen Jugend und ihr Verhältnis zur Mutterpartei.....	37
4.1 1986-1994: Gründung des Grün-Alternativen Jugendbündnisses .....	37
4.2 1994-1997: Konsolidierungsphase und verbandsinterne Debatten .....	39
4.3 1998-2001: Umbruchphase und Ausbau der Mitwirkungsrechte .....	44

<b>4.4</b>	<b>2002-2017: Professionalisierung der Einflussfaktoren.....</b>	<b>50</b>
<b>5</b>	<b>Einflussstrategien auf innerparteiliche Entscheidungen .....</b>	<b>58</b>
<b>5.1</b>	<b>Einflussstrategien auf personelle Entscheidungen .....</b>	<b>58</b>
5.1.1	Ein Ende des Personalkults um Joschka Fischer .....	59
5.1.2	Vermittlungsversuche im Streit um die Trennung von Amt und Mandat .....	61
5.1.3	Mit Werbekampagnen und Voten zur Verjüngung der Führungsriege .....	62
<b>5.2</b>	<b>Einflussstrategien auf inhaltliche Entscheidungen.....</b>	<b>69</b>
5.2.1	Jugendpolitik: Eine neue Präambel für das Wahlprogramm .....	69
5.2.2	Drogenpolitik: Joints aus Pappmaché für die Legalisierung von Cannabis .....	71
5.2.3	Außenpolitik: Mobilisierung zum »Aufstand für den Friesen«.....	72
5.2.4	Sozialpolitik: Kampf für eine Bürgerversicherung .....	74
5.2.5	Klimapolitik: Mit der Presse und Rhetorik zum schnellen Atomausstieg.....	77
5.2.6	Wirtschaftspolitik: Mit ausgefeilten Anträgen zum höheren Spitzensteuersatz .....	79
5.2.7	Asylpolitik: Öffentliche Appelle gegen die Asylpakete.....	81
5.2.8	Bildungspolitik: Mit Bündnisarbeit zur Mindestausbildungsvergütung.....	83
<b>5.3</b>	<b>Einflussstrategien auf strategische Entscheidungen .....</b>	<b>85</b>
5.3.1	Schwarz-Grün? Nein danke!.....	85
5.3.2	Mitgliederbeschlüsse zum Umgang mit der AFD .....	93
<b>6</b>	<b>Fazit und Implikation für die Analyse von Einflussstrategien der Parteijugendverbände .....</b>	<b>94</b>
	<b>Literatur- und Quellenverzeichnis.....</b>	<b>102</b>
	<b>Liste der Interviews .....</b>	<b>120</b>
	<b>Anhang.....</b>	<b>I</b>



## Abkürzungsverzeichnis

AfD	Alternative für Deutschland
AGG	Archiv Grünes Gedächtnis der Heinrich-Böll-Stiftung
BAG / BAGen	Bundesarbeitsgemeinschaft/en
BDK / BDKen	Bundesdelegiertenkonferenz/en
BGS	Bundesgeschäftsstelle
Bundeskongresse	Bundesjugendkongresse
CDU	Christlich Demokratische Union
FDP	Freie Demokratische Partei
GAJB	Grün-Alternatives Jugendbündnis
GJ	Grüne Jugend
JU	Junge Union
JuLis	Junge Liberale
Jusos	Jungsozialisten
LAG / LAGen	Landesarbeitsgemeinschaft/en
Linke	DIE LINKE
Linksjugend	linksjugend ['solid]
MdB	Mitglied des Bundestags
MdEP	Mitglied des Europäischen Parlaments
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
taz	die tageszeitung
TTIP	Transatlantic Trade and Investment Partnership

## **Abbildungsverzeichnis**

Abbildung 1: Übersicht über das Phasenmodell zur Entwicklung der Grünen Jugend.....	IX
Abbildung 2: Aufbau des GAJB / der Grünen Jugend zwischen 1994 und 2001.....	X
Abbildung 3: Aufbau der Grünen Jugend zwischen 2002 und 2013.....	XI
Abbildung 4: Aufbau der Grünen Jugend zwischen 2014 und 2017.....	XII
Abbildung 5: Mitgliederentwicklung des GAJB / der Grünen Jugend von 1994 bis 2017.....	XIII

## **Tabellenverzeichnis**

Tabelle 1: Übersicht über die Modi der Entscheidungsfindung in Bezug auf die beteiligten Akteure sowie den Entscheidungsort.....	15
Tabelle 2: Darstellung des Forschungsdesigns.....	I
Tabelle 3: Übersicht über die Bestandteile des Materialkorpus und Erläuterung zu den Zitationsweisen.....	III
Tabelle 4: Mitglieder des Bundesvorstands der Grünen Jugend, die für den Bundesvorstand von Bündnis 90/ Die Grünen kandidiert haben.....	XIV
Tabelle 5: Mitglieder des Bundesvorstands der Grünen Jugend, die für den Parteirat von Bündnis 90/ Die Grünen kandidiert haben.....	XV
Tabelle 6: Mitglieder des Bundesvorstands der Grünen Jugend, die für die Europawahlliste von Bündnis 90/ Die Grünen kandidiert haben.....	XVI



## 1 Einleitung

Am 25. November 2001 hing die rot-grüne Regierung am seidenen Faden. An diesem Tag hatten die Delegierten von Bündnis 90/Die Grünen auf ihrem Parteitag in Rostock die Entscheidung zu treffen, ob sich die Bundeswehr militärisch am Afghanistan-Einsatz beteiligen soll. Ein Nein bedeutete ein Ende der Regierung, da Bundeskanzler Gerhard Schröder zuvor das Bundeswehrmandat mit einer Vertrauensfrage verknüpft hatte (Breuer 2001). Die Entscheidung stand „im Konflikt mit den [...] Grundlinien grüner Außenpolitik“ (Stifel 2018: 116) und veranlasste die Medien dazu, über innere Zerstrittenheit und eine Zerreißprobe für Bündnis 90/Die Grünen zu spekulieren (Baur 2018; Breuer 2001; DPA and Lindenberg 2001; Haselberger et al. 2001; Kröter 2001: 4).

Wenige Stunden nach der umstrittenen und kontrovers diskutierten Zustimmung hatten die Delegierten Grund zum Feiern, denn nahezu unbeachtet von der Medienöffentlichkeit wurde die Parteienachwuchsorganisation Grüne Jugend (GJ) nach acht Jahren formaler Unabhängigkeit offiziell Teilorganisation von Bündnis 90/Die Grünen (Kröter 2001: 4). Damit hatte eine Partei, die lange Zeit die Notwendigkeit eines Jugendverbands grundlegend bestritten hatte, ab 2001 offiziell eine eigene Jugendorganisation (AGG, D.I.3, [59]; AGG, Grün 503-2: 2; Hohlfeld 1993: 435–6; Switek 2015: 184; Winden 1997: 30). Zur Feier des Tages schenkte die Mutterpartei<sup>1</sup> der Grünen Jugend grüne Chilischoten, verbunden mit der „Aufforderung, grün und scharf zu bleiben“ (AGG, D.I.3, elekt. Archiv). Die Jugendlichen erwiderten diese Geste und beglckten Bündnis 90/Die Grünen mit kleinen Joints für die Bewusstseinsenerweiterung (AGG, D.I.3, elekt. Archiv; Kröter 2001: 4). Dieses Geschenk war als provokante Botschaft gedacht, um zu zeigen, „wir sind stachelig [...] und nicht angepasst“ (von der Ahe 2018). Stachel<sup>2</sup> im Fleisch der Mutterpartei zu sein – Dieser Anspruch begleitet den Jugendverband von

---

<sup>1</sup> Als Mutterpartei wird ganz allgemein die Partei verstanden, der die Jugendorganisation inhaltlich nahesteht, der sie ggfs. als Teilorganisation angegliedert ist und von der sie finanziell unterstützt wird.

<sup>2</sup> Das Symbol und die Redewendung des Stachels taucht an verschiedenen Stellen in der Geschichte der Grünen Jugend auf. So kündigte die damalige GAJB-Bundessprecherin Katja Husen beispielsweise im Jahr 1998 in einer Bilanz zur Arbeit der rot-grünen Bundesregierung an, man wolle „Stachel im Fleisch der Bündnisgrünen“ bleiben und eine „glaubwürdige und ehrliche Politik für junge Menschen in der Regierungskoalition einfordern“ (AGG, D.I.3: 11). Für den Wahlkampf 2005 wurde das Verbandslogo des Igels als Symbol der Stacheligkeit genutzt. Passend dazu entschied sich der Jugendverband für den Wahlkampflogan „Stacheln zeigen“ (AGG, D.I.3, 46 (1/2); AGG, ZS 900). Im Wahlkampf 2013 verabschiedete die Parteienachwuchsorganisation den Beschluss „Jung. Grün. Stachlig. 2013“, der verschiedene Forderungen an die Mutterpartei enthielt, und wollte sich mit dem Papier aktiv in den Schreibprozess des Wahlprogramms einbringen (GJ BGS, elekt. Abgabe, 16.1.2018). Der Rechtswissenschaftler Volkmann interpretiert den Stachel in Zusammenhang mit der Grünen Jugend als „Indiz für eine durchaus gewollte Widerborstigkeit und Renitenz“ (Volkmann 2006: 113).

seiner Gründung im Jahr 1994 bis heute. Dabei verstand sich die Grüne Jugend weniger als Kaderschmiede oder Spielwiese für den Parteienachwuchs, sondern vielmehr als Pressure-Group mit dem Ziel, eine starke Jugendlobby zu bilden, sich im innerparteilichen Willensbildungsprozess Gehör zu verschaffen und auf die politische Entwicklung von Bündnis 90/Die Grünen Einfluss zu nehmen (Hohlfeld 1993: 441).

Grundsätzlich gelten Parteienachwuchsorganisationen, wie die Grüne Jugend, aufgrund ihrer Artikulationsfunktion und des Potentials, Innovationsmotor für programmatische Erneuerungen zu sein, als relevante Akteure im innerparteilichen Willensbildungsprozess. Dennoch finden sie in der Wissenschaft kaum Beachtung (Volk 2008: 59; Westerwelle 1994: 36–37). Die wenige bestehende Literatur konzentriert sich vor allem auf die Jugendverbände der großen Volksparteien und die Rekrutierungsfunktion, wobei der Artikulationsfunktion wenig Platz eingeräumt wird (Grotz 1983; Gruber 2009; Jungblut and Weber 2017; Krabbe 2001; Krabbe 2002; Neuhäuser 2009; Stock 2008; Volk 2008; Westerwelle 1994). Um diese Forschungslücken zu schließen, wird in dieser Masterarbeit folgende Forschungsfrage gestellt: Welche Strategien hat die Parteienachwuchsorganisation Grüne Jugend zwischen 1994 und 2017 genutzt, um auf personelle, inhaltliche und strategische Entscheidungen innerhalb der Mutterpartei Bündnis 90/Die Grünen einzuwirken?

Da bisher kaum wissenschaftliche Erkenntnisse zu parteipolitischen Jugendverbänden als Akteure der innerparteilichen Entscheidungsfindung vorliegen, wird eine Einzelfallstudie durchgeführt. Diese hat zum Ziel, den Fall Grüne Jugend detailliert zu untersuchen, Einflussstrategien zu rekonstruieren und schlussendlich einen Beitrag zur gegenstandsbezogenen Theorieentwicklung zu leisten. Datengrundlage für die Einzelfallstudie bilden verbandsinterne Dokumente aus den Jahren 1986 bis 2017, die der Autorin im Rahmen eines Forschungsprojekts zur Verfügung gestellt wurden. Ergänzt werden die Dokumente durch Experteninterviews mit (ehemaligen) GJ-Bundesvorstandsmitgliedern. Die Dokumenten- und Interviewanalyse erfolgt dabei mit Hilfe eines offenen und gegenstandsbezogenen Analyserahmens, für dessen Entwicklung auf mikropolitische Ansätze, Erkenntnisse aus der Parteienforschung sowie auf vorhandene Literatur zu Jugendverbänden zurückgegriffen wird. Die Arbeit mit dem deduktiv erarbeiteten Analyserahmen ermöglicht es, im Anschluss an die Analyse begrenzt verallgemeinerbare Aussagen zu treffen.

Zur Beantwortung der Forschungsfrage wird in vier Schritten vorgegangen: Zunächst wird der Forschungsstand zu Faktionen im innerparteilichen Willensbildungsprozess dargestellt (Kapitel 2.1 bis 2.2). Basierend darauf wird auch ein Blick auf die bestehende Literatur zu Parteienachwuchsorganisationen geworfen, die als institutionalisierte Faktionen beschrieben werden können (Kapitel 2.3). Ein zweiter Teil der Arbeit widmet sich der Erläuterung der Forschungsstrategie, der Begründung der Fallauswahl, der Definition des

Strategiebegriffs, der Entwicklung des Analyserahmens sowie der Beschreibung der Methoden zur Datenerhebung und -auswertung (Kapitel 3). Auf die Erläuterung des Forschungsdesigns folgt im dritten Teil die Präsentation der Analyseergebnisse, wobei in zwei Stufen vorgegangen wird: Als erstes wird mit Hilfe eines Phasenmodells dargestellt, wie sich das Verhältnis zwischen Grüner Jugend und Bündnis 90/ Die Grünen über die Jahre hinweg verändert hat. Dabei wird gezeigt, wie sich der Anspruch und die Kapazitäten des Jugendverbands, als Pressure-Group zu agieren, verändert haben und wie sich der Jugendverband formelle Repräsentationsrechte als Grundlage der Einflussnahme erkämpft hat (Kapitel 4). Darauf aufbauend werden konkrete Beispiele herangezogen, um das Einwirken auf Entscheidungen von Bündnis 90/Die Grünen nachzuzeichnen. Dabei wird basierend auf theoretischen Vorüberlegungen zwischen Personal- (Kapitel 5.1), Programm- (Kapitel 5.2) und strategischen Entscheidungen (Kapitel 5.3) unterschieden. In einem vierten und letzten Schritt werden die Ergebnisse schließlich zusammengefasst und verallgemeinerbare Annahmen für die Untersuchung der Einflussnahme von Jugendorganisationen auf die Mutterparteien abgeleitet (Kapitel 6).

## 2 Zusammenfassung des Forschungsstands und Herleitung der Forschungsfrage

Die Frage, welche Strategien ein parteipolitischer Jugendverband entwickelt hat, um auf Entscheidungen innerhalb der Mutterpartei einzuwirken, basiert auf verschiedenen theoretischen Annahmen, die im Folgenden näher erläutert werden. Dabei wird ein Blick auf bestehende Literatur zu innerparteilichen Willensbildungsprozessen, zu Faktionalismus und zur Rolle von Parteinachwuchsorganisationen geworfen.

### 2.1 Prozesse innerparteilicher Entscheidungsfindung

Der Politikwissenschaftler Jun definiert Parteien als „Zusammenschlüsse von handelnden Personen [...], die politische Interessen verfolgen und die Durchsetzung von politischen Zielen anstreben“ (Jun 2010: 12). Ihre Handlungen richten Parteien dabei auf die Durchsetzung politischer Inhalte, die Übernahme öffentlicher Ämter sowie die Wiederwahl und Stimmenmaximierung aus. Indem Parteien Entscheidungen treffen, nehmen sie Einfluss auf den politischen Willensbildungsprozess (Jun 2010: 16; Jun 2013: 123; Korte et al. 2006: 102–103). Dieser stellt ein zentrales Interessengebiet der Parteienforschung dar. Treibel sowie Bukow und Poguntke differenzieren zwei Typen parteipolitischer Entscheidungen: Erstens treffen Parteien Personalentscheidungen, indem sie Kandidaten für Wahlen sowie für Regierungsposten rekrutieren und parteiinterne Führungsämter besetzen. Zweitens treffen sie inhaltliche Entscheidungen und formulieren Programme, in denen sie Interessen benennen, Probleme identifizieren und Lösungsansätze beschreiben (Bukow and Poguntke 2013: 187–210; Treibel 2012: 10–11).<sup>3</sup> Vor allem im deutschen Parteiengesetz spielt die Programmorientierung eine zentrale Rolle (Merz and Regel 2013: 211).

Die Erläuterung der Entscheidungsarten wirft die Frage auf, *wer* innerhalb von Parteien überhaupt Entscheidungen trifft. Dieser Fragestellung liegt die Annahme zugrunde, dass Parteien keine einheitlichen Organisationen, sondern Zusammenschlüsse heterogener Akteursgruppen darstellen (Jun 2010: 12; Köllner 2004: 2; Wiesendahl 2010: 56–57).<sup>4</sup> Nach Treibel können im Entscheidungsprozess drei Akteursgruppen identifiziert werden: Erstens die

---

<sup>3</sup> In diesem Zusammenhang können vier verschiedene Programmtypen unterschieden werden: Grundsatzprogramme, Wahlprogramme, Kurzfassungen von Wahlprogrammen zu Werbezwecken sowie Aktions- oder Sofortprogramme (Merz and Regel 2013: 215–216.).

<sup>4</sup> Dabei besteht in der Wissenschaft jedoch Uneinigkeit darüber, wie sich Parteien konkret beschreiben lassen. Während Lösche Parteien als „fragmentierte, lose verkoppelte Anarchien“ (Lösche 1993, zitiert in Jun 2010: 13) charakterisiert, gehen andere Wissenschaftler von einem Stratarchie-Modell mit verschiedenen Machtzentren innerhalb der Parteien aus (Jun 2010: 13).

Parteispitze<sup>5</sup>, also hochaktive Mitglieder in Vorständen oder Parteizentralen, die Entscheidungsprozesse steuert, Entscheidungen vorstrukturiert und häufig innerparteiliche Führungspositionen besetzt. Zweitens mittlere Parteieliten, wie Abgeordnete oder Parteitagsdelegierte, die vor allem für die Programmdefinition und Personalrekrutierung zuständig sind und Parteitage, fachliche Arbeitsgemeinschaften und informelle Zirkel als Abstimmungsgremien nutzen. Als dritter Akteur ist die Parteibasis zu erwähnen. Sie nimmt im Willensbildungsprozess eine eher nachrangige Position ein, kann jedoch in Form von Mitgliederbefragungen oder Regionalkonferenzen eingebunden werden (Bukow and Poguntke 2013: 181–210; Jun 2010: 26; Switek 2015: 146; 179; Treibel 2012: 7; 16; Treibel 2013: 361–362). Neben den Entscheidungsinhalten und -akteuren liegt ein dritter Forschungsfokus auf den Entscheidungsmodi, also der Frage, *wie* Entscheidungen getroffen werden. Während Personalentscheidungen oftmals hierarchisch-führungszentriert von der Parteispitze beschlossen werden, folgen Programmentscheidungen hingegen häufiger einer dialogisch-konsensuellen oder konfliktorientierten Logik und basieren auf informellen Aushandlungsprozessen. War die vorbereitende Konsenssuche nicht erfolgreich, werden Auseinandersetzungen im Rahmen einer konfliktorientierten Mehrheitsentscheidung oft öffentlich ausgetragen, wobei die Akteure um Mehrheiten ringen (Treibel 2013: 363–369).

---

<sup>5</sup> Treibel unterscheidet hier nochmal zwischen Parteispitze und Parteiführung (Treibel 2013: 365), wobei diese Bezeichnungen im Rahmen der vorliegenden Forschungsarbeit synonym verwendet werden.

<b>Modi der Entscheidungsfindung</b>	<b>Beteiligung innerparteiliche Akteure</b>	<b>Entscheidungsort: formal vs. informell</b>
hierarchisch-führungszentrierte Entscheidungen	Parteiführung, Parteispitze	informelle Prozesse vor der formalen Beschlussfassung in den Parteigremien
dialogische Konsensentscheidungen	Parteiführung, Parteispitze, mittlere Parteieliten	Konsenssuche durch innerparteiliche Kommissionen oder bilateral über informelle Prozesse vor der formalen Beschlussfassung in den Parteigremien
konfliktorientierte Mehrheitsentscheidungen	Parteiführung, Parteispitze, mittlere Parteieliten (und Parteibasis bei Mitgliederentscheiden)	Konsenssuche nicht erfolgreich bzw. fand nicht statt, dann offene innerparteiliche Auseinandersetzung in den formalen Gremien (meist Bundesparteitag), Entscheidung durch formale Abstimmung

Tabelle 1: Übersicht über die Modi der Entscheidungsfindung in Bezug auf die beteiligten Akteure sowie den Entscheidungsort (Quelle: Treibel 2013: 366)

Um die Interaktion verschiedener Entscheidungsmodi und -akteure detaillierter zu untersuchen, empfiehlt es sich, den wissenschaftlichen Ansatz der Mikropolitik<sup>6</sup> anzuwenden. Diesem liegt die Annahme zugrunde, dass sich Parteien aus eigenwilligen Akteursgruppen zusammensetzen, die mittels „Widerstand, Blockaden, Koalitionsbildung und Kuhhandel sowie Interessenskompromisse[n]“ (Wiesendahl 2010: 53–54) versuchen, Entscheidungen in ihrem Sinne zu beeinflussen. Strukturiert werden die Entscheidungsprozesse durch zwei zentrale Funktions- bzw. Strukturlogiken parteipolitischer Organisationen: Zum einen gliedern sich Parteien vertikal in verschiedene regionale Einheiten, wie Landes- oder Ortsverbände, die Entscheidungen vorstrukturieren (Bukow and Poguntke 2013: 181–210; Jun 2010: 25). Zum anderen „stellen die innerparteilichen Strömungen ein wichtiges, wenn auch weniger stark formalisiertes, strukturierendes Element der innerparteilichen Willensbildung dar“ (Bukow and Poguntke 2013: 186). Diese finden in der Forschung bisher jedoch wenig Beachtung:

„Die Vernachlässigung des Faktionismus in der Forschung zu Parteien und deren Organisation zeigt sich deutlich in älteren und neueren Grundlagenwerken bzw. Übersichtsartikeln [...], in denen die Diskussion formaler Parteistrukturen, innerparteilicher Machtverteilung und der Ressourcen, über die Parteien verfügen, zwar viel Raum einnimmt, aber innerparteiliche Faktionen nur am Rande, wenn überhaupt, Erwähnung finden“ (Köllner 2004: 2).

Im Folgenden soll der Forschungsstand zu Faktionen zusammengefasst und ihr Stellenwert als strukturierende Gruppen innerparteilicher Entscheidungsprozesse erörtert werden.

---

<sup>6</sup> Mikropolitik gilt als ein „theoretisches Konzept, das Interaktionen von individuellen und/oder korporativen Akteuren in politischen Organisationen und in politischen Institutionen empirisch untersucht, typologisiert, generalisiert und bestimmte Politikergebnisse mittels kausaler Mechanismen zu erklären versucht“ (Rüb 2013: 339).

## 2.2 Faktionen als strukturierende Elemente innerparteilicher Entscheidungsfindung

Der Politikwissenschaftler Raschke definiert Faktionen als

„eine über eine gewisse Zeit bestehende Gruppierung innerhalb einer Partei, die durch Gruppenbewusstsein, ein Minimum an Organisation und von der Mehrheit wenigstens teilweise abweichende sachlich-politische Ziele zusammengehalten ist und die versucht, die Mehrheit abzulösen bzw. ihre Politik zumindest teilweise zu verändern“ (Raschke 1977: 21).

In der Forschungsliteratur wird zwischen verschiedenen Typen von Faktionen<sup>7</sup> unterschieden, wobei im Folgenden exemplarisch die Typologie von Köllner vorgestellt werden soll. Er grenzt Strömungen, personalisierte Faktionen und institutionalisierte Faktionen voneinander ab. Während Strömungen nur gering formalisiert sind und auf einer ad-hoc-Basis agieren, sind personelle Faktionen durch eine enge persönliche Beziehung und eine starke hierarchische Strukturierung gekennzeichnet. Institutionalisierte Faktionen verfügen über eine stärkere organisatorische Basis und weisen einen höheren Grad an Bürokratisierung auf, was sich beispielsweise durch schriftlich-fixierte Regeln, das Erstellen von Protokollen oder die Veröffentlichung von eigenen Publikationen zeigt (Köllner 2004: 8–24). Allen drei Typen liegt jedoch ein gemeinsames Ziel zugrunde, nämlich die „Einflussnahme auf die Strategie der Partei oder der Regierung“ (Köllner 2004: 12).

Darauf aufbauend stellt sich die Frage, wie Faktionen den Entscheidungsprozess von Parteien konkret strukturieren. Um diese zu beantworten, lohnt sich ein Blick auf die Aufgaben von Faktionen. So unterstützen Faktionen erstens Parteikarrieren und liefern Vorschläge für die Ämterbesetzung. Damit bieten sie einen Orientierungsrahmen für Personalentscheidungen, da Ämter oft basierend auf Faktionszugehörigkeit vergeben werden. Zweitens artikulieren Faktionen Partikularinteressen und speisen diese in den Entscheidungsprozess ein. Auf diesem Wege vergrößern sie die Anzahl der Entscheidungsoptionen und kurbeln somit den innerparteilichen Entscheidungswettbewerb an (Bukow and Poguntke 2013: 185–210; Köllner 2004: 13–14; Raschke 1993: 203). Raschke spricht gar von einem innerparteilichen „Meinungs- und Stimmenmarkt“ (Raschke 1993: 203), auf dem Faktionen Angebote abgeben. Drittens beeinflussen Faktionen die Art und Weise, wie Entscheidungen getroffen werden. So etablieren sie etwa durch das Aufsetzen von Mailinglisten oder die Organisation von Treffen am Rande von

---

<sup>7</sup> Über die genaue Wortdefinition und die Abgrenzung zu den Begriffen Strömung, Teil- oder Vorfeldorganisation besteht in der Forschung Uneinigkeit. Jun geht etwa davon aus, dass Faktionen immer informell agieren (Jun 2010: 25), während Müller-Rommel auch von formellen Faktionen spricht (Müller-Rommel 1984: 90–91).

Parteitagen informelle Strukturen (Bukow and Poguntke 2013: 186–210.; Treibel 2012: 18) und können so als „Transmissionsriemen für Aushandlungsprozesse, Konfliktlösungen und Konsensfindung in Parteien fungieren“ (Köllner 2004: 14). Viertens bieten Faktionen die Möglichkeit des Kontakt- und Informationsaustauschs und befriedigen damit emotionale Bedürfnisse ihrer Mitglieder. In diesem Zusammenhang nehmen Faktionen eine moderierende Funktion ein und verhindern, dass radikale Meinungen in den Entscheidungsprozess eingespeist werden. Bedingt wird die Faktionsbildung durch das Wahl- und Parteiensystem<sup>8</sup>, die Parteienfinanzierung<sup>9</sup> sowie das soziokulturelle Umfeld<sup>10</sup> (Köllner 2004: 12–20).

Eine Gruppe von Faktionen, die als Akteure im innerparteilichen Willensbildungsprozess in der Forschung nahezu gänzlich vernachlässigt wurden, sind Parteienachwuchsorganisationen. Dabei gelten diese als Innovationsmotor für programmatische Erneuerungen und haben eine Schlüsselfunktion bei der Personalrekrutierung inne.

### **2.3 Parteienachwuchsorganisation als institutionalisierte Faktionen: Geschichte, Funktionen und Verhältnis zur Mutterpartei**

Der Historiker Krabbe bezeichnet Parteijugendorganisationen als Faktionen<sup>11</sup>, die sich aus Jugendlichen und jungen Erwachsenen zusammensetzen, für die Mutterpartei werben, Parteienachwuchs ausbilden und innerhalb der Partei jugendspezifische Interessen vertreten (Krabbe 2001: 276). Nach der Faktionstypologie von Köllner können parteipolitische Jugendverbände aufgrund von Satzungen, Protokollen und definierten Routinen (Mitgliederversammlungen, Vorstandswahlen etc.) den institutionalisierten Faktionen zugeordnet werden. Wirft man einen Blick auf den Forschungsstand zu parteipolitischen Jugendorganisationen lassen sich drei primäre Interessensgebiete

---

<sup>8</sup> Angenommen wird, „dass Wahlsysteme, die auf dem Proporzprinzip basieren, ein günstiges institutionelles Umfeld für die Entstehung und Entwicklung von Faktionen bieten“ (Köllner 2004: 16). Außerdem geht die Forschung davon aus, dass Parteiensysteme mit einer geringen Parteienanzahl und einem hohen Grad an Polarisierung mehr Raum für innerparteiliche Differenzen bieten (Köllner 2004: 17).

<sup>9</sup> „Diese These lautet hierbei, dass eine Zentralisierung der Parteienfinanzierung tendenziell der Bildung von Faktionen entgegen wirkt bzw. deren Überlebenschancen verringert und umgekehrt eine Dezentralisierung der Parteienfinanzierung die Entstehung und Weiterentwicklung von Faktionen erleichtert“ (Köllner 2004: 18).

<sup>10</sup> „So sind in Gesellschaften, die durch einen starken Klientelismus oder durch ausgeprägte gesellschaftliche Konfliktlinien (cleavages) gekennzeichnet sind, eher faktionalistische Tendenzen in den entsprechenden politischen Parteien zu erwarten“ (Köllner 2004: 18–19).

<sup>11</sup> An dieser Stelle muss angemerkt werden, dass nicht alle Wissenschaftler die Jugendorganisationen konkret als Faktionen bezeichnen. Raschke beispielsweise spricht von Sonderorganisationen (Raschke 1977: 30) und Switek von Teil- und Vorfeldorganisationen (Switek 2015: 183). Unabhängig von der Begriffsbezeichnung werden den Jugendverbänden dennoch die gleichen Funktionen im politischen Willensbildungsprozess zugeschrieben.

erkennen: erstens die historische Entwicklung, zweitens die Funktionen von Nachwuchsorganisationen und drittens das organisatorisch-rechtliche Verhältnis zur Mutterpartei. Im Folgenden sollen die wichtigsten Forschungsergebnisse anhand dieser Fokuspunkte zusammengefasst werden.

Krabbe zeichnet in seinen Werken die historische Entwicklung von Parteienachwuchsorganisationen nach und identifiziert die Demokratisierungswelle von 1918 als Voraussetzung für die Entstehung von Nachwuchsorganisationen. Damals zwang die Senkung des Wahlalters von 25 auf 20 Jahre die Parteien zu einer Öffnung ihrer Strukturen für junge Mitglieder (Krabbe 2001: 281; von Alemann 2015). Ab 1920 entwickelten sich dann erste parteipolitische Jugendorganisationen, die sich auf einem Kontinuum zwischen zwei Polen bewegten: Auf der einen Seite standen Parteienachwuchsorganisationen nationalistischer Parteien. Diese wurden von Erwachsenen gegründet, waren autoritär-hierarchisch aufgebaut und agierten im Rahmen der Parteilinie. Auf der anderen Seite des Kontinuums standen die Jugendverbände der republikanischen Parteien, die sich häufig selbst verwalteten, sich stärker als freie und autonome Jugendbewegungen begriffen und gerne von der Parteilinie abwichen (Krabbe 2001: 288–307). Während des Zweiten Weltkriegs wurden die bisher entstandenen Jugendorganisationen durch die Hitlerjugend und den Bund Deutscher Mädel ersetzt, die jedoch eine andere Aufgabe erfüllten: „die weltanschauliche Erziehung der Jugend im Sinne des Nationalsozialismus, wobei sie als eine Art Multiplikator bei der Gleichschaltung des Volkes mitwirken sollte“ (Krabbe 2001: 279). Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs hat der Stellenwert der alten Parteienachwuchsorganisationen bei der Politisierung junger Menschen aufgrund des langen zeitlichen Abstands stark nachgelassen, so dass sich die Jugendorganisationen Ende der 1940er Jahre neu gründeten (Krabbe 2001: 296).<sup>12</sup> Während die Parteienachwuchsorganisationen in den 1920er Jahren selbst für Parteimitglieder unbekannt blieben, kann es sich keine Partei „heute noch leisten, an ihrer Jugend achtlos vorbeizugehen“ (Krabbe 2001: 306). Diese Aussage gewinnt vor allem vor dem Hintergrund einer Überalterung deutscher Parteien<sup>13</sup> an Relevanz (Jungblut and Weber 2017: 118) und wirft die Frage auf, welche Funktionen Partei Jugendorganisationen im innerparteilichen Willensbildungsprozess einnehmen.

---

<sup>12</sup>1947 gründeten sich die JU sowie die Demokratische Jugend (auch Jungdemokraten genannt). 1981 lösten sich die Jungdemokraten von der Mutterpartei FDP ab und wurden von den JuLis ersetzt. 1959 gründeten sich die Jusos auf Bundesebene. 1994 fand der Gründungskongress des GAJB statt, gefolgt von der Gründung der linksjugend [‘solid] im Jahr 1999 (AGG, Grün 503-2; Junge Liberale o.J.; Krabbe 2001: 296–298.; Linksjugend [‘solid] o.J.). 2013 gründete sich die Junge Alternative für Deutschland auf Bundesebene und wurde 2015 von der Mutterpartei AfD anerkannt (Kluge 2016).

<sup>13</sup> Für Details zur Überalterung deutscher Parteien siehe Dose and Fischer 2013: 900.

In der Wissenschaft werden zwei zentrale Funktionen identifiziert<sup>14</sup>: Erstens rekrutieren Parteijugendverbände junge Mitglieder, machen diese mit den parteipolitischen Spielregeln vertraut, bilden mögliche Führungskandidaten aus und stellen somit eine Karrierebasis für Nachwuchspolitiker<sup>15</sup> dar (Grotz 1983: 25; Gruber 2009: 122; Jungblut and Weber 2017: 127–128; Neuhäuser 2009: 54; Volk 2008: 59; Volkmann 2006: 112). Auf der Rekrutierungsfunktion liegt ein Schwerpunkt der bestehenden Forschungsarbeiten. So schauen sich Jungblut und Weber etwa an, wie die Jungsozialisten (Jusos) die Nachwuchsrekrutierungsfunktion erfüllen und kommen zu dem Ergebnis, dass nicht nur eine bloße Mitgliedschaft, sondern vor allem eine aktive Mitgliedschaft in der Nachwuchsorganisation eine wichtige Grundvoraussetzung für den späteren Karriereaufstieg bildet (Jungblut and Weber 2017: 140–141). Gruber untersucht die Parteikarrieren von 134 Spitzenpolitikern und resümiert, dass parteipolitische Jugendverbände ein „wirkungsvolles Instrument politischer Rekrutierung“ (Gruber 2009: 122) darstellen. Wie er zeigt, hatten vier von fünf Spitzenpolitikern zuvor eine Führungsfunktion im Parteijugendverband inne, wobei die Hälfte der Spitzenpolitiker das Engagement in der Nachwuchsorganisation als hilfreich für die eigene politische Karriere bezeichnete (Gruber 2009: 117).<sup>16</sup>

Als zweite Aufgabe im innerparteilichen Prozess ist die Artikulationsfunktion zu nennen. So vertreten Nachwuchsorganisationen politische Interessen der jüngeren Generation in der Mutterpartei und gelten daher als „Initiator[en] parteiprogrammatischer Innovationen“ (Volk 2008: 59). Dabei gilt: Je innovativer und kritischer, desto eher werden die Jugendverbände innerhalb der Partei wahrgenommen (Westerwelle 1994: 36–37). Wie Grunden deutlich macht, stellen Jugendorganisationen für die Mutterpartei wertvolle Indikatoren für Präferenzveränderungen von Jungwählern dar und ersetzen damit professionelle Politikberatungen (Grunden 2006: 128). Bei der Artikulationsfunktion beschränken sich Parteinachwuchsorganisationen jedoch nicht nur auf Jugendthemen, sondern vertreten auch allgemeinpolitische Interessen (Jungblut and Weber 2017: 135; Neuhäuser 2009: 55–56; Volk 2008: 108–109). So hat Volk die thematische Ausrichtung der Jungen Union (JU) Baden-Württemberg untersucht und zeigt mittels einer Mitgliederumfrage, dass vor allem Umwelt-, Bildungs- und Wirtschaftspolitik von den Mitgliedern als relevant eingestuft werden (Volk 2008: 108–113). Zu einem ähnlichen

---

<sup>14</sup> Neben den hier aufgeführten Funktionen im innerparteilichen Entscheidungsprozess, haben Parteinachwuchsorganisationen auch zentrale Funktionen im außerparteilichen Bereich sowie im innerverbandlichen Bereich. Zu nennen sind etwa die Mitgliederwerbung, die Artikulation von jugendpolitischen Interessen in der Öffentlichkeit, Identitätsstiftung und die Förderung eines kritischen Urteilsvermögens. Siehe hierzu Grotz 1983: 25; Stock 2008: 124–125.; Volk 2008: 58–59.

<sup>15</sup> Aus Gründen sprachlicher Einfachheit werden im Folgenden nur männliche Bezeichnungen verwendet (z.B. Bundessprecher, Politiker, Wähler etc.). Diese sind jedoch geschlechtsneutral zu verstehen.

<sup>16</sup> Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt auch Neuhäuser 2009: 55.

Ergebnis kommen auch Jungblut und Weber, die politische Themenfelder der Jusos ebenfalls mittels einer Befragung analysiert haben. Wie deutlich wird, stehen bei den Jusos neben jugendpolitischen Themen hauptsächlich klassische sozialdemokratische Themen, wie Bildungs-, Sozial- und Finanzpolitik auf der Agenda (Jungblut and Weber 2017: 135). Neuhäuser sieht den Wunsch der Jugendorganisationen ein breiteres Themenspektrum anzusprechen, in den Zielen begründet, Aufmerksamkeit erzeugen zu wollen, sich in der Mutterpartei Gehör verschaffen zu wollen und eine innerparteiliche Mobilisation erreichen zu wollen (Neuhäuser 2009: 55–56). An dieser Stelle muss angemerkt werden, dass die Einflussnahme auf Entscheidungen der Mutterpartei „die wichtigste Motivation für aktive parteipolitische Partizipation [darstellt]. Das gilt insbesondere für junge Erwachsene, deren Parteiloyalität immer weniger durch die affektive Milieusozialisation determiniert wird“ (Grunden 2006: 128). Laut Volk sehen 80 Prozent der Befragten in der JU Baden-Württemberg die Mitarbeit als gute Möglichkeit, um Politik zu beeinflussen. 33 Prozent möchten als Mitglieder eigene politische Ziele verwirklichen (Volk 2008: 118).

Im Bereich der Artikulationsfunktion soll auf zwei Arbeiten verwiesen werden, die dem Erkenntnisinteresse der Forscherin am weitesten entgegenkommen: Jungblut und Weber untersuchen die Möglichkeiten der Jusos, ihre Positionen auf kommunaler Ebene in die Mutterpartei hineinzutragen und identifizieren – basierend auf Befragungen – drei Strategien: Erstens personelle Überschneidungen, wobei einige Jusos-Mitglieder Ämter in Unterbezirken der Partei innehaben. Zweitens Anträge auf Parteitage der Mutterpartei und drittens eine Kooperation mit anderen Jugendorganisationen (Jungblut and Weber 2017: 135–142). Eine zweite relevante Arbeit stammt von Grunden. Er schaut sich am Beispiel der JU und der Jusos an, von welchen strukturellen Faktoren der Einfluss einer Jugendorganisation auf die Politik der Mutterpartei abhängt. Wie das Ergebnis zeigt, stellen das quantitative Mobilisierungspotential, die kollektive Handlungsfähigkeit, die programmatische Anschlussfähigkeit sowie die innerparteiliche Funktionserfüllung zentrale Indikatoren für eine erfolgreiche Einflussnahme dar (Grunden 2006). Die Ergebnisse beider Forschungsarbeiten bilden folglich eine wertvolle Grundlage für die Analyse dieser Arbeit.

Neben der historischen Entwicklung und den Funktionen bildet das organisatorisch-rechtliche Verhältnis zwischen Mutterpartei und Parteienachwuchsorganisationen ein dritter Forschungsschwerpunkt. An dieser Stelle sind die Arbeiten von Enzensberger (2014), Volkmann (2009) und Westerwelle (1994) zu nennen, die jeweils untersuchen, ob die Jugendverbände unter das Parteienrecht fallen. Alle drei Wissenschaftler stellen fest, dass es auf diese Frage keine eindeutige Antwort gibt, da sich die Jugendorganisationen stark voneinander unterscheiden (Enzensberger 2014: 33; Volkmann 2006: 112; Westerwelle 1994: 60). Basierend auf dieser Erkenntnis unterscheidet Volkmann drei Modelle zur Beschreibung des rechtlichen Verhältnisses: Im

Integrationsmodell ist die Parteienachwuchsorganisation organisatorisch in die Mutterpartei integriert, was sich zum Beispiel an einer einheitlichen Mitgliedschaft zeigt. Im Öffnungsmodell, dem die Jusos, die JU sowie die Grüne Jugend zugeordnet werden können, wird auf eine einheitliche Mitgliedschaft verzichtet, dennoch werden die Jugendverbände in der Satzung genannt und sind organisatorisch mit der Mutterpartei verklammert (Volkman 2006: 114). Das Trennungsmodell zeichnet sich durch eine offene Kooperation aus, wobei Parteienachwuchsorganisation und Mutterpartei rechtlich und organisatorisch vollständig voneinander getrennt sind. Als Beispiel hierfür können die Jungen Liberalen (JuLis) oder die linksjugend [solid] (Linksjugend) genannt werden (Volkman 2006: 115). Wie Volkman zeigt, variiert die Beziehung zur Mutterpartei im Alltag, wobei sich Phasen der kritischen Distanz und der Geschlossenheit abwechseln (Volkman 2006: 113–123). Im Motto der Grünen Jugend sieht er ein Sinnbild dieses sich wechselnden Beziehungsstatus:

„Als ‚jung, grün und stachelig‘ definiert sich etwa die grüne Jugend [sic] bei ihrer Selbstpräsentation im Internet: Darin ist das ‚grün‘ als Zeichen eines grundsätzlichen Einverständnisses mit dem übergeordneten Programm enthalten, aber eben auch das ‚stachelig‘ als Indiz für eine durchaus gewollte Widerborstigkeit und Renitenz“ (Volkman 2006: 113).

Zum Abschluss des Kapitels lässt sich festhalten, dass die Forschungsliteratur zu Parteienachwuchsorganisationen hauptsächlich von einzelnen kürzeren Beiträgen dominiert wird, wobei nicht von einer systematischen Erforschung des Themengebiets gesprochen werden kann (Jungblut and Weber 2017: 117; Volkman 2006: 112). Darüber hinaus fällt auf, dass der Fokus vor allem auf den Jugendverbänden der großen Parteien liegt.<sup>17</sup> Die Jugendverbände kleiner Parteien werden oft nur am Rande thematisiert<sup>18</sup> oder gänzlich außer Acht gelassen. Zur Grünen Jugend etwa gibt es keinerlei wissenschaftliche Texte, abgesehen von Publikationen zum Zweck der Selbstdarstellung.<sup>19</sup> Auch die Artikulationsfunktion als Thema dieser Masterarbeit tritt bisher hinter dem Forschungsschwerpunkt der Rekrutierung zurück (Jungblut and Weber 2017: 117).

---

<sup>17</sup> Beispiele sind Grotz 1983; Gruber 2009; Grunden 2006; Hackel 1978; Hopp 2010; Jungblut and Weber 2017; Krabbe 2002; Stock 2008; Volk 2008; Westerwelle 1994.

<sup>18</sup> Beispiele sind Leif 2009: 107–111; Stock 2008: 46–47.; Volk 2008: 53–54.

<sup>19</sup> Beispiele sind AGG, Grün 503-5; AGG, Grün 503-18.

### 3 Aufbau des Forschungsdesigns

Auf die Erläuterung des theoretischen Fundaments, folgen nun Anmerkungen zum Forschungsdesign: Welche Ziele liegen der Forschungsarbeit zugrunde? Welches Forschungsdesign und welcher Fall eignen sich zur Beantwortung der Forschungsfrage? Welche Daten werden herangezogen und wie werden diese analysiert? Diese Fragen werden im folgenden Kapitel beantwortet. Eine Übersicht über das Forschungsdesign befindet sich im Anhang auf Seite I.

#### 3.1 Ziele, Relevanz und Forschungsdesign der Arbeit

Um die Gründe für die Auswahl des Forschungsdesigns nachvollziehbar zu machen, erscheint es sinnvoll, die Zielsetzung und Relevanz der Arbeit noch einmal zusammenzufassen. Basierend auf den Erkenntnissen in Kapitel 2 konnten drei Forschungslücken identifiziert werden: Während der bisherige Fokus der Parteienforschung erstens auf dem Vergleich von Parteiprogrammen liegt, wurde der innerparteiliche Entstehungsprozess bislang nur am Rande untersucht (Treibel 2012: 13). Konkret „fehlen weiterhin Arbeiten, die einen kleinteiligen Blick auf innerparteiliche Macht- und Durchsetzungskämpfe sowie Abstimmungsprozesse und Kommunikationsflüsse werfen“ (Switek 2013: 138). Zweitens wurden speziell Faktionen im Willensbildungsprozess bisher eher stiefmütterlich behandelt, wobei „systematische Studien zum Binnenleben politischer Parteien eine Mangelware darstellen“ (Köllner 2004: 2). Drittens mangelt es bislang auch an einer Erforschung von Parteienwachstumsorganisationen (Jungblut and Weber 2017: 117). Der Anspruch dieser Arbeit besteht folglich darin, die bestehenden Forschungslücken zu verkleinern, neue Erkenntnisse zu gewinnen und damit einen Beitrag zur gegenstandsbezogenen Theorieentwicklung zu leisten.

Für die Theorieentwicklung als Ziel dieser Arbeit stellen Fallstudien<sup>20</sup> die „wichtigste Quelle theoretischer Innovationen“ (Blatter et al. 2007: 186) dar. Sie eignen sich – in Abgrenzung zu variablenzentrierten Verfahren – vor allem dazu, deskriptiv-interpretative Fragestellungen zu beantworten, politische Strukturen und Prozesse zu erklären sowie komplexe Beziehungen und Mechanismen zu ergründen (Blatter et al. 2007: 127; 173; George and Bennett 2005: 19–24).

Mit Blick auf das grundlegende Fallstudiendesign wird zwischen Einzelfallstudien und vergleichenden Fallstudien unterschieden, wobei letztere Ausprägungen über mehrere Fälle hinweg miteinander vergleichen (Blatter et al. 2007: 124; Pflüger et al. 2017: 393–394; Yin 2014: 50). Die Entscheidung,

---

<sup>20</sup> Yin definiert Fallstudie als „empirical inquiry that investigates a contemporary phenomenon within its real-life context“ (Yin 2003: 13–14).

eine Einzelfallstudie durchzuführen, basiert auf drei weiteren Gründen: Erstens eignen sie sich in Abgrenzung zu vergleichenden Fallstudien besser dazu, sich auf ein wenig erforschtes Terrain zu begeben und dieses in der Tiefe zu inspizieren (Brüsemeister 2008: 56). Die tiefgründige Untersuchung eines Falls kann dabei jedoch die Basis für anschließende vergleichende Fallstudien liefern (Yin 2014: 53). Zweitens ist die Anzahl der Parteienachwuchsorganisationen als mögliche Untersuchungsobjekte begrenzt. Laut Blatter, Janning und Wagemann stellt eine Einzelfallstudie in einem Forschungsfeld mit nur zehn existierenden Fällen ein „adäquates Untersuchungsdesign“ (Blatter et al. 2007: 128) dar. Im Sinne dieser Aussage trägt die Untersuchung einer Parteienachwuchsorganisation aus sechs Parteienachwuchsorganisationen<sup>21</sup> als mögliche Untersuchungsobjekte schon maßgeblich zur Erweiterung des Wissensstands bei. Drittens sind vergleichende Fallstudien, basierend auf dem Anspruch der Repräsentativität oftmals mit methodologischen Problemen, wie einer unzureichenden Variablenkontrolle konfrontiert. Diese Probleme treten bei Einzelfallstudien nicht auf, da der Anspruch der statistischen Repräsentativität zurücktritt (Florack 2013: 193).

Neben der genauen Beschreibung und Erklärung von Einflusstategien eines Jugendverbands auf die Mutterpartei, möchte die vorliegende Arbeit einen Beitrag zur gegenstandsbezogenen Theorieentwicklung leisten. Dieses Vorhaben basiert auf der Annahme, „a researcher may study a view cases or even one case and uncover a new causal mechanism that proves applicable to a wider range of cases“ (George and Bennett 2005: 123). Der Transfer vom Einzelfall zu begrenzt verallgemeinerbaren Ergebnissen<sup>22</sup> gelingt dann, wenn drei zentrale Vorgehensweisen beachtet werden: Erstens müssen politische, gesellschaftliche und institutionelle Kontextfaktoren in die Analyse miteinbezogen werden (Florack 2013: 182). Dies gelingt der Autorin durch die ergänzende Lektüre von Medienberichten und die Durchführung von Experteninterviews. Zweitens können die Ergebnisse aus Fallstudien begrenzt generalisiert werden, wenn theoretische Konzepte in das Forschungsdesign eingeflossen sind (Yin 2014: 41). Dazu wird im Rahmen dieser Arbeit basierend auf theoretischen Vorüberlegungen ein offener Analyserahmen entwickelt, der dann im Laufe der Analyse mit Hilfe der empirischen Befunde an den Gegenstand angepasst, verfeinert und weiterentwickelt wird (Blatter et al. 2007: 129; Brüsemeister 2008: 59; Florack 2013: 183; George and Bennett 2005: 240–245; Meienberg 2012: 45). Eine dritte zu beachtende Vorgehensweise bei der Verallgemeinerung von Fallstudienenergebnissen ist die sorgfältig begründete Fallauswahl. Hier gilt: Einzelfallstudien haben nur dann

---

<sup>21</sup> Im Bundestag waren zu Beginn des Forschungsprozesses sechs Parteien vertreten, die alle eine Parteienachwuchsorganisation haben. Siehe hierzu Kapitel 0.

<sup>22</sup> An dieser Stelle ist festzuhalten, dass Ergebnisse aus Fallstudien und insbesondere aus Einzelfallstudien jedoch immer nur begrenzt verallgemeinerbar sind (Switek 2015: 70). Das bedeutet, dass aus Fallstudien lediglich Modelle und Theorien für das spezifische Forschungsfeld abgeleitet werden können, die keinen Anspruch auf eine Forschungsfeld-übergreifende Allgemeingültigkeit haben (Blatter et al. 2007: 128/129).

einen Mehrwert, wenn sie gezielt und aufbauend auf theoretischen Überlegungen gewählt werden (Wolf et al. 2015: 233).

### 3.2 Fallauswahl

Der Soziologe Ragin definiert Fälle als „meaningful but complex configurations of events and structures“ (Ragin 2004: 125, zitiert in Florack 2013: 191). Im Rahmen dieser Arbeit stellt der Bundesverband der Grünen Jugend den konkreten Fall dar. Als ausschlaggebendes Kriterium für die Auswahl der Grünen Jugend kann der Datenzugang als Grundvoraussetzung für die Durchführung einer Fallstudie genannt werden (Hartmann 2018: 108). An dieser Stelle ist darauf zu verweisen, dass die vorliegende Masterarbeit im Rahmen einer Auftragsforschung für die Grüne Jugend anlässlich des 50. Bundesjugendkongresses im April 2018 entstanden ist. Um die Geschichte der Grünen Jugend nachzuzeichnen, hat die Autorin der Masterarbeit uneingeschränkten Zugriff auf analoge und digitale Dokumente der Parteinauwuchsorganisation erhalten (siehe Kapitel 3.5.1).

Des Weiteren basiert die Auswahl der Grünen Jugend auf zwei theoretischen Überlegungen: Erstens hat sich die Grüne Jugend bei ihrer Gründung dazu entschlossen, den Fokus ihres Handelns klar auf die Artikulationsfunktion zu legen und die Rekrutierungsfunktion zu vernachlässigen. So schlossen die Jugendlichen etwa eine Ämterhäufung in der Satzung aus und wollten sich dadurch bewusst von den Jusos oder der JU abgrenzen (AGG, D.I.3, 4 (1/2); Voges 1994: 5). Um zu untersuchen, welche Strategien die Jugendorganisation zur Einwirkung auf die Ziele und Programme der Mutterpartei anwendet, ist ganz allgemein die Artikulationsfunktion von zentraler Bedeutung. Mit der starken Fokussierung auf diese Funktion stellt der Jugendverband ein sehr passendes Untersuchungsobjekt dar.

Zweitens spielen Faktionen vor allem bei Bündnis 90/Die Grünen „mangels anderer starker innerparteilicher Strukturen, bis heute eine wichtige strukturierende Rolle für politische Grundsatzentscheidungen und vor allem auch für Personalentscheidungen“ (Bukow and Poguntke 2013: 186).<sup>23</sup> Der ausgeprägte Faktionalismus hat dabei in der Geschichte der Partei immer wieder für Stabilität gesorgt (Richter 2006: 144; Switek 2013: 130). In den 1980er Jahren gründete sich die Partei aus der Mitte verschiedener heterogener Protestgruppen, die zwar vielfältige Themen besetzten, jedoch durch ein gemeinsames Interesse an den Themen Ökologie und Klimaschutz verbunden waren (Richter 2006: 141; 151; Switek 2012: 129). Die Gliederung in Strömungen ermöglichte es der Partei, Einzelinteressen zu integrieren, dabei Identität sowie Orientierung zu schaffen und die nötige Vielfalt zu erhalten (Switek 2015: 175). Als weiterer Grund für die Entstehung des starken

---

<sup>23</sup> Siehe dazu auch Switek 2012: 123; 130.

Faktionalismus ist auf den Anspruch der Partei hinzuweisen, denn Bündnis 90/Die Grünen ist in den 1980er Jahren als Protest- und Antisystem-Partei angetreten und wollte sich vor allem durch flache Hierarchien von anderen Parteien abgrenzen. Dies führte schlussendlich zu einem Mangel an definierten innerparteilichen Prozessen. Um dennoch eine gewisse Ordnung und Orientierung herzustellen, war die Bildung von ideologisch-orientierten Faktionen ein geeigneter Weg (Richter 2006: 146–147).

Im Laufe der Entstehungsgeschichte entwickelten sich mit den Realpolitikern und den links-orientierten Fundamentalisten schließlich zwei Hauptfaktionen<sup>24</sup>, die anhand zweier Konfliktlinien zu unterscheiden sind. Als erstes ist die Konfliktlinie der idealen Gesellschaftsform, also das Bekenntnis zum Sozialismus bzw. Kommunismus und zur Sozialdemokratie, zu nennen. Zweitens rieben sich die Faktionen an der Frage, ob die Anti-System-Partei einer Regierungsbeteiligung zustimmen sollte. Während die Realpolitiker der Kooperation mit anderen Parteien positiv gegenüberstanden, den Einfluss im Parlament stärken wollten und auf Basis sozialdemokratischer Ansätze argumentierten, schlossen die Fundamentalisten eine Regierungsbeteiligung kategorisch aus und vertraten eher sozialistische bzw. kommunistische Ideale (Raschke 1993: 205; Richter 2006: 132–133; Switek 2012: 129–130). Die Zusammenarbeit und das Konfliktpotential der beiden Strömungen unterschied sich im Laufe der Parteigeschichte stark. Vor allem in den 1980er Jahren standen sich beide Lager sehr konfrontativ gegenüber, stritten beispielsweise über militärische Abrüstung und das staatliche Gewaltenmonopol und kommunizierten hauptsächlich über Positionspapiere. In den 1990er Jahren verbesserte sich die Zusammenarbeit dann. Als Grund dafür werden in der Forschungsliteratur ein abnehmender Partizipationsanspruch in der Gesellschaft sowie der zunehmende Druck der Medien genannt. Darüber hinaus verließen viele radikale Spitzenpolitiker die Partei und die Faktionen wurde durch den gemeinsamen Willen, nach der Wahlniederlage 1990 erneut in den Bundestag einzuziehen, geeint (Raschke 1993: 208–209; Richter 2006: 134–139; Switek 2015: 175–176).<sup>25</sup>

Da sich im Laufe der 1990er Jahre die Realpolitiker rund um den Fraktionsprecher Joschka Fischer zur dominierenden Kraft entwickelten, ging Bündnis 90/Die Grünen 1998 ein Regierungsbündnis mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) ein. Damit gehörte eine der beiden Konfliktlinien der Vergangenheit an. In der Regierungszeit von 1998 bis 2005

---

<sup>24</sup> Die Strömungen untergliederten sich in weitere Subgruppen, wie etwa gemäßigte Linke und Ökolibertäre auf der Seite der Realpolitiker sowie Ökofundamentalisten, Ökosozialisten und Radikalökologen auf der Seite der Realpolitiker (Raschke 1993: 206; Richter 2006: 132–133; Switek 2012: 132–133). An dieser Stelle ist darauf hinzuweisen, dass der jeweilige Organisationsgrad und die Struktur innerhalb der Strömungen sehr gering ausgeprägt sind, was auch an der Absenz einer formellen Mitgliedschaft liegt (Raschke 1993: 207–271).

<sup>25</sup> Von 1983 bis 1990 saß Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag. Im Jahr 1990 scheiterte die Partei in Westdeutschland knapp an der Fünf-Prozent-Hürde (Müller-Rommel 1993: 141).

boten dann vor allem die Themen Umverteilung, Liberalismus sowie die Teilnahme an internationalen Militäreinsätzen Konfliktpotential. Mit dem Einzug in die Opposition nach der Bundestagswahl 2005 pendelte sich „ein neues Gleichgewicht zwischen Linken und Realos (die sich jetzt als Reformer bezeichnen)“ (Switek 2015: 176) ein. Trotz der interfaktionellen Konflikte wird in der Wissenschaft die These vertreten, dass der Faktionalismus bei Bündnis 90/Die Grünen ein stabilisierendes und strukturierendes Element im Willensbildungsprozess darstellt. Dabei führen vor allem Netzwerke und persönliche Beziehungen zwischen Mitgliedern beider Hauptströmungen zu Stabilität und erfolgreichen Aushandlungsprozessen (Raschke 1993: 202–205; Richter 2006: 151–152; Switek 2012: 129).<sup>26</sup> Mit dem Merkmal des starken Faktionalismus grenzte sich die Partei lange Zeit von anderen Parteien ab (Richter 2006: 144) und gilt für die Untersuchung innerparteilicher Entscheidungsprozesse als „besonderes Untersuchungsobjekt“ (Switek 2012: 121).

Neben den pragmatischen und theoretischen Überlegungen wurde die Grüne Jugend auch deshalb als Untersuchungsobjekt gewählt, weil damit eine größere Forschungslücke geschlossen werden kann, als mit der Untersuchung der Jugendverbände größerer Parteien, wie etwa den Jusos oder der JU. Dieses Auswahlkriterium geht mit der Erkenntnis einher, dass sich die wenige vorhandene Forschung bisher auf die Parteienachwuchsorganisationen der großen Parteien fokussiert hat (siehe Kapitel 0).

Zum Abschluss dieses Kapitels soll der Fall institutionell eingegrenzt werden. So werden nur Strategien untersucht, die vom Bundesverband entwickelt wurden. Damit werden die Landesverbände sowie der Europäische Dachverband Federation of Young European Greens als Urheber von Einflussstrategien ausgeklammert. Diese Entscheidung basiert auf beschränkten Ressourcen und einem begrenzten Zeitrahmen. Der Analysezeitraum beginnt mit der offiziellen Gründung des Jugendverbands im Januar 1994 (siehe Kapitel 4.1) und endet mit dem Beginn des Forschungsprozesses im Dezember 2017.

---

<sup>26</sup> Raschke spricht in diesem Zusammenhang gar von „Strömungsunternehmern“, die die Faktionen immer wieder zusammenführen (Raschke 1993:207).

### 3.3 Strategie als absichtsvolle Ziel-Mittel-Umwelt-Kalkulation

Bevor nach der Erläuterung der Fallauswahl näher auf den Analyserahmen eingegangen wird, bedarf es einer wichtigen Begriffsklärung: So sollte festgelegt werden, was unter einer Strategie als zentraler Bestandteil der Forschungsfrage genau verstanden wird und wie Strategien entstehen. Raschke und Tils definieren Strategien als „erfolgsorientierte Konstrukte, die auf situationsübergreifenden Ziel-Mittel-Umwelt-Kalkulationen beruhen“ (Raschke and Tils 2007: 127). Dabei wird angenommen, dass die Ziele mit Hilfe der Strategie erreichbar sind, dass die eingesetzten Mittel immer von den vorhandenen Ressourcen abhängen und dass der Erfolg der Strategie auch von den Situationen und den Akteuren im nahen Umfeld beeinflusst wird (Raschke and Tils 2007: 145–150). Modifiziert auf den konkreten Fall der Jugendorganisation bezeichnet Stock Strategie als „rationale politische Planung der Nachwuchsorganisation, bestehend aus grundsätzlichem und spezifischem Vorgehensmuster sowie Regeln für konsequentes Handeln, mit dem Ziel der Umsetzung von politischen Konzepten“ (Stock 2008: 28–29). Die Identifikation von Strategien stellt sich insofern als schwierig dar, da prinzipiell jede Handlung – sei es eine Stellungnahme, ein Gespräch, ein Programm oder eine öffentliche Diskussion – zu einer Strategie werden kann, sofern hinter der Handlung eine konkrete Absicht steht (Raschke and Tils 2007: 148–149). Dabei ist es nicht ausschlaggebend, ob ein geplantes Vorhaben tatsächlich bis zum Ende umgesetzt wird, sondern die Absicht alleine reicht aus, um das Vorhaben als Strategie zu charakterisieren.

Strategien werden immer von einem strategischen Zentrum entwickelt und können von Strategiewerkstätten oder Teileinheiten vorbereitet werden (Raschke and Tils 2007: 339). Im konkreten Fall bildet insbesondere der Bundesvorstand der Grünen Jugend das strategische Zentrum, da dieser laut § 10 der Satzung vom 2. Oktober 2016 Leitanträge und zentrale Papiere vorbereitet, das Arbeitsprogramm ausarbeitet, zentrale Entscheidungen trifft und den Jugendverband gegenüber der Mutterpartei vertritt. Als Strategiewerkstätten können die Bundesjugendkongresse (Bundeskongresse) sowie andere Verbandsgremien<sup>27</sup> identifiziert werden, die laut § 8 in der genannten Satzung durch die Definition übergeordneter Ziele und durch die Zustimmung zum Arbeitsprogramm Strategie-Impulse geben (Grüne Jugend 2016c). Das Ergebnis eines Strategieentwicklungsprozesses bilden Strategiekonzepte. Diese fassen die Kernaussagen zusammen und definieren Zeit- sowie Aktionspläne (Raschke and Tils 2007: 344–350).

An dieser Stelle ist anzumerken, dass Strategien auf Basis von Beobachtungen nachträglich rekonstruiert werden und somit immer ein Stück weit hypothetisch bleiben (Raschke and Tils 2013: 134). In diesem Zusammenhang

---

<sup>27</sup> Wie beispielsweise der Bundesausschuss, das Bund-Länder-Vernetzungstreffen oder der Bildungsbeirat.

gilt: Je besser die vorliegenden Informationen über die handelnden Akteure in Form von Aussagen, Hintergrundinformationen, Medienberichten, Denkstilen, Netzwerken, Beziehungen, Argumentationsketten oder biografische Informationen, desto größer die Plausibilität der Aussagen (Bogumil and Schmid 2001: 57; Raschke and Tils 2007: 134–135).

### 3.4 Entwicklung des gegenstandsbezogenen Analyserahmens

Wie in Kapitel 3.1 erläutert, ist die Theorieanbindung eine zentrale Voraussetzung, um basierend auf Einzelfallstudien begrenzt verallgemeinerbare Aussagen zu treffen. Ein gegenstandsbezogener Analyserahmen bildet dabei eine Brücke zwischen dem theoretischen Gerüst und dem empirischen Analyseprozess. Er fungiert als eine Art Brille, durch die der spezifische Fall betrachtet werden kann und soll dabei helfen, Einflussstrategien und strategische Absichten zu identifizieren. Der Analyserahmen hat dabei nicht den Anspruch eines starren, deduktiv erarbeiteten Rasters, sondern ist offen und kann im Laufe der Analyse datengetrieben modifiziert werden (Meienberg 2012: 45). In Forschungsbereichen, in denen es bisher keine umfassenden Theorien oder Annahmen gibt, empfiehlt es sich, nach verwandten Theorien zu suchen und diese in angepasster Weise zu übertragen (Blatter et al. 2007: 172). In dieser Arbeit wird daher auf mikropolitische Ansätze, Erkenntnisse aus der Parteienforschung zum Faktionalismus bei Bündnis 90/Die Grünen sowie auf vorhandene Literatur zu Jugendverbänden zurückgegriffen. Darüber hinaus wird dem Rat von Blatter, Janning und Wagemann gefolgt, auf Hypothesen zu Beginn der Fallstudie zu verzichten und stattdessen die Analyse durch gut überlegte Forschungsfragen zu systematisieren (Blatter et al. 2007: 141; 175).

Als erstes wird dafür ein Blick auf die formellen Strukturen der Entscheidungsfindung bei Bündnis 90/Die Grünen geworfen. In diesem Zusammenhang ist die Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) als zentrales Gremium zu nennen. Im Rahmen der BDKen verabschieden die Delegierten Anträge, Beschlüsse sowie Programme und treffen damit zentrale inhaltliche Entscheidungen. Darüber hinaus wählen sie den Bundesvorstand, den Parteirat sowie die politische Geschäftsführung und vergeben die Plätze der Europawahl-liste. Vorbereitet werden die Entscheidungen von den Bundesarbeitsgemeinschaften (BAGen), die Konzepte und Programme erarbeiten und für die Vernetzung der Programmarbeit zuständig sind. Als weiterer Teil der formellen Struktur sind der Parteirat und der Länderrat zu nennen. Beide Gremien sind im Vergleich zu den BDKen und BAGen in geringerem Maße an der Entscheidungsfindung beteiligt, dennoch beraten sie den Bundesvorstand, bereiten Entscheidungen vor und bedienen sich dabei oft am dialogisch-konsensuellen Entscheidungsmodus (Switek 2012: 125–130; Switek 2015: 135–140; Treibel 2012: 13). Personelle Repräsentanz in den Gremien gilt ganz

allgemein als Erfolgsfaktor für Faktionen innerhalb von Bündnis 90/Die Grünen (Richter 2006: 153). Aus diesen Erkenntnissen kann folgende Frage abgeleitet werden:

Welche Strategien nutzt die Grüne Jugend, um in formellen Gremien Einfluss auf den Entscheidungsprozess der Mutterpartei zu nehmen?

Bündnis 90/Die Grünen ist als eine stark basisdemokratisch-orientierte Partei angetreten und erteilte als Anti-System-Partei Hierarchien und starken Führungsebenen eine Absage (Richter 2006: 147; 151). Richter weißt in diesem Zusammenhang jedoch auf ein Paradoxon hin: Während die Basisdemokratie den Faktionalismus auf der einen Seite beförderte, schränkte dieser das basisdemokratische Grundprinzip im Rückkehrschluss jedoch stark ein, denn der Konflikt zwischen Realpolitikern und Fundamentalisten konnte zeitweise nur durch persönliche Beziehungen und Netzwerke überwunden werden. Vor diesem Hintergrund wurden politische Freundschaften, Cliquen und Seilschaften „zum Instrument der Willensbildung, innerparteiliche Herkunft und Gruppenzugehörigkeit entschieden über Ämtervergabe“ (Richter 2006: 139). Diese Entwicklung wiederum untergrub das Prinzip der Basisdemokratie. So

„lösten bei den Grünen nächtelange Diskussionsrunden demokratische Abstimmungen ab. Persönliche Diffamierungen wurden zur Normalität. Und nicht die Mehrheit der Partei entschied darüber, wie durchsetzungsfähig eine Idee sein sollte, sondern die Energie [...] ihrer Vertreter“ (Richter 2006: 139).

Auch Switek kommt zu dem Ergebnis, dass informelle Strukturen und bilaterale Loyalitäten bei der Entscheidungsfindung von Bündnis 90/Die Grünen eine zentrale Rolle spielen (Switek 2012: 129; Switek 2015: 176). Eine gute innerparteiliche Vernetzung wird damit zum wichtigen Bestandteil innerparteilichen Handelns (Grotz 1983: 123; Richter 2006: 153). Für die Analyse des Untersuchungsgegenstandes folgt daraus die Fragestellung:

Welche informellen innerparteilichen Kanäle nutzt die Grüne Jugend, um Positionen und Ämterpräferenzen durchzusetzen?

An diese zweite Frage schließt ein weiterer Gedankengang an, der sich ebenfalls aus dem Entstehungskontext der Partei ergibt. Wie bereits erläutert, hatte Bündnis 90/Die Grünen ihren Ursprung in heterogenen, gesellschaftlichen Gruppen und Verbänden, die durch das Ziel des Klimaschutzes

verbunden waren (Richter 2006: 141; 151; Switek 2012: 129). Die Rückbindung an diese Gruppen ist auch heute noch zentral. So ist das Ziel der BAGen beispielsweise die Vernetzung mit sozialen Bewegungen, wobei die Hälfte der Plätze in diesen Gremien auch an Nicht-Parteimitglieder vergeben werden können (Bündnis 90/Die Grünen 2015). Vor diesem Hintergrund ist anzunehmen, dass innerparteiliche Akteure dann im Vorteil sind, wenn sie ihre Kontakte, Beziehungen und Netzwerke auch zu außerparteilichen Akteuren, wie Verbänden, Bewegungen und Medien intensivieren und so ihre Machtressourcen erweitern (Switek 2015: 65; 150). Daraus ergibt sich folgende Fragestellung:

Über welche außerparteilichen Akteure (Verbände, Bewegungen, Medien) versucht die Grüne Jugend ihre Einflussosphäre innerhalb von Bündnis 90/Die Grünen zu erweitern?

Dem vierten Baustein des Analyseansatzes liegt die Funktionslogik des Faktionismus selbst zu Grunde. So spielen sich bei der Willensbildung vor allem die beiden Hauptströmungen den Ball zu. Dies zeigt sich beispielsweise daran, dass die Partei die Spitzenposten seit den 1990er Jahren in der Regel zwischen Fundamentalisten und Realpolitikern aufteilt.<sup>28</sup> Auch auf den Parteitagen haben Anträge der Strömungen oft eine bessere Chance, eine Mehrheit zu erzielen (Richter 2006: 139; 149; Switek 2015: 138). Switek geht in diesem Zusammenhang jedoch davon aus, dass der Strömungsdualismus „inzwischen weniger die inhaltliche Entscheidungsfindung als die Auswahl des Führungspersonals“ (Switek 2015: 176) strukturiert. Die intrafaktionale Koordination läuft dabei vor allem schriftlich ab. Bundesweite Treffen gibt es eher selten und diese finden oft am Rande der Bundesparteitage statt (Raschke 1993: 207–208; Switek 2015: 138; 178). Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass es jedoch auch immer wieder querliegende Faktionen gibt, die entweder ihre Fahne in den Wind halten – also wechselnde Mehrheiten stellen, Strömungen bestrafen und belohnen – oder integrativ wirken. Ein Beispiel dafür ist die Frauengruppe bei Bündnis 90/Die Grünen (Raschke 1993: 210). Von besonderer Bedeutung ist daher folgenden Frage:

In welcher Form richtet die Jugendorganisation ihre Strategien auf den Faktions-Dualismus aus und nutzt diesen, um Inhalte, Strategien und Personen durchzusetzen?

---

<sup>28</sup> Eine Ausnahme bildet die Wahl von Robert Habeck und Annalena Baerbock als Bundesvorsitzende im Januar 2018 (Reimann 2018).

Als letzte Funktionslogik wird der Parteispitze als Entscheidungsakteur Beachtung geschenkt. Wie Treibel zeigt, nimmt diese vor allem durch Koordination und Steuerung Einfluss auf die innerparteilichen Entscheidungsprozesse (Treibel 2012: 16–20.; Treibel 2013: 361). Der Anti-System-Anspruch von Bündnis 90/Die Grünen ging jedoch mit einer hierarchie- und elitenkritischen Haltung einher. Dies führte dazu, dass der Bundesvorstand und die ihn unterstützende Parteizentrale anfangs mit geringen Ressourcen ausgestattet wurden. Außerdem wurde eine Trennung von Amt und Mandat in der Satzung verankert und ein Rotationsprinzip<sup>29</sup> eingeführt. Nachdem die Partei jedoch 1990 aus dem Bundestag ausschied, änderten sich diese Prinzipien. So wurde 1991 das Rotationsprinzip abgeschafft, die Parteizentrale ausgebaut und die Trennung von Amt und Mandat *peu à peu* abgeschwächt. Diese Veränderungen hatten zur Folge, dass die Parteiführung mit der Zeit mächtiger wurde, vor allem bei Koalitionsentscheidungen (Switek 2013: 125–126; Switek 2015: 141–145.). In diesem Zusammenhang weist Switek am Beispiel des ehemaligen Fraktionssprechers und Außenminister Joschka Fischers auf ein Paradoxon hin: Während formale Machtstrukturen abgelehnt wurden, stieg die Bedeutung charismatischer Führungsfiguren. Diese sollten Geschlossenheit und programmatische Kohärenz herstellen (Switek 2015: 176). Neben der Parteiführung in Form des Bundesvorstands und der Fraktionsführer, werden auch die Faktionen selbst von kleinen Führungskreisen angeleitet. So gliedert sich eine Strömung in ein etwa sechsköpfiges operatives Zentrum, einen inneren Führungskreis, in eine erweiterte Führungsgruppe und in weitere Strömungsmitglieder. Vor allem die Mitglieder des operativen Zentrums sowie des inneren Führungskreises treffen wichtige intrafaktionale Entscheidungen und verhandeln mit den anderen Entscheidungsakteuren (Raschke 1993: 207). Aus diesen Überlegungen lässt sich abschließend folgende Frage formulieren:

Welche Führungskräfte, Amtsträger und Mitglieder im faktionellen Führungskreis kontaktiert die Grüne Jugend, um die Entscheidungsfindung gezielt zu ihren Gunsten zu beeinflussen?

Nachdem erläutert wurde, welche Fragen der Fallstudie zugrunde liegen, wird ein abschließender Blick auf die Strukturierung der Analyse gelegt. In diesem Zusammenhang bietet es sich an, die Differenzierung von Bukow und Poguntke sowie von Treibel in personelle und inhaltliche Entscheidungen (siehe Kapitel 2.1) zur Strukturierung der Untersuchung zu nutzen. Zusätzlich dazu erscheint es jedoch sinnvoll, diese beiden Kategorien um eine weitere Kategorie zu erweitern, nämlich strategische Entscheidungen. Treibel definiert strategische Entscheidungen als „Entscheidungen, die

---

<sup>29</sup> Dieses schrieb vor, dass Ämter regelmäßig neu besetzt wurden.

besonders im Vorfeld von Wahlen (Wahlkampagne, Koalitionsaussagen) und Regierungsbildungsprozessen (Koalitionsentscheidungen) [...] zu treffen sind“ (Treibel 2012: 14). Der Politikwissenschaftler zählt diese Art der Entscheidungen jedoch zu inhaltlichen Entscheidungen. In Abgrenzung dazu plädiert die Autorin dieser Forschungsarbeit dafür, strategische Entscheidungen weiter zu fassen und sie als eigene Ausprägung innerparteilicher Entscheidungsfindung zu konzeptualisieren. Mit strategischen Entscheidungen sind demnach Entscheidungen gemeint, die eine Partei trifft, um ihre generelle „politische Marschrichtung“ festzulegen. Beispiele hierfür sind etwa Entscheidungen, die im Rahmen von Strategie- oder Zukunftskongressen über die zukünftige Verortung auf dem politischen Rechts-Links-Schema getroffen werden. In diese „neue“ Kategorie zählen außerdem Reformprozesse nach einer Wahlniederlage oder nach internen Krisen sowie Entscheidungen über den Umgang mit neuen Parteien im Parlament, über eine Regierungsbeteiligung oder die Auswahl von Koalitionspartnern<sup>30</sup>. Die Integration dieser Dimension als eigenständige Ausprägung basiert auf zwei Überlegungen: Zum einen wird angenommen, dass das Treffen strategischer Entscheidungen eine sehr spezielle und besondere Entscheidungsphase darstellt, da über eine Neuausrichtung oftmals in einer Krise entschieden wird. Wie Switek deutlich macht, gehen etwa Entscheidungen vor dem Hintergrund der Regierungsbildung mit einer Abweichung von routinierten und üblichen Willensbildungsprozessen einher (Switek 2015: 173). Zum anderen ermöglicht die Ausgliederung der Dimension eine größere Trennschärfe, die im Falle der Arbeit von großem Vorteil ist. Abschließend ist jedoch anzumerken, dass inhaltliche und personelle Entscheidungen aus strategischen Entscheidungen folgen können.

---

<sup>30</sup> In diesem Zusammenhang wird davon ausgegangen, dass die Wahl der Koalitionspartner gleichzeitig eine ideologische Positionierung im Parteienspektrum darstellt.

### 3.5 Methodik

Nach der Erläuterung der Forschungsstrategie und der Kriterien zur Fallauswahl, der Definition des Strategiebegriffs sowie der Beschreibung des Analyserahmens, widmet sich das folgende Kapitel nun den Datenquellen und nimmt die Methoden der Datenerhebung sowie der -auswertung in den Blick.

#### 3.5.1 Datenquellen und -erhebung

Um die Forschungsfrage zu beantworten, sind Daten nötig, die es ermöglichen, konkrete Strategien als solche zu identifizieren und deren Auswahlgründe zu erfahren. Darüber hinaus sollten die Daten Informationen zum Strategiebildungsprozess liefern und Strategiekonzepte umfassen. Wie Doege und Martini deutlich machen, haben vor allem Dokumente und Interviews das Potential, „Daten über Geschehnisse zu erheben, die der Forscher nicht selbst beobachten konnte“ (Doege and Martini 2009: 163). Auf diese beiden Datenquellen wird sich auch im Rahmen dieser Forschungsarbeit gestützt.

Gerade in Organisationen als Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit haben Dokumente eine große Relevanz, da darin Fakten schriftlich festgehalten werden (Doege and Martini 2009: 163–164; Schmidt 2017: 444). Wie bereits in Kapitel 3.2 erwähnt, hatte die Forscherin im Rahmen einer Auftragsforschung Zugang zu sämtlichen analogen und digitalen Dokumenten der Grünen Jugend seit 1994.<sup>31</sup> Dazu gehören Pressemitteilungen, gesammelte Zeitungsartikel, Artikel aus der Mitgliederzeitung sowie Flyer und Broschüren. Diese Dokumente sind nützlich, um Strategien zu identifizieren, „mit denen, öffentlich kommuniziert und für jedermann erkennbar, bestimmte strategische Ziele verfolgt werden“ (Raschke and Tils 2007: 136). Neben den offenen Strategien gibt es nach Raschke und Tils jedoch auch verdeckte Strategien (Raschke and Tils 2007: 136), deren Identifikation sich in der Regel schwieriger darstellt. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass der Forscherin neben den Dokumenten der Selbstrepräsentation auch eine große Anzahl vertraulicher Dokumente zur Verfügung stand, wie beispielsweise Protokolle der Gremiensitzungen, Arbeitsprogramme, Haushalts- und Strategiepläne, Briefe, E-Mails und Notizzettel. Insbesondere für die Identifikation verdeckter Strategien und strategischer Absichten sind diese letztgenannten Dokumente von zentraler Bedeutung. Schmidt macht in diesem

---

<sup>31</sup> Der Materialkorpus für die Analyse wurde dabei an verschiedenen Orten gelagert, beispielsweise im Archiv Grünes Gedächtnis (AGG) der Heinrich-Böll-Stiftung, in der Geschäftsstelle der Grünen Jugend in Berlin (GJ BGS), in einer Cloud (GJ Cloud) oder in einem sogenannten Etherpad (GJ Pad). Eine Übersicht über die Bestandteile des Materialkorpus und eine Erläuterung zur Zitationsweise befindet sich im Anhang auf Seite III.

Zusammenhang auf den hohen Stellenwert des Vertrauens als Voraussetzung für die Dokumentenherausgabe aufmerksam (Schmidt 2017: 447). Die Arbeit mit Dokumenten hat vor allem den Vorteil, dass es sich um nicht-reaktives Material handelt. Eine Interaktion zwischen Forscher und Fall, soziale Erwünschtheit oder Störungen des Forschungsablaufs, können während der Untersuchung ausgeschlossen werden (Jahn 2013: 201; Schmidt 2017: 445). Dieser Vorteil führt jedoch gleichzeitig dazu, dass der Forscher keinen Einfluss darauf hat, über welchen Ausschnitt der Wirklichkeit er etwas erfährt (Schmidt 2017: 465). Dieses Problem war auch im Rahmen dieser Forschung virulent, denn die Dokumente lieferten trotz Einbezug von Medienberichten nicht immer vollständige Informationen zum Entscheidungskontext oder zu Motivationen hinter den Strategien.

Um dieses Problem zu lösen und den Wirklichkeitsausschnitt zu vergrößern, wurde die Dokumentenanalyse um eine Interviewanalyse ergänzt. Konkretes Ziel der leitfadengestützten Interviews war es, die in den Dokumenten identifizierten Strategien zu verifizieren, diese um Details zu ergänzen, Strategiebildungsprozesse zu rekonstruieren und strategische Absichten offenzulegen. Dabei ist es vor allem hilfreich Interviewpartner zu wählen, „die diese Geschehnisse erlebt und mitgestaltet haben und über direkte Erfahrungen berichten können“ (Doege and Martini 2009: 163). Vor diesem Hintergrund hat die Autorin dieser Arbeit zwischen 3. und 23. April 2018 15 leitfadengestützte Experteninterviews mit (ehemaligen) Mitgliedern des strategischen Zentrums durchgeführt. Die Interviewpartner wurden dabei nach dem Abschluss der Dokumentenanalyse basierend auf drei Kriterien ausgewählt: Erstens wurden Personen aus dem (ehemaligen) Führungskreis der Grünen Jugend identifiziert, die nach Ansicht der Forscherin offene Fragen am ehesten beantworten konnten. Zweitens wurde darauf geachtet, dass der Zeitraum von 1994 bis 2017 bestmöglich abgedeckt ist. Drittens spielte die Teilnahmebereitschaft eine zentrale Rolle.<sup>32</sup> Von den 15 Experten waren 13 als Bundessprecher tätig. Dieser starke Fokus auf die Sprecher-Position wird dadurch bedingt, dass die Vertretung des Jugendverbands in der Mutterpartei und deren Gremien zentrale Aufgabe der Bundessprecher ist (Agena 2018; Marquardt 2018).

Die Kombination von Dokumenten- und Interviewanalyse stellt allgemein eine Datentriangulation dar, durch die die Qualität, die Transparenz, die Nachvollziehbarkeit und somit die Validität von Fallstudien erhöht wird (Doege and Martini 2009: 162; Lee 2008: 88).

---

<sup>32</sup> Insgesamt wurden 29 Personen angefragt. Informationen zur Erstellung des Leitfadens und exemplarische Fragen befinden sich im Anhang auf Seite IV bis VIII. Für die Erstellung des Leitfadens boten Bogner et al. 2014: 49–56.; Hermanns 2007; Kaiser 2014: 51–55 eine sehr gute Orientierungsmöglichkeit. Eine Übersicht über die befragten Experten ist auf Seite 128 bis 130 zu finden.

### 3.5.2 Datenauswertung

Der Datenauswertung kommt im Rahmen einer Einzelfallstudie die zentrale Funktion zu, die Daten „in einen wissenschaftlichen Begründungszusammenhang zu überführen“ (Meienberg 2012: 47). Vor allem interpretative Verfahren, wie Dokumenten- oder Inhaltsanalysen<sup>33</sup>, eignen sich dazu, Wirkungszusammenhänge und Prozesse zu ergründen (Meienberg 2012: 47; Mühlich 2008: 55). Allgemeines Ziel der Dokumentenanalyse ist es dabei, auf eine systematische Weise Informationen aus einem Dokument zu extrahieren und diese zu verdichten (Jahn 2013: 200). Um die Dokumente der Grünen Jugend zu analysieren, hat sich die Forscherin an der Methode der inhaltlichen Strukturierung orientiert, die darauf abzielt, bestimmte Inhalte und Themen – in diesem Fall also Strategien und Strategieabsichten – aus Dokumenten zu extrahieren und zusammenzufassen (Mayring 1993: 83). Orientierung boten dafür die Werke von Mühlich (2008) und Switek (2015).<sup>34</sup>

In einem ersten Schritt hat sich die Forscherin einen Überblick über die vorliegenden Materialien verschafft und für die Beantwortung der Frage unnütze Materialien, wie Reisekostenabrechnungen oder Mitgliederdaten, aussortiert. Danach wurden die relevanten Dokumente gelesen und für die Beantwortung der Forschungsfrage interessante Fundstellen exzerpiert. Dieser Auswahlprozess wurde durch das gegenstandsbezogene Analyseraster strukturiert (siehe Kapitel 0). In einem dritten Schritt wurden die Textstellen nach dem Entstehungsdatum des Dokuments chronologisch geordnet, um den Kontext besser einordnen zu können und so strategische Entscheidungsschritte nachvollziehbarer zu machen. Besonders an dieser Stelle wurden Zeitungsartikel zur besseren Kontextualisierung hinzuzogen. Viertens wurden die in den Textpassagen identifizierten Strategien anhand des Analyserasters gruppiert, wobei besonders darauf geachtet wurde, für neue, im Analyseraster nicht vorhandene Strategien offen zu sein, den Analyserahmen immer wieder zu hinterfragen und weiter auszudifferenzieren. In einem letzten Schritt wurden die Strategien kontrastiert, zusammengefasst, verdichtet und letztendlich kategorienübergreifende Muster identifiziert.

Bei der Analyse der Experteninterviews wurde ähnlich vorgegangen. So wurden relevante Passagen transkribiert, der offene Analyserahmen als Codeschema herangezogen und die als relevant identifizierten Aussagen

---

<sup>33</sup> Der Analysezugang hat sich aus der Quellanalyse der Geschichtswissenschaften entwickelt, findet jedoch auch in der Politikwissenschaft Verwendung (Mühlich 2008: 55; Schmidt 2017: 443–444). Der Begriff „Dokument“ kann sehr weit definiert werden und neben schriftlichem Material auch Filme, Tonbänder oder gar Kunstgegenstände umfassen (Popp-Baier 1998: 118). Der Soziologie Schmidt hält jedoch für „die Organisationsforschung eine Eingrenzung des Dokumentenbegriffs auf Texte [...] für nützlich, um die Dokumentenanalyse einigermaßen gebrauchsfähig zu fassen“ (Schmidt 2017: 446). Begrifflich lässt sich die Dokumentenanalyse nur schwer von der Inhaltsanalyse unterscheiden, da beide Begriffe überlappen (Mühlich 2008: 55; Schmidt 2017: 444).

<sup>34</sup> Für weitere Literatur zur Dokumentenanalyse siehe Atteslander 1971; von Alemann 1995; Wolff 2007.

zusammengefasst, verdichtet und mit den Stellen in den Dokumenten abgeglichen bzw. ergänzt.<sup>35</sup> In diesem Zusammenhang muss angemerkt werden, dass Aussagen von Interviewpartnern immer subjektiv, strategisch und zielgerichtet sind, was ein reflektorisches Vorgehen erfordert (Switek 2015: 89). Für dieses reflektorische Vorgehen bildeten jedoch die vorliegenden Dokumente eine gute Grundlage, da die Aussagen anhand dieser bewertet und relativiert werden konnten.

## **4 Die Geschichte der Grünen Jugend und ihr Verhältnis zur Mutterpartei**

Auf die Erläuterung theoretischer und methodischer Überlegungen folgt nun die Analyse der Einflussstrategien. Zum besseren Verständnis des Kontexts wird zuerst die Entwicklung der Grünen Jugend skizziert. Da es keine Forschungsliteratur gibt, die die Geschichte des Jugendverbands nachzeichnet<sup>36</sup>, werden die zentralen Meilensteine aus dem Datenmaterial rekonstruiert. Der Fokus liegt dabei auf dem Verhältnis zur Mutterpartei und dem Ausbau der formellen Mitwirkungsrechte. Die Darstellung erfolgt anhand eines vierstufigen Phasenmodells, bei dem die Übergänge der Phasen jedoch als fließend angesehen werden können. Eine Übersicht befindet sich im Anhang auf Seite IX.

### **4.1 1986-1994: Gründung des Grün-Alternativen Jugendbündnisses**

Die Entstehung des Jugendverbands von 1986 bis zur offiziellen Gründung des Grün-Alternativen Jugendbündnisses (GAJB) im Januar 1994 bildet die erste Phase. Auffallend ist, dass die Gründungsinitiative von den Jugendlichen selbst ausging, wobei sich die Jugendorganisation auf Bundesebene sehr spät entwickelt hat. Dies lag daran, dass Die Grünen<sup>37</sup> lange Zeit davon überzeugt war, selbst eine Art Jugendorganisation zu sein.<sup>38</sup> Erst Mitte der 1980er Jahre ließ der Jungwähler-Erfolg und damit auch der Anspruch, eine junggebliebene Partei zu sein, allmählich nach (AGG, Grün 503-2: 2; Hohlfeld 1993: 435–436; Switek 2015: 184). In dieser Zeit entstanden etwa 50 grün-nahe Jugendgruppen auf kommunaler Ebene, die 1987 einen

---

<sup>35</sup> Für weitere Details zur spezifischen Analyse von Leitfadenterviews siehe Bogner et al. 2014: 71–86; Kaiser 2014: 99–124; Schmidt 2007.

<sup>36</sup> Eine Ausnahme bildet Hohlfeld (1993), wobei er jedoch nur die Entstehungsgeschichte von 1986 bis 1993 erläutert.

<sup>37</sup> Die Fusion mit Bündnis 90 zu Bündnis 90/Die Grünen erfolgte erst 1993 (Heinrich-Böll-Stiftung 2014: 1).

<sup>38</sup> So war das Durchschnittsalter der Parteimitglieder in den Anfangsjahren sehr gering und die Partei holte viele Stimmen bei den Jungwählern (Hohlfeld 1993: 435–436; Switek 2015: 184).

Vernetzungsversuch starteten und das lose Netzwerk<sup>39</sup> Grün-Alternativ-Bunt-Autonomer Jugendstrukturen bildeten (AGG, Grün 502-1: 8–9; Hohlfeld 1993: 439). Ein Jahr später schlossen diese Strukturen aufgrund interner Streitereien jedoch ein (AGG, Grün 502-1: 57–58; Hohlfeld 1993: 440–441).<sup>40</sup>

Neuen Schwung gab es Anfang der 1990er Jahre, denn ab Frühjahr 1992 bauten Die Grünen sogenannte Jugendkontaktstellen auf Landesebene auf, gefolgt von der Einrichtung einer Bundesjugendkontaktstelle in Frankfurt. Ziel war es, den Informationsaustausch zwischen den Gruppen zu verbessern (AGG, D.I.3, 3 (1/2); Hohlfeld 1993: 443; 450). In den darauffolgenden Jahren fanden dann verschiedene bundesweite Jugendtreffen statt, für die Bündnis 90/Die Grünen die Infrastruktur bereitstellte. Auf diesen Treffen diskutierten die Jugendlichen immer wieder über die Gründung eines eigenständigen Jugendverbands,<sup>41</sup> die dann auf dem ersten Bundeskongress vom 14. bis 16. Januar 1994 in Hannover in die Tat umgesetzt wurde. Dort verabschiedeten die Jugendlichen eine Satzung und wählten einen Bundesvorstand (Leif 2009: 105). Wie in der Satzung festgehalten wurde, stand das GAJB „der Partei Bündnis 90/Die Grünen nahe, ist aber politisch und organisatorisch unabhängig“ (AGG, D.I.3, 4 (1/2)).<sup>42</sup> Bei der Ausgestaltung der Struktur orientierte man sich an der Mutterpartei (Switek 2015: 184) und richtete einen Bundesvorstand, eine Bundesgeschäftsstelle, einen Länderrat<sup>43</sup>, ein Bundesschiedsgericht sowie Fachforen ein, wobei letztere für die inhaltliche Arbeit zuständig waren. Das Herzstück des GAJB bildeten zweimal jährlich stattfindende Bundeskongresse, auf denen die Jugendlichen Satzungsänderungen debattierten, die Gremien besetzten und inhaltliche Beschlüsse verabschiedeten. Darüber hinaus entschied sich der Jugendverband dazu, eine Mitgliederzeitung mit Namen SPUNK<sup>44</sup> herauszugeben (AGG,

---

<sup>39</sup> Dieses Netzwerk wies weder eine Mitgliedschaft noch feste Strukturen auf und sah sich als unabhängig an (AGG, Grün 502-1: 8–9; Hohlfeld 1993: 439).

<sup>40</sup> Grund dafür war die Gründung des ersten Landesverbands der Parteienachwuchsorganisation in Schleswig-Holstein, die andere Jugendgruppen strikt ablehnten (AGG, Grün 502-1: 57–60; Hohlfeld 1993: 440–441).

<sup>41</sup> Dabei wurden zwei Modelle in Erwägung gezogen: Erstens die Etablierung einer Verbandsstruktur mit Gremien, Arbeitskreisen und einer Zeitungsredaktion. Zweitens das Modell einer grün-offenen Jugendstruktur, welches lediglich eine Erweiterung der Bundesjugendkontaktstelle um ein Bildungswerk und Arbeitskreise vorschlug. Im September 1993 entschieden sich die Jugendlichen schließlich für das erste Modell. Als Vorteile wurden unter anderem eine größere finanzielle Unterstützung und bessere Koordinationsmöglichkeiten genannt (AGG, D.I.3, 4 (1/2); AGG, D.I.3, [119]; AGG, Grün 503-2: 4–17).

<sup>42</sup> Ein Änderungsantrag, der das GAJB als „Organ der Partei“ bezeichnete, welches sich den „politischen Grundsätzen und Zielen“ der Mutterpartei verpflichten sollte, wurde hingegen abgelehnt (AGG, D.I.3, 4 (1/2)).

<sup>43</sup> 1995 umbenannt in Länderausschuss (AGG, D.I.3, [56]) und 2002 in Bundesausschuss (AGG, D.I.3, elekt. Archiv).

<sup>44</sup> Der Name SPUNK steht für spontan, politisch und natürlich kritisch (AGG, ZS 902). Als Inspiration diente Pippi Langstrumpf, „die im Buch ‚Pipi [sic] im Taka-Tuka-Land‘ triumphierend das ‚wunderschöne‘ Wort Spunk für sich gefunden hat. Das begeisterte so sehr, dass es zum Namen des Magazins wurde“ (GJ BGS, elekt. Ablage, 16.1.2018).

D.I.3, 4 (1/2); GJ BGS, elekt. Ablage, 16.1.2018).<sup>45</sup> Offiziell von Bündnis 90/Die Grünen anerkannt wurde das GAJB schließlich auf dem Bundesparteitag im Februar 1994 in Mannheim (AGG, Archiv Infothek Digital). Mit Blick auf das Verhältnis zur Mutterpartei ist anzumerken, dass das GAJB sich klar von anderen Jugendverbänden abgrenzen wollte, der Funktion eines Karrieresprungbretts eine Absage erteilte und sich nicht als „Anhängsel der Partei“ (Voges 1994: 5) sah. Vielmehr wollte man „Vorstellungen bei Bündnis 90/Die Grünen einbringen, somit frischen Wind in den alternden Laden bringen und [...] Themen, die uns interessieren, diskutieren und eigene Positionen bestimmen und in die Partei einbringen“ (AGG, D.I.3, 4 (1/2)).

## 4.2 1994-1997: Konsolidierungsphase und verbandsinterne Debatten

Auf die Gründung des GAJB folgte eine Konsolidierungsphase, die von Anfang 1994 bis etwa Ende 1997 dauerte und von zwei zentralen Vorhaben geprägt war: Erstens etablierte der Bundesvorstand interne Strukturen und Kommunikationswege, um die Landesverbände und Bundesgremien stärker zu vernetzen (AGG, D.I.3, 4 (1/2); AGG, D.I.3, [56]; AGG, ZS 900). Ein zweites Ziel bestand in der Sicherung finanzieller Ressourcen. So verhandelte das GAJB mit der Mutterpartei über einen jährlichen Zuschuss und wurde 1996 Mitglied im Ring politischer Jugend<sup>46</sup>, um seine Finanzierungsbasis auszubauen (AGG, D.I.3, [56]; AGG, D.I.3, [63]; AGG, D.I.3, [64]; Augner 2018). Direkt nach dem Gründungskongress hatte das GAJB etwa 200 Mitglieder, wobei die Hälfte ein Parteibuch besaß (AGG, D.I.3, 4 (1/2)). An dieser Stelle ist anzumerken, dass der Jugendverband in den ersten Jahren seines Bestehens durch eine stark heterogene Mitgliedschaft geprägt war und als „links-alternative Sammlungsbewegung junger Menschen“ (Augner 2018) galt.<sup>47</sup> Obwohl der eigene Anspruch von Anfang an darin bestand, eine Lobbygruppe innerhalb der Partei zu sein (Hohlfeld 1993: 441), kann von einem systematischen und zielgerichteten Durchsetzen eigener Interessen in den ersten Jahren nicht gesprochen werden: „Auf Bundesebene waren wir da noch nicht soweit, dass wir [...] auf diese Debatten als Grüne Jugend mit einer einheitlichen Meinung oder so was großen Einfluss genommen hätten“ (Rottmann 2018). Stattdessen ging es darum, sich „selber Mal eine Position

---

<sup>45</sup> Organigramme zum Aufbau des Jugendverbands befinden sich im Anhang auf Seite X bis XII.

<sup>46</sup> Der Ring politischer Jugend ist eine Arbeitsgruppe der Parteienachwuchsorganisationen. Mitglieder sind die JU, die Jusos, das GAJB und die JuLis, in einigen Bundesländern auch die Linksjugend (Thurich 2011).

<sup>47</sup> Hierzu Manuela Rottmann: „Ich würde auch sagen, dass die Grüne Jugend im Bund damals von der politischen Ausrichtung sehr viel vielfältiger war, als sie das jetzt ist. Lange nicht so links-orientiert, sondern da gab es Fach-Realos und da gab es alles Mögliche, also es war auch nicht so homogen“ (Rottmann 2018). Begünstigt wurde dies durch die Satzung, die eine Doppelmitgliedschaft in anderen Parteienachwuchsorganisationen ermöglichte (Berliner Zeitung 1994; Hessische Niedersächsische Allgemeine 1994).

zu erarbeiten, sich selber in ein Thema rein zu finden“ (Rottmann 2018). Dabei war die zweite Entwicklungsphase vor allem durch interne Diskussionen und der Suche nach gemeinsamen Positionen geprägt (Augner 2018; Rottmann 2018). Außerdem bestand Uneinigkeit darüber, ob man überhaupt in die Partei eingebunden werden will. Denn während ein Teil der Mitglieder „vor allem aufgrund des hohen Spaß-Faktors“ (AGG, ZS 900) im GAJB war und eher auf spontane Aktionen abzielte, wollte sich ein anderer Teil professionalisieren, um Gehör zu finden (AGG, ZS 900; Augner 2018).

Ein möglicher Weg in Richtung Professionalisierung und gezielter Einflussnahme stellt ganz allgemein der Ausbau formeller Mitwirkungsrechte in den Parteigremien dar. Diese können als Ort verstanden werden, „an dem individuelle Akteure aufeinandertreffen und versuchen, die Entscheidungen in ihrem Sinne zu beeinflussen“ (Switek 2015: 133). Wie im Folgenden gezeigt wird, versuchte das GAJB in der Konsolidierungsphase die Vertretung in den Parteigremien durchzusetzen. Das primäre Ziel bestand jedoch nicht darin, Parteientscheidungen über eine formelle Mitgliedschaft zu beeinflussen, sondern Informationen überhaupt erst zu erhalten<sup>48</sup> und Entscheidungsprozesse kennen zu lernen:

„Aus unserer Sicht damals war das [Präsenz in den Parteigremien] total nötig, weil wir sonst ganz abgeschnitten waren von der Debatte. Das war nicht so sehr jetzt ..., das ist sozusagen unser Fuß in der Tür, mit dem wir dann unsere Positionen in der Gesamtpartei durchsetzen, weil wir wie gesagt damals gar nicht so homogen waren. Sondern es war eher so dieses verstehen, was da läuft, was da passiert und deswegen müssen wir da irgendwie in der Nähe sein“ (Rottmann 2018).

In den Anfangsjahren stellten vor allem der Bundesvorstand<sup>49</sup> und die Bundestagsfraktion für den Jugendverband geeignete Institutionen dar, um an Informationen zu gelangen, die Zusammenarbeit mit der Mutterpartei zu verbessern und die eigene Wahrnehmung zu steigern (AGG, D.I.3, [63]; AGG, D.I.3, [64]).<sup>50</sup> Konkret ging es darum, zu sehen und gesehen zu

---

<sup>48</sup> Wie Korte schreibt, gehören „Informationen zu einer zentralen Machtressource“ (Korte 2003: 18) in der Politik.

<sup>49</sup> Der heute sechsköpfige Bundesvorstand von Bündnis 90/Die Grünen wird von den Delegierten gewählt und kann der Parteispitze zugeordnet werden. Er koordiniert die Parteitage, verbindet die verschiedenen Gruppen in der Partei und vertritt sie nach außen. In den 1990er Jahren war der Bundesvorstand weitaus größer, als heute und vergab seine Sitze quotiert. Die Abschaffung des Rotationsprinzips im Jahr 1991, die Aufweichung der Trennung von Amt und Mandat sowie eine bessere Ressourcenausstattung hatten zur Folge, dass das Gremium mit der Zeit an Macht zunahm (Rottmann 2018; Switek 2012: 125; Switek 2015: 143; 164).

<sup>50</sup> Exemplarisch wird dies im Protokoll der Bundesvorstandssitzung vom 11. November 1994 deutlich: „Die Vorteile eines stärkeren Kontakts zwischen den BuVos liegen unserer Meinung in dem verstärkten Infofluß (über bündnisgrüne BuVo-Protokolle an uns, Astrid [Henning] steht außerdem auf dem BT-Fraktionsverteiler) und der damit verbundenen

werden (Augner 2018). Im Dezember 1994 setzte das GAJB auf dem Bundesparteitag in Potsdam das Recht durch, ein kooptiertes Mitglied in den Bundesvorstand der Mutterpartei zu entsenden (AGG, D.I.3, [56]; Augner 2018; Rottmann 2018; von Bebenburg 1995: 3). Dieses konnte zwar mitdiskutieren, hatte jedoch kein Stimmrecht und musste bei Personalentscheidungen den Raum verlassen (AGG, D.I.3, [64]). Die Tatsache, dass das GAJB den Bundesvorstand anfangs nicht strategisch dazu nutzte, um eigene Positionen durchzusetzen, lag vor allem in der Diskussionskultur und dem Aufgabenbereich des Gremiums begründet. Wie die Gastmitglieder Astrid Henning und Manuela Rottmann berichteten, war der Bundesvorstand von Bündnis 90/Die Grünen hauptsächlich für die Parteitagsvorbereitung zuständig und zeichnete sich durch eine konfliktäre Debattenkultur aus (Rottmann 2018). Dabei fiel es den Jugendlichen schwer, die Geschäfts- und Hierarchieordnung zu verstehen, sich zu Wort zu melden und die „Intentionen der Jugendpolitik in die Tagesordnung der Sitzungen einzubringen“ (AGG, D.I.3, [64]). Die ehemalige GAJB-Bundessprecherin Manuela Rottmann bemängelte in der SPUNK gar eine Ineffizienz des Bundesvorstands und sprach von „quälender Langeweile“ (AGG, ZS 900).

Im Jahr 1995 legte GAJB-Mitglied Astrid Henning ebenfalls den Grundstein für die Zusammenarbeit mit der Fraktion, in dem sie auf Einladung des damaligen Sprechers der Bundestagsfraktion, Joschka Fischer, eine dreitägige Fraktionsklausur in Bonn besuchte, um „Aspekte der Jugend [...] einzubringen“ (AGG, D.I.3, [64]) und „die inhaltlichen Positionen der Jugend zu den einzelnen Themen darzustellen“ (AGG, D.I.3, [56]). In den folgenden Jahren besuchten die GAJB-Bundessprecher die wöchentlich stattfindenden Fraktionssitzungen aufgrund mangelnder zeitlicher Kapazitäten dann jedoch nur unregelmäßig (Augner 2018).

Wie an verschiedenen Stellen deutlich wird, bauten einzelne GAJB-Mitglieder parallel zur Gremienvertretung informelle Kontakte zu einzelnen Mitgliedern des Bundesvorstands und der Bundestagsfraktion auf. Astrid Henning beispielsweise nutzte Telefonate, um einzelne GAJB-Positionen einzubringen. Über die Kontakte wollte sie innerhalb des Bundesvorstands Strukturen und Hierarchien durchbrechen, so dass sich „mit dem kooptierten Mitglied für uns Einflußmöglichkeiten eröffnen, von denen wir nicht mal zu träumen wagten“ (AGG, D.I.3, [64]). Auch Manuela Rottmann hat sich als

---

Möglichkeit, eingreifen zu können, wenn aus jugendlicher Sicht etwas schief läuft“ (AGG, D.I.3, [64]). Hierzu äußerte sich auch der ehemalige Bundessprecher und GAJB-Gründungsmitglied Jens Augner: „Es ging letztlich für uns um den Informationsaustausch [...]. Wir hatten das Gefühl, [...] dass wir auch mitkriegen, welche Themen in der Parteispitze da irgendwie umgewälzt wurden, so dass wir das dann also weitertragen konnten und auch unseren Senf dazugeben konnten. Ich glaube, das war einfach auch eine praktische Organisation von Informationsfluss, die dadurch gewährleistet wurde“ (Augner 2018). Neben Jens Augner bezeichnete auch die damalige Bundessprecherin Nadia vom Scheidt den kooptierten Sitz im Bundesvorstand im Jahr 1997 als Weg, um „relevante Informationen zu bekommen und in Entscheidungsprozesse einzugreifen“ (AGG, D.I.3, [66]).

GAJB-Bundessprecherin am Rande der Bundesvorstandssitzungen mit Abgeordneten getroffen und „mal so Sachen durchgebabbelt“ (Rottmann 2018). Dabei waren „die Trinkgelage mit Teilen der Bundestagsfraktion [...] eine gute Ideen- und Informationsquelle für die politische Arbeit und haben das GAJB [...] bekannter gemacht“ (AGG, ZS 900). Besonders ausgeprägt waren die Beziehungen zu jungen Abgeordneten und Funktionsträgern (Augner 2018; Rottmann 2018). Regine Barth galt etwa als „Hauptansprechpartnerin“ (Augner 2018) für den Jugendverband. Auch Matthias Berninger<sup>51</sup> war Kooperationspartner. Nach seiner Wahl in den Bundestag 1994 erhoffte sich der GAJB-Bundesvorstand vor allem seine Hilfe im Bereich der Jugendpolitik und plante gar die Einrichtung einer Gruppe, die regelmäßig mit Matthias Berninger Informationen austauschen sollte (AGG, D.I.3, 3 (1/2); AGG, D.I.3, 5 (1/2)). Immer wieder besuchten die beiden Politiker in den 1990er Jahren die Bundesvorstandssitzungen (AGG, D.I.3, [63]).

Neben dem Bundesvorstand und der Bundestagsfraktion bilden die BDKen ein zentrales Entscheidungsfindungsorgan bei Bündnis 90/ Die Grünen (Switek 2012: 125–126; Switek 2015: 135–140; Treibel 2012: 13). Doch auch dieses Gremium nutzte das GAJB anfangs kaum, um als homogener Verband einheitliche Positionen durchzusetzen. So hatte die Jugendorganisation in den ersten Jahren ihres Bestehens weder eigene Delegierte noch ein Antragsrecht. Anträge wurden stattdessen von GAJB-Mitgliedern mit Delegiertenstatus eingebracht und repräsentierten Einzelmeinungen (Augner 2018; Rottmann 2018). Im Vergleich zur heutigen Situation, gab es in den 1990er Jahre weder institutionalisierte Treffen junger Delegierter<sup>52</sup>, noch provokante Aktionen, um für Anträge zu werben. Stattdessen rührte man in den Landesverbänden die Werbetrommel (Augner 2018). Auch Reden nutzten die Jugendlichen in den frühen 1990er Jahren nicht strategisch, um für Positionen zu kämpfen: „Wir haben da gleichwohl geredet an so Themen, aber auch nicht so organisiert. Das ist jetzt der gesetzte Redebeitrag der Grünen Jugend oder so. Sowas gab es da nicht“ (Rottmann 2018).<sup>53</sup>

---

<sup>51</sup> Der 24-jährige Matthias Berninger zog 1994 in den Bundestag ein und galt damit als jüngster Abgeordneter (Geis 1995). Außerdem war er bildungspolitischer Sprecher der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen (Fischer 2000). An dieser Stelle muss angemerkt werden, dass Matthias Berninger innerhalb des GAJB-Bundesvorstands aufgrund seiner realpolitischen Ausrichtung durchaus als umstritten galt (Augner 2018). Außerdem wollte man vermeiden, dass Matthias Berninger „mit dem GAJB identifiziert wird (und umgekehrt)“ (AGG, D.I.3, 3 (1/2)).

<sup>52</sup> Hierzu Manuela Rottmann: „Also natürlich hingen die Jungen immer irgendwie zusammen, weil man sich kannte und ist dann auch zusammen ausgegangen und hat dann zusammen gefeiert und hat dann auch natürlich in dem Rahmen zusammen Sachen vorbesprochen, wie ‚Hey, der Antrag ist jetzt so und so‘, aber das waren junge Mitglieder bei den Grünen und das war nicht die Grüne Jugend, die sich dann oft über die Grüne Jugend oft kennen gelernt hatten und vernetzt hatten über die Jugendkongresse, aber nicht systematisch als Verband da aufgetreten ist“ (Rottmann 2018).

<sup>53</sup> Hierzu Jens Augner: „Auf den Parteitag kriegt man ja auch immer ein Grußwort und das haben wir dann schon genutzt so, um grundsätzlich was zu sagen auch zu den Themen, die denn auch für den Parteitag da waren [...], aber systematische Einflussnahme war erst Mal nicht mal unser Ziel. Das war, wir machen unser Ding, setzten

Ein Parteiorgan, das die Entscheidungen innerhalb von Bündnis 90/Die Grünen vorbereitet, sind die BAGen<sup>54</sup>. Ihre Mitglieder entwickeln Konzepte, vernetzen die interne Arbeit und beteiligen sich durch Anträge an den Parteitagen und im Länderrat (Bündnis 90/Die Grünen 2015; Switek 2015: 151). Das Recht, Vertreter in die BAGen zu entsenden, wurde dem GAJB auf der BDK im November 1996 zugesprochen (AGG, Archiv Infothek Digital; AGG, D.I.3, [63]). Ab Frühjahr 1998 schickte das GAJB dann Delegierte aus den verbandsinternen Fachforen in 17 verschiedene BAGen, wobei diese Zahl über die Zeit hinweg variierte (AGG, D.I.3, [63]; vom Scheidt 1997: 26). Wie schon im Fall des Gastmitglieds im Bundesvorstand, ist hinter diesem Schritt jedoch keine explizite Strategie zur Ausweitung der innerparteilichen Mitsprachrechte zu erkennen. Vielmehr ging die Initiative zur Mitarbeit von einzelnen GAJB-Mitgliedern im Bereich der Drogenpolitik aus und führte dann zum Wunsch, Delegierte in alle BAGen zu senden (Augner 2018).

Gescheitert war die Parteienachwuchsorganisation hingegen mit dem Versuch, Delegierte in den Länderrat<sup>55</sup> zu entsenden. Einen entsprechenden Antrag brachte der organisatorische Bundesgeschäftsführer des GAJB zwar auf der BDK im März 1996 in Mainz ein, dieser verfehlte jedoch die notwendige Zweidrittel-Mehrheit (AGG, Archiv Infothek Digital; AGG, D.I.3, [59]).<sup>56</sup> Der GAJB-Bundesvorstand bezeichnete den Länderrat in diesem Kontext durchaus als Ort der Entscheidungsfindung und sah die Mitarbeit als Weg, um bei der Formulierung von Inhalten ernst genommen zu werden (AGG, D.I.3, [59]; AGG, D.I.3, [63]).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die politische Arbeit in den ersten Jahren klar hinter dem internen Strukturaufbau zurückblieb (AGG, D.I.3, 47 (2/2); AGG, D.I.3, [63]; AGG, Grün 503-19: 1–20). Das GAJB versuchte zwar in verschiedene Parteigremien integriert zu werden, primäres Ziel war jedoch nicht die Einwirkung auf Entscheidungsprozesse, sondern der Erhalt von Informationen. Dabei hat man sich „nicht so sehr an der eigenen Partei abgearbeitet“ (Rottmann 2018), sondern versuchte innerhalb der Partei und in den Medien überhaupt als ernsthafter Akteur wahrgenommen zu werden (Augner 2018).

---

unsere Themen und arbeiten da dran und fühlen uns den Grünen nahe, aber das ist es dann auch“ (Augner 2018).

<sup>54</sup> Die BAGen treffen sich dreimal im Jahr öffentlich und setzen sich zusammen aus zwei Delegierten der LAGen, einem Mitglied des Bundesvorstands, einem Mitglied der Bundestagsfraktion, einem Mitglied der Fraktion der Europäischen Union und einem Mitglied der Grünen Jugend. Darüber hinaus können weitere sechs Plätze frei vergeben werden (Bündnis 90/Die Grünen 2015).

<sup>55</sup> Im Länderrat sind die Landesverbände proportional nach ihrer Mitgliederzahl vertreten. Das Gremium berät den Bundesvorstand, diskutiert Inhalte und bereitet damit Entscheidungen vor (Switek 2015: 149).

<sup>56</sup> Als Gründe für die Ablehnung wurde von Parteimitgliedern die Vermeidung eines Alleinvertretungsanspruchs und eine drohende „Jusofizierung“ (AGG, ZS 900) in Richtung Kaderschmiede angeführt.

Die erste Annäherungsphase war von beiden Seiten durch große Skepsis und Unmut geprägt. Während das GAJB der Mutterpartei fehlenden Mut zur Besetzung kritischer Positionen vorwarf und ein Desinteresse an der Arbeit des Jugendverbands monierte, unterstellten führende Parteimitglieder den jugendlichen Pragmatismus und wünschten sich revolutionärere Aktionen (AGG, D.I.3, [59]; Winden 1997: 30). Auch die Tatsache, dass die Parteienachwuchsorganisation sehr heterogen war, erschwerte das Auftreten als einheitlicher Verband. Das Durchsetzen von Positionen – etwa in den Bereichen Renten-, Atom- oder Außenpolitik – basierte stattdessen auf individuellen Initiativen und informellen Wegen, etwa der Zusammenarbeit mit einzelnen Fraktionsmitgliedern. Wie in einer Selbstdarstellung aus dem Jahr 1996 zu lesen ist, hatte das GAJB dann „nach zwei Jahren Aufbauarbeit allmählich die Luft, um politische Forderungen und jugendspezifische Blickwinkel in die Partei zu tragen“ (AGG, D.I.3, [59]). Weichen dafür wurden vor allem ab dem Jahr 1998 gestellt.

### **4.3 1998-2001: Umbruchphase und Ausbau der Mitwirkungsrechte**

Zwischen 1998 und 2001 befand sich das GAJB in einer starken Umbruchphase, die maßgebliche Auswirkungen auf das Verhältnis zur Mutterpartei hatte. Während der Jugendverband zuvor damit beschäftigt war, die eigenen Strukturen zu festigen und in den Informationsfluss eingebunden zu werden, baute die Parteienachwuchsorganisation ihre Bestrebungen, eigene Positionen in der Partei durchzusetzen, in den Jahren um die Jahrtausendwende stark aus. Um dies in die Realität umzusetzen, unternahmen die Jugendlichen tiefgreifende strukturelle Änderungen und kämpften für weitere formelle Mitwirkungsrechte, die nicht nur mit dem Ziel der Informationsgewinnung, sondern immer mehr mit dem Ziel einer Einflussnahme in Verbindung gebracht wurden. Diese Entwicklungen werden im Folgenden skizziert.

Als erste strukturelle Änderung kann der Umzug der GAJB-Bundesgeschäftsstelle von Frankfurt nach Berlin genannt werden, wobei sich diese von nun an im selben Gebäude, wie die Bundesgeschäftsstelle von Bündnis 90/Die Grünen befand (AGG, D.I.3, [56]; AGG, Grün 503-19: 30; 43; AGG, ZS 900). Ziel des Umzugs war es, die Infrastruktur der Mutterpartei mitzunutzen und näher am politischen Geschehen zu sein (Graf 2018; Husen 2018; Müller 2018). Bereits im Jahr 1997 hatte die damalige GAJB-Bundessprecherin Nadia vom Scheidt die räumliche Distanz zwischen der GAJB-Bundesgeschäftsstelle und der Geschäftsstelle der Mutterpartei als Hürde auf dem Weg einer besseren Zusammenarbeit kritisch angemerkt (vom Scheidt 1997: 26). Wie dann in einem Protokoll der Bundesvorstandssitzung vom Juli 1998 zu lesen ist, sah das Gremium einen Vorteil im Umzug

nach Berlin unter anderem darin, „mehr Einflußmöglichkeiten“ (AGG, D.I.3, [63]) zu haben.<sup>57</sup>

Zweitens folgte im Jahr 2000 eine Namensumbenennung in Grüne Jugend (AGG, D.I.3, elekt. Archiv). Als primäre Gründe wurden dafür die Vereinfachung der Öffentlichkeitsarbeit sowie die Steigerung des Wiedererkennungswerts genannt (AGG, D.I.3, 12; AGG, ZS 900; Graf 2018; Husen 2018; Müller 2018). Außerdem wollte man damit „zu der Tatsache stehen, dass das GAJB der den Grünen nahestehende Jugendverband ist“ (AGG, ZS 900). In der internen Debatte wiesen die Befürworter dieses Vorhabens jedoch auch immer wieder darauf hin, dass dies ein geeigneter Schritt sei, um die Stimme innerhalb der Partei zu stärken: „Für die Grünen [...] wird klarer, dass wir [...] demokratisch legitimiert sind für die Grüne Jugend zu sprechen. So können wir unsere Inhalte besser vermitteln und einfordern“ (AGG, D.I.3, 12).<sup>58</sup>

Der Umzug nach Berlin sowie die Namensänderung stellten Vorboten dar für eine dritte, weitaus größere strukturelle Änderung: die formale Neugründung des Jugendverbands als Teilorganisation von Bündnis 90/Die Grünen. Nach langen internen Diskussionen und einer knappen Abstimmung<sup>59</sup>, entschieden sich die Jugendlichen im Jahr 2001 für diesen Schritt und passten ihre Satzung an. So war man von nun an nicht mehr unabhängig und der Partei nahe stehend (AGG, D.I.3, 4 (1/2)), sondern bezeichnete sich als „selbstständige Vereinigung“ und „politische Jugendorganisation“ von Bündnis 90/Die Grünen (AGG, D.I.3, 31). Die Mutterpartei erkannte den Jugendverband am 25. November 2001 auf ihrem Parteitag in Rostock als Teilorganisation an (AGG, D.I.3, 31). Obwohl diese Entscheidung maßgeblich durch steuerliche Aspekte<sup>60</sup> begründet wurde, wollte man mit der Angliederung

---

<sup>57</sup> Die größere Nähe zur Partei und die damit verbundene Ausweitung der Einflussmöglichkeiten bestätigten auch Werner Graf und Christian Müller in den Experteninterviews (Graf 2018; Müller 2018).

<sup>58</sup> Intern war die Namensänderung umstritten (Müller 2018). Kritisiert wurden etwa ein großer finanzieller Aufwand und die Gefahr, eine zu große programmatische Nähe zur Partei einzunehmen (AGG, D.I.3, 12; AGG, ZS 900).

<sup>59</sup> Nach einer zweijährigen Debatte stimmten die GJ-Mitglieder der Angliederung auf dem Bundeskongress im Herbst 2001 zu. Die Entscheidung war jedoch sehr knapp. Nachdem in der ersten Abstimmung keine Mehrheit erreicht werden konnte, drohte der GJ-Bundesvorstand mit seinem Rücktritt, woraufhin in einem weiteren Wahlgang dann die erforderliche Dreiviertel-Mehrheit erreicht werden konnte. Wie in verschiedenen Dokumenten deutlich wird, befürchteten die Gegner vor allem eine stärkere Abhängigkeit sowie das Einmischen der Mutterpartei in Satzungs- und Personalfragen des Jugendverbandes (AGG, D.I.3, 47 (2/2); AGG, D.I.3, [50]; AGG, D.I.3, elekt. Archiv).

<sup>60</sup> Bereits 1999 debattierte der Länderausschuss über eine Angliederung. Die ging dabei von einigen Landesverbänden aus und war der Steuergesetze in Deutschland geschuldet. Wie in verschiedenen Dokumenten zu lesen ist, waren zu dieser Zeit lediglich Parteien, deren Gebietsverbände und gemeinnützige Vereine von der Schenkungssteuer befreit. Einige Finanzämter hatten jedoch festgestellt, dass Parteijugendorganisationen aufgrund der klaren Verfolgung politischer Ziele nicht als gemeinnützige Vereine oder als Gebietsverbände gelten. Da die Jusos und die JU bereits als Teilorganisationen der Mutterparteien agierten, bedingte dieser Zustand eine rechtsunsichere Situation für die Grüne Jugend. Mit der

auch eine Stärkung der eigenen Position erreichen, wie in einem internen Papier zu lesen ist:

„Die Grüne Jugend hat als unabhängiger Jugendverband keinen legitimen Anspruch, die Jugendvertretung der Bündnis 90/Die Grünen zu sein. [...] In der Innenwahrnehmung der Partei sind wir nach wie vor nicht die legitime Jugendvertretung. Diese Tatsache schwächt unsere Position gegenüber der Partei [...]. Hier wollen wir etwas ändern“ (AGG, D.I.3, [50]).<sup>61</sup>

Die drei strukturellen Änderungen wurden begleitet durch den gezielten Ausbau der formellen Mitwirkungsrechte. So setzten die Jugendlichen zwischen 1998 und 2001 einige Hebel in Bewegung, um „die Einbindung der Perspektiven und Ansichten Jugendlicher durchgehend, unmittelbar und auf allen Ebenen sicherzustellen, indem diese sich sowohl direkt in der Partei beteiligen als dort auch Funktionen ausüben“ (AGG, D.I.3, [63]). Bereits in der Konsolidierungsphase hatten sich die GAJB-Landesvorstände dafür ausgesprochen „zu einem wahrnehmbaren Faktor auf Bundesdelegiertenkonferenzen“ (AGG, D.I.3, [57]) zu werden. Ende 1998 setzte die Jugendorganisation auf dem Bundesparteitag in Leipzig schließlich ein Antragsrecht durch. Somit ist die GAJB-Mitgliederversammlung seit 1999 offiziell dazu berechtigt, Anträge auf den Bundesparteitagen einzubringen (AGG, Archiv Infothek Digital; AGG, D.I.3, [63]). Mit dem Antragsrecht gingen vor allem die Ziele einher, die Strukturen der Partei stärker zu nutzen, vermehrt „auf die inhaltliche Positionierung der Grünen Einfluss [zu] nehmen“ (Husen 2018) sowie die öffentliche Verbandswahrnehmung und den Einfluss zu steigern (AGG, D.I.3, [63]; Augner 2018).<sup>62</sup>

Auch im Länderrat zeigte sich die Jugendorganisation hartnäckig und startete einen zweiten erfolgreichen Anlauf, wobei der Parteitag im Dezember 1998 der Entsendung zweier Länderratsdelegierten zustimmte (AGG, D.I.3, 10 (2/2)).<sup>63</sup> Dass die Jugendorganisation gezielt Inhalte im Länderrat

---

Angliederung wollte man also die Nachzahlung der Schenkungssteuer vermeiden (AGG, D.I.3, [101]; AGG, D.I.3, [120]; von der Ahe 2018).

<sup>61</sup> Bestätigt wurde die Erhöhung der Einflussnahme als ein Ziel der Angliederung von Benjamin von der Ahe, der den Angliederungsprozess als GJ-Schatzmeister begleitet hat (von der Ahe 2018).

<sup>62</sup> 1997 bezeichnete die damalige Bundessprecherin Nadia vom Scheidt das Antragsrecht als Weg, um „relevante Informationen zu bekommen und in Entscheidungsprozesse einzugreifen“ (AGG, D.I.3, [66]). Auch der Länderrat sah auf seiner Sitzung am 7. November 1999 Anträge beispielsweise als Weg, um die Jugend in der Partei zu stärken und die eigene Bedeutung deutlich zu machen (AGG, D.I.3, [120]).

<sup>63</sup> Wie die ehemalige GAJB-Bundessprecherin Katja Husen erläutert, lag der Sinneswandel von Bündnis 90/Die Grünen darin, dass viele in der Partei erst mit der Regierungsbeteiligung im Jahr 1998 die Notwendigkeit eines Jugendverbands erkannten und die Beziehung zu den Jugendlichen professionalisieren wollten (Husen 2018).

mitbestimmen wollte, wird in einem Bericht des Länderdelegierten Christian Meyer<sup>64</sup> aus dem Jahr 2001 deutlich:

„Der **Länderrat** [Hervorhebung im Original] von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist das **höchste Gremium der Partei** [Hervorhebung im Original] zwischen den Parteitag und unsere hart erkämpfte stimmberechtigte Präsenz nicht unwichtig. [...] Anregungen und Anträge des Verbandes wurden von uns [...] mit zunehmendem Erfolg in den Länderrat eingebracht. Da der Länderrat nur selten tagt, halte ich dort eine kontinuierliche und **kompetente Jugendvertretung** [Hervorhebung im Original] für äußerst sinnvoll, um unsere Positionen und Interessen dort politisch gut zu vertreten. In meiner Amtszeit [bezieht sich auf seine erste Amtszeit von 1999 bis 2001] fanden bisher **„nur“ vier Länderräte** [Hervorhebung im Original] statt, auf denen wir [...] von Mal zu Mal besser wurden. Zusammen mit [...] gibt es dort eine **deutliche Wahrnehmung der Grünen Jugend** [Hervorhebung im Original]. Auf einigen Länderräten [...] waren wir im Gegensatz zu einigen Delegierten gut vorbereitet und oft die einzigen [sic] die dort mit eigenen Anträgen oder Initiativen die Parteigremien in eine junggrüne Richtung brachten“ (AGG, D.I.3, 31).

Neben dem Länderrat wurde im Jahr 1998 der Parteirat<sup>65</sup> aus der Taufe gehoben. Auch hier kämpfte der Jugendverband für eine formelle Mitgliedschaft und startete mehrere Anläufe, bis den Jugendlichen schließlich im Zuge der Teilorganisationsverhandlungen (siehe Seite 45) die Entsendung zweier beratender Mitglieder zugestanden wurde (AGG, Archiv Infothek Digital; AGG, D.I.3, [101]; AGG, Grün 503-19: 54).<sup>66</sup>

Während in der Konsolidierungsphase das Gastrecht im Bundesvorstand immer mit der Informationsgewinnung in Verbindung gebracht wurde, ist auch hier eine veränderte Einstellung auszumachen. So wurde in der Umbruchphase die Entsendung eines kooptierten Mitglieds zunehmend mit dem Wunsch der Einflussnahme begründet. In der SPUNK aus dem Jahr 1998 machte die ehemalige GAJB-Bundessprecherin Nadia vom Scheidt etwa

---

<sup>64</sup> Christian Meyer vertrat die Jugendorganisation von 1999 bis 2003 im Länderrat (AGG, D.I.3, 31).

<sup>65</sup> Seine Aufgabe besteht darin, „die Kommunikation zwischen den verschiedenen Organen, Ebenen und Akteuren [zu] verbessern und eine Koordination der fragmentierten Partei [zu] ermöglichen“ (Switek 2015: 147). Im März 2000 wurde der Parteirat reformiert und von 30 auf 16 Personen verkleinert (Switek 2015: 147).

<sup>66</sup> 1998 erhielt das GAJB zwei kooptierte Sitze mit Antragsrecht, aber ohne Stimmrecht. Nach der Reform 2000 kandidierte die ehemalige GJ-Bundessprecherin Ramona Pop für einen offiziellen Sitz, wurde jedoch nicht gewählt. Auch eine Abstimmung im Länderrat über die Entsendung eines beratenden Mitglieds durch die Grüne Jugend im Oktober 2000 scheiterte (AGG, Archiv Infothek Digital).

deutlich, dass es bei der Mitarbeit im Bundesvorstand darum gehe, „Abläufe innerhalb der Grünen mit[zu]gestalten“ (AGG, ZS 900). Auch im Rechenschaftsbericht für das Jahr 2001 gab der Bundesvorstand an, dass man vermehrt versuche, sich aktiv in die Debatten im Bundesvorstand einzumischen, um die „Rolle in der Partei zu stärken und natürlich um unseren Einfluss zu erhöhen“ (AGG, D.I.3, 14).

Ein ähnliches offensives Verhalten ist auch mit Blick auf die Bundestagsfraktion zu erkennen. In einem Positionspapier, das die GAJB-Bundessprecher im März 1999 in den Parteirat einbrachten, äußerten sie die Erwartung, dass GAJB-Mitglieder stärker „eingebunden werden [...] *durch regelmässige Treffen mit der Bundestagsfraktion, in denen sie Fragen und Kritik äussern können* [Hervorhebung im Original]“ (AGG, D.I.3, [66]). Begründet wurde dies mit einem „Recht auf Respekt und Mitsprache“ (AGG, D.I.3, [66]). Nach dem Umzug nach Berlin besuchten die GJ-Bundesvorstandsmitglieder im Vergleich zur Konsolidierungsphase, außerdem regelmäßiger die Fraktionssitzungen und setzten dort ein Rederecht durch (Graf 2018).

Neben der Forderung nach formeller Einbindung, weitete die Parteienwachstumsorganisation auch ihre informelle Kooperation aus, was exemplarisch an der Zusammenarbeit mit dem Bundestagsmitglied (MdB) Christian Simmert gezeigt werden kann. Er wurde 1998 zusätzlich zu Matthias Berninger in den Bundestag gewählt (AGG, D.I.3, 34 (2/2)). In der SPUNK bezeichneten GAJB-Mitglieder die beiden Politiker als „unsere [ ] Bundestagsabgeordnete[n]“ (AGG, ZS 900), was auf ein gutes Verhältnis schließen lässt. Bundessprecher Lars Lübben lobte im Vergleich zu 1994 außerdem eine „vielfältigere Auswahl, wen wir in der Fraktion ansprechen können“ (AGG, D.I.3, 9 (2/2)). Wie in verschiedenen Dokumenten zu lesen ist, bot Christian Simmert dem Jugendverband immer wieder an, gemeinsam innerhalb der Fraktion Druck auszuüben und jugendpolitische Themen durchzusetzen (AGG, D.I.3, [55]; AGG, ZS 900).<sup>67</sup>

Neben Plätzen in den permanenten Parteigremien, kämpfte das GAJB auch für eine Vertretung in der temporären Grundsatzprogrammkommission, die 1999 zur Erarbeitung eines neuen Grundsatzprogramms eingesetzt wurde (Egle 2003: 107–108).<sup>68</sup> So verfasste die damalige GAJB-Bundesvorsprecherin Katja Husen im Herbst 1999 einen Brief an den Bundesvorstand der Mutterpartei, um „megaforsch unsere Beteiligung am Prozeß ein[zu]fordern“ (AGG, D.I.3, [120]). Darin plädierte sie dafür, das GAJB in die Debatte über die Zukunftsfähigkeit der Partei einzubinden (AGG, D.I.3, [55]; AGG, D.I.3, [66]). Zum Auftakt der Debatte fand im November 1999 ein

---

<sup>67</sup> Siehe hierzu ein Zitat von MdB Christian Simmert in der SPUNK: „Desweiteren denke ich, daß das Durchsetzen in der grünen Fraktion nur gelingen wird, wenn man Druck ausübt. Druck kann man aber nur gemeinsam ausüben, deshalb muß z.B. mit dem GAJB zusammen gearbeitet werden“ (AGG, ZS 900).

<sup>68</sup> Das Programm sollte Ziele für die nächsten 20 Jahre definieren, den Wandel der Partei von einer Protest- in eine Regierungspartei einleiten und Bündnis 90/Die Grünen in einer linken Mitte verankern (DPA 2001).

Strategiekongress in Kassel statt. Wenige Tage vor dem Auftaktkongress kündigte die Jugendorganisation per Pressemitteilung außerdem seine Anwesenheit an und formulierte erneut die Erwartung an eine gezielte Einbindung (AGG, D.I.3, [66]). Schlussendlich vertrat die damalige GJ-Bundessprecherin Ramona Pop den Jugendverband in der Kommission (Graf 2018). Nach der Skizzierung der zentralen Entwicklungen im Rahmen der Umbruchphase, stellt sich die Frage, welche Faktoren das stärkere Streben nach Einflussnahme bedingt haben. Zur Beantwortung dieser Frage können vier Faktoren genannt werden: Als erster Grund für die neue Dynamik kann die Regierungsbeteiligung von Bündnis 90/Die Grünen nach der Bundestagswahl 1998 angeführt werden. Dieses Ereignis verbanden die Jugendlichen mit der Chance, eigene Ideen in handfeste Politik umzuwandeln. In diesem Zusammenhang ist auf das Papier „16 Jahre Kohlsuppe... und was wir davon in den ersten Jahren auslöffeln wollen“ zu verweisen, welches das GAJB im Wahlkampf 1998 veröffentlichte, um klare Forderungen an eine Regierungsbeteiligung zu definieren (AGG, D.I.3, 2 (2/2); AGG, D.I.3, 10 (1/2)). Konkret nahm man sich vor, „Stachel im Fleisch der Bündnisgrünen“ zu werden sowie „eine glaubwürdige und ehrliche Politik für junge Menschen in der Regierungskoalition ein[zufordern“ (AGG, D.I.3, 11). Mit der Teilnahme an der Regierung setzte auch innerhalb von Bündnis 90/Die Grünen eine größere Anerkennung und Offenheit für den Jugendverband ein. So hatte die Regierungsbeteiligung dazu geführt, dass „den Grünen schon nochmal klar geworden ist, dass die Grüne Jugend ein Wert an sich ist“ (Husen 2018). Diese Entwicklung hat der Jugendverband verstanden und für sich genutzt. Zweitens kann der verstärkte Wunsch nach Einflussnahme als Reaktion auf finanzielle Probleme begründet werden. Als die Mutterpartei der Nachwuchsorganisation im Jahr 1999 den Zuschuss um 20.000 DM kürzte, ist in verschiedenen Dokumenten als Konsequenz von einer direkteren und hartnäckigeren Einflussnahme auf die Partei die Rede (AGG, D.I.3, [86]; AGG, D.I.3, [124]; AGG, ZS 900). Drittens ist zu erwähnen, dass die starken innerverbandlichen Grabenkämpfe Ende der 1990er Jahre leicht abgeflaut sind (Graf 2018).<sup>69</sup> Infolgedessen war es für die Grüne Jugend einfacher, einheitliche Positionen zu finden und mit einer geschlossenen Stimme zu sprechen. In enger Verbindung zu diesem Faktor kann ein vierter Grund angeführt werden, nämlich die Persönlichkeiten der Bundesvorstandsmitglieder. Im Vergleich zu den ersten Vorständen zwischen 1994 und 1997, ordneten sich die späteren Bundessprecher weniger den Strömungen zu und sahen sich eher als Pragmatiker. Die Namensänderung wurde beispielsweise von einem Vorstand ins Rollen gebracht, der die erbitterten Debatten um die Namensgebung auf dem Gründungskongress selbst nicht mitbekommen hatte und

---

<sup>69</sup> Hierzu Werner Graf: „Früher waren das so ganz verschiedene Gruppen [...] und in der Zeit [2000-2002] [...] da kam dann auf, dass das immer eine klarere Struktur ... und auch die Meinungen nicht mehr elementar auseinandergingen. Also es gab dann schon immer wieder Streit [...], aber es kam schon immer wieder zusammen“ (Graf 2018).

der es sich fernab von emotionalen Debatten lediglich zum Ziel gesetzt hatte, in der Presse professioneller aufzutreten (Husen 2018).

Zum Abschluss dieses Kapitels ist anzumerken, dass das Verhältnis zur Mutterpartei in der Umbruchphase durch ein starkes Schlingern zwischen Annäherung und Distanz geprägt war, denn die skizzierten Annäherungsprozesse wurden von turbulenten Entscheidungen innerhalb von Bündnis 90/Die Grünen begleitet. Beispiele hierfür stellen die Zustimmung der Partei zu den militärischen Interventionen im Kosovo und in Afghanistan in den Jahren 1998 und 2001 dar. Beide Entscheidungen hatte der Jugendverband vergebens zu verhindern versucht und die Mutterpartei im Nachgang scharf kritisiert (siehe Kapitel 5.2.3). Während man auf der einen Seite also durch die Strukturänderungen näher an die Mutterpartei heranrückte (Leif 2009: 105), verlor der Jugendverband auf der anderen Seite zwischen 1998 und 2000 etwa 2.000 Mitglieder, ausgelöst durch die friedenspolitischen Entscheidungen (AGG, D.I.3, 10 (2/2); Busse 2000; GJ BGS, elekt. Ablage, 16.1.2018).<sup>70</sup> Dieser starke Wellengang ließ in den Folgejahren nach, wobei sich die Grüne Jugend ab etwa 2003 auf die Professionalisierung ihrer Einflussstrategien konzentrierte.

#### 4.4 2002-2017: Professionalisierung der Einflussfaktoren

Nachdem der Jugendverband zwischen 1994 und 2001 seine formellen Mitwirkungsrechte in allen Parteigremien durchgesetzt und erste informelle Kontakte geknüpft hat, nahm die Grüne Jugend in den Folgejahren eine Ausdifferenzierung und Professionalisierung ihrer Einflussstrategien vor. Dies wird am Beispiel der BDKen sehr gut deutlich. In verschiedenen Protokollen, Strategiepapieren und in den Experteninterviews wurde die zentrale Stellung des Organs erkannt und die Einreichung von Anträgen immer wieder als Weg bezeichnet, um in der innerparteilichen Diskussion eigene Akzente zu setzen (AGG, D.I.3, 46 (1/2); AGG, D.I.3, [120]; GJ BGS, analoge Ablage, 1.3.2018; GJ Pad, 1.3.2018; Spitz 2018).<sup>71</sup> Um Mehrheiten für die

---

<sup>70</sup> Eine Übersicht über die Mitgliederentwicklung befindet sich im Anhang auf Seite XIII.

<sup>71</sup> Die Anträge wurden in Form von Beschlüssen auf den Bundeskongressen vorbereitet. 2009 waren sich die Mitglieder des Bundesvorstands einig, dass Anträge auf BDKen eine realistische Chance bieten würden, um Erfolge auszuhandeln und Ziele durchzusetzen (AGG, D.I.3, [91]). 2015 nahm sich der Bundesvorstand vor, „ÄAs [Änderungsanträge] strategisch klug [zu] schreiben, eigene Anträge [zu] stellen [und] in Antragsprozessen mit[zu]wirken“, um in „Vorgänge in der Partei eingebunden [zu] werden“ (GJ BGS, analoge Ablage, 1.3.2018). Der ehemalige GJ-Bundessprecher Stephan Schilling bezeichnete die Parteitage gar als „die größte Bühne“ (Schilling 2018) von Bündnis 90/Die Grünen: „Wenn man es da als Jugendverband schafft eine Kontroverse zu setzen, eine zentrale, dann hat das erstens viel Aufmerksamkeit und zweitens ist das dann natürlich auch wirklich relevant, weil so ein Beschluss der [...] Bundesdelegiertenkonferenz dann schon auch Gewicht hat für die Arbeit der Grünen“ (Schilling 2018). Ähnlich argumentierte auch die ehemalige GJ-Bundessprecherin Emily Büning: „Am wichtigsten ist am Ende halt immer der Parteitag, weil wenn du halt da eine Position durchkriegst, dann ist das halt einfach Parteiposition, die halt auch vielmehr Beachtung findet“ (Büning 2018). Erik Marquardt, der von 2013 bis

Anträge zu generieren, entwickelte der Jugendverband über die Zeit hinweg verschiedene Werbestrategien: Erstens etablierte die Parteienachwuchsorganisation Grüne Jugend-Treffen am Rande der Parteitage und lud dazu junge Delegierte ein (GJ BGS, elekt. Ablage, 16.1.2018; GJ Pad, 1.3.2018; Schäfer and Heuberger 2016).<sup>72</sup> Damit passte sich der Jugendverband dem Verhalten anderer innerparteilicher Faktionen von Bündnis 90/Die Grünen an, die die Abende der Bundesparteitage hauptsächlich zu Koordinationszwecken nutzen (Switek 2015: 178). Auf den Treffen stellte der GJ-Bundesvorstand alle Änderungsanträge vor und bat die Delegierten, Werbung für die Positionen in den Kreisverbänden zu machen (Agena 2018). Der ehemalige GJ-Bundessprecher Jens Parker bezeichnete die Treffen gar als „direkteste Form der Einflussnahme“ (Parker 2018). Im Jahr 2011 nahm sich der Bundesvorstand vor, bei diesen Treffen „mehr Fokus auf Inhalte“ (GJ BGS, elekt. Ablage, 16.1.2018) zu legen und benannte die Veranstaltungen klar als eine Strategie, um Ziele durchzusetzen. Zusätzlich zu den GJ-Treffen warb der Jugendverband auch auf anderen Parteitageveranstaltungen für seine Anträge, wobei besonders die Treffen der Landesverbände oder Strömungen zu nennen sind (Büning 2018; Parker 2018; von der Ahe 2018). Eine zweite Werbestrategie stellten Reden dar. Während Reden in der Konsolidierungsphase nicht gezielt als Mittel genutzt wurden, um für Anträge des Jugendverbands zu werben (Augner 2018; Rottmann 2018), änderte sich dies in der Professionalisierungsphase. So kämpfte die Grüne Jugend auf den Bundesparteitagen immer wieder für gesetzte Redebeiträge und wählte talentierte Redner aus, um gezielt für Unterstützung zu mobilisieren und die Wahrnehmung zu steigern (AGG, D.I.3, [92]; Büning 2018; Parker 2018; Riester 2018). Zusätzlich zu Treffen und Reden, organisierte der Jugendverband seit der Jahrtausendwende sehr häufig provokante Aktionen auf den Parteitag, um nach eigenen Angaben Aufmerksamkeit für Inhalte zu erzeugen, die Positionen sichtbarer zu machen und Gehör zu finden (Hensolt and Janz 2002: 8). Nachdem es zur Tradition geworden war, dass der Jugendverband pro BDK eine Aktion plante (Marquardt 2018; Spitz 2018), ließ der Aktionseifer ab 2010 jedoch nach: „Wir machen nur eine Aktion, wenn uns was Originelles einfällt und wir gehen nicht mit der Attitüde heran, [...] uns muss jetzt etwas einfallen. Und deswegen haben wir manchmal, [...] was gemacht und manchmal auch nicht“ (Parker 2018).<sup>73</sup> Wie in den Unterlagen der

---

2015 im Bundesvorstand der Grünen Jugend aktiv war, begründete den aus seiner Sicht hohen Stellenwert des Gremiums durch dessen zentrale Funktion: „Und dann ist die Bundesdelegiertenkonferenz sicherlich auch nicht ganz unwichtig, weil wenn es gut läuft sind ja die Positionen, die dort beschlossen werden dann auch Grundlage des Handelns des Bundesvorstands“ (Marquardt 2018).

<sup>72</sup> Angefangen von lockeren Runden wurden die Treffen im Laufe der Jahre immer weiter ausgebaut und gefestigt, bis hin zu formellen Einladungen und Werbung auf der Homepage. Zu den Treffen kommen in der Regel 50 bis 100 junge Delegierte und Gäste (Agena 2018; Büning 2018).

<sup>73</sup> Dies bestätigten auch die (ehemaligen) GJ-Bundessprecher Jamila Schäfer, Erik Marquardt sowie Ricarda Lang (Lang 2018; Marquardt 2018; Schäfer 2018).

Bundesvorstandssitzung vom November 2014 zu lesen ist, achtete der Bundesvorstand besonders darauf, die Aktion inhaltlich immer an die Änderungsanträge zu knüpfen, um die Präsenz für das Thema zu erhöhen (GJ BGS, elekt. Ablage, 16.1.2018).

Neben den Werbestrategien, ist auf drei weitere Strategien zur Stärkung der GJ-Position im Rahmen der Bundesparteitage zu verweisen: Erstens setzte der Jugendverband auf dem Oldenburger Bundesparteitag im Herbst 2005 ein Antragsrecht für den GJ-Bundesvorstand durch.<sup>74</sup> Ziel war es, verstärkt als einheitlicher Akteur aufzutreten und sich schneller und flexibler einbringen zu können (AGG, Archiv Infothek Digital; Schilling 2018; Spitz 2018). Zweitens sprach sich das Gremium im Rahmen einer Strategiedebatte 2011 dafür aus, 30 eigene Delegiertenplätze für den Jugendverband zu fordern. Damit wollte man gezielt inhaltliche Konzepte durchsetzen, das Programm der Mutterpartei nachhaltig verändern und als Machtfaktor wahrgenommen werden. Da diese Idee in der Mutterpartei jedoch keinen Anklang fand<sup>75</sup>, appellierte das höchste GJ-Gremium an die Mitglieder, sich verstärkt von den Kreisverbänden delegieren zu lassen (Agena 2018; GJ BGS, elekt. Ablage, 16.1.2018). Drittens erarbeitete der GJ-Bundesvorstand immer wieder Konzepte, um die Anträge inhaltlich zu verbessern. So nahm man sich etwa vor, den Fokus auf wenige Themen zu legen und vermehrt die Themen einzubringen, zu denen es GJ-Mitgliederbeschlüsse gab, verbunden mit der Hoffnung einer Relevanzsteigerung (AGG, D.I.3, [91]; GJ BGS, elekt. Ablage, 16.1.2018). Außerdem stellte der GJ-Bundesvorstand fest, dass „inhaltliche Erfolge eher durch MÜs [modifizierte Übernahmen], weniger durch Abstimmungen“ (GJ Pad, 25.1.2018) erzielt werden und plädierte dafür, verstärkt modifizierte Übernahmen<sup>76</sup> anstatt eigenständiger Anträge einzubringen (GJ Pad, 25.1.2018).

Neben den BDKen bezeichneten nahezu alle (ehemaligen) GJ-Bundessprecher den Bundesvorstand von Bündnis 90/Die Grünen als wichtiges Gremium, um Themen einzuspeisen. Als Gründe dafür wurden die geringe Mitgliederzahl sowie die zentralen Entscheidungsfunktionen des Parteiorgans genannt (Agena 2018; Büning 2018; Marquardt 2018; Parker 2018; Schilling

---

<sup>74</sup> Bis Ende 2005 musste die Bundesmitgliederversammlung der Parteienachwuchsorganisation Änderungsanträge absegnen (AGG, Archiv Infothek Digital).

<sup>75</sup> Wie in den Experteninterviews deutlich wird, haben die GJ-Bundessprecher das Thema in Gesprächen mit der Parteiführung zwar angesprochen, es wurde jedoch schnell deutlich, dass die Forderung nicht verwirklicht werden kann. Der Vorschlag wurde deshalb von Bündnis 90/ Die Grünen abgelehnt, weil die Delegiertenplätze grundsätzlich nur an Kreisverbände und nicht an andere Faktionen vergeben werden (Agena 2018; Büning 2018).

<sup>76</sup> Modifizierte Übernahmen werden nicht, wie reguläre Anträge, im Plenum der Parteitage abgestimmt, sondern vorher vom Antragssteller in leicht veränderter Weise in den Antragstext inkludiert, um schon vor der Debatte einen Kompromiss zu erzielen (Bündnis 90/Die Grünen Kreisverband Pankow o.J.). Wie Raschke darstellt, sind diese Verhandlungen zwischen Akteuren (bspw. Antragssteller, Präsidium etc.) ein wichtiger Bestandteil der informellen Konsenssuche bei Bündnis 90/Die Grünen (Raschke 1993: 540–541).

2018).<sup>77</sup> Während in den Jahren 2002 und 2003 vor allem wöchentliche informelle Treffen mit einzelnen Bundesvorstandsmitgliedern „zwischen Tür und Angel“ (von der Ahe 2018) genutzt wurden, um auf Entscheidungen Einfluss zu nehmen, brachte man sich in den Jahren danach stärker auf formellem Weg in die Gremiensitzungen ein (Agena 2018; Büning 2018; Marquardt 2018; Parker 2018; Schilling 2018). Neben der Teilnahme an den regulären Bundesvorstandssitzungen, trafen sich die GJ-Sprecher auch immer wieder im Rahmen sogenannter „BuVo-BuVo Treffen“ mit dem Bundesvorstand der Mutterpartei, um über die aktuelle politische Lage zu diskutieren und Positionen zu artikulieren. Diese Treffen fanden jedoch eher unregelmäßig statt (AGG, D.I.3, [63]; AGG, D.I.3, [90]; AGG, D.I.3, [92]; Büning 2018; von der Ahe 2018).

Wie schon zum Ende der Umbruchphase, nahmen GJ-Bundesvorstandsmitglieder auch in der Professionalisierungsphase regelmäßig an Fraktionssitzungen und -klausuren teil (Fischer 2005). Diese wurden jedoch eher selten zur Einflussnahme genutzt. Der Grund: „Solche Fraktionssitzungen sind echt furchtbar. Das ist keine Debatte und keine Diskussion, sondern eine Aneinanderreihung von langen Einzelreden [...] Das fand ich eher ein bisschen abschreckend, die Diskussionskultur dort“ (von der Ahe 2018).<sup>78</sup> Dennoch sah man die Sitzungen als „guter Ort, um nochmal in Kontakt mit den Abgeordneten zu treten“ (Büning 2018).

An dieser Stelle muss angemerkt werden, dass die Grüne Jugend ihre informellen Beziehungen zu MdBs und Mitgliedern des Europäischen Parlaments (MdEP) in der Professionalisierungsphase massiv ausbaute. Wie beispielsweise im Protokoll der Bundesvorstandssitzung vom 5. August 2009 zu lesen ist, wollte man etwa mit den MdEPs Ska Keller und Jan-Philipp Albrecht stärker zusammenarbeiten. Vor diesem Hintergrund formulierten die Jugendlichen konkrete Erwartungen, wie das gemeinsame Verfassen von Papieren und Pressemitteilungen, die Institutionalisierung des Informationsaustausches durch ein Jour Fixe oder die Nutzung der persönlichen Mitarbeiter für Recherchearbeiten. Allgemein erhoffte sich der Bundesvorstand „Offenheit für unsere Themen [sic] um sie in Fraktion und Ausschüsse zu tragen“ (AGG, D.I.3, [91]). Auch MdB Sven-Christian Kindler wurde als wichtiger Kooperationspartner ausgewählt. So luden die Jugendlichen den

---

<sup>77</sup> Exemplarisch hierfür steht die Aussage der ehemaligen GJ-Bundessprecherin Gesine Agena: „Und im Bundesvorstand werden Entscheidungen getroffen und darauf konnten wir natürlich am meisten Einfluss nehmen, auch weil im Bundesvorstand der Grünen ja nur sechs Leute sind. Deswegen kommt man da halt ja viel öfter zu Wort, als in der Bundestagsfraktion“ (Agena 2018). Auch der ehemalige Bundessprecher Erik Marquardt bezeichnete den Bundesvorstand als „Gremium, das jetzt eben den Alltag der Partei irgendwie so gestaltet und wo man dann irgendwie sich zu tagesaktueller Politik äußert und natürlich auch so ein bisschen richtungsweisend ist für die Politik, die von den Grünen wahrgenommen wird. Also da hat man als Bundesvorstand natürlich schon sehr Relevanz, Entscheidungen zu treffen. Also ich glaube, das ist das wichtigste Gremium auf jeden Fall“ (Marquardt 2018).

<sup>78</sup> Dies bestätigte auch Emily Büning im Experteninterview (Büning 2018).

Politiker immer wieder in Bundesvorstandssitzungen ein<sup>79</sup> und wollten damit eine Informationsübermittlung sicherstellen, Themen an ihn herantragen und ihm vorschlagen, den Jugendverband bei thematischen Überschneidungen einzubeziehen (AGG, D.I.3, [92]). Als Auswahlkriterien für die längerfristige Zusammenarbeit konnten drei zentrale Punkte identifiziert werden: Erstens arbeitete man vor allem mit Abgeordneten zusammen, die durch eine ehemalige Mitgliedschaft oder starke Interessenbekundung einen Bezug zur Grünen Jugend hatten. Zweitens suchte der Jugendverband gezielt Fachpolitiker für eine themenbasierte Kooperation aus (Agena 2018; Büning 2018; Graf 2018; Parker 2018).<sup>80</sup> Drittens spielte die inhaltliche Nähe eine zentrale Rolle, in dem man schaute, „wer ist denn der Grüne Jugend-Position noch näher oder wer hat da ein Verständnis für“ (Marquardt 2018).

An diesen letzten Punkt schließt die Frage an, wie sich die Parteinachwuchsorganisation generell mit Blick auf die Strömungen positionierte. Zwar verortete sich der Jugendverband nicht offiziell auf dem Realpolitiker-Fundamentalisten-Spektrum<sup>81</sup>, dennoch galt man in der Praxis aufgrund der inhaltlichen Schnittmengen oftmals als Teil des linken, fundamentalistischen Flügels. Beispielsweise besorgten sich die Bundessprecher häufig Einladungen für den Koordinierungskreis des linken Flügels (Agena 2018; Graf 2018; Schilling 2018). Trotz dieser Tendenz versteht sich die Grüne Jugend nicht als Flügelorganisation und arbeitete an Hand von inhaltlichen Überschneidungen mit Vertretern aller Flügel zusammen, wie zum Beispiel mit Beate Walter-Rosenheimer, „wenn es inhaltlich und strategisch Sinn macht, um unsere Inhalte und Forderungen durchzusetzen“ (Lang 2018).<sup>82</sup>

Neben den BDKen, dem Bundesvorstand und den Beziehungen zu einzelnen Fraktionsmitarbeitern, wurden auch die BAGen in der Professionalisierungsphase stärker als Mittel gesehen, um Entscheidungsprozesse zu beeinflussen. In verschiedenen Protokollen und Strategiepapieren wurde die zentrale Bedeutung der BAGen im Programmprozess immer wieder konstatiert und eine Mitarbeit als Mittel der Einflussnahme genannt (AGG, D.I.3, [86];

---

<sup>79</sup> So geschehen beispielsweise im Januar 2011 (AGG, D.I.3, [93]) oder im April 2016 (GJ Pad, 25.1.2018).

<sup>80</sup> Hierzu Jens Parker: „Natürlich die Menschen mit Grüne Jugend-Hintergrund, die waren stärker vertreten bei uns [...], weil sie auch einfach Teil der Grünen Jugend waren. [...] Ich habe die Zusammenarbeit dann meistens fachlich wahrgenommen, also dass man einfach gekuckt hat, okay, wer ist gerade Sprecher für x, da kann man sich doch mal austauschen“ (Parker 2018).

<sup>81</sup> In einem Text über die GAJB-Gründung machten die Jugendlichen deutlich, „dass das beliebte Realo-Links-Schema auf die politischen Orientierungen junger Grüner [...] nicht so recht paßt“ (AGG, D.I.3, [59]). In einer Strategiebesprechung im Jahr 2011 setzte es sich die Grüne Jugend außerdem zum Ziel, als „flügelloser eigenständiger Akteur“ (GJ BGS, elekt. Ablage, 16.1.2018) zu agieren. Im Dezember 2014 schrieb der GJ-Bundesvorstand: „Wir fühlen uns nicht einem Flügel, sondern unseren Positionen verpflichtet“ (GJ Pad, 25.1.2018).

<sup>82</sup> Siehe zum Thema Strömungen auch Agena 2018; Augner 2018; Büning 2018; Graf 2018; Husen 2018; Marquardt 2018; Parker 2018; Riester 2018; Rottmann 2018; Schäfer 2018; Schilling 2018; Spitz 2018.

AGG, D.I.3, [89]; GJ BGS, elekt. Ablage, 16.1.2018). Der GJ-Delegierte Hannes Böhm bezeichnete die BAGen beispielsweise als „interessante Möglichkeit [...] sich einzubringen“ und plädierte dafür, die Gremien zu nutzen, um „Druck zu machen“ (GJ BGS, elekt. Ablage, 16.1.2018). Der ehemalige Bundessprecher Erik Marquardt begründete das große Potential der Arbeitsgruppen mit deren Funktion: „Das ist ja schon so, dass im Wesentlichen die Bundesarbeitsgemeinschaften auch dann bei so Programmprozessen [...] eine wichtige Rolle haben [...]. Da kann man schon auch viel Einfluss auf die Positionen der Partei nehmen“ (Marquardt 2018). Vor dem Hintergrund der Professionalisierung ist zu erwähnen, dass der GJ-Bundesvorstand die BAG-Delegierten im Jahr 2016 mit einem Starter-Paket und wichtigen Informationen ausstatten wollte. Um explizit mehr Nutzen aus der Delegation zu ziehen, bat man die Vertreter außerdem nachdrücklich darum, sich mit dem Bundesvorstand und den Fachforen zu vernetzen (GJ Cloud, 1.3.2018). An dieser Stelle ist jedoch zu erwähnen, dass das notwendige Fachwissen und das Einflusspotential zwischen den einzelnen BAGen stark variierte (Agena 2018; AGG, D.I.3, [63]; Parker 2018).

Als letzte permanente Parteiorgane sind der Länder- und Parteirat zu nennen. Auch in diesen Gremien wollte man gezielt über den Delegierten im Länderrat bzw. das beratende Mitglied im Parteirat auf den innerparteilichen Willensbildungsprozess Einfluss nehmen.<sup>83</sup> An dieser Stelle muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass beiden Gremien vor allem im Vergleich zum Bundesvorstand und den Parteitag ein geringerer Stellenwert zugesprochen wurde. Nach der Einschätzung der ehemaligen Bundessprecherin Emily Büning, war die Aufmerksamkeit für durchgesetzte Positionen im Länderrat sehr gering (Büning 2018). Wie die ehemalige GJ-Bundessprecherin Paula Riester erklärte, versuchte man sich im Parteirat zwar trotz mangelnder Stimmrechte „mit einzubringen in die Diskussion, um [...] im Vorfeld [...] unsere Standpunkte klarzumachen“ (Riester 2018), dennoch nutzte der Jugendverband das Gremium eher als Ort, um Informationen zu generieren und Debattenverläufe nachzuzeichnen (Schilling 2018). Dies lag nach Aussagen einiger Bundessprecher daran, dass der Parteirat erstens vermehrt als Beratungs- und weniger als Entscheidungsgremium fungierte und dass das

---

<sup>83</sup> Belege hierfür konnten in den Dokumenten und Experteninterviews gefunden werden: 2003 machte der Delegierte im Länderrat, Christian Meyer, in seinem Bericht deutlich, dass der Länderrat dazu genutzt wurde, um sich „kritisch in die Entscheidungen der Grünen Partei [...] einzumischen“ (AGG, D.I.3, elekt. Archiv). Auch der ehemalige Bundessprecher Benjamin von der Ahe wies daraufhin, dass die Grüne Jugend zu seiner Zeit (2001-2004) versucht habe, in den Länderrat Anträge einzubringen (von der Ahe 2018). 2012 nutzte der Bundesvorstand den Länderrat außerdem als Medium, um „für progressive Positionen“ (GJ Pad, 1.3.2018) zu kämpfen, wobei man „knapp die Hälfte der gesamten Änderungsanträge gestellt“ (GJ Pad, 1.3.2018) habe. Wie im Rechenschaftsbericht des Bundesvorstands für die Jahre 2004 und 2005 zu lesen ist, haben „VertreterInnen des Vorstands regelmäßig an den Sitzungen [...] des Parteirats [...] teilgenommen und dort die Meinung der GRÜNEN JUGEND eingebracht“ (AGG, D.I.3, 46 (1/2)). Dies bestätigte auch der ehemalige GJ-Bundessprecher Stephan Schilling: „Klar, man hat da [im Parteirat] versucht eine Stimme zu sein, die mit Einfluss nimmt auf die Entscheidungen“ (Schilling 2018).

Parteiorgan zweitens über die Jahre hinweg an Einfluss verlor (Agena 2018; Schilling 2018). Der ehemalige Bundessprecher Jens Parker machte die Mitarbeit im Parteirat zu seiner Amtszeit außerdem von der spezifischen Mitgliedschaft und der Debattenkultur abhängig:

„Zu meinem Beginn meiner Bundesvorstandszeit gab es Parteiratssitzungen, die eher konfrontativ waren. Also da war es dann eher ein Ort, wo wir als Grüne Jugend einfach auch darauf geachtet haben in dieser politischen Auseinandersetzung [...], dass unsere Position auch wahrgenommen wird [...]. Es gab dann aber auch Phasen, wo der Parteirat dann wirklich eher strategisch debattiert hat und eher im Hintergrund agiert hat“ (Parker 2018).

Wie bereits in der Umbruchphase setzte die Parteienachwuchsorganisation auch in der Professionalisierungsphase eine Vertretung in temporären Gremien durch. Zu nennen sind etwa verschiedene Kommissionen, die Programme zu den Themen Rechtsextremismus, Medien, Ökologie oder Soziales erarbeiteten (AGG, D.I.3, [86]; Parker 2018; Schilling 2018). Laut der ehemaligen GJ-Bundessprecherin Paula Riester hat der GJ-Bundesvorstand „stark gekuckt [...], dass wir Leute von uns hinschicken“ (Riester 2018). Wie in diesem Kapitel gezeigt wurde, hat die Grüne Jugend seit 2002 ihre Einflussstrategien stetig verfeinert, wobei eine Professionalisierung vor allem in Hinblick auf die Parteitage und die Beziehungen zu einzelnen Mitgliedern der Parlamentsfraktionen zu erkennen ist. Der Bundesvorstand, die BDKen sowie die Fraktionsmitglieder nahmen für die Jugendlichen dabei die wichtigste Rolle ein, um auf den Willensbildungsprozess bei Bündnis 90/Die Grünen Einfluss zu nehmen. Auslöser für den Professionalisierungsprozess waren vier zentrale Entwicklungen: Erstens sah die GJ-Führungsrige die Jugendorganisation ab etwa 2002 sehr viel stärker als innerparteilichen Akteur:

„Für [...] den Bundesvorstand [war] [...] klar: Wir sind der politische Jugendverband der Grünen und politische Relevanz bekommen wir auch ganz stark darüber, in dem wir ein relevanter Akteur innerhalb der Grünen sind und Einfluss nehmen innerhalb der Grünen, das ist unser Job“ (Schilling 2018).<sup>84</sup>

---

<sup>84</sup> Dies bestätigte auch der ehemalige politische Geschäftsführer der Grünen Jugend Malte Spitz: „Das war schon [...] ein strategischer Anspruch, dass man nicht als entfernte grünnahe Jugendorganisation agiert [...], sondern dass man [...] Teil einer Partei ist und sich da natürlich auch aktiv einbringen will. Das war schon eine strategische Entscheidung“ (Spitz 2018).

Diese Wahrnehmung ging mit dem Anspruch einher, nicht nur Jugendthemen in die Partei hineinzutragen, sondern auch zu allgemeinen und vorhandenen Parteithemen Stellung zu beziehen und verstärkt fachlich mitzuarbeiten (Spitz 2018). Zweitens lösten fachliche Diskussionen verbandsinterne Strömungskämpfe ab, womit der Jugendverband insgesamt handlungsfähiger wurde (Spitz 2018). Drittens ging die Professionalisierung der Einflussstrategien Hand in Hand mit dem Ausbau der allgemeinen Kampagnenfähigkeit, einer starken Erhöhung der Mitgliedszahlen<sup>85</sup> sowie der Sicherung weiterer finanzieller Ressourcen (AGG, D.I.3, elekt. Archiv; GJ BGS, elekt. Ablage, 16.1.2018).<sup>86</sup> Diese Entwicklungen – besonders die Erhöhung der Mitgliedszahlen – stellte eine große Motivation dar, sich stärker in die Partei einzubringen und Themen selbstbewusster zu platzieren (Spitz 2018). Als letzter Grund ist der Zeit- bzw. Priorisierungsfaktor zu nennen. Nach den langen Strukturdebatten in der Konsolidierungs- und Umbruchphase, hatte der Jugendverband ab 2002 schlichtweg mehr Zeit, um sich inhaltlich in Parteidebatten einzumischen: „Wenn man sich nicht die ganze Zeit darüber unterhält, ob man jetzt ein Teil von den Grünen ist, oder nicht und wie nah man dran ist, sondern einfach Politik macht, dann hat man einfach mehr Zeit“ (Graf 2018).

---

<sup>85</sup> Zwischen Sommer 2002 und Winter 2009 konnte die Grüne Jugend 3.000 neue Mitglieder gewinnen (GJ BGS, elekt. Ablage, 16.1.2018). Eine Übersicht über die Mitgliederentwicklung befindet sich im Anhang auf Seite XIII.

<sup>86</sup> An dieser Stelle ist zu erwähnen, dass der GJ-Bundesvorstand in den Jahren 2004 und 2005 den Reformprozess „Fit für die Zukunft“ angestoßen hatte mit dem Ziel, die Kampagnenfähigkeit zu erhöhen und einen Mitgliederanstieg zu erreichen. Dafür wollte man beispielsweise die Bundesgeschäftsstelle ausbauen, ein Kampagnenteam einrichten sowie die digitale Vernetzung verbessern (AGG, D.I.3, [95]; AGG, D.I.3, [105]; AGG, D.I.3, [123]; AGG, D.I.3, elekt. Archiv; AGG, ZS 900).

## 5 Einflussstrategien auf innerparteiliche Entscheidungen

Nachdem die allgemeinen Bestrebungen der Grünen Jugend zur Ausweitung der (in)formellen Mitbestimmungsrechte als Grundlage der innerparteilichen Einflussnahme nachgezeichnet wurden, wird in den folgenden Kapiteln anhand aussagekräftiger und anschaulicher Beispiele gezeigt, wie der Jugendverband konkret versucht hat, auf spezifische Personal-, Programm- und Strategieentscheidungen von Bündnis 90/Die Grünen einzuwirken. Dabei können neben der Nutzung des formellen Mitwirkungsrechts in den Parteiliegenschaften weitere vielfältige Strategien ausgemacht werden.

### 5.1 Einflussstrategien auf personelle Entscheidungen

Wie in Kapitel 4 erläutert, baute die Grüne Jugend ihre Beziehungen zu einzelnen Politikern aus, um Themen besser durchsetzen zu können. Anschließend daran stellt sich die Frage, welche Strategien der Jugendverband nutzte, um auf generelle Personalentscheidungen einzuwirken. Treibel differenziert Personalentscheidungen in zwei Bereiche: Erstens die Nominierung von Kandidaten für die Bundestags- oder Europawahl.<sup>87</sup> Zweitens die Wahl partiointerner Ämter (Treibel 2012: 12–13). Im Fall von Bündnis 90/Die Grünen sind das die Besetzung des Parteivorstands, des Parteirats<sup>88</sup>, des Fraktionsvorsitzes<sup>89</sup> sowie ggf. der Ministerposten<sup>90</sup>, wobei vor allem die Flügelzugehörigkeit sowie die Umsetzung der Frauenquote beachtet werden müssen (Switek 2012: 126; Switek 2015: 167). Wie die Analyse der Dokumente gezeigt hat, versuchte der Jugendverband im Bereich Personal drei zentrale Forderungen durchzusetzen: Erstens ein Ende des Personenkults um Joschka Fischer, zweitens eine Aufrechterhaltung der Trennung von Amt und Mandat und drittens eine Verjüngung des Führungspersonals.

---

<sup>87</sup> Ab dieser Stelle muss angemerkt werden, dass im Rahmen dieser Arbeit nur auf die Nominierung von Kandidaten für die Europawahl eingegangen wird, da bei der Bundestagswahl die Kandidatenaufstellung auf kommunaler- und Länderebene stattfindet. Über die Plätze auf der Europawahlstimme stimmt jedoch die BDK ab (Switek 2015: 139).

<sup>88</sup> Die Wahl des Bundesvorstands und des Parteirats erfolgt durch die Parteitage delegierten (Switek 2015: 135).

<sup>89</sup> Die Fraktionsversammlung bestimmt die Fraktionsvorsitzenden (Switek 2015: 165).

<sup>90</sup> Wie Treibel schreibt, bestimmen Parteiführung und die Mitglieder des Verhandlungsteam die Besetzung der Ministerposten (Treibel 2012: 11).

### 5.1.1 Ein Ende des Personalkults um Joschka Fischer

Eine Person, die immer wieder den Unmut der Jugendlichen auf sich zog, war Joschka Fischer.<sup>91</sup> Für den links-orientierten Jugendverband stellte er eine Personifizierung des realpolitischen Flügels dar, wobei er vor allem für die Zustimmung zu verschiedenen Auslandseinsätzen und für die Verabschiedung der Agenda 2010 verantwortlich gemacht wurde. Damit einher ging auch die Sorge, dass die Mutterpartei aufgrund seiner Entscheidungen ihr Profil als linke Reformkraft verlieren könnte (Schilling 2018). Neben diesen inhaltlichen Differenzen kritisierten die Bundessprecher auch das sehr distanzierte Verhältnis zur Grünen Jugend:

„Claudia Roth war häufiger Mal auf Bundesjugendkongressen. Auch mit Jürgen Trittin gab es wenigstens hin und wieder Mal ein Austausch, während Joschka als Außenminister [...] eigentlich dem Jugendverband entrückt war und auch nie auf einen Kongress gekommen ist und er sich auch nie irgendwie darum bemüht hat, da auf den Verband zuzugehen“ (Schilling 2018).<sup>92</sup>

Darüber hinaus nahm man Joschka Fischers Auftreten in den Parteigremien als überheblich, arrogant und ausgrenzend wahr (von der Ahe 2018). Folglich bestand das Ziel des Jugendverbands darin, den wahrgenommenen Personenkult<sup>93</sup> um den Außenminister innerhalb der Partei zu beenden und seine Macht zu beschränken. Um dieses Ziel zu erreichen, lassen sich in den analysierten Quellen drei Strategien erkennen:

Erstens schickten die ehemaligen GAJB-Bundessprecher Nadia vom Scheidt und Lars Lübben während der Koalitionsverhandlungen im Oktober 1998 einen Brief an die Mitglieder der Verhandlungskommission von Bündnis 90/Die Grünen. Darin rebellierten sie gegen die Entscheidung, Joschka Fischer als Außenminister zu bestimmen: „Nicht gedacht hätten wir auch, daß Ihr anscheinend im Konsens die Forderung nach einem Außenministerium für Joschka Fischer erfüllt. Welche Gründe dagegensprechen, brauchen wir nicht zu wiederholen“ (AGG, D.I.3, 9 (1/2)). Konkret äußerten die Jugendlichen Bedenken, dass diese Entscheidung den Zusammenhalt der

<sup>91</sup> Joschka Fischer wurde 1985 in den Bundestag gewählt und erhielt 1994 den Posten des Fraktionssprechers von Bündnis 90/Die Grünen. Von 1998 bis 2005 war er Außenminister und Vizekanzler in einer rot-grünen Bundesregierung. Im Jahr 2006 beendete Joschka Fischer seine Politikkarriere (Chmura et al. 2016).

<sup>92</sup> Siehe hierzu auch Alberti 2003: 28 Hensolt and Janz 2002: 8; Holzschreiter 2001. An dieser Stelle muss berichtigt werden, dass Joschka Fischer einmal im Jahr 1996 zu einem Bundeskongress nach Erfurt gekommen ist, um mit den Jugendlichen über die ökologische Wende zu diskutieren (AGG, ZS 900; Greim 1996).

<sup>93</sup> Wie Switek deutlich macht, stellte die Fokussierung auf eine charismatische Persönlichkeit mit großer innerparteilicher Macht vor allem in der basisdemokratisch-organisierten Partei eine Möglichkeit dar, Geschlossenheit und eine programmatische Kohärenz zu erzielen (Switek 2015: 177–178).

Partei massiv bedrohe und sprachen in diesem Zusammenhang von möglichen Putschversuchen und einer Regierungsunfähigkeit (AGG, D.I.3, 9 (1/2)).

Zweitens initiierte der Jugendverband eine provokante Aktion auf der BDK in Dresden 2003, auf der Joschka Fischer für eine Rede per Videokonferenz zugeschaltet wurde:

„Doch einige Mitglieder der Grünen-Jugend [sic] störten während Fischers Predigt die Andacht mit Spott. Sie knieten sich auf grüne Tücher wie auf Gebetsteppiche und huldigten ironisch dem Übervater der Partei. Ein bisschen auf die Schippe hätten sie ihn nehmen wollen, grünte jemand aus der Teenager-Runde. Und Benedikt Lux, Bundessprecher der Grünen-Jugend, hauchte beseelt: ‚Wir vergöttern ihn sehr‘“ (Thewalt 2003).

Mit dieser Aktion, die das Medieninteresse auf sich zog<sup>94</sup>, wollte der Jugendverband Joschka Fischers Rolle als „Übervater“ der Partei karikieren, die Entscheidungsträger provozieren und den Partei- und Fraktionsmitgliedern zeigen, dass „wir [die Videokonferenz] als Jugendverband natürlich auch falsch fanden“ (Schilling 2018). Dabei ging es den Jugendlichen besonders darum, sich dafür einzusetzen, die basisdemokratischen Entscheidungsprinzipien von Bündnis 90/Die Grünen aufrecht zu erhalten.<sup>95</sup>

Eine dritte Strategie bestand darin, sich als Jugendverband konkret an die Öffentlichkeit zu wenden, um den Unmut über Joschka Fischer auszudrücken. So meldete sich wenige Wochen vor der Bundestagswahl 2005 etwa die damalige GJ-Bundessprecherin Nike Wessel in einem Interview zu Wort und plädierte dafür, den Außenminister in Rente zu schicken: „Ich hätte nichts dagegen, wenn sich Fischer nach der Wahl aufs Altenteil zurückzieht [...] Aber wir müssen lernen, auch ohne Medienstars mit unserer Politik die Wähler zu überzeugen“ (Denkler 2005). In diesem Zusammenhang nannte Stephan Schilling, damaliger Ko-Bundessprecher, die Positionierung in den Medien als Weg, um auf die Partei einzuwirken (Schilling 2018).

---

<sup>94</sup> Siehe hierzu beispielsweise Alberti 2003: 28; Spiegel Online 2003; Thewalt 2003.

<sup>95</sup> An dieser Stelle soll jedoch angemerkt werden, dass sich die Aktion nicht gegen Joschka Fischer selbst, sondern eher an die Parteimitglieder und deren Fixierung auf den Politiker richtete. Konkrete Strategien, um Joschka Fischer abzusetzen, entwickelte die Grüne Jugend jedoch nicht (Augner 2018; Schilling 2018).

### 5.1.2 Vermittlungsversuche im Streit um die Trennung von Amt und Mandat

Eine weitere Entscheidung, die die Grüne Jugend versuchte zu beeinflussen, war die Trennung von Amt und Mandat. Im Frühjahr 1999 hatten Bundesaußenminister Joschka Fischer und Bundesumweltminister Jürgen Trittin eine Strukturdebatte innerhalb der Partei entfacht.<sup>96</sup> Eine Forderung war die Aufhebung der Trennung von Amt und Mandat in der Satzung der Partei. Die Strukturreform setzten die beiden Politiker kurzerhand auf die Tagesordnung des Erfurter Bundesparteitags im März 1999 (Gaus 1999: 3; Günsche 1999; Heinrich-Böll-Stiftung 2014: 11). In der öffentlichen Diskussion um die Strukturreform meldete sich auch das GAJB zu Wort. In einer Presseerklärung, die passend zum Parteitag am 4. März 1999 veröffentlicht wurde, kritisierten die damaligen Bundessprecher Lars Lübben und Katja Husen die Reformvorschläge – bezeichnet als „arrogante Machtpolitik“ (AGG, D.I.3, [66]) –, machten stattdessen die Parteiführung für die Krise der Mutterpartei verantwortlich und forderten implizit personelle Konsequenzen:

„Am abgewirtschafteten Erscheinungsbild und fehlenden Profil sind nicht die Strukturen Schuld, sondern das unkoordinierte und enttäuschende Regierungshandeln. Dafür müssen die politisch Verantwortlichen schon selber den Kopf hinhalten, statt ablenkend und feige zu versuchen, die Schuld auf die Partei abzuwälzen [Hervorhebung im Original] [...] Mit dem Schönreden ihrer fehlenden Durchsetzungskraft und einer orientierungslosen und zugleich geisttötenden Selbstgefälligkeit ist kein Blumentopf, geschweige denn eine Wählerstimme zu gewinnen“ (AGG, D.I.3, [66]).

Wie Katja Husen im Interview verdeutlichte, wollte man mit den Pressemitteilungen damals vor allem „die eigenen Leute“ (Husen 2018) adressieren. Nach der Debatte in Erfurt stimmten die Delegierten dann schließlich auf dem Bremer Parteitag im Oktober 2002 darüber ab, ob eine Ämterhäufung ermöglicht werden sollte.<sup>97</sup> Bereits auf dem Frankfurter Bundeskongress im September 2002 hatten sich die Jugendlichen per Beschluss gegen die Pläne entschieden:

<sup>96</sup> Ausgangspunkte dafür bildete unter anderem das schlechte Abschneiden der Partei bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt (1998) und Niedersachsen (1998) sowie bei der Landtagswahl in Hessen (1999) (Pieper 1999: 68–69; Tagesschau 1999).

<sup>97</sup> Konkret ging es darum, „eine Ausnahmeregelung für die beiden Bundesvorsitzenden Claudia Roth und Fritz Kuhn einzuführen, damit sie ihr Amt behalten können, wenn sie nach dem 22. September [2002] in den Bundestag einziehen sollten“ (Uwer 2002). Die Satzung von Bündnis 90/Die Grünen hatte eine Ämterhäufung bislang verboten, wobei für die Änderung eine Zweidrittel-Mehrheit notwendig war (Uwer 2002).

„Kein Mensch ist in der Lage zwei so zeitintensive Aufgaben wie den Vorsitz der Partei, oder ein Ministeramt und das Mandat als BundestagsabgeordneteR gleichzeitig zufrieden stellend auszuführen. Die Grünen sollten das Selbstvertrauen haben für alle Ämter und Mandate eine eigene Person finden zu können. Diese können dann mit vollem Einsatz und mit Kompetenz grüne Ziele verwirklichen. [...] So könnten neue Gesichter sich und die Grünen weiter in der Öffentlichkeit profilieren“ (Grüne Jugend 2002).<sup>98</sup>

In Bremen brachte der GJ-Bundesvorstand schließlich einen Antrag ein, der vorsah, dass Mitglieder des Bundesvorstands in der Mutterpartei kein Amt im *geschäftsführenden* Fraktionsvorstand im Bundestag innehaben durften und dass die Delegierten mit einer Zweidrittel-Mehrheit die Bewerbung eines Abgeordneten für den Bundesvorstand absegnen konnten.<sup>99</sup> Mit diesem Antrag wollte man gezielt zwischen extremeren Positionen vermitteln (von der Ahe 2018).<sup>100</sup> Um für die Position zu werben, beschloss der Bundesvorstand auf seiner Sitzung vom 16. Oktober 2002 Flyer zu verteilen und sich so gegen die Alternativvorschläge in Stellung zu bringen (AGG, D.I.3, elekt. Archiv). Wie im Protokoll der BDK zu lesen ist, setzte sich der Antrag jedoch nicht durch. Stattdessen stimmten die Delegierten gegen jegliche Änderung des Paragraphen, womit die Trennung von Amt und Mandat bis Mai 2003 weiterhin bestehen blieb (AGG, Archiv Infothek Digital).

### 5.1.3 Mit Werbekampagnen und Voten zur Verjüngung der Führungsriege

Als drittes Ziel im Bereich der Personalentscheidungen ist die Verjüngung der Führungsriege zu nennen.<sup>101</sup> Auch hier stellten medienwirksame Interviews eine zentrale Strategie dar, um Druck auf die Mutterpartei auszuüben. So forderte die damalige GJ-Bundessprecherin Ramona Pop in einem Interview mit der Fuldaer Zeitung im Jahr 2000 die etablierten Parteifunktionäre

---

<sup>98</sup> Darüber wurde zuvor auf dem Bundeskongress in Frankfurt abgestimmt (AGG, D.I.3, elekt. Archiv; Grüne Jugend 2002).

<sup>99</sup> Zuvor durfte kein Mitglied des Bundesvorstands Mitglied des Bundestags oder der Bundesregierung sein (AGG, Archiv Infothek Digital).

<sup>100</sup> Andere Anträge plädierten etwa dafür, nur die gleichzeitige Mitgliedschaft im Bundesvorstand und das Innehaben des Amtes des Fraktionsvorsitzenden auszuschließen oder die

<sup>101</sup> In einem Brief an den GJ-Bundesvorstand aus dem Jahr 2005 plädierte der Landesverband Hessen beispielsweise dafür, „dass wir als junge Generation innerhalb von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit vereinten Kräften dafür streiten sollten, dass wichtige Ämter in Partei und Fraktion mit jungen und inhaltlich profilierten Leuten besetzt werden. Dies wäre für die Weiterentwicklung unserer Partei wichtig und ein gutes Signal an die Öffentlichkeit“ (AGG, D.I.3, elekt. Archiv).

explizit dazu auf, Macht abzugeben und den Weg frei zu machen für jüngere Generationen (Heller 2000).

Eine zweite Strategie wird vor dem Hintergrund der Bundestagswahl 2009 sichtbar. Wenige Wochen nach der Wahl debattierten die Jugendlichen auf dem Bundeskongress in Weimar über die Zukunft der Partei und verabschiedeten einen Beschluss, der auf eine personelle Erneuerung drängte:

„Abgesehen vom Rückzug Joschka Fischers hat sich im Personalangebot der Grünespitze seit 1998 nicht viel getan. [...] In den letzten vier Oppositionsjahren haben die Grünen es verschlafen, aktiv Nachwuchs zu fördern und die Führung zu erneuern. Der personelle Aufbruch muss jetzt beginnen“ (AGG, D.I.3, [80]).

Zusätzlich dazu lud die Grüne Jugend die damalige Vorsitzende der Bundestagsfraktion und Spitzenkandidatin der Bundestagswahl 2009, Renate Künast, nach Weimar ein. Im Rahmen einer Debatte zur aktuellen politischen Lage plädierten die Jugendlichen im direkten Gespräch für eine personelle Erneuerung (AGG, D.I.3, [80]). So forderte man etwa, „sich von den Gesichtern der rot-grünen Ära zu verabschieden und junge Leute nach vorne zu bringen“ (Zeit Online and DPA 2009). Renate Künast widersprach den Forderungen und wollte stattdessen Inhalte in konkrete Politik umwandeln (Wrusch 2009). Wie im Rechenschaftsbericht des GJ-Bundesvorstands zu lesen ist, hat man die Debatte über eine personelle Erneuerung der Partei bewusst in Weimar losgetreten, um sich in die Arbeit von Bündnis 90/Die Grünen einzubringen und einen Generationswechsel durchzusetzen (AGG, D.I.3, [107]). SPUNK-Redaktionsmitglied Maximilian Pichl wies in der Verbandszeitung außerdem auf das Potential von Kongressdebatten hin, die eine Chance böten, „kritische Fragen an die Spitzenkandidatin des Bundestagswahlkampfes zu richten“ (AGG, ZS 900) und „in der Öffentlichkeit eine politische Schlagkraft“ (AGG, ZS 900) zu entwickeln. Die Strategie, gezielt Mitglieder der Führungsriege auf die Bundeskongresse einzuladen und über Gespräche Einfluss auf Personaldebatten zu nehmen, bestätigte auch Emily Büning, die auf dem besagten Kongress zur politischen Geschäftsführerin der Grünen Jugend gewählt wurde: „Natürlich ist das auch ein Gedanke, dass man denen dann die eigene Position näherbringt“ (Büning 2018). Gleichzeitig machte sie darauf aufmerksam, dass die Änderung gefestigter Positionen von Politikern durch direkte Gespräche als wenig realistisch angesehen wurde. Vielmehr sei es darum gegangen, Abgeordnete überhaupt dazu zu bewegen, die Positionen der Grünen Jugend wahrzunehmen (Büning 2018).

Trotz der Absage Renate Künasts an eine personelle Erneuerung, kündigte der damalige GJ-Bundessprecher Max Löffler in der tageszeitung (taz) selbstsicher an, weiterhin intern über Personalfragen reden zu wollen (Wrusch

2009). Dies versuchte der Jugendverband auf der BDK, die eine Woche nach dem Bundeskongress 2009 in Rostock stattfand. Dort debattierten die Delegierten über die Rolle der Mutterpartei in der Opposition und verabschiedeten einen entsprechenden Antrag. Der Jugendverband brachte dazu einen Änderungsantrag ein, der die Partei aufforderte, „neue Köpfe in Verantwortung zu nehmen und nach vorn zu stellen“ (AGG, Archiv Infothek Digital). Ziel des Antrags bestand laut GJ-Bundesvorstand darin, eine personelle Neuaufstellung sowie ein Generationenwechsel zu erreichen (AGG, D.I.3, [107]). Unterstützt wurde der Antrag durch eine Rede Max Löfflers zur Ausrichtung der Partei nach der Wahl (GJ BGS, elekt. Ablage, 16.1.2018). Die damalige Bundessprecherin Gesine Agena bezeichnete Reden in diesem Zusammenhang als gezieltes Mittel, um für Anträge zu werben (Agena 2018). Schlussendlich konnte sich die Grüne Jugend mit dem Satz, neue Köpfe in die Verantwortung zu nehmen, jedoch nicht durchsetzen (AGG, Archiv Infothek Digital). Dennoch lobte der GJ-Bundesvorstand später, die Debatte um einen Generationenwechsel angestoßen und präsent gehalten zu haben (AGG, D.I.3, [107]).

Um den Wunsch, die Führungsriege zu verjüngen, in die Tat umzusetzen, versuchte die Parteinachwuchsorganisation auch immer wieder Jugendliche aus der eigenen Reihe bei ihren Bewerbungen für verschiedene Ämter und Listenplätze zu unterstützen. Damit wollte man die die Personalentscheidungen zu eigenen Gunsten lenken. Blickt man auf die Gründungszeit zurück, ist darauf hinzuweisen, dass sich das GAJB gezielt von anderen Jugendverbänden abgrenzen wollte, in dem sie einer Parteimitgliedschaft als Karriere-sprungbett eine Absage erteilte. Im Jahr 1995 schrieb der organisatorische Bundesgeschäftsführer des GAJB Stefan Frey: „Wir verstehen uns nicht als Nachwuchsorganisation, sondern versuchen aktionsorientiert unsere Meinung bekannt zu machen und unsere Positionen durchzusetzen“ (AGG, D.I.3, 6 (1/2)). Bereits in die Gründungssatzung von 1994 wurden deshalb verschiedene Paragraphen integriert, um die Funktion einer Kaderschmiede gezielt zu verhindern: Erstens wurde das Höchstmitgliedsalter auf 28 Jahre festgelegt. Zweitens wurde eine gleichzeitige Mitgliedschaft im Bundesvorstand des Jugendverbands und im Bundesvorstand oder in einem der Landesvorstände der Mutterpartei ausgeschlossen. Drittens wurde eine Doppelmitgliedschaft in anderen Parteien ermöglicht (AGG, D.I.3, 4 (1/2); AGG, Grün 503-2: 20; Voges 1994: 5). Wie die Dokumentenanalyse zeigt, verlor die anfänglich Absage an ein Karrieresprungbrett jedoch im Laufe der Zeit an Gewicht (AGG, D.I.3, [93]).<sup>102</sup> Auch hierfür stellte der Reorganisationsprozess 2001 den Ausgangspunkt dar. In diesem Zuge wurde beispielsweise die Doppelmitgliedschaft in anderen Jugendverbänden eingeschränkt und war nur noch möglich, wenn es sich dabei um Jugendorganisationen

---

<sup>102</sup> Weitere Informationen zu dieser These hierzu befinden sich auf Seite 68.

handelte, die keine Konkurrenz zu Bündnis 90/Die Grünen darstellten (AGG, D.I.3, 31; AGG, D.I.3, [101]).<sup>103</sup>

Während in den 1990er Jahren zwar bereits einzelne GAJB-Gründungsmitglieder, wie Ilka Schroeder oder Christian Simmert, für Parteiämter und Wahllisten kandidierten, entschieden sich ab 2002 dann immer mehr Mitglieder des GJ-Bundesvorstands für diesen Schritt. Zu nennen sind etwa die Kandidaturen von Benjamin von der Ahe für den Parteirat<sup>104</sup> oder Katja Husen für den Bundesvorstand, beide im Jahr 2002. In den Folgejahren verlängerte sich die Liste, wobei der Jugendverband nahezu durchgängig ehemalige GJ-Bundesvorstandsmitglieder im Bundesvorstand<sup>105</sup> und im Parteirat<sup>106</sup> platzieren konnte. Auch für die Plätze auf der Europawahlliste kandidierten ab 2004 immer Gremienmitglieder der Grünen Jugend.<sup>107</sup> Diese Entwicklung bestätigte GJ-Bundessprecher Benjamin von der Ahe:

„Ich glaube in der Zeit vor mir [1994 bis 2001] sind ja eigentlich wirklich wenige von den Grüne Jugend Bundesvorständen dann in der Berufspolitik gelandet [...]. Und das hat sich dann tatsächlich geändert danach. [...] Das war schon auch, dass wir ja angefangen haben [...] für alle auch immer mitkandidiert haben, also dass es ab dann auch selbstverständlich war, dass immer jemand von der Grünen Jugend für den Bundesvorstand kandidiert hat“ (von der Ahe 2018).

An diesem Punkt stellt sich die Frage nach Strategien zur konkreten Unterstützung der jungen Ämteranwärter. Als erste Maßnahme ist die Vergabe von Stimmen zu nennen, die der Jugendverband einführte, um „WunschkandidatenInnen [die] Unterstützung aus[su]sprechen“ (AGG, D.I.3, [55]).<sup>108</sup> Wie in den Experteninterviews deutlich wird, nutzten die Kandidaten die Stimmen zielbewusst als Aushängeschild, um für sich zu werben (Agena 2018; Büning 2018; Spitz 2018; von der Ahe 2018).<sup>109</sup> Zusätzlich zu den Stimmen, warben die

<sup>103</sup> Im Frühjahr 2006 entschied das Bundesschiedsgericht der Grünen Jugend auf Anfrage eines Mitglieds, dass Mitglieder der Linksjugend keine Mitglieder der Grünen Jugend werden durften. Der Grund: Die Linksjugend war offizieller Jugendverband der Partei Die Linke (AGG, D.I.3, [123]; GJ BGS, elekt. Ablage, 16.1.2018).

<sup>104</sup> Benjamin von der Ahe schaffte den Einzug in den Parteirat jedoch nicht (AGG, Archiv Infothek Digital; AGG, D.I.3, elekt. Archiv; GJ BGS, elekt. Ablage, 16.1.2018).

<sup>105</sup> Eine Übersicht der Kandidaten, die im GJ-Bundesvorstand aktiv waren, befindet sich im Anhang auf Seite XIV.

<sup>106</sup> Eine Übersicht der Kandidaten, die im GJ-Bundesvorstand aktiv waren, befindet sich im Anhang auf Seite XV.

<sup>107</sup> Eine Übersicht der Kandidaten, die im GJ-Bundesvorstand aktiv waren, befindet sich im Anhang auf Seite XVI.

<sup>108</sup> Bereits Ende der 1990er Jahre wurden vereinzelt Stimmen vergeben, z.B. an Ilka Schroeder und Uwe Hildebrandt. Da jedoch unklar war, welche Verbandsebene an welche Personen zu welchem Zweck Stimmen vergeben konnte, führte der Jugendverband 2000 ein Stimmen-Statut ein (AGG, D.I.3, 13; AGG, D.I.3, [55]; AGG, ZS 900; Husen 2018).

<sup>109</sup> Hierzu beispielsweise die ehemalige GJ-Bundessprecherin und Parteiratskandidatin Gesine Agena: „Da macht man schon gezielt Werbung mit. Ich habe damals in Vorstellungen

Jugendlichen bei den Delegierten für ihre Wunschkandidaten: Erstens forderte man die Delegierten der Bundesparteitage immer wieder in offenen Briefen oder bei verschiedenen Treffen dazu auf, die eigenen Kandidaten zu unterstützen (AGG, D.I.3, [90]; AGG, D.I.3, elekt. Archiv).<sup>110</sup> Zweitens startete der Jugendverband kleine Medienkampagnen und machte auf seiner Website, via Newsletter und in den sozialen Medien Werbung. Drittens mischte man sich im Vorfeld in die Diskussionen der Listenvergabe ein und nutzte dabei seine „Verhandlungsmasse“ (Marquardt 2018; Spitz 2018). Viertens boten die Delegiertentreffen eine passende Gelegenheit, um die Wunschkandidaten vorzustellen und auch dort um Unterstützung zu bitten. Fünftens half der GJ-Bundesvorstand oftmals bei der Vorbereitung der Kandidatenrede und sorgte für eine gute Stimmung im Publikum. Sechstens verteilten die Jugendlichen Flyer, Luftballons sowie eine Extra-SPUNK-Ausgabe als Werbematerialien auf den Bundesparteitagen (Agena 2018; AGG, D.I.3, [92]; Büning 2018; GJ BGS, elekt. Ablage, 16.1.2018; GJ Pad, 25.1.2018; Graf 2018; Husen 2018; Marquardt 2018; Parker 2018; Riester 2018; Schilling 2018; Spitz 2018; von der Ahe 2018).<sup>111</sup> Wie im Rahmen der Analyse deutlich wird, verfolgte die Grüne Jugend mit den kleinen Kampagnen nicht nur das Ziel, das Parteipersonal zu verjüngen, sondern ebenso wollte man über Personal aus den eigenen Reihen auch auf Parteientscheidungen Einfluss nehmen, wie die Ausführungen des ehemaligen GJ-Bundessprechers Stephan Schilling verdeutlichen:

„Was uns schon umgetrieben hat, war, dass es damals sehr wenig junge Leute bei den Grünen gab und jetzt nicht in der Breite, sondern wenig junge Abgeordnete. Und dass wenn, das eher Leute waren, die jetzt nicht typisch waren sozusagen von ihren Positionen für den eher linken Jugendverband. So jemand, wie Matthias Berninger [...] kamen zwar aus der Grünen Jugend, waren jetzt aber eher weniger links, als der Jugendverband. Und das sozusagen hinzukriegen, dass die Grüne Jugend da stärker Einfluss nimmt und dass man sozusagen auch die personelle Zukunft der Grünen mitprägt, das war uns schon

---

gesagt: ‚Ich bin Grüne Jugend Kandidatin‘ und das wurde dann auch schon so verstanden“ (Agena 2018).

<sup>110</sup> Zur Europawahl 2004 startete die Jugendorganisation beispielsweise die Kampagne „Platz 10 für die Jugend!“ und forderte die Delegierten in einem offenen Brief dazu auf, Benjamin von der Ahe auf den zehnten Listenplatz zu setzen (AGG, D.I.3, elekt. Archiv). Auch 2009 wollte man einen Aufruf in den Landesverbänden starten, um die Kandidaten für die Europawahlliste Jan-Philipp Albrecht und Ska Keller „zu promoten“ (AGG, D.I.3, [90]).

<sup>111</sup> Um die GJ-Beisitzerin Terry Reintke bei ihrer Kandidatur für die Europawahlliste 2014 zu unterstützen, plante der Bundesvorstand auf seiner Sitzung Ende Januar 2014 etwa eine „Terry-Intensiv-Woche“ (GJ BGS, elekt. Ablage, 16.1.2018). Konkret wollten die Jugendlichen via Social-Media-Werbung machen, einen Terry-Banner zum Parteitag mitbringen und Werbung auf den Tischen der Delegierten verteilen (GJ BGS, elekt. Ablage, 16.1.2018).

wichtig und hat dann [...] in den Jahren danach [...] deutliche Verbesserungen gegeben“ (Schilling 2018).

Beispiele für das Ziel der Einflussnahme über Personalplatzierungen waren auch in den analysierten Dokumenten und Experteninterviews zu finden: Nach der Wahl des ehemaligen politischen Geschäftsführers der Grünen Jugend, Malte Spitz, in den Bundesvorstand von Bündnis 90/Die Grünen im Jahr 2006, sah sich dieser primär als Vertreter der Grünen Jugend und lotete mit dem GJ-Bundesvorstand immer wieder Bereiche für eine Zusammenarbeit aus, um gemeinsam in der Partei Akzente zu setzen (Spitz 2018). Als die ehemaligen GJ-Bundesvorstandsmitglieder Ska Keller und Jan-Philipp Albrecht für die Europawahl 2009 auf den Listenplätzen sieben und elf landeten, bezeichnete der GJ-Bundesausschuss das Ergebnis als „strategisch [...] super“ (GJ BGS, elekt. Ablage, 16.1.2018). Nach Einzug der beiden ins Europaparlament, freute sich der GJ-Bundesvorstand außerdem darüber, dass die Kandidaten „junggrüne Interessen vertreten“ (GJ BGS, elekt. Ablage, 16.1.2018). Ein Jahr nach diesem Erfolg kündigte der ehemalige GJ-Bundessprecher Max Löffler in seiner Bewerbung für den Parteirat an, den Jugendverband im Falle seiner Wahl in programmatische, personelle und strategische Prozesse einzubinden (AGG, Archiv Infothek Digital). Auch Gesina Agena, ehemalige GJ-Bundessprecherin und Anwärterin für eine Mitgliedschaft im Parteirat 2012, wollte mit ihrer Wahl in den Parteirat dazu beitragen, „dass auch in Zukunft eine der Stimmen im Parteirat einem Mitglied der GRÜNEN JUGEND gehört und dadurch unsere Positionen innerhalb der Grünen Partei laut und mutig vertreten werden“ (GJ BGS, elekt. Ablage, 16.1.2018).<sup>112</sup>

Sehr deutlich wird das Ziel der Einflussnahme über eigenes Personal auch im Protokoll einer Strategiedebatte aus dem Jahr 2011. Darin stellte der GJ-Bundesvorstand fest, dass man zu einer Kadenschmiede geworden sei und beschrieb den Jugendverband als politischen Akteur, dem es darum gehe, sich „als aktiver Teil bei den Grünen und in parlamentarischen Prozesse ein[z]ubringen“ (AGG, D.I.3, [93]).<sup>113</sup> Um dies umzusetzen, wollte man

<sup>112</sup> Nach ihrer Wahl in den Parteirat, tauschte sich der GJ-Bundesvorstand dann im Februar 2013 mit Gesina Agena über spezifische Strategien aus. Sie empfahl dem Jugendverband beispielsweise, sich stärker mit Positionspapieren in die Gremien einzubringen (GJ BGS, elekt. Ablage, 16.1.2018).

<sup>113</sup> Diese These wurde in den Experteninterviews relativiert. So wurde von den Bundesvorstandsmitgliedern zwar angemerkt, dass sich das Selbstverständnis der 1990er Jahre im Laufe der Zeit gewandelt hat, dass Parteikarrieren heutzutage systematischer geplant werden und ein Posten im GJ-Bundesvorstand den Einstieg in die Partei erleichtert (Augner 2018; Rottmann 2018), dennoch wiesen die Befragten darauf hin, dass Posten in der Partei nicht automatisch an Mitglieder der GJ-Gremien vergeben werden und deren Chancen, Posten zu erhalten auch nicht höher seien, als bei Nicht-GJ-Mitgliedern (Agena 2018; Büning 2018; Riester 2018). Vielmehr würden die aufgebauten Beziehungen aus der Zeit im Jugendverband oder Zufälle eine Rolle spielen (Büning 2018; Riester 2018). Der ehemalige Bundessprecher Jens Parker bezeichnete die Parteinachwuchsorganisation in diesem Zusammenhang als „Unterstützungsplattform“ mit

„jungen Menschen – mit unseren Ideen – den Sprung in die Parlamente eröffnen“ (AGG, D.I.3, [93]).

Neben den Bestrebungen, die Anzahl verbandsnaher Jugendlicher auf den Listen und in den Parteigremien zu erhöhen, startete der Jugendverband einmalig auch den Versuch, die Vergabe der beiden Fraktionsvorsitze zu beeinflussen. Wie im Protokoll der Klausurtagung des Bundesvorstands vom Mai 2002 zu lesen ist, wollte man sich nach der Bundestagswahl 2002 mit jungem Personal in die Ämtervergabe einmischen (AGG, D.I.3, [52]). Dazu verabschiedeten die GJ-Mitglieder eine Woche nach der Wahl auf ihrem Bundeskongress einen Beschluss und forderten darin die Fraktion auf, die jüngste Abgeordnete Anna Lührmann<sup>114</sup> gemeinsam mit dem ältesten Abgeordneten Hans-Christian Ströbele als Sprecher der Bundestagsfraktion zu ernennen, um einen „Bund der Generationen“ (AGG, D.I.3, elekt. Archiv) zu schließen. Diese Forderung blieb jedoch eine Ausnahme: Wie die ehemalige Bundessprecherin und politische Geschäftsführerin Emily Büning im Experteninterview sagte, versucht man in der Regel, nur auf die Vergabe der Parteiämter Einfluss zu nehmen, um möglichst eigene gewählte Vertreter in verschiedene Gremien, wie Parteirat oder Bundesvorstand, entsenden zu können. Die Postenvergabe innerhalb der Fraktion wurde hingegen nur innerhalb der Fraktion verhandelt, ohne Einmischung der Parteienachwuchsorganisation (Büning 2018).

Zum Abschluss dieses Kapitels sollen zwei Anmerkungen gemacht werden: Erstens ging die Initiative zur Kandidatur immer von den Bundesvorstandsmitgliedern selbst aus, wobei diese nicht von den Führungsgremien der Jugendorganisation überredet oder gedrängt wurden (Agena 2018; Husen 2018; Riester 2018). Zweitens ist darauf hinzuweisen, dass die Parteienachwuchsorganisation ihre Wunschkandidaten nicht nur im Zuge der parteiinternen Listennominierung, sondern auch während des Wahlkampfes unterstützte (AGG, D.I.3, [64]; AGG, D.I.3, [66]; GJ BGS, elekt. Ablage, 16.1.2018). Da die Stimmvergabe der Bürger bei Bundestags- oder Europawahlen jedoch außerhalb des innerparteilichen Willensbildungsprozesses stattfindet, wird darauf im Rahmen dieser Arbeit nicht eingegangen.

---

„Empowerment-Charakter“ (Parker 2018). Auch der Begriff „Kaderschmiede“ wurde mehrfach als unpassend beschrieben (Parker 2018; von der Ahe 2018).

<sup>114</sup> Anna Lührmann war mehrere Jahre lang Sprecherin der Grünen Jugend Hessen sowie Delegierte der Jugendorganisation für den Europäischen Dachverband Federation of Young Green Europeans. Vor ihrem Einzug in den Bundestag war sie Beisitzerin im Bundesvorstand der Parteienachwuchsorganisation. Mit 19 Jahren war sie 2002 die jüngste Abgeordnete im Parlament (GJ BGS, elekt. Ablage, 16.1.2018).

## 5.2 Einflussstrategien auf inhaltliche Entscheidungen

Nachdem gezeigt wurde, wie die Grüne Jugend versucht hat, auf Personalentscheidungen einzuwirken, wird nun ein Blick auf die inhaltliche Mitbestimmung geworfen. Konkret steht die Frage im Mittelpunkt, wie die Jugendorganisation auf Wahlprogramme, Koalitionsprogramme, Aktions- oder Sofortprogramme Einfluss nimmt.<sup>115</sup> Da aufgrund des begrenzten Platzes nicht auf alle Programmentscheidungen zwischen 1994 und 2017 eingegangen werden kann, wurden einzelne Beispiele aus verschiedenen Politikfeldern basierend auf drei Kriterien ausgewählt: Erstens wurden Beispiele ausgewählt, die die Bundessprecher in den Experteninterviews als sehr zentral charakterisiert haben. Zweitens wurden Beispiele ausgewählt, die sich besonders gut eignen, um Strategien anschaulich nachzuzeichnen und auch nachzuweisen. Drittens wurden Beispiele ausgewählt, die die Strategieviefalt verdeutlichen.

### 5.2.1 Jugendpolitik: Eine neue Präambel für das Wahlprogramm

Im Bereich der Jugendpolitik verfolgte die Grüne Jugend ein zentrales Ziel: die Erhöhung der Präsenz von Jugendthemen in den Programmen der Mutterpartei. Im Wahljahr 1998 gelang es dem Jugendverband, ein Kapitel zur Jugendpolitik in die Präambel des Wahlprogramms zu integrieren. Wie im Folgenden gezeigt werden kann, nutzte das GAJB vor allem Briefe und das Antragsrecht auf den BDKen, um dieses durchzusetzen.

Bereits im Jahr 1997 nahm sich der GAJB-Länderausschuss vor, sich „massiv“ (AGG, D.I.3, [63]) ins Wahlprogramm einzubringen. Am 1. Dezember 1997 forderte die GAJB-Bundessprecherin Nadia vom Scheidt die Fraktionsvorsitzenden Jürgen Trittin und Gunda Röstel schließlich in einem Brief dazu auf, die Präambel des Wahlprogramms in Hinblick auf Jugendpolitik zu ändern. Dabei gehe es darum, „klar zu machen, welche Bedeutung die Partei jungen Menschen zur Umsetzung eines Macht- und Politikwechsels zumißt und für was sie sich diesbezüglich inhaltlich einsetzen will“ (AGG, D.I.3, [55]). Konkret setzen sich die Jugendlichen für eine „offensive Erweiterung der Präambel [ein], die bisher viel zu verniedlichend und unzureichend die Lebenssituation von Jugendlichen beschreibt“ (AGG, D.I.3, 34 (2/2)). Zusätzlich zum Brief, wollte die Bundessprecherin den neuen Präambel-Entwurf im Rahmen eines parteiinternen U30-Treffens „vielen jungen Menschen innerhalb der Grünen“ (AGG, D.I.3, 34 (2/2)) präsentieren.<sup>116</sup> Nach

---

<sup>115</sup> Für eine Unterscheidung der verschiedenen Programmtypen siehe Merz and Regel 2013: 215–220.

<sup>116</sup> Auf Initiative einiger Landesvorstandsmitglieder von Bündnis 90/Die Grünen und des Bundesvorstandsmitglieds der Partei, Regine Barth, wurden seit Herbst 1996 regelmäßig U30-Treffen organisiert. Dies hatten zum Ziel, „den Austausch junger aktiver Grüner in und um die Partei zu ermöglichen“ (AGG, D.I.3, [63]) sowie deren Vernetzung zu steigern (AGG,

dem Treffen kam die damalige Bundessprecherin Nadia vom Scheidt zum Schluss, dass es dem GAJB durchaus gelungen sei, den Vorschlag erfolgreich vorzustellen (AGG, D.I.3, [63]). Die weitaus größere Hürde bildete dann der programmgebende Bundesparteitag, der im März 1998 in Magdeburg stattfand (AGG, Archiv Infothek Digital). Um Jugendpolitik „ins Programm zu bringen“ (AGG, D.I.3, 34 (2/2)), brachte Nadia vom Scheidt stellvertretend für das GAJB einen Antrag ein. Dieser sah vor, die Präambel um das Kapitel „Einen Wechsel für die Jugend“ zu ergänzen.<sup>117</sup> Unterstützt wurde der Antrag erstens durch die Unterschriften der jugendverbands-nahen Bundesvorstandsmitglieder von Bündnis 90/Die Grünen, Regine Barth und MdB Matthias Berninger, und zweitens durch ein Grußwort der Bundessprecherin, in dem sie die Mutterpartei offensiv dazu aufforderte, das Wahlprogramm an die Lebenswelten von Jugendlichen anzupassen. Der Antrag wurde schließlich angenommen (AGG, Archiv Infothek Digital; AGG, D.I.3, [63]), was Nadia vom Scheidt später dazu veranlasste, den Jugendverband als innerparteiliche „Lobbygruppe“ (AGG, D.I.3, [63]) für jugendpolitische Themen zu bezeichnen.

Neben dem bereits genannten Brief an die Fraktionsvorsitzenden, adressierten die GAJB-Bundessprecher im Juni 1998 – und damit drei Monate vor der Wahl – einen zweiten Brief an die Bundestagsfraktion sowie den Bundesvorstand von Bündnis 90/Die Grünen. Auch darin machte sich die Parteienwachstumsorganisation noch einmal dafür stark, die jugendpolitischen Ziele in die Realität umzusetzen (AGG, D.I.3, [63]).

Brief Nummer drei ging am 16. Oktober 1998, also wenige Tage nach der Bundestagswahl, an die Mitglieder der Verhandlungskommission, die zuständig war für die Formulierung des Koalitionsprogramms. Darin forderte der GAJB-Bundesvorstand, Jugendpolitik als zentrales Querschnittsthema zu betrachten und ein Zukunftsministerium für Bildung und Jugend einzurichten, um „Interessen junger Menschen wirkungsvoll zu vertreten“ (AGG, D.I.3, 9 (1/2)).

---

D.I.3, 7 (2/2)). Zu den Treffen wurden Parteimitglieder unter 30 Jahren mit Ämtern auf kommunaler, Landes- oder Bundesebene sowie Vertreter des GAJB eingeladen (Arndt 1996). Die U30-Treffen sind nicht zu verwechseln mit den GJ-Treffen am Rande der BDKen, die erst später ins Leben gerufen wurden.

<sup>117</sup> Das Kapitel enthielt die Forderung, dass Jugendliche „in die Gestaltung der heutigen Gesellschaft und ihrer Zukunft“ (AGG, Archiv Infothek Digital) einbezogen werden. Außerdem sollte Bündnis 90/Die Grünen eine Politik machen, „bei der junge Menschen aktiv mitbestimmen können und die ihre Erfahrungen und Lebenslagen ernst nimmt“ (AGG, Archiv Infothek Digital).

### 5.2.2 Drogenpolitik: Joints aus Pappmaché für die Legalisierung von Cannabis

Im Bereich der Drogenpolitik kämpfte der Jugendverband seit seinem Bestehen für eine Legalisierung weicher Drogen. Im Oktober 1997 verabschiedeten die Jugendlichen ein drogenpolitisches Grundsatzpapier, um „die drogenpolitische Diskussion innerhalb [...] der Partei Bündnis 90/Die Grünen [...] [zu] beleben“ (AGG, D.I.3, 47 (2/2)). Das Grundsatzprogramm schickte das GAJB schließlich an den Bundesvorstand der Mutterpartei und bat um ein Gespräch, um sich zum Thema auszutauschen. Außerdem forderte man einen zehnminütigen Redebeitrag beim Länderrat im Januar 1998, um das Papier vorzustellen (AGG, D.I.3, [55]). Wie in einer E-Mail der ehemaligen GAJB-Bundessprecherin Nadia vom Scheidt zu lesen ist, wollte man mit dem Redebeitrag „die GAJB-Position deutlich“ (AGG, D.I.3, 2 (2/2)) machen. Ähnliches nahm man sich auch für die BDJ im März 1998 in Marburg vor, auf der das Wahlprogramm verabschiedet wurde. Konkret wollte man „den Programm-Entwurf vergleichen mit den GAJB-Beschlüssen, Dissense raussuchen und versuchen ins Programm zu bringen“ (AGG, D.I.3, 2 (2/2)). Dafür brachte das GAJB gemeinsam mit der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Drogen Berlin einen Antrag zur Liberalisierung der Drogenpolitik ein und präsentierte diesen zuvor jungen Politikern beim U30-Treffen (AGG, D.I.3, [63]). Die LAG suchte man vor allem aufgrund ihrer großen Expertise in diesem Feld als Partner aus, wobei die Kooperation „der Profilierung des Verbandes [GAJB]“ (Augner 2018) dienen sollte. Bis auf wenige Formulierungen wurde der Antrag jedoch größtenteils abgelehnt (AGG, Archiv Infothek Digital; AGG, D.I.3, 47 (1/2); AGG, D.I.3, 47 (2/2)).

Nach dieser Niederlage reagierte der Jugendverband in den darauffolgenden Jahren mit ironischen Aktionen: Wie bereits in Kapitel 1 erwähnt, schenkte die Parteienachwuchsorganisation der Mutterpartei zur Anerkennung als Teilorganisation im Jahr 2001 kleine Joints (AGG, D.I.3, elekt. Archiv; Kröter 2001: 4).<sup>118</sup> Damit wollte man „auf die Drogenproblematik aufmerksam [...] machen“ (Hensolt and Janz 2002: 8), den Kampf der Jugendorganisation für die Legalisierung weicher Drogen symbolisch darstellen und die Unterstützung für die Legalisierungsbewegung zeigen (Graf 2018). Auch die Wahlkampagne der Grünen Jugend zur Bundestagswahl 2002 drehte sich um das Thema Drogen. So zogen die Jugendlichen im Sommer 2002 unter dem Motto „Es muss ein Joint durch Deutschland gehen“ mit einem zwei Meter großen Pappmaché-Joint durch Deutschland, verteilten Informationsmaterial zur Legalisierung weicher Drogen und nutzten die Kreisverbände als Diskussionsplattformen (AGG, D.I.3, [106]; AGG, D.I.3, elekt. Archiv; Graf

<sup>118</sup> Daraufhin leitete das Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern ein Ermittlungsverfahren wegen Verdachts auf Verstoß gegen das Betäubungsmittelgesetz ein, stellte jedoch fest, dass die Joints keine Drogen, sondern nur Tabak enthielten (Spiegel Online 2001).

2018). Wie in einem Papier des Bundesvorstands im Frühjahr 2003 zu lesen ist, wollte man damit die Legalisierungsforderungen nicht nur in die Öffentlichkeit, sondern auch „in die Mutterpartei hineintragen“ (AGG, D.I.3, 44).<sup>119</sup>

Neben dem Wahlprogramm versuchte die Parteienachwuchsorganisation ihre Forderungen im Bereich der Drogenpolitik auch ins Grundsatzprogramm der Mutterpartei zu integrieren. Dieses wurde im Februar 2002 nach einem dreijährigen Verhandlungsprozess verabschiedet (Bündnis 90/Die Grünen 2010: 18). Auf der Bundesvorstandssitzung vom 24. August 2001 beschloss die Jugendlichen sich wenigen Themen – darunter Drogen – zu widmen und diese gezielt zu kritisieren (AGG, D.I.3, elekt. Archiv). Für den entsprechenden Parteitag bereitete der Jugendverband dann Anträge vor, mit denen man einen Teilerfolg erzielen konnte: So wurde eine Legalisierung weicher Drogen ins Programm aufgenommen. Die Vorschläge zur Einführung einer gesetzlich kontrollierten Abgabe illegaler Drogen und einer Beendigung der Strafverfolgung lehnten die Delegierten jedoch ab (AGG, Archiv Infothek Digital; AGG, D.I.3, [52]; AGG, D.I.3, elekt. Archiv; DPA 2002; GJ BGS, elekt. Ablage, 16.1.2018).

Zum Abschluss dieses Kapitels soll ein letzter Blick auf den Wahlkampf 2013 geworfen werden. Auf Basis des Wahlprogramms konnten die Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen im Rahmen einer Online-Debatte und eines Mitgliederentscheids neun Projekte aus einer Auswahl von 58 Projekten bestimmen, die die Partei dann im Falle einer Regierungsbeteiligung als erstes angehen wollten (Bündnis 90/Die Grünen 2013b). In diesem Zusammenhang setzte sich der Jugendverband auf dem Berliner Parteitag im März 2013 mit einem Antrag durch, der die Reform der Drogenpolitik als eines der 58 Schlüsselprojekte definierte (AGG, Archiv Infothek Digital; Grüne Jugend 2013b). Daran anschließend wollte sich die Grüne Jugend aktiv an der Online-Debatte zum Wahlprogramm beteiligen, in den sozialen Medien sowie in den E-Mail-Verteilern für das Projekt werben und gute Argumente liefern, um das Thema der Drogenlegalisierung als Regierungsthema durchsetzen zu können (GJ BGS, analoge Ablage, 1.3.2018; Parker 2018). Am Ende schaffte es der Vorschlag jedoch nicht in die Auswahl (Bündnis 90/Die Grünen 2013a).

### 5.2.3 Außenpolitik: Mobilisierung zum »Aufstand für den Friesen«

Wie bereits in 4.3 erwähnt, traf Bündnis 90/Die Grünen mit Bosnien-Herzegowina, Kosovo sowie Afghanistan weitreichende außenpolitische Entscheidungen, die zu massiver Kritik der Grünen Jugend führten und

---

<sup>119</sup> Dieses Ziel bestätigte auch der damalige GJ-Bundessprecher Werner Graf im Experteninterview (Graf 2018).

zahlreiche Austritte bedingten.<sup>120</sup> Im Folgenden sollen die Strategien zur Einflussnahme exemplarisch an der Entscheidung für eine militärische Intervention in Afghanistan als Folge der Terroranschläge vom 11. September 2001 erläutert werden.<sup>121</sup>

Erste Diskussionen zur Positionierung von Bündnis 90/Die Grünen nach den Terroranschlägen am 11. September 2001 standen am 6. Oktober 2001 im Länderrat an. Dort beteiligten sich die Jugendlichen mit dem Antrag „Gewalteskalation verhindern! Verantwortungsvoll handeln!“ und schlossen darin eine militärische Beteiligung der Bundeswehr aus. Stattdessen forderten sie einen Dialog und nannten Kriterien für eine rein logistische Unterstützung (AGG, Archiv Infothek Digital). Ziel des Antrags war es, „eine intensive Debatte über unsere Friedenspolitik in der Partei“ (AGG, D.I.3, elekt. Archiv) zu entfachen.<sup>122</sup> In der Endabstimmung verlor der Antrag jedoch gegen die vorgeschlagene Resolution des Bundesvorstands von Bündnis 90/Die Grünen, die eine Militäraktion unter Beteiligung deutscher Truppen basierend auf dem Völkerrecht grundsätzlich billigte und damit der Parteiführung den Rücken stärkte (AGG, Archiv Infothek Digital; AP 2001; Fried 2001).

Die militärische Intervention in Afghanistan war auch Thema auf der BDK in Rostock, die am 25. November 2001 stattfand. Wenige Wochen zuvor hatte der Bundesvorstand der Grünen Jugend eine Presseerklärung mit dem Titel „Aufstand für den Frieden – Aufstand für die Grünen“ veröffentlicht. Darin forderten die Jugendlichen alle Parteimitglieder dazu auf, sich mit Anträgen und Resolutionen auf dem Bundesparteitag in Rostock einzubringen. Konkret wollte man für einen innerparteilichen Aufstand mobilisieren, um so die Mehrheit zu stellen (AGG, D.I.3, [66]). In Rostock brachte die Grüne Jugend schließlich einen Antrag gegen die Intervention ein.<sup>123</sup> Wie im Protokoll des Ländervernetzungstreffens vom 10. November 2001 zu lesen ist, hatte der Antrag zum Ziel, „die Position der Grünen Jugend auf der BDK sichtbar zu machen“ (AGG, D.I.3, elekt. Archiv). Im Voraus hatte der

<sup>120</sup> Zwischen 1998 und 2000 verlor der Jugendverband etwa 2.000 Mitglieder als Folge der friedenspolitischen Entscheidungen (AGG, D.I.3, 10 (2/2); Busse 2000; GJ BGS, elekt. Abgabe, 16.1.2018). Eine Übersicht über die Mitgliederentwicklung der Grünen Jugend befindet sich im Anhang auf Seite XIII.

<sup>121</sup> Am 12. September 2001 rief die USA erstmalig den NATO-Bündnisfall aus (Törne 2001). Am 16. Oktober 2001 stimmte der Bundestag einer Beteiligung an der Operation Enduring Freedom zu. Am 16. November 2001 warb Bundeskanzler Gerhard Schröder für einen militärischen Einsatz und verknüpfte eine Beteiligung Deutschlands mit der Vertrauensfrage, die er gewann. Am 22. Dezember 2001 erteilte das Parlament schließlich das Mandat für eine Beteiligung der Bundeswehr an der International Security Assistance Force (Feldkamp 2002; Langels 2001; Weiland 2015).

<sup>122</sup> Wie im Bericht des GAJB-Länderratsdelegierten zu lesen ist, brachte man den Antrag deshalb in das Gremium ein, weil man davon ausging, dass dieses eine wichtige Rolle spiele (AGG, D.I.3, elekt. Archiv).

<sup>123</sup> Im Antrag forderten die Jugendlichen den „sofortigen Stopp der Angriffe auf Afghanistan“ (AGG, D.I.3, 31) und schlugen stattdessen vor, die Vereinten Nationen auszubauen, ein politisches und diplomatisches Konzept zur Stabilisierung des mittleren Ostens zu entwerfen sowie die Investitionen in den Wiederaufbau Afghanistans zu erhöhen (AGG, D.I.3, 31).

Jugendverband den Antrag in verschiedenen Netzwerken verteilt, Werbung auf den Delegiertentreffen gemacht und sich mit anderen Gruppen, wie etwa Politikern aus Baden-Württemberg oder der BAG Frieden, abgestimmt (AGG, D.I.3, 31; AGG, D.I.3, elekt. Archiv; Graf 2018; von der Ahe 2018). Nach einer zweistündigen Parteitagsdebatte billigten die Delegierten schließlich den Einsatz deutscher Soldaten in Afghanistan mit einer unerwartet großen Mehrheit. Damit setzte sich die Realpolitiker-Gruppe um Joschka Fischer durch, wobei die linke Strömung eine Niederlage erlitt (Krauß 2001; Kröter 2001: 4).

#### 5.2.4 Sozialpolitik: Kampf für eine Bürgerversicherung

Neben der Außenpolitik beschäftigte sich Bündnis 90/Die Grünen als Teil der Regierung in den Jahren 2003 bis 2005 maßgeblich mit der Agenda 2010, die große Änderungen in den Bereichen Arbeitsmarkt-, Bildungs-, Kranken-, Renten- und Familienpolitik mit sich brachte (Deutscher Bundestag 2013; Die Welt 2003; Handelsblatt 2003). In diesem Zusammenhang forderte die Grüne Jugend die Einführung einer Bürgerversicherung<sup>124</sup> und wollte zu einem „der [Hervorhebung LR] Player innerhalb der Partei“ (Schilling 2018) werden. Dafür erstellte der Jugendverband eigene inhaltliche Konzepte (Spitz 2018) und arbeitete mit anderen Jugendorganisationen zusammen. Im September 2003 schickte der Jugendverband beispielsweise gemeinsam mit den Jusos einen offenen Brief an die Bundestagsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, in dem sie ihr Modell einer Bürgerversicherung vorstellten.<sup>125</sup> Wie in der Einleitung des Briefs zu lesen ist, wollte man sich damit offensiv in den Entscheidungsfindungsprozess einmischen und rief die Mutterparteien dazu auf, den Wandel hin zu einer generationengerechten Bürgerversicherung zu vollziehen (AGG, D.I.3, elekt. Archiv).

Auch nach der Verabschiedung der Hartz IV-Gesetze am 17. Oktober 2003, die den Vorschlag zur Einführung einer Bürgerversicherung nicht enthielten (Frankfurter Allgemeine Zeitung 2003: 3), kämpften die Jugendlichen weiter und versuchten maßgeblich die konkreten Details einer Bürgerversicherung auf innerparteilicher Ebene zu beeinflussen.<sup>126</sup> Wie im Folgenden gezeigt

---

<sup>124</sup> Mit der Bürgerversicherung ist die Abschaffung der privaten und gesetzlichen Versicherungen zugunsten einer einheitlichen Versicherung gemeint, in die alle Einkommensgruppen einbezahlen sollten. Nach Ansicht der Jugendverbände sollte eine Bürgerversicherung zuerst im Bereich der Krankenversicherung eingeführt und dann auf andere Sozialversicherungen ausgeweitet werden (AGG, D.I.3, elekt. Archiv).

<sup>125</sup> Anlass dafür bot die Übergabe des Berichts der Rürup-Kommission zur Reform der Sozialsysteme an die Bundesregierung (AGG, D.I.3, elekt. Archiv).

<sup>126</sup> An dieser Stelle ist zu erwähnen, dass der Bundesvorstand von Bündnis 90/Die Grünen im Januar 2003 eine sozialpolitische Kommission eingesetzt hat, die Vorschläge zur Reform der Sozialversicherungssysteme ausarbeiten sollte. In einem Bericht, vorgelegt im März 2003, plädierte die Kommission für eine Bürgerversicherung und brachte somit eine innerparteiliche Debatte ins Rollen, in die sich auch die Jugendorganisation einmischte (Bündnis

wird, nutzte man dafür drei zentrale Strategien: Pressearbeit, Konflikt sowie Bündnisarbeit (Schilling 2018). Auf dem Bundesparteitag in Kiel debattierten die Delegierten über Details für ein konkretes Bürgerversicherungsmodell (Heinrich-Böll-Stiftung 2014: 19). Laut Rechenschaftsbericht des GJ-Bundesvorstands, wollte man die BDK in Kiel „gezielt als Plattform für eine kritische, selbstbewusste und einflussreiche GRÜNE JUGEND“ nutzen und eine „dominierende inhaltliche Kraft“ (AGG, D.I.3, [123]) darstellen. Um auf die Ausarbeitung des Modells Einfluss zu nehmen, ließ der damalige GJ-Bundessprecher Stephan Schilling „vor dem Bundesparteitag [in Kiel] das Konzept der Grünen Jugend für eine Bürgerversicherung drucken – als ganzseitigen Artikel in der Frankfurter Rundschau. Die Parteispitze tobte“ (Haarhoff 2005: 3).<sup>127</sup> Wie der damalige GJ-Bundessprecher deutlich machte, war der Artikel Teil einer Pressestrategie, die wiederum dazu gedacht war, den Einfluss innerhalb der Partei auszubauen (Schilling 2018).<sup>128</sup> Mit der Konflikt-Strategie sind verschiedene Anträge gemeint, die eingebracht wurden, um eine interne Debatte auszulösen. So meldete sich die Grüne Jugend auf dem Parteitag in Kiel mit einem Antrag zu Wort, der vorsah die Beitragsbemessungsgrenze bei 5.150 Euro anzusetzen und wollte damit für eine kontroverse Debatte innerhalb der Partei sorgen (AGG, Archiv Infothek Digital; Schilling 2018). Um für den Antrag zu werben, verteilten die Jugendlichen ihr Konzeptpapier in Kiel und stellten dieses in einem gesetzten Redebeitrag vor (Schilling 2018). Darüber hinaus suchten sich die Jugendlichen wichtige Abgeordnete als Unterzeichner<sup>129</sup> und machten so Bündnisarbeit (Schilling 2018).<sup>130</sup> Am Ende verlor die Grüne Jugend die Abstimmung jedoch (AGG, Archiv Infothek Digital). Einen erneuten Anlauf nahm man auf dem Berliner Parteitag im Juli 2005, auf dem die Delegierten über das Wahlprogramm abstimmten. Dort brachte der Jugendverband einen Antrag ein, der vorsah, die

---

90/Die Grünen Sozialpolitische Kommission 2003). Auf dem Cottbusser Sonderparteitag im Juni 2003 sprachen sich die Delegierten für die generelle Einführung einer Bürgerversicherung aus. Auf dem Bundesparteitag in Kiel 2004 wurden dann weitere Details für ein konkretes Modell beschlossen (AGG, Archiv Infothek Digital).

<sup>127</sup> taz-Redakteurin Haarhoff beschreibt Stephan Schilling in diesem Zusammenhang als Strippenzieher, der „weiß, wie man Fäden zieht. Sogar wie man putscht“ (Haarhoff 2005: 3).

<sup>128</sup> Die Nutzung der Presse als Mittel der innerparteilichen Einflussnahme bestätigte auch Malte Spitz, der zu dieser Zeit Beisitzer im GJ-Bundesvorstand war. Demnach habe die Grüne Jugend „damals schon sehr strategisch die Pressearbeit genutzt, um einzelne Themen oder die grundsätzliche Position [...] gegenüber der Partei auch nach außen hin klar zu machen [...]. Das war auch ein bewusstes Instrument [...], um eine Diskussion anzustoßen [...] oder sich klar in der Diskussion zu positionieren“ (Spitz 2018).

<sup>129</sup> Zu nennen sind verschiedene MdBs, wie Irmingard Schewe-Gerik, Hans-Christian Ströbele, Winfried Herrmann, Friedrich Ostendorff, Thilo Hoppe oder Ursula Sowa. Unterzeichnet wurde der Antrag außerdem von den Bundesvorstandsmitgliedern von Bündnis 90/Die Grünen Michael Kellner und Marie Luise von Halem sowie dem sozialpolitischen Sprecher der Partei, Markus Kurth (AGG, Archiv Infothek Digital). Zur Zusammenarbeit mit Markus Kurth siehe auch Riester 2018; Spitz 2018.

<sup>130</sup> Hierzu Stephan Schilling: „Wir haben mit ein paar Landesvorsitzenden, Landtagsfraktionsvorsitzenden und Bundestagsabgeordneten sehr intensiv zusammengearbeitet [...]. Wir haben zum Teil zusammen Positionspapiere geschrieben, auch Anträge“ (Schilling 2018).

Beitragsbemessungsgrenze in einer Bürgerversicherung anzuheben.<sup>131</sup> Zur Durchsetzung dieses Antrags kooperierte der Jugendverband im Rahmen der Bündnisarbeit mit MdB Gerhard Schick<sup>132</sup>, um das Stimmgewicht zu erhöhen:

„Und da ist es uns dann gelungen auch noch einen sehr versierten, anerkannten Fachpolitiker [...] für die Pro-Rede für unseren Antrag mit ins Boot zu holen und das war [...] ganz gut [...]. Dass es [...] nicht nur der Jugendverband war, weil das ist ja auch ein relativ technisches Thema, sondern dass dann noch jemand eine zweite Pro-Rede da war“ (Schilling 2018).

Mit dem Antrag setzte sich der Jugendverband schließlich gegen den Bundesvorstand der Mutterpartei durch (AGG, Archiv Infothek Digital).<sup>133</sup> An dieser Stelle ist darauf hinzuweisen, dass der Jugendverband im Feld der Sozialpolitik oft versuchte, über die Teilnahme an Workshops und über die thematische Ausrichtung der Bundeskongresse auf den Willensbildungsprozess Einfluss zu nehmen. Dafür können zwei Beispiele angeführt werden: Erstens organisierte die Parteiführung von Bündnis 90/Die Grünen im Herbst 2006 einen Zukunftskongress (Bündnis 90/Die Grünen 2009), auf dem man gezielt „in die Sozialpolitik-Debatte reinkommen“ (Schilling 2018) wollte. Wenige Monate zuvor hatte der Jugendverband dafür auf dem Bundeskongress in Jena den Beschluss „Der ermutigende Sozialstaat“ verabschiedet, in dem die Jugendlichen für einen Umbau des Sozialstaats nach skandinavischem Modell plädierten (Schölgens 2006: 7). Diesen verteilte man auf dem Zukunftskongress, um „in die Partei reinzufunken“ und „Einfluss zu haben auf die programmatische Entwicklung der Grünen“ (Schilling 2018). Zusätzlich dazu organisierte die Grüne Jugend Workshops und stellte Referenten, um zu zeigen, „wer die Ideenwerkstatt der Grünen ist“ und dass „die Zukunft der Grünen [...] von uns Jungen bestimmt“ (AGG, D.I.3, [73]) wird.<sup>134</sup>

Als zweites Beispiel kann die Vorbereitung eines sozialpolitischen Kongresses angeführt werden, der im Juli 2012 von der Mutterpartei organisiert wurde. Dort wollte die Jugendorganisation wenige Themen, wie etwa die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens, rausgreifen „und

---

<sup>131</sup> Der Vorschlag des Bundesvorstands von Bündnis 90/Die Grünen nannte zwar die Einführung einer Bürgerversicherung, enthielt jedoch nicht die Forderung nach der Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze. Im GJ-Antrag war dies der Fall, es wurde jedoch keine konkrete Zahl genannt (AGG, Archiv Infothek Digital).

<sup>132</sup> Gerhard Schick war zu dieser Zeit Sprecher der BAG Wirtschaft und Finanzen (Handelsblatt 2005).

<sup>133</sup> Laut Rechenschaftsbericht, „waren wir [Grüne Jugend] es mit unserem Antrag zur Bürgerversicherung, die als einzige überhaupt in der Wahlprogrammdebatte eine Mehrheit gegen den Bundesvorstand erzielen konnten“ (AGG, D.I.3, [73]).

<sup>134</sup> Diese proaktive Rolle der Grünen Jugend auf dem Zukunftskongress bestätigte auch Malte Spitz (Spitz 2018).

diese dann richtig [sic] promoten“ (GJ BGS, elekt. Ablage, 16.1.2018). Wie den Unterlagen der Bundesvorstandssitzung vom 3. Februar 2012 zu entnehmen ist, wollte der GJ-Bundesvorstand einen Zeitslot für einen Workshop einfordern, „auf dem wir unsere Positionen nochmal darlegen können“ (GJ BGS, elekt. Ablage, 16.1.2018). Schlussendlich beschloss das Gremium im Mai 2012 dann jedoch, diese zu verwerfen und stattdessen „gezielt Input zu verschiedenen Workshops [zu] geben“ (GJ BGS, elekt. Ablage, 16.1.2018) sowie Mitglieder, Landesverbände und Fachforen zur Teilnahme zu mobilisieren, um „die Workshops zu bereichern“ (GJ BGS, elekt. Ablage, 16.1.2018).

#### 5.2.5 Klimapolitik: Mit der Presse und Rhetorik zum schnellen Atomausstieg

Nach dem Reaktor-Unglück in Fukushima, diskutierte Bündnis 90/Die Grünen im Jahr 2011 über den Zeitpunkt für einen möglichen Atomausstieg. Am 25. Juni 2011 fand diesbezüglich eine außerordentliche BDK unter dem Motto „Konsequent für neue Energie“ in Berlin statt (Heinrich-Böll-Stiftung 2014: 29). Auf dieser Konferenz stand die Frage im Mittelpunkt, ob man dem Vorschlag der schwarz-gelben Bundesregierung zustimmen sollte, die Laufzeit von Atomkraftwerken im Jahr 2022 zu beenden. Zuvor hatte die Partei eigentlich für einen Ausstieg 2017 plädiert (Teevs et al. 2011). In einem Leitartikel empfahl der Bundesvorstand von Bündnis 90/Die Grünen dennoch die Zustimmung zum Regierungsvorschlag (AGG, Archiv Infothek Digital), was innerhalb der Partei auf kontroverse Meinungen stieß. Einer der größten Kritiker war die Grüne Jugend. Sie forderte einen Atomausstieg im Jahr 2015 und begründete dies vor allem mit Studienergebnissen, die einen früheren Ausstieg für technisch möglich hielten (Grüne Jugend 2013c). Dazu hatten die GJ-Mitglieder bereits auf dem Bundeskongress in Würzburg Mitte Mai 2011 den Beschluss „Kein falscher Konsens mit den Atom-Parteien“ verabschiedet und darin die Mutterpartei aufgefordert, „am grünen Ausstiegsziel 2017 festzuhalten und sich nicht in vorseilendem Gehorsam mit weniger zufriedenzugeben“ (Grüne Jugend 2011a). Wie die damalige Bundessprecherin Emily Büning deutlich machte, bestand das Ziel der Mitgliederbeschlüsse neben dem Finden einer einheitlichen Position und der Information der Mitglieder auch darin, die Sichtbarkeit der Position in Richtung der Mutterpartei zu steigern (Büning 2018).

Neben dem Beschluss versuchten die Jugendlichen vor allem gezielt Pressearbeit zu betreiben und so Aufmerksamkeit zu erlangen. Laut Emily Büning hat der GJ-Bundesvorstand in der Atomdebatte sogenannte „Greenwatchers“, also Journalisten mit einer Zuständigkeit für Bündnis 90/Die Grünen, kontaktiert und „versucht [...] Interviews zu führen“ (Büning 2018). In einem Artikel, der wenige Tage vor dem Sonderparteitag auf Zeit Online veröffentlicht wurde, warnte die damalige GJ-Bundessprecherin Gesine

Agena die Delegierten davor, dem Antrag des Bundesvorstands trotz mangelnder Überzeugung zuzustimmen und kündigte an, „die Parteiführung mit einem Antrag dazu [zu] zwingen, dem schwarz-gelben Atomausstieg nur zuzustimmen“ (Caspari 2011), wenn das Jahr 2017 festgelegt werde. Der Antrag der Grünen Jugend enthielt schließlich den Passus, dass „das Enddatum des Atomausstiegs unter keinen Umständen erst 2022 sein darf“ (AGG, Archiv Infothek Digital).<sup>135</sup> Um für den Antrag gezielt zu werben, nutzte der Jugendverband zwei Strategien: Erstens ist eine Rede der damaligen GJ-Bundessprecherin Gesine Agena zu nennen, in der sie den Vorstand der Mutterpartei scharf angriff (Agena 2018). Die taz sprach in diesem Zusammenhang von einem Rededuell zwischen der ehemaligen Parteivorsitzenden Claudia Roth und Gesine Agena, das unentschieden ausging (Schulte 2011). Zweitens hat der GJ-Bundesvorstand „Telefonkonferenzen mit allen Landesvorständen gemacht und gesagt: ‚Kümmert euch doch einmal darum, dass eure Mitglieder auch Delegierte werden‘ und die haben das dann weitergegeben an ihre Ortsgruppen“ (Agena 2018). Damit wollte man die Debatte über die Delegierten vor Ort gezielt beeinflussen (Agena 2018). Schlussendlich stimmte die Mehrheit der Parteitagsglieder für den Leitantrag des Parteibundesvorstands und unterstützte damit die Empfehlung, dem Atomausstieg der schwarz-gelben Bundesregierung im Jahr 2022 zuzustimmen (Teevs et al. 2011).

Unabhängig von der Debatte zum Atomausstieg ist darauf zu verweisen, dass der Jugendverband besonders im Bereich der Klimapolitik auf Aktionen zurückgriff, um Entscheidungen zu beeinflussen. Auf dem Kölner Parteitag im Dezember 2006 debattierten die Delegierten über die Subventionierung von Billigfluglinien. In diesem Zusammenhang ließ der Jugendverband zu Beginn der Umweltdebatte 660 Papierflieger durch den Saal gleiten. Gleichzeitig wurde ein Banner mit dem Schriftzug „Fliegen macht das Klima heiß“ ausgerollt. Unterstützt werden sollte die Aktion durch eine Pressemitteilung (AGG, D.I.3, [89]; AGG, D.I.3, [98]; Schacht 2006). Ein entsprechender Antrag, der die Subventionierung von Billigfliegern beenden sollte, wurde schließlich angenommen (AGG, Archiv Infothek Digital). In diesem Zusammenhang bestand das Ziel darin, „Aufmerksamkeit zu erregen“ und den Delegierten zu zeigen, „aha, da gibt es auch noch eine andere Meinung“ (Riester 2018).

Mit einer weiteren Aktion setzte sich der Jugendverband innerhalb der Partei für das Ende der Kohlekraft ein. Auf dem Erfurter Bundesparteitag im November 2008 beschlossen die Delegierten Widerstand gegen den Bau neuer Kohlekraftwerke sowie die Forderung eines Moratoriums für neue Kohlekraftwerke (AGG, Archiv Infothek Digital). Wie im Protokoll der

---

<sup>135</sup> Der GJ-Bundesvorstand hatte sich zuvor intern mit knapper Mehrheit dafür entschieden, den Satz mit der Forderung eines Atomausstiegs im Jahr 2015 aus dem Antrag zu streichen (GJ BGS, elekt. Ablage, 16.1.2018).

Bundesvorstandssitzung vom 10. Oktober 2008 zu lesen ist, plante die Grüne Jugend eine Aktion, um „Grüne auf ihrer Aussage, keine neuen Kohlekraftwerke bauen zu wollen fest[zunageln“ (GJ BGS, elekt. Ablage, 16.1.2018). Diese Pläne setzten 20 Jugendliche schließlich in die Tat um, in dem sie verkleidet mit Mundschutz und weißen Strahlenschutzanzügen die Bühne des Bundesparteitags stürmten und den Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl 2009, Renate Künast und Jürgen Trittin, einen überdimensionalen Nagel überreichten. In einer Rede dazu wird deutlich, dass die Grüne Jugend diesen Nagel gezielt den „Entscheidungsträgern“ (Pottblog 2008) in der Partei übergeben wollte.

#### 5.2.6 Wirtschaftspolitik: Mit ausgefeilten Anträgen zum höheren Spitzensteuersatz

Mit Blick auf die Wirtschaftspolitik forderte die Grünen Jugend die Einführung eines Spitzensteuersatzes sowie ein Ende der Verhandlungen für das Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP). Im November 2011 beschäftigte sich der Bundesparteitag in Kiel mit der Zukunft der Haushalts- und Finanzpolitik. Einen Monat zuvor hatten die GJ-Mitglieder auf dem Bundeskongress in Göttingen einen Beschluss zur Finanzpolitik verabschiedet und kündigten an, sich per BDJ-Antrag für einen Spitzensteuersatz von 53 Prozent stark zu machen (AGG, D.I.3, [93]; Grüne Jugend 2011b). Wie aus den Dokumenten der Bundesvorstandssitzung vom 28. Oktober 2011 und dem Experteninterview mit der damaligen Bundessprecherin Gesine Agena hervorgeht, sah man jedoch keine realistische Chance dies durchzusetzen. Vielmehr hatte die Zahl strategische Gründe: Während der Leitantrag des Bundesvorstands der Mutterpartei ein schrittweises Anheben des Spitzensteuersatzes von 45 Prozent auf 49 Prozent ab einem Einkommen von 80.000 Euro vorsah, brachte die BAG Wirtschaft und Finanzen einen Antrag ein, der dafür plädierte, den Gesamteinkommenssteuertarif und damit auch den Spitzensteuersatz auf 49 Prozent ab 68.000 Euro zu erhöhen. Indem man als Jugendverband für einen weitgreifenden Spitzensteuersatz von 53 Prozent eintrat, erhoffte man sich, dass der Vorschlag der BAG als Mittelposition von den Delegierten angenommen wird. Laut Gesine Agena hätte man damit mehr erreicht, als in der Position des Bundesvorstands der Mutterpartei vorgesehen war (Agena 2018; AGG, Archiv Infothek Digital; AGG, D.I.3, [93]). Um das Ziel in die Tat umzusetzen, überlegte sich der Jugendverband eine passende Aktion: „Nicht zu laut, und nicht zu auffällig, fast höflich marschieren Mitglieder der Grünen Jugend durch die Kieler Sparkassen-Arena. Auf ihren Plakaten fordern sie einen Spitzensteuersatz von 53

Prozent für Spitzenverdiener“ (Ehrenstein 2011).<sup>136</sup> Zusätzlich zur Aktion nutzten die Jugendlichen Medieninterviews und eine Rede<sup>137</sup>, um für den Vorschlag zu werben (Agena 2018; Gathmann 2011). Am Ende wurden jedoch sowohl der GJ-Vorschlag als auch der Antrag der BAG abgelehnt und die Version des Bundesvorstands beibehalten (AGG, Archiv Infothek Digital; Gathmann 2011; Kinkel 2011).

Eine ähnliche Strategie nutzte die Grüne Jugend auch im Bereich TTIP. Das Ziel: „Wir bringen die [sic] GRÜNEN dazu [...] TTIP abzulehnen“ (GJ BGS, elekt. Ablage, 16.1.2018). Gelegenheit dazu bot der Dresdner Bundespartei-tag im Februar 2014, auf dem die Delegierten über das Europawahlprogramm diskutierten. Im Leitantrag forderte der Bundesvorstand der Mutterpartei lediglich, die Transparenz in den TTIP-Verhandlungen zu steigern und die Parlamente sowie die Zivilgesellschaft stärker einzubeziehen. Die Forderung nach einem Ende der Verhandlungen lehnten einige Europaabgeordnete ab (AGG, Archiv Infothek Digital; Geisler 2014a). Dies ging dem Jugendverband jedoch nicht weit genug, woraufhin man einen Antrag einbrachte, der TTIP als „diametral“ (AGG, Archiv Infothek Digital) zum Politikverständnis der Partei bezeichnete und sich gegen das Freihandelsabkommen per se aussprach. Unterstützt wurde der Antrag durch eine Pressemitteilung, in der die Grüne Jugend alle Delegierten dazu aufforderten, für ein Verhandlungsstopp zu stimmen (Grüne Jugend 2014a). Damit wollte man die Partei dazu bewegen, sich in der Mitte zu einigen und damit die TTIP-Befürworter-Position etwas abzuschwächen. Diese Strategie bestätigte Erik Marquardt, der zum Zeitpunkt der Verhandlungen Bundessprecher war:

„Wir hatten mit unserem Antrag vielleicht ein bisschen dazu beigetragen, dass man sich sozusagen auf die TTIP-Kritik einlässt. Wenn es zwei Anträge gibt, einigt man sich zwischen den beiden. Wenn es drei gibt, einigt man sich eher auf den Antrag in der Mitte, also verschiebt man so ein bisschen den Diskurs und das war auch die Rolle, die wir in den Antragsverhandlungen hatten. [...] Man markiert da nochmal eine grundlegende Position, wie man es auch sehen kann, und damit soll sich dann die Partei auseinandersetzen. Vielleicht trägt dies dazu bei, dass man sich in Antragsverhandlungen eher auf uns zubewegt“ (Marquardt 2018).

<sup>136</sup> Auf den Plakaten stand unter anderem Folgendes geschrieben: „Wir sind die 1%“ und „Meine Eltern waren reich. Ich bin reich. Meine Kinder bleiben reich! 49% für echte Nachhaltigkeit“ (Ehrenstein 2011).

<sup>137</sup> In dieser wies die ehemalige GJ-Bundessprecherin Sina Doughan darauf hin, dass zehn Prozent der Bürger 61 Prozent des Vermögens besaßen und forderte einen Wandel (Gathmann 2011).

Am Ende entschieden sich die Delegierten für eine Kompromisslösung und nahmen einen Neustart TTIP-Verhandlungen ins Europawahlprogramm auf (Geisler 2014a).

### 5.2.7 Asylpolitik: Öffentliche Appelle gegen die Asylpakete

Im Bereich der Asylpolitik stellt die Debatte vor dem Hintergrund der Flüchtlingskrise 2015/2016 ein anschauliches Beispiel dar, um Einflussstrategien zu rekonstruieren. An dieser Stelle ist anzumerken, dass in diesem Politikfeld der Bundesrat eine nicht zu unterschätzende Macht hat, da das Gremium zentrale Entscheidungen mitbestimmt. Dies stellte den GJ-Bundesverband vor die Herausforderung, auch auf Landesregierungen Einfluss zu nehmen. Obwohl dem GJ-Bundesvorstand der Zugang zu Mitgliedern der Landesregierungen fehlte, versuchten sich die Jugendlichen einzumischen (Marquardt 2018; Schäfer 2018).

Bereits im September 2014 stimmte der Bundesrat über eine Asylrechtsreform der schwarz-roten Bundesregierung ab, die vorsah die Liste der sicheren Herkunftsländer zu erweitern (DPA et al. 2014). Die Tatsache, dass der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann dem Vorhaben überraschenderweise zustimmte, sorgte für harsche Kritik des Jugendverbands (Geisler 2014b; Grüne Jugend 2014b; Lau 2014; Neues Deutschland 2014).<sup>138</sup> Als Konsequenz starteten die Jugendlichen eine Aktion auf dem Hamburger Parteitag im November 2014: Während einer Rede des Ministerpräsidenten zur Asylpolitik hielten junge Delegierte Schilder mit den Worten „Refugees Welcome“, „Asylpolitik ohne Kompromisse“, „Refugees aus allen Herkunftsländern willkommen!“ hoch. Zudem hielt die damalige Bundessprecherin Theresa Kalmer eine Rede, in der sie deutlich machte, dass rote Linien der Kompromissbereitschaft übertreten worden seien (Geisler 2014d; Schäfer 2014; Stuttgarter Nachrichten 2014). Mit diesen Aktionen wollte man erreichen, dass „die Perspektive der Jugendorganisation stärker in die Debatte reinkommt und dann sollte sich die Versammlung auch dafür entscheiden, mehr Priorität in den Anträgen zu haben“ (Schäfer 2018). Ein Jahr später – und damit nach der Grenzöffnung Deutschlands – standen im September 2015 weitere Entscheidungen zur Asylpolitik an. So schlug die schwarz-rote Bundesregierung im Asylpaket I vor, die Liste der sicheren Herkunftsländer erneut zu erweitern, Sachleistungen für Flüchtlinge einzuführen und die Aufenthaltsdauer in Erstaufnahmeeinrichtungen von drei auf sechs Monate zu verlängern (Eubel 2015). Um eine erneute Zustimmung der grün-regierten Länder zu verhindern, veröffentlichte der GJ-Bundesvorstand gemeinsam mit den Landesvorständen am 23. September 2015 einen

<sup>138</sup> So bemängelten die Jugendlichen vor allem, dass sich der Politiker der Mutterpartei nicht an Absprachen des Parteirats und des Bundesvorstands von Bündnis 90/Die Grünen gehalten habe (Banaszak 2014).

schriftlichen Appell und forderte die Mutterpartei auf Bundes- und Landesebene dazu auf, das Gesetz zu stoppen. Bei der Begründung bezog sich der Jugendverband, wie schon ein Jahr – zuvor auf einen Parteitagsbeschluss vom Herbst 2014 – in dem die Delegierten die Ausweitung der Liste der sicheren Herkunftsstaaten abgelehnt hatten (Grüne Jugend 2015b). Trotz des Protests stimmten einige grün-regierte Bundesländer dem Gesetz zu (DPA 2015).

Ein weiterer Höhepunkt in der innerparteilichen Asyldebatte bildete die BDK im November 2015 in Halle. Dort beteiligte sich die Grüne Jugend mit einigen Änderungsanträgen an einem einschlägigen Leitantrag des Bundesvorstands (AGG, Archiv Infothek Digital). Um für Unterstützung zu mobilisieren, hatte der GJ-Bundesvorstand zuvor Kontakt zu verschiedenen Fachpolitikern und Fraktionsmitgliedern des linken Flügels aufgenommen (Marquardt 2018). Schlussendlich konnten die Jugendlichen die Forderungen nach einer Verbesserung der Flüchtlingsunterkünfte sowie die Einführung von Asyl-Visa als Form der legalen Fluchtwege durchsetzen. Keinen Erfolg hatte man jedoch mit dem Satz, dass alle Menschen, die Asyl beantragt haben, bleiben können (AGG, Archiv Infothek Digital; Schäfer and Heuberger 2016). Wie der damalige GJ-Bundessprecher Moritz Heuberger in der Presse deutlich machte, verfolgte der Jugendverband mit den Anträgen das konkrete Ziel der Einflussnahme:

„Auch wenn wir keinen direkten Einfluss auf das Regierungshandeln der Großen Koalition haben, setzen wir uns mit viel Energie dafür ein, die Ausrichtung der Grünen zu beeinflussen. So haben wir zum Beispiel auf dem letzten Parteitag in Halle (Saale) verschiedene Anträge zur [...] Migrationspolitik durchgesetzt – und damit die Beschlusslagen der gesamten Partei verbessert“ (Kehnscherper 2016).

Ende Januar 2016 einigten sich die Regierungsparteien im Bundestag dann auf das Asylpaket II.<sup>139</sup> Bündnis 90/Die Grünen kritisierten das Paket vor allem für das Ende des Familiennachzugs (Zeit Online 2016). Auch der Jugendverband reagierte unverzüglich und veröffentlichte gemeinsam mit den Landesvorständen erneut einen Appell zur Ablehnung des Asylpakets (GJ Pad, 25.1.2018; Grüne Jugend 2016a). Darüber hinaus vertrat GJ-Bundessprecher Moritz Heuberger die Position des Jugendverbands in den Medien (Taruttis 2016: 14–15). Am 25. Februar 2016 stimmten die Fraktionsmitglieder von Bündnis 90/Die Grünen nahezu geschlossen gegen das Asylpaket II (DPA and Reuters 2016).

---

<sup>139</sup> Konkret sollte damit der Familiennachzug eingeschränkt, spezielle Aufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge eingerichtet, das Asylverfahren beschleunigt und Marokko sowie Algerien und Tunesien zu sicheren Herkunftsländern erklärt werden (Zeit Online 2016).

Zum Abschluss dieses Kapitels ist auf zwei weitere Einflussstrategien zu verweisen. Erstens die Mobilisierung in den Parteigremien:

„Natürlich [haben wir] auch immer wieder mal in den internen Runden Kritik geübt oder alternative Vorschläge gemacht. [...] Und wir haben uns natürlich auch nach Sitzungen ausgetauscht und überlegt, welche Punkte wir auf die Agenda setzen wollen“ (Schäfer 2018).

Zweitens die Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit innerhalb und außerhalb der Partei. Wie die damalige Bundessprecherin Jamila Schäfer erläuterte, hielten die GJ-Bundesvorstandsmitglieder an verschiedenen Orten Vorträge „um die Impulse für innerparteiliche Debatten zu setzen“ (Schäfer 2018). In diesem Zusammenhang machte der ehemalige Bundessprecher Erik Marquardt deutlich, dass verschiedene Handlungen des Jugendverbands – wie etwa die Mitorganisation einer Demonstration gegen das Asylpaket I vor dem Bundesrat oder die Bildungsarbeit – auf die Annahme hin ausgerichtet waren, dass öffentlicher Druck Parteientscheidungen beeinflussen kann (Marquardt 2018).

#### 5.2.8 Bildungspolitik: Mit Bündnisarbeit zur Mindestausbildungsvergütung

Als letztes soll im Rahmen der inhaltlichen Entscheidungen ein Blick auf das Politikfeld Bildung geworfen werden. Ein Ziel, das die Grüne Jugend im Jahr 2016 mit Nachdruck vertrat, war die Einführung einer Ausbildungsplatzgarantie und einer Mindestausbildungsvergütung. Um dieses Ziel durchzusetzen, suchten sich die Jugendlichen parteiinterne und -externe Unterstützung. Gemeinsam mit den Mitarbeitern von MdB Beate Walter-Rosenheimer verfasste die politische Geschäftsführerin Chiara Tummeley einen entsprechenden Antrag für die BDK 2016 in Münster. Beate Walter-Rosenheimer wurde vor allem aufgrund ihrer Funktion als ausbildungs- und jugendpolitische Sprecherin als Kooperationspartnerin ausgewählt (Lang 2018; Schäfer 2018). Mit der Zusammenarbeit wollte man die Akzeptanz der Partei für den Antrag steigern (GJ Cloud, 1.3.2018)<sup>140</sup> und zeigen, „dass der Antrag von den thematisch Zuständigen in der Partei getragen ist.“ (Lang 2018). Wie in den Unterlagen der Bundesvorstandssitzung vom 26. Februar 2016 deutlich wird, sahen die Jugendlichen den gemeinsamen Antrag außerdem

---

<sup>140</sup> Siehe hierzu auch den Auszug aus den Dokumenten zur Bundesvorstandssitzung vom 29. Februar 2016: „Ich glaube, dass es sehr viel schwieriger wäre einen Antrag ohne es vorzubereiten und zu stellen [sic]. Auch für die Akzeptanz in der Partei kann ich mir vorstellen, dass das hilfreich ist“ (GJ Cloud, 1.3.2018)

„als eine gute Option, um in dem Themenbereich wirklich etwas in der Partei zu bewegen, das Thema mehr in den Mittelpunkt zu rücken und [...] um [...] unsere Expertise in jugend- und ausbildungspolitischen Themen auch in der Partei zu zeigen“ (GJ Cloud, 1.3.2018).

Dennoch bemerkte der Bundesvorstand, dass Beate Walter-Rosenheimer ins Lager der Realpolitiker gehöre und eine Zusammenarbeit die Unabhängigkeit der Antragsinhalte einschränken könnte. Auf der anderen Seite schätzten die Jugendlichen die inhaltliche Expertise der Politikerin und nahmen sich vor, „auch linke Vertreter\*innen mit an Bord zu holen“ (GJ Cloud, 1.3.2018). Auf dem Parteitag in Münster brachte die Grüne Jugend schließlich gemeinsam mit der Politikerin den Antrag „Berufliche Bildung gerecht gestalten“ ein. Dieser enthielt die Forderung für eine stärkere Mitbestimmung von Auszubildenden, die Einführung einer Ausbildungsplatzgarantie sowie eines Mindestlohns für Auszubildende (Schäfer and Heuberger 2016). Wie die damalige Bundessprecherin Jamila Schäfer erläuterte, hat der Bundesvorstand zuvor mit „den entsprechenden Fachpolitikern, die Einfluss auf die sozialpolitische Positionierung haben“ gesprochen und den Antrag mit ihnen abgestimmt, um sie „dafür zu gewinnen“ (Schäfer 2018). Unterstützung für den Antrag erhielt der Jugendverband außerdem von der IG Metall Jugend, die eine Aktion vor der Halle in Münster organisierte (Schäfer and Heuberger 2016).<sup>141</sup> Schlussendlich wurde der Antrag ohne Änderungsantrag von den Delegierten angenommen, wobei sich der Bundesvorstand der Parteienachwuchsorganisation bei der Mindestausbildungsvergütung sogar gegen den Bundesvorstand von Bündnis 90/Die Grünen durchsetzte (Schäfer and Heuberger 2016).

Obwohl der Beschluss vom Parteitag verabschiedet wurde, griffen einzelne MdBs diesen im Nachhinein immer wieder an. Dabei wurde vor allem der Mangel eines konkreten Umsetzungskonzepts kritisiert. Um diesen Kritikpunkt gezielt auszuräumen, organisierte der Jugendverband wieder gemeinsam mit Beate Walter-Rosenheimer Fachgespräche für die Fraktion (GJ Cloud, 1.3.2018; GJ Pad, 25.1.2018).<sup>142</sup> Wie in den Protokollen der Bundesvorstandssitzungen vom 1. Dezember 2016 und vom 20. Januar 2017 zu lesen ist, nahm sich der Jugendverband darüber hinaus vor, das Thema weiter zu verfolgen und die Forderung nach einer Ausbildungsvergütung im Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2017 zu verankern. Dafür wollte man „weiter

---

<sup>141</sup> Konkret hatte die Grüne Jugend ihre Forderungen der IG Metall Jugend mitgeteilt, die dann eine Plakataktion vor dem Eingang der Halle in Münster durchführte. In der Rede zum Antrag ging der ehemalige GJ-Bundessprecher Felix Banaszak bewusst auf die Aktion ein und deutete diese als Zeichen, dass auch die Gewerkschaften hinter dem Konzept einer Mindestausbildungsvergütung stünden (Schäfer 2018; Schäfer and Heuberger 2015).

<sup>142</sup> Das Führen von Fachgesprächen hatte der Jugendverband explizit eingefordert (Lang 2018). Wie im Protokoll der Bundesvorstandssitzung vom 20. März 2017 zu lesen ist, fand dieses im März 2017 statt (GJ Pad, 25.1.2018).

Überzeugungsarbeit leisten, Bündnisse schmieden und vor allem Umsetzungspläne schaffen“ (GJ Cloud, 1.3.2018). Konkret plante man, erneut mit Beate Walter-Rosenheimer, aber auch mit weiteren Fraktionsmitgliedern zu sprechen und zusammen mit verschiedenen anderen Jugendorganisationen, maßgeblich aus dem gewerkschaftlichen Bereich, einen Umsetzungsplan für die Mindestausbildungsvergütung zu erarbeiten. Darin sah der Bundesvorstand eine passende „Möglichkeit [...] eigene Akzente zu setzen“ (GJ Cloud, 1.3.2018). Schlussendlich brachte die Parteinachwuchsorganisation einen entsprechenden Antrag zur Mindestausbildungsvergütung auf dem programmgebenden Parteitag 2017 in Berlin ein, der angenommen wurde (AGG, Archiv Infothek Digital). Somit war es dem Jugendverband gelungen, seine bildungspolitischen Forderungen ins Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen zu integrieren.

### 5.3 Einflussstrategien auf strategische Entscheidungen

Zusätzlich zu den personellen und inhaltlichen Entscheidungen, versuchte die Grüne Jugend auch auf strategische Entscheidungen einzuwirken. Konkret mischten die Jugendlichen bei der Wahl des Koalitionspartners mit, versuchten die Haltung von Bündnis 90/Die Grünen gegenüber der neuen Partei Alternative für Deutschland (AfD) zu beeinflussen und meldeten sich in der Diskussion zur Ausrichtung der Partei nach der Bundestagswahl 2013 zu Wort.

#### 5.3.1 Schwarz-Grün? Nein danke!

Über die Jahre hinweg bestand ein Ziel des Jugendverbands darin, eine Koalition mit der Freien Demokratischen Partei (FDP) und vor allem mit der Christlich Demokratischen Union (CDU) zu verhindern (AGG, D.I.3, 2 (2/2); AGG, D.I.3, 5 (2/2); AGG, D.I.3, 46 (2/2); AGG, D.I.3, [80]; AGG, D.I.3, [91]). Darüber hinaus drängten die Jugendlichen die Mutterpartei immer wieder dazu, die Zusammenarbeit mit der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) bzw. der Partei DIE LINKE (Linke) auszubauen und auch eine rot-rot-grüne Regierung in Betracht zu ziehen (AGG, D.I.3, elekt. Archiv; Bozic 2013; Rhein-Zeitung 2005; Rübsam 1997: 5). Die Ablehnung einer schwarz-grünen Regierung basierte vor allem auf den Annahmen, dass sich die inhaltlichen Ziele und das Gesellschaftsbild beider Parteien fundamental voneinander unterscheiden und dass eine Regierungsbeteiligung keinem Selbstzweck folgen sollte (Switek 2015: 185).<sup>143</sup> An dieser Stelle muss

---

<sup>143</sup> Bereits auf dem Troisdorfer Bundeskongress 1995 lehnte die Grüne Jugend eine Zusammenarbeit mit der CDU per Beschluss ab. Der Grund: „Wir arbeiten nicht mit Verfassungsfeinden! Und wer öffentlich dazu aufruft, ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zu

angemerkt werden, dass die Option einer schwarz-grünen Regierung in den Jahren 1994 bis 2005 nur am Rande diskutiert wurde.<sup>144</sup> Ab 2009 nahm die Diskussion im Umfeld von Wahlen dann jedoch immer weiter Fahrt auf<sup>145</sup> und gipfelte in den Jamaika-Sondierungsgesprächen nach der Bundestagswahl 2017.

Wie in der Analyse deutlich wird, nahm mit der öffentlichen Diskussion auch die Strategieviefalt der Grünen Jugend zur Verhinderung einer schwarz-grünen Zusammenarbeit stetig zu. Da sich vereinzelte Strategiekomponenten des Jugendverbands aus den frühen Jahren – wie das Verfassen von Pressemitteilungen und Beschlüssen, die Positionierung in den Medien oder die Zusammenarbeit mit anderen Jugendorganisationen<sup>146</sup> – in den Strategien widerspiegeln, die im Vorfeld der Bundestagswahl 2017 entwickelt wurden, wird im Rahmen dieser Arbeit nur auf die Zeit zwischen Ende 2013 bis Ende 2017 eingegangen.

Ein erster Schritt erfolgte auf dem Bundeskongress Anfang November 2013 in Gelsenkirchen. Zu dieser Veranstaltung luden die Jugendlichen die damalige Parteivorsitzende Simone Peter ein und fragten sie im direkten Gespräch nach einer möglichen rot-rot-grünen Regierung 2017. Diese Option schloss Simone Peter nicht aus und kündigte Gespräche an (Meier 2013). Jens Parker, der zu diesem Zeitpunkt GJ-Bundessprecher war, bezeichnete die Einladung von Parteifunktionären zu den Kongressen als grundsätzliche Strategie, um Themen zu setzen:

„Die zweite Agenda war, in Anführungsstrichen, den Bundestagsabgeordneten eben auch zu zeigen, was junge Menschen über ihre Themen denken [...] und die Bundestagsabgeordnete dazu zu schubsen: ‚Hey, setz dich mit den jungen Menschen

---

mißsachten, ja wer sogar bereit ist, dabei Gewalt anzuwenden, wer Bürgerrechte mit Füßen tritt [...], wer den Sozialstaat demontiert, wer die Schere zwischen reich und arm immer weiter aufklaffen läßt [...], der ist und bleibt nicht regierungsfähig!“ (AGG, D.I.3, [57]).

<sup>144</sup> 1994 und 1998 ging es für Bündnis 90/Die Grünen vor allem darum, überhaupt regierungsfähig zu werden, wobei die Idee einer schwarz-grünen Regierung innerhalb der Partei nicht konsensuell war (Augner 2018; Rottmann 2018). Nach dem Eintritt in eine rot-grüne Regierung im Jahr 1998, hat sich die Partei 2002 sehr schnell dazu entschieden, an dieser Koalition festzuhalten (Manager Magazin 2002; Spiegel Online 2002), so dass der Jugendverband kaum Überzeugungsarbeit leisten musste. Auch 2005 war eine schwarz-grüne Koalition aufgrund des starken Lagerwahlkampfes kaum ein Thema (Schilling 2018).

<sup>145</sup> So schloss der Bundesvorsitzende Cem Özdemir im November 2008 eine Koalition mit der CDU nicht mehr aus (N-TV 2008). 2013 kam es zwar zu Sondierungsgesprächen mit der CDU, diese dauerten jedoch nur wenige Stunden (Birnbauer and Eubel 2013). Vor allem der damalige Spitzenkandidat Jürgen Trittin lehnte eine Koalition mit der CDU ab und favorisierte stattdessen eine rot-grüne Zusammenarbeit (Agena 2018; Marquardt 2018).

<sup>146</sup> Für das Jahr 1994 siehe AGG, D.I.3, 5 (2/2); AGG, D.I.3, [57]; AGG, D.I.3, [64]. Für das Jahr 1998 siehe AFP 1997; AGG, D.I.3, 2 (2/2); AGG, D.I.3, [63]. Für das Jahr 2005 siehe AGG, D.I.3, 46 (2/2); Beschluss „Zukunft Grün“ in AGG, D.I.3, elekt. Archiv; Rhein-Zeitung 2005. Für das Jahr 2009 siehe AGG, D.I.3, [80]; AGG, D.I.3, [90]; AGG, D.I.3, [91]; AGG, D.I.3, [94]; DDP 2009. Für das Jahr 2013 siehe Beste 2012: 29–30; Bozic 2013; Grüne Jugend 2013a; Grüne Jugend 2013d; Schulte 2012; Schulte 2013; Wolff 2013.

auseinander, die haben auch Ideen und kuck mal, ob das was ihr in euren Büros besprecht, da deckungsgleich ist oder ob ihr da vielleicht ein paar neue Ideen bekommt“ (Parker 2018).

In Gelsenkirchen nahm sich der Jugendverband für das Jahr 2014 außerdem vor, „die aufkommenden Diskussionen über die Ausrichtung der Partei eng und kritisch [zu] begleiten“ (GJ BGS, elekt. Ablage, 16.1.2018). Den Grundstein dafür legte der Bundeskongress im Frühjahr 2014 in Dortmund, auf dem die Parteinachwuchsorganisation das Papier „Jung & grün in Zeiten der Großen Koalition“ verabschiedete. Im Papier erkannten die GJ-Mitglieder zwar an, dass die Programmatik der Linken Kritikpunkte aufweise, sprachen sich dennoch klar dafür aus, „in den nächsten Jahren die Grundlage für eine rot-rot-grüne Koalition zu legen. Dafür braucht es Verständigung über kontroverse Themen, aber auch die Besinnung auf gemeinsam geteilte Politikziele“ (GJ BGS, elekt. Ablage, 16.1.2018). Wie in den Dokumenten zu lesen ist, verfolgte das Gremium mit der Verabschiedung des Beschlusses verschiedene Ziele: Erstens wollte man die innerverbandliche Debatte bündeln. Zweitens wollte man eine Basis schaffen, womit die GJ-Bundessprecher ihre Öffentlichkeitsarbeit legitimieren können und drittens wollte man sich damit medienwirksam zu aktuellen Fragen positionieren und die Forderungen in die Pressestrategie einbauen (GJ BGS, elekt. Ablage, 16.1.2018). Die Strategie, durch die Teilnahme an medialen Debatten auf die innerparteiliche Diskussion Einfluss zu nehmen, wurde in den Folgejahren rege genutzt. Im Januar 2015 äußerte sich Gregor Gysi als Fraktionsvorsitzender der Linken zu einer rot-rot-grünen Koalition und forderte Gespräche auf Bundesebene (Meisner 2015). Bei Bündnis 90/Die Grünen wurde dieser Vorstoß verschieden aufgenommen: Während Parteichef Cem Özdemir eine Annäherung in der Presse ablehnte, stand Bundesgeschäftsführer Michael Kellner dieser Idee offener gegenüber. In der Debatte warf die Grüne Jugend Cem Özdemir via Pressemitteilung vor, Bündnis 90/Die Grünen „zum Steigbügelhalter der CDU“ zu machen und forderte ihn stattdessen dazu auf „neue linke Bündnispartner zu erschließen“ (Grüne Jugend 2015a; Meisner 2015). Auf seiner Sitzung im November 2015 nahm sich der GJ-Bundesvorstand außerdem vor, massiv Kritik an der CDU zu üben und die Oppositionsrolle als Alternative zu einer Regierungsbeteiligung zu promoten (GJ BGS, analoge Ablage, 1.3.2018).<sup>147</sup> Im Frühjahr 2016 folgten Taten: So publizierte die ehemalige GJ-Bundessprecherin Jamila Schäfer auf der Website des linken Parteiflügels ein Papier und forderte im Gespräch mit der Zeitung Neues Deutschland die Parteiführung auf, Angela Merkel nicht weiter „zu

---

<sup>147</sup> Auch auf seiner Klausur Ende April 2016 plante der GJ-Bundesvorstand, stärker auf die Oppositionsrolle zu drängen und dies in den Medien und in persönlichen Gesprächen mit Parteimitgliedern als Alternative herauszustellen (GJ Cloud, 1.3.2018). Die Strategie, in der Öffentlichkeitsarbeit eine Annäherung der CDU an die AfD zu betonen, bestätigte auch die damalige Bundessprecherin Jamila Schäfer (Schäfer 2018).

bauchpinseln“ (van Riel 2016). Außerdem plädierte sie dafür, eine bessere Oppositionspolitik zu machen, etwa durch das Eintreten für eine Vermögenssteuer (van Riel 2016).

Neben dem Einmischen in den Medien, ist auf eine weitere Strategie zu verweisen, die die Grüne Jugend nutzte, um eine schwarz-grüne Regierungsbildung 2017 zu verhindern: der Ausbau der Zusammenarbeit mit den Jusos und der Linksjugend.<sup>148</sup> Das Fundament dafür wurde bereits in den Jahren 2010 bis 2012 gelegt. So organisierte die Grüne Jugend im Jahr 2010 gemeinsam mit anderen Jugendorganisationen – darunter die DGB-Jugend, das Bundesjugendwerk und auch die Jusos – die Kampagne „Änder das!“ (AGG, D.I.3, [92]; GJ BGS, elekt. Ablage, 16.1.2018; Parker 2018).<sup>149</sup> Mit dieser wollte die Grüne Jugend den Unmut über die „unsoziale und unökologische Politik von Schwarz-Gelb“ (GJ BGS, elekt. Ablage, 16.1.2018) ausdrücken und gezielt mit Bündnispartnern zusammenzuarbeiten, die für eine potentielle gemeinsame Politik stehen (Parker 2018). Die Kampagne wurde in den Jahren 2011 und 2012 wiederholt (AGG, D.I.3, [93]; GJ BGS, elekt. Ablage, 16.1.2018). Gesine Agena, die als GJ-Bundessprecherin die Aktionen mit geplant hatte, nannte vor allem das gute Verhältnis zum Bundesvorsitzenden der Jusos, Sascha Voigt, als Grund für die gute Zusammenarbeit. Mit ihm habe sie das Vorhaben geteilt, rot-rot-grün möglich zu machen (Agena 2018). Darauf aufbauend trafen sich im Sommer 2014 einige Mitglieder des GJ-Bundesvorstands mit Vertretern der Jusos und der Linksjugend und debattierten über Chancen und Herausforderungen eines möglichen rot-rot-grünen Regierungsbündnisses. Auch der Einbezug des Instituts Sozialistischer Moderne<sup>150</sup> wurde diskutiert (GJ BGS, elekt. Ablage, 16.1.2018; GJ Pad, 25.1.2018). In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass die Linksjugend einer Zusammenarbeit jedoch kritisch gegenüberstand. Die Jugendorganisation hatte sich bereits 2010 gegen die Teilnahme am „Änder das!“-Bündnis ausgesprochen (Agena 2018; Parker 2018). Auch das Fazit des Treffens 2014 fiel aus Sicht des GJ-Bundesvorstands ernüchternd aus: „sehr

<sup>148</sup> Bereits in der Zeit vor 2014 gab es vereinzelte, jedoch wenig systematische Kooperationen. Im Wahlkampf 1994 wollte man Kontakt mit den Jusos aufnehmen, um einen „Forderungen [...] für den [...] politischen Wandel in der BRD“ aufzustellen und sich „bei der Presse hinsichtlich rot-grüner Optionen ins Gespräch bringen zu können“ (AGG, D.I.3, 5 (2/2)). Im Herbst 1997 verabschiedeten die Jugendorganisation ein gemeinsames Papier für einen Politikwechsel, in dem sie die Mutterparteien dazu aufforderten, eine Koalition nach dem eigenen Vorbild einzugehen und kündigten Druck an (AGG, D.I.3, [63]). 2013 lud der GJ-Bundesvorstand den Bundesvorsitzenden der Jusos auf den Bundeskongress im März 2013 ein, um dort ein Grußwort zu halten. Die Einladung sollte nach eigenen Angaben „ein klares Bekenntnis für einen grünen Wahlkampf mit rot-grüner Regierungsaussicht“ (Grüne Jugend 2013d) darstellen.

<sup>149</sup> Bestandteile der Kampagne waren eine Protestaktion im November 2010 in Berlin, die Veröffentlichung eines Blogs inklusive Mobilisierungsvideos, die Gestaltung von Postkarten sowie die Organisation eines Bündniscamps (GJ BGS, elekt. Ablage, 16.1.2018).

<sup>150</sup> Der Verein wurde 2010 gegründet, um das rot-rot-grüne Projekt voranzubringen (Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 2010). Dort war der ehemalige GJ-Bundessprecher Felix Banaszak im Vorstand aktiv (van Riel 2014).

unterschiedliche Vorstellungen von Politik, wie ein Politikwechsel geschehen kann und dass Solid [Synonym für die Linksjugend] sich kaum dafür interessiert, was die Linke macht“ (GJ Pad, 25.1.2018).<sup>151</sup>

In den folgenden Jahren setzten die Jugendlichen jedoch die Zusammenarbeit mit den Jusos fort: So wollte man im August 2014 den Kontakt durch gemeinsame Vorstandssitzungen intensivieren, eine weitere Kampagne organisieren<sup>152</sup> und sich gegenseitig verstärkt auf Veranstaltungen einladen, um die Idee eines rot-rot-grünen Bündnisses stärker in die Jugendverbände hineinzugetragen (GJ BGS, elekt. Ablage, 16.1.2018; GJ Pad, 25.1.2018). Auch 2015 nahm sich der GJ-Bundesausschuss vor, einen „gemeinsamen überparteilichen Arbeitskreis [...] [zu] gründen um [...] ein Papier für eine linke Mehrheit zu entwickeln“ (GJ BGS, elekt. Ablage, 16.1.2018) und sich mit den Bundesvorsitzenden der Jusos zu treffen, um „öffentlich ein Signal zur Zusammenarbeit auszusenden“ (GJ Cloud, 1.3.2018). Darüber hinaus traf sich die damalige Bundessprecherin Jamila Schäfer mit dem Bundestagsabgeordneten und Mitbegründer der Oslo-Gruppe<sup>153</sup>, Stefan Liebich, der innerhalb der Linken für ein rot-rot-grüne Regierungsprojekt kämpfte (AGG, D.I.3, elekt. Archiv; GJ Pad, 1.3.2018). Die beiden bereiteten eine Diskussionsrunde von Grüner Jugend, Jusos und Linksjugend vor, die Anfang Juni 2016 stattfand (Godeck 2016). Ziel war es zu zeigen,

„man kann auch noch rot-rot-grün diskutieren und das ist kein Tabu-Thema und einfach nochmal darauf hinweisen, dass da tatsächlich viele Möglichkeiten wären [...] grundlegende Probleme, die auch durch diese neoliberalen Jahre in den Argen geraten sind, nochmal zu korrigieren“ (Schäfer 2018).<sup>154</sup>

Wie die ehemalige Bundessprecherin Jamila Schäfer deutlich macht, basierte die Zusammenarbeit mit den Jusos vor allem auf gemeinsamen politischen Zielen:

„Wir sind jeweils links-progressive Jugendorganisationen, die mit manchen konservativen Entwicklungen in den jeweiligen Mutterparteien nicht einverstanden waren [...] Und dann

---

<sup>151</sup> Als Gründe identifizierte die Grüne Jugend vor allem Streitereien innerhalb der Linksjugend und die Absage an eine Regierungsbeteiligung der Mutterpartei (GJ BGS, elekt. Ablage, 16.1.2018; GJ Pad, 25.1.2018; Schäfer 2018).

<sup>152</sup> Angedacht war eine gemeinsame Kampagne zum Thema Rente, die jedoch dann aufgrund mangelnder Kapazitäten nicht umgesetzt werden konnte (Lang 2018).

<sup>153</sup> Diese Gruppe aus Parlamentariern war bereits im Juni 2008 entstanden und hatte das Ziel, eine rot-rot-grüne Regierung vorzubereiten (Hollstein 2010).

<sup>154</sup> Gemeinsam sprach man sich für eine stärkere Umverteilung aus und identifizierte Schnittmengen bei den Themen Integrations-, Arbeitsmarkt-, Renten- und Gleichstellungspolitik. Bei der Außenpolitik hingegen hatten die Jugendverbände sehr unterschiedliche Ansichten. Außerdem hatte die Bundesvorsitzende der Jusos, Johanna Uekermann, Bedenken am gesellschaftlichen Zuspruch zu dieser Koalitionskonstellation (Godeck 2016).

konnten wir da natürlich auch gut Erfahrungen austauschen [...]. Und das hat natürlich auch gutgetan, da Kontakte zu haben, wo Leute irgendwie in einer ähnlichen Situation sind“ (Schäfer 2018).

Als Zwischenfazit ist festzustellen, dass die Kooperation mit den Jusos eine Kontinuität aufwies und mehrere Bundesvorstandswechsel überdauerte (Agena 2018; Marquardt 2018; Parker 2018; Schäfer 2018). Mit Teilen der Linksjugend tauschte sich der GJ-Bundesvorstand hingegen nur informell und sporadisch aus, zum Beispiel im Rahmen von Podiumsdiskussionen oder bei Treffen einzelner Vorstandsmitglieder (Schäfer 2018). Der Zusammenarbeit lag explizit das Ziel zugrunde, eine rot-rot-grüne Mehrheit sowohl im Parlament als auch innerhalb der Mutterparteien durchzusetzen (Lang 2018).

Den Protokollen der Bundesvorstandssitzungen im November 2015, im Januar 2016 sowie im Januar 2017 sind zwei weitere Strategien zur Einflussnahme auf die Koalitionsdebatte zu entnehmen: Erstens die Vernetzung mit „linken Partner\_innen“ (GJ BGS, analoge Ablage, 1.3.2018) auch innerhalb der Partei. So wollte man beispielsweise die ehemalige GJ-Bundesprecherin und Bundesvorstandsmitglied bei Bündnis 90/Die Grünen, Gesine Agena, und die damalige Bundesvorsitzende der Mutterpartei, Simone Peter, dazu auffordern, sich innerhalb der Partei stärker für das Ziel einer rot-rot-grünen Regierung einzusetzen<sup>155</sup> und auch Mitarbeiter der Fraktion von dem Kurs überzeugen (GJ Cloud, 1.3.2018). Außerdem plädierte der Bundesvorstand dafür, verstärkt Kontakt zum linken Flügel aufzunehmen, die „Realo-Spaltung“ für eigene Zwecke zu nutzen und dennoch Gesprächsbereitschaft gegenüber des realpolitischen Flügels zu signalisieren (GJ Cloud, 1.3.2018). Als zweite Strategie ist das Setzen von Themen zu nennen, mit dem Ziel „eine linke Positionierung [zu] provozieren“ (GJ BGS, analoge Ablage, 1.3.2018). In diesem Zusammenhang entschied man sich dafür, im Frühjahr 2016 eine Kampagne zur sozialen Gerechtigkeit zu starten. Damit wollte die Grüne Jugend das Thema in die Partei hineintragen und „linke Forderungen in der Gerechtigkeitsdebatte stärken“ als „Vorbereitung für den Wahlkampf 2017“ (GJ Cloud, 1.3.2018). Diesen strategischen Gedanken bestätigte auch die damalige GJ-Bundessprecherin Jamila Schäfer:

„Natürlich haben wir [...] versucht Themen zu setzen, wo man jetzt irgendwie auch schon mal einen Unterschied macht in grüner Politik und auch mit linker Politik [...]. Und eben auch, um natürlich klar zu machen, dass wir eine alternative Politik wollen zu der, die gerade gemacht wird und einen

---

<sup>155</sup> Die Strategie, in den Gremien und vor allem im linken Flügel zu mobilisieren bestätigte auch Jamila Schäfer (Schäfer 2018).

Unterschied deutlich zu machen zu konservativen und rechten Vertretern“ (Schäfer 2018).<sup>156</sup>

Das Thema Koalition beschäftigte die Mitglieder der Grünen Jugend auch auf dem Bundeskongress in Dortmund Mitte März 2016. Dort verabschiedeten die Jugendlichen den Antrag „Progressives Grün statt Liebäugeln mit dem Konservativismus“. Scharfe Kritik übten die Jugendliche darin am Verhalten und der strategischen Ausrichtung der Mutterpartei:

„Teile der Partei priorisieren das Ziel einer Regierungsbeteiligung enorm hoch und sehen eine schwarz-grüne Koalition im Moment als die einzige Regierungsmöglichkeit auf Bundesebene. Andere Optionen wie Rot-Rot-Grün werden dabei außen vor gelassen. [sic] [...] Diese Entwicklung geht mit einer Abkehr von einem progressiven Profil und Grünen Grundwerten einher: der Kurs der Partei war in den öffentlichen Debatten teilweise darauf ausgerichtet, sich als Regierung im Wartestand zu geben. So wurden immer weniger klare Alternativen zur Politik der Regierungsparteien entworfen“ (Grüne Jugend 2016b).

Nach Ansicht des Jugendverbands sollte Bündnis 90/Die Grünen vom „Kuschelkurs mit der CDU“ (Grüne Jugend 2016b) abrücken und ein rot-rot-grünes Regierungsbündnis offensiver forcieren. Wie in einem Sitzungsprotokoll vom Januar 2016 zu lesen ist, wollte man mit dem Beschluss gezielt ein klares Signal gegen schwarz-grün setzen, eine starke Oppositionsrolle einfordern und die Mutterpartei an die eigenen Wurzeln erinnern (GJ Cloud, 1.3.2018).<sup>157</sup>

Nach der Entwicklung vielfältiger Strategien in den Jahren 2014 bis 2016 ist darauf hinzuweisen, dass es bei der Mobilisierung für ein rot-rot-grünes Bündnis im Wahlkampfjahr selbst innerhalb der Grünen Jugend sehr ruhig wurde. Dies lag vor allem am abflauenden Hype um SPD-Spitzenkandidat Martin Schulz, der allgemeine Zweifel am Durchsetzen einer rot-rot-grünen Regierung und eine sinkende Motivation zur Mobilisierung mit sich brachte (Schäfer 2018). Bei der Bundestagswahl am 24. September 2017 kamen die SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die Linke gemeinsam auf 289 der insgesamt 709 Sitze (Tagesschau 2017). Damit standen alle Zeichen auf eine große Koalition oder ein Jamaika-Bündnis. Wie in verschiedenen Protokollen zu lesen ist, verabschiedeten Ende September sowohl der Parteirat einstimmig

---

<sup>156</sup> Dies bestätigte auch der damalige Bundessprecher Jens Parker (Parker 2018). Wie im Protokoll der Bundesvorstandssitzung vom 4. Januar 2016 zu lesen ist, war die Mutterpartei davon weniger begeistert: „Jahresplanung der GJ stieß auf gutes Feedback, [...] nichts [sic] so gut kam Umverteilung an (weil das ja ein „linkes“ Feld sei, und wir dann links von SPD und LINKE wären [...])“ (GJ Pad, 25.1.2018).

<sup>157</sup> Der Antrag schaffte es unter anderem in die taz (Schulze 2013).

als auch der Länderrat mit drei Gegenstimmen Beschlüsse, die den Weg freimachten für Sondierungsgespräche mit FDP und CDU (GJ Pad, 25.1.2018). Um Bedenken zu einem möglichen Jamaika-Bündnis zu äußern, hielt die ehemalige GJ-Bundessprecherin Jamila Schäfer im Länderrat eine Rede.<sup>158</sup>

Die Sondierungsgespräche starteten dann offiziell am 24. Oktober 2017. Wenige Tage später fand der Bundeskongress in Dortmund statt. Dort verabschiedete der Jugendverband den Beschluss „Jamaika hin oder her: Was wir von der kommenden Bundesregierung erwarten“, in dem man die Jamaika-Koalition als existenzgefährdend beschrieb und die Glaubwürdigkeit der Mutterpartei in Frage gestellt sah. Vor allem im Bereich der Asylpolitik machten die Jugendlichen starke Differenzen zur FDP und CDU aus (Grüne Jugend 2017d). Mit dem Beschluss wollte der GJ-Bundesvorstand, laut Sitzungsprotokoll vom 14. Juni 2017, eine „Austrittswelle vorbeugen“ (GJ Cloud, 1.3.2018) und sich vom Wahlergebnis der Partei distanzieren. Zusätzlich zur Kritik, stellte der Jugendverband Kriterien auf, unter denen man einer Jamaika-Koalition zustimmen würde.<sup>159</sup> Damit wollte man sich gezielt konstruktiv in die Debatte einmischen und nicht nur sagen, „Jamaika ist halt blöd, weil Jamaika“ (Schäfer 2018). Wie im Protokoll der Bundesvorstandssitzung vom 16. Oktober 2017 zu lesen ist, plante der GJ-Bundesvorstand, den verabschiedeten Beschluss auf der BDK Ende Oktober vorzustellen und dort „generelle Forderungen zu promoten“ (GJ Pad, 25.1.2018). Als Alternative zum Beschluss dachte der Bundesvorstand ebenfalls über ein gemeinsames Papier mit den Landesvorständen zu den Sondierungen nach, wobei diese Idee schlussendlich verworfen wurde (GJ Pad, 5.3.2018; Schäfer 2018). Neben der Verabschiedung des Beschlusses, begleitete der Jugendverband die Verhandlungen außerdem kritisch in der Presse. In verschiedenen Artikeln sprachen sich die Jugendlichen gegen Zwischenergebnisse in der Jamaika-Koalition aus, warfen CDU und FDP vor, zu stark nach rechts gerückt zu sein und bemängelten eine fehlende Kompromissbereitschaft der Verhandlungspartner.<sup>160</sup> Wie die GJ-Bundessprecherin Ricarda Lang bestätigte, hat der Jugendverband in den Sondierungsverhandlungen gezielt auf die Präsenz in den Medien hingearbeitet, auch um rote Linien in Richtung Partei zu kommunizieren (Lang 2018).

Am 21. November 2017 beendete die FDP überraschenderweise die Sondierungsverhandlungen, womit eine mögliche Jamaika-Koalition gescheitert war (Kohrs 2017).

---

<sup>158</sup> Im Gegensatz zum Länderrat, hatte der Jugendverband im Parteirat kein Stimmrecht (Schäfer 2018).

<sup>159</sup> Genannt wurden etwa eine klare Abgrenzung zur AfD, der Ausstieg aus dem Verbrennungsmotor bis 2030 oder die Einführung einer verbindlichen Frauenquote von 50 Prozent in deutschen Firmen (Grüne Jugend 2017d).

<sup>160</sup> Siehe hierzu Belopolsky 2017; Fieber 2017; Hölter and Lüdke 2017; Schulte 2017; Steinau 2017; Wonka 2017.

### 5.3.2 Mitgliederbeschlüsse zum Umgang mit der AfD

Ein Thema, das in den Jahren 2016 und 2017 neben der Verhinderung einer Jamaika-Koalition auf der Agenda des Jugendverbands stand, war der Umgang mit der AfD. Mit dem Einzug der Partei in den Bundestag entwickelte die Grüne Jugend Strategien, um eine Positionierung von Bündnis 90/Die Grünen gegenüber des neuen Akteurs in der deutschen Parteienlandschaft zu beeinflussen.<sup>161</sup> Dabei spielten die Bundeskongresse eine zentrale Rolle. Im März 2016 und im Oktober 2017 organisierte der GJ-Bundesvorstand zwei Bundeskongresse in Dortmund, die unter den Mottos „Aufbrechen. Haltung zeigen. Partei ergreifen“ und „Aufbruch wagen!“ standen (GJ BGS, elekt. Ablage, 16.1.2018) und nutzte dort die direkteste Form der Ansprache: In verschiedenen Beschlüssen forderten die Jugendlichen die Mutterpartei dazu auf, „wieder eine kritische Oppositionsrolle einzunehmen und für progressive antirassistische Politik in Parlamenten auf allen Ebenen zu kämpfen“ (GJ BGS, elekt. Ablage, 16.1.2018). Um sich klar von der AfD zu distanzieren, wurden die Abgeordneten außerdem dazu angewiesen, sich zukünftig vermehrt in demokratische Auseinandersetzungen einzubringen, sich stärker mit außerparlamentarischen Akteuren zu vernetzen, andere Parteien von einer Annäherung abzubringen und sich näher mit Strategien der rechten Bewegung auseinanderzusetzen (Grüne Jugend 2017a; Grüne Jugend 2017b). Wie die GJ-Bundessprecherin Ricarda Lang deutlich machte, wollte man mit der Kongressausrichtung in die Partei hineinwirken und „ganz explizit auf das Thema Aufstellung der Grünen setzen, um auf die Debatten in der Partei Einfluss zu nehmen“ (Lang 2018).

Neben der Themenwahl für Bundeskongresse, entschied sich der GJ-Bundesvorstand auf seiner Sitzung im Januar 2017 auch für zwei weitere Strategien: Erstens wollte man Öffentlichkeitsarbeit betreiben mit dem Ziel, Bündnis 90/Die Grünen von der AfD abzugrenzen (GJ Cloud, 1.3.2018). Zweitens beschlossen die Jugendlichen, sich mit Wortbeiträgen stärker in die Gremiensitzungen einzumischen. Dabei legte der Bundesvorstand fest, die Worte „Gegenpol“ und „gesellschaftspolitische Vorkämpferin“ zu nutzen, um parteiintern die Rolle der Mutterpartei zu beschreiben (GJ Cloud, 1.3.2018). Besonders aktiv war der Jugendverband in diesem Zusammenhang dann in der Rechtsextremismus-Kommission von, in der man eine tiefgreifende Analyse zu Rechtsextremismus anstoßen wollte (Lang 2018).

<sup>161</sup> Die AfD wurde am 6. Februar 2013 gegründet (Bebnowski 2015: 22). Bei der Bundestagswahl 2013 erzielte die Partei 4,7 Prozent und zog ein Jahr später mit 7,1 Prozent ins Europaparlament ein. Bei der Bundestagswahl 2017 holte die Partei 10,7 Prozent (Bebnowski 2015: 22; Krautkrämer 2014: 16; Opelland 2015; Tagesschau 2017). Insgesamt wird die Partei in der Literatur rechts der CDU eingeordnet (Niedermayer 2015:194).

## 6 Fazit und Implikation für die Analyse von Einflussstrategien der Parteijugendverbände

Im Januar 1994 gründete sich in Hannover ein parteipolitischer Jugendverband, der seine Rolle darin sah, Stachel im Fleisch der Mutterpartei zu sein und sich als solcher aktiv in den Willensbildungsprozess von Bündnis 90/Die Grünen einzumischen:

„Als GRÜNE JUGEND werden wir [...] als kritische Stimme, auch als Gewissen, immer wieder darauf hinweisen, wenn kritische Abstimmungen bevorstehen. Aber wir wollen nicht nur an bereits bestehende Beschlüsse erinnern, wir werden auch immer wieder Anstöße und Ideen in die Partei und die Fraktion hineinbringen“ (AGG, D.I.3, [80]).

Im Rahmen dieser Arbeit wurde mittels einer Dokumentenanalyse und Experteninterviews untersucht, welche Strategien die Parteienachwuchsorganisation Grüne Jugend zwischen 1994 und 2017 genutzt hat, um die Ankündigung in die Tat umzusetzen und auf personelle, programmatische und strategische Entscheidungen innerhalb von Bündnis 90/Die Grünen einzuwirken. Ausgangspunkt für die Herleitung dieser Fragestellung bildeten die Erkenntnisse, dass Faktionen im Willensbildungsprozess bei Bündnis 90/Die Grünen eine wichtige strukturierende Funktion einnehmen, dass Parteienachwuchsorganisationen als Innovationsmotoren innerhalb der Partei eine zentrale Rolle spielen und dass Jugendverbände in der Forschung zur parteilichen Willensbildung bisher vernachlässigt wurden. Im Rahmen dieses letzten Kapitels sollen die Ergebnisse abschließend zusammengefasst werden. Basierend auf diesem Resümee werden acht Annahmen entwickelt, die als Ausgangspunkt für die Hypothesenbildung und weitere theoriebildende Forschung zur innerparteilichen Artikulation von Parteienachwuchsorganisationen herangezogen werden können.

Wie in Kapitel 5.1, versuchte die Grüne Jugend im Bereich der Personalentscheidungen hauptsächlich den Personenkult innerhalb der Partei um Joschka Fischer zu beenden, im Streit um die Aufrechterhaltung der Trennung von Amt und Mandat zu vermitteln und die Führungsriege von Bündnis 90/Die Grünen unter anderem durch die Unterstützung eigener Kandidaten zu verjüngen. Wie die Analyseergebnisse in Kapitel 5.2 zeigen, wollte der Jugendverband im Feld der inhaltlichen Entscheidungen je nach Themengebiet und Zeit sehr vielfältige Ziele durchsetzen, verbunden mit dem Anspruch, sich in die bestehende Parteidebatte einzumischen und neue Themen in die Partei hineinzutragen. Bei der Einflussnahme auf strategische Entscheidungen von Bündnis 90/Die Grünen fokussierte sich die Parteienachwuchsorganisation darauf, eine schwarz-grünen Koalition zu verhindern.

Zudem beabsichtigte die Grüne Jugend, auf den Umgang mit der AfD einzuwirken (siehe Kapitel 5.3). Vergleicht man die Einflussstrategien über die drei Entscheidungstypen hinweg, kann bei den Programmentscheidungen die größte Strategieviefalt ausgemacht werden. Dennoch ist es nicht möglich, einzelne Strategien ausschließlich einer Entscheidungsart zuzuordnen. Stattdessen finden sich die Strategien zur Beeinflussung der Personal- und Strategieentscheidungen in den Strategien zur Beeinflussung der Programmentscheidungen wieder. Anzumerken ist, dass die Zusammenarbeit mit den Jusos, die Nutzung der Presse sowie die gezielte Verabschiedung von Mitgliederbeschlüssen bei der Einflussnahme auf strategische Entscheidungen auffallend stark genutzt wurden.

Um diese Strategieviefalt zu verdeutlichen, sollen alle Strategien im Folgenden in den Analyserahmen eingeordnet werden: Eine erste zentrale Strategie stellt die Einflussnahme über eine formelle Vertretung in den Parteigremien dar. So versuchte die Grüne Jugend in den ersten Jahren ihres Bestehens die formellen Mitwirkungsrechte auszuweiten. Während das Ziel dahinter in der Konsolidierungsphase jedoch primär darin bestand, Informationen zu erhalten, ging es in der Umbruchphase dabei verstärkt um Einflussnahme. So war die Grüne Jugend ab 2002 dann mit stimmberechtigten oder beratenden Mitgliedern in allen Parteigremien vertreten, verfügte über ein Antragsrecht auf den Parteitagen und konnte folglich seine Strategien zur Einflussnahme professionalisieren.

Obwohl sich die Entscheidungsprozesse innerhalb von Bündnis 90/Die Grünen als sehr komplex und vielschichtig gestalten (Graf 2018; Schilling 2018), kann die Einflussnahme über Anträge auf Parteitagen aufgrund der häufigen Nutzung als wichtigste Strategie identifiziert werden. Dabei ist anzumerken, dass die Parteienachwuchsorganisation – wie im Fall der Trennung von Amt und Mandat, von TTIP oder der Einführung eines Spitzensteuersatzes – immer wieder ausgefeilte Anträge erarbeitet hat, um die Debatte zu beeinflussen und die Delegierten zu einer Mittlerposition zu bewegen. Außerdem formulierte der Jugendverband gemeinsam mit Gruppen und einzelnen Politikern, wie der LAG Drogen Berlin, der BAG Verkehr oder den MdBs Gerhard Schick und Beate Walter-Rosenheimer, Anträge, um die Stimme zu steigern und besser wahrgenommen zu werden. Um den Erfolg der Anträge und somit das Potential der Einflussnahme weiter zu erhöhen, warb die Grüne Jugend mit Reden und provokanten Aktionen. Darüber hinaus nutzten die Jugendlichen die Strömungstreffen als Werbeplattformen und organisierten spezielle Treffen für junge Delegierte, um für Anträge und Kandidaten Unterstützung zu gewinnen. Neben den BDKen, beteiligte sich die Parteienachwuchsorganisation mit Anträgen und Reden im Länderrat, um die innerparteiliche Debatte – etwa zur Außen- und Verkehrspolitik – zu beeinflussen. An dieser Stelle muss angemerkt werden, dass der Parteirat und die BAGen zur Durchsetzung von Positionen weniger im Fokus der Jugendlichen standen. Dies könnte daran liegen, dass die Grüne

Jugend im Parteirat im Gegensatz zum Länderrat kein stimmberechtigtes Mitglied ist, dass dem Parteirat über die Zeit hinweg eine abnehmende Rolle im Entscheidungsprozess zugesprochen wurde und dass die Vertretung in den BAGen nicht vom GJ-Bundesvorstand, sondern von gewählten Delegierten übernommen wird. Die Einflussnahme über den Bundesvorstand der Mutterpartei wurde in den Experteninterviews und Dokumenten zwar oft als wichtige Strategie beschrieben, konnte in den Fällen jedoch nicht nachgewiesen werden.

Als weitere Strategie zur Beeinflussung der Parteientscheidungen kann neben der Vertretung in dauerhaften Gremien auch die Teilnahme an zeitlich begrenzten Kommissionen und Workshops angeführt werden. Auch hier setzte die Grüne Jugend Mitwirkungsrechte durch, wie am Beispiel der Debatte zur Sozialpolitik oder zum Umgang mit der AfD deutlich wird. Basierend darauf kann folgende Annahme formuliert werden:

Annahme 1: Jugendorganisationen versuchen gezielt, Mitbestimmungsrechte in Parteiorganen auszuweiten und nutzen vor allem die Gremien zur Themendurchsetzung, die im Entscheidungsprozess nach eigenem Ermessen einen zentralen Stellenwert einnehmen.

Neben der Nutzung formeller Kanäle zur Durchsetzung der Interessen enthielt der Analyserahmen auch Fragen nach der Nutzung informeller Kanäle, nach der Strategieausrichtung in Bezug auf den Faktions-Dualismus sowie nach dem Kontaktaufbau zu Führungskräften. In diesem Zusammenhang konnten fünf Strategien identifiziert werden: Wie am Beispiel der Ämterbesetzung oder der Jugendpolitik gezeigt wurde, schickte der Jugendverband erstens Briefe an Mitglieder der Bundestagsfraktion, die Fraktionsvorsitzenden, den Bundesvorstand oder die Koalitions-Verhandlungskommissionen, um eigene Positionen durchzusetzen. Diese Strategie wurde vor allem in den 1990er Jahren genutzt. Als zweite Strategie ist die Einladung von Fraktionsmitgliedern in die GJ-Bundesvorstandssitzungen zu nennen, um den Informationsfluss zu verbessern und Themen über die Verbündeten in die Parteidebatte einzuspeisen. Drittens lud die Parteienachwuchsorganisation auch immer wieder Mitglieder der Parteispitze, wie Renate Künast oder Simone Peter, auf die Bundeskongresse ein, um auf Themen aufmerksam zu machen und Argumente darzustellen. Als vierte Strategie kann die Organisation von Fachgesprächen durch den Jugendverband für die Fraktion angeführt werden, die beispielsweise im Fall der Mindestausbildungsvergütung als Strategie genutzt wurde, um über die eingeladenen Experten Argumente zu liefern und so auf die Ausarbeitung eines Konzepts einzuwirken. Obwohl die Grüne Jugend nicht als Karrieresprungbrett fungieren wollte, unterstützte der Jugendverband fünftens junge Menschen aus den eigenen Reihen offensiv bei der Bewerbung für Parteiämter oder Wahllisten mit dem Ziel, die

Parteiführung zu verjüngen und den Kreis an Verbündeten auszuweiten. Auch hier steht das Ziel der Einflussnahme über die gewonnenen Kontakte dahinter.

Allgemein spielte der Strömungs-Dualismus bei der Wahl der Kooperationspartner nur eine untergeordnete Rolle. Die Zusammenarbeit basierte vielmehr auf der Fachrichtung sowie der inhaltlichen Nähe zur GJ-Position. Obwohl ein Großteil der strategischen Partner bei den Fundamentalisten verortet werden kann, kooperierte die Grüne Jugend auch immer wieder mit Realpolitikern, wie Malte Spitz oder Beate Walter-Rosenheimer. Mit Blick auf weitere theoriebildende Forschung können folglich drei Annahmen generiert werden:

Annahme 2: Parteijugendverbände bauen informelle Kontakte zu einzelnen Parteimitgliedern auf, um ihre Stimme zu stärken und eigene Themen durchzusetzen. Für die Auswahl der Kooperationspartner spielen vor allem ein generelles Interesse am Jugendverband, eine inhaltliche Nähe sowie die thematische Expertise eine Rolle.

Annahme 3: Parteienachwuchsorganisationen suchen in öffentlicher oder diskreter Weise das direkte Gespräch mit Mitgliedern der Parteiführung, um diese von Positionen zu überzeugen.

Annahme 4: Parteinaher Jugendverbände unterstützen eigene Mitglieder bei der Kandidatur für Parteiämter und Wahllisten, um die Palette an Kooperationspartnern zu erweitern.

Als letzter Punkt im Analyserahmen ist ein Blick auf die Zusammenarbeit mit Akteuren außerhalb der Partei zu werfen. Dabei liegt die Annahme zugrunde, dass über die externe Kooperation Machtressourcen innerhalb der Partei ausgebaut werden können. Um sich im Entscheidungsprozess von Bündnis 90/Die Grünen besser Gehör zu verschaffen und ein größeres Stimmgewicht zu erzielen, arbeitete die Grüne Jugend immer wieder mit anderen Jugendverbänden in Form von gemeinsamen Briefen an die Mutterparteien oder Presseerklärungen zusammen. Dabei fokussierte sich die Kooperation sehr stark auf die Jusos und teilweise auch auf Gewerkschaftsgruppen und wurde vor allem in Zeiten von Koalitionsdebatten und Regierungsbildungen intensiviert.<sup>162</sup> Die Wahl der Jusos kann dabei durch eine

---

<sup>162</sup> Neben den genannten Gruppen kooperierte die Grüne Jugend punktuell auch mit anderen Verbänden, wie attac, oder der BUNDjugend. Zu nennen sind etwa das Thema Sozialstaat (AGG, D.I.3, [52]; AGG, D.I.3, elekt. Archiv) sowie Protestaktionen gegen den G8-Klimagipfel (AGG, D.I.3, [123]), oder gegen europäische Finanzentscheidungen (GJ BGS, elekt.

vergleichbare Ausgangslage und eine ähnliche Denkweise erklärt werden. Als Schlussfolgerung kann aus diesen Ergebnissen folgende Annahme abgeleitet werden:

Annahme 5: Parteijugendorganisationen versuchen vor allem im Rahmen von Koalitionsbildungsprozessen und in Phasen der Regierungsbeteiligung gemeinsam mit anderen Parteijugendverbänden auf Entscheidungen der Mutterparteien Druck auszuüben. Dabei suchen sie sich Partner, die vor ähnlichen Problemen stehen, wie etwa die Jugendorganisationen des favorisierten Kooperationspartners.

Als weitere Strategie im Bereich der außerparteilichen Kooperation ist die Einflussnahme über die Presse zu nennen. Immer wieder veröffentlichte der GJ-Bundesvorstand Pressemitteilungen, kontaktierte Journalisten, gab Interviews oder meldete sich mit Statements in Parteidebatten zu Wort, um die Mutterpartei zu beeinflussen.<sup>163</sup> Darüber hinaus kommunizierte der GJ-Bundesvorstand Forderungen über öffentliche Briefe und Appelle an die Entscheidungsträger innerhalb der Partei – so geschehen beispielsweise in den Debatten zur Asylpolitik oder zum Afghanistaneinsatz. Aus diesen beiden Strategien lässt sich folgende Annahme formulieren:

Annahme 6: Parteipolitische Jugendverbände nutzen durch den Ausbau von Medienkontakten sowie durch die Veröffentlichung von Pressemitteilungen und Appelle das Forum der Öffentlichkeit, um Entscheidungsträger der eigenen Mutterpartei von eigenen Positionen zu überzeugen.

Über den Analyserahmen hinaus konnten drei weitere Strategien identifiziert werden, die bei zukünftigen Analysen einbezogen werden sollten: Erstens organisiert die Parteienachwuchsorganisation gezielt Kampagnen, um auf den Willensbildungsprozess innerhalb von Bündnis 90/Die Grünen Einfluss zu nehmen. Als Beispiele hierfür können die Drogenkampagne im Wahlkampf 2003 sowie die Wahl des Themenschwerpunkts soziale Gerechtigkeit im Frühjahr 2016 genannt werden.

Zweitens ist auf die eher implizite Strategie der Bildungsarbeit im eigenen Verband zu verweisen, die beispielsweise bei der Asylpolitik oder dem Umgang mit der AfD angewandt wurde. Damit ist die Annahme verbunden, dass sich die GJ-Mitglieder eine Meinung bilden, Themen und Argumente

---

Ablage, 16.1.2018). Diese gemeinsamen Aktionen waren jedoch nicht auf die Einflussnahme innerhalb der Partei ausgerichtet (Schilling 2018).

<sup>163</sup> Für ganze Pressekonzepte und -strategien siehe AGG, D.I.3, 10 (1/2); AGG, D.I.3, [56]; AGG, D.I.3, [57]; AGG, D.I.3, [63]; AGG, D.I.3, [91]; AGG, Grün 503-19: 26; GJ BGS, elekt. Ablage, 16.1.2018.

weitergeben und damit die öffentliche Meinung ein Stück weit beeinflussen. Diese wiederum kann als Maßstab für Parteientscheidungen dienen. Einen großen Stellenwert in der Bildungsarbeit haben die Bundeskongresse, die zweimal im Jahr stattfinden. Für die Themenfindung orientiert sich der GJ-Bundessvorstand teilweise an Debatten innerhalb von Bündnis 90/Die Grünen (Büning 2018; Riester 2018) und richtete seine Arbeit ganz allgemein an den Themenfeldern der Mutterpartei aus:

„Wir haben damals [...] relativ stark an den Themen gearbeitet, die auch die Partei umgetrieben haben und ich glaube, dass der Jugendverband einfach irgendwie beliebig Themen in der Partei setzt, das kann Mal gelingen, ist aber schwer. Sondern wir haben es damals eher versucht innerhalb der Themen, die damals wichtig waren, eine klare Positionierung hinzukriegen und die Grüne Jugend als relevanten Akteur in der Partei aufzustellen“ (Schilling 2018).

Für die theoriebildende Forschung kann daraus folgende Annahme aufgestellt werden:

Annahme 7: Parteipolitische Jugendorganisationen richten ihre verbandsinterne Arbeit (z.B. Kampagnen und Bildungsarbeit) auf Themen der parteiinternen Debatte aus, um Aufmerksamkeit für eigene Positionen zu generieren und Argumente über die Mitglieder in die Öffentlichkeit und die Partei hinein zu streuen.

Als letzte, ebenfalls implizite Strategie, ist die Mitgliedergewinnung zu nennen.<sup>164</sup> An verschiedenen Stellen in seiner Geschichte diskutierte die Parteinachwuchsorganisation beispielsweise über die Einführung einer automatischen Doppelmitgliedschaft.<sup>165</sup> Demnach sollten alle Mitglieder unter 28 Jahren bei Bündnis 90/Die Grünen automatisch Mitglied der Grünen Jugend werden. Über den Mitgliedsanstieg sollte folglich ein stärkeres Stimmgewicht im innerparteilichen Willensbildungsprozess erzielt werden. Der ehemalige GJ-Bundessprecher Stephan Schilling sprach vor dem Hintergrund der automatischen Doppelmitgliedschaft beispielsweise von „mehr Relevanz und mehr Schlagkraft“ (Schilling 2018).<sup>166</sup> Aus dieser Erkenntnis lässt sich eine letzte Annahme ableiten:

---

<sup>164</sup> Eine Übersicht über die Mitgliederentwicklung der Grünen Jugend befindet sich im Anhang auf Seite XIII.

<sup>165</sup> Erste Diskussionen gab es in den Jahren 2005 und 2006 (AGG, D.I.3, [98]; AGG, D.I.3, [99]; Spitz 2018), wobei das Konzept schlussendlich erst im Jahr 2017 offiziell in die Satzung übernommen wurde (Grüne Jugend 2017c).

<sup>166</sup> Siehe dazu auch AGG, D.I.3, [98]; Grunden 2006: 129–130; Schäfer 2018; Spitz 2018.

Annahme 8: Parteinachwuchsorganisationen versuchen ihre Mitgliederbasis auszubauen, um das Gewicht im innerparteilichen Willensbildungsprozess zu steigern.

An dieser Stelle ist anzumerken, dass die Grüne Jugend intern zu verschiedenen Zeiten über die Androhung von Sanktionen für die Mutterpartei diskutierte. Nach der Zustimmung von Bündnis 90/Die Grünen zum Asylpaket I brachte ein GJ-Mitglied etwa auf dem Bundeskongress in Dresden einen Antrag ein, der vorsah, die Wahlkampfunterstützung einzustellen. Dieser wurde jedoch mit 105 zu 80 Stimmen abgelehnt (GJ BGS, elekt. Ablage, 16.1.2018). Auch auf dem Bundeskongress im Herbst 2017 plädierte ein Mitglied bei einem Eintritt in eine Jamaika-Koalition für eine Abspaltung. Der Antrag wurde jedoch vom GJ-Bundesvorstand zurückgewiesen, weil die Debattezeit zu kurz war und man eine interne Spaltung des Verbands befürchtete (Schäfer 2018). Die Sanktionen wurden auch deshalb nie ernsthaft in Betracht gezogen, weil mit dem Rückzug aus Parteiaktivitäten auch ein Rückgang an Einfluss befürchtet wurde (Marquardt 2018; Schäfer 2018).

Um die aufgestellten Annahmen zukünftig zu überprüfen, zu vervollständigen und weiter zu verfeinern, ist es notwendig, die Einflussstrategien anderer Parteijugendverbände zu analysieren und abzugleichen. Besonders reizvoll wäre dabei ein Vergleich der Einflussstrategien der JuLis und der Jusos: Während die JuLis die Organisationsform eines von der Mutterpartei organisatorisch und finanziell unabhängigen Vereins aufweisen, gelten die Jusos als Arbeitsgemeinschaft der SPD. Als solche wurde der Jugendverband basierend auf einer Richtlinie des Parteivorstands gegründet und verfügt über keine eigene Satzung (Enzensperger 2014: 26–30; Westerwelle 1994: 53–60). Die Tatsache, dass mit den genannten strukturellen und organisatorischen Änderungen bei der Grünen Jugend eine Ausweitung, Professionalisierung und Ausdifferenzierung der Einflussstrategien eingesetzt hat, deutet darauf hin, dass die Organisationsform und Struktur Auswirkungen auf die Einflussstrategien im innerparteilichen Willensbildungsprozess haben kann.

Zum Abschluss soll darauf hingewiesen werden, dass im Rahmen dieser Arbeit zum Zweck der Vereinfachung immer vom GJ-Bundesvorstand als einheitlicher Akteur der Strategieentwicklung gesprochen wurde. Dennoch tragen die Wahl und Ausgestaltung der Einflussstrategien die persönliche Handschrift der Mitglieder des strategischen Zentrums und können einem Wandel unterliegen.<sup>167</sup> Aus dieser Erkenntnis kann für zukünftige

---

<sup>167</sup> Die ehemalige GAJB-Bundessprecherin Nadia vom Scheidt beispielsweise nutzte sehr häufig Briefe, um auf die Entscheidungsträger Einfluss zu nehmen (AGG, D.I.3, 9 (1/2); AGG, D.I.3, [55]; AGG, D.I.3, [63]). Der ehemalige GJ-Bundessprecher Stephan Schilling versuchte gezielt, die Medienstrategie auszubauen (Haarhoff 2005: 3; Schilling 2018) und die GJ-Bundessprecherin Gesine Agena arbeitete besonders intensiv mit den Jusos zusammen (Agena 2018).

wissenschaftliche Arbeiten die Forschungsfrage abgeleitet werden, wie die Strategiebildung zur Einflussnahme auf die Mutterpartei verbandsintern abläuft.

Ein Akteur, der in dieser Forschungsarbeit ebenfalls bewusst ausgeblendet wurde, sind die Landesverbände der Grünen Jugend, die aufgrund des basisdemokratischen Prinzips sehr eigenständig agieren. Auch hier bietet es sich an, die Einflussstrategien mit Hilfe des aufgestellten und verfeinerten Analyserahmens zu untersuchen, um somit das Bild des Jugendverbands als „stacheligen“ Akteur der innerparteilichen Willensbildung zu vervollständigen.

## Literatur- und Quellenverzeichnis

### Archiv Grünes Gedächtnis

AGG, Archiv Infothek Digital.

AGG, D.I.3, 2 (2/2).

AGG, D.I.3, 3 (1/2).

AGG, D.I.3, 4 (1/2).

AGG, D.I.3, 5 (1/2).

AGG, D.I.3, 5 (2/2).

AGG, D.I.3, 6 (1/2).

AGG, D.I.3, 7 (2/2).

AGG, D.I.3, 9 (1/2).

AGG, D.I.3, 9 (2/2).

AGG, D.I.3, 10 (1/2).

AGG, D.I.3, 10 (2/2).

AGG, D.I.3, 11.

AGG, D.I.3, 12.

AGG, D.I.3, 13.

AGG, D.I.3, 14.

AGG, D.I.3, 31.

AGG, D.I.3, 34 (2/2).

AGG, D.I.3, 44.

AGG, D.I.3, 46 (1/2).

AGG, D.I.3, 46 (2/2).

AGG, D.I.3, 47 (1/2).

AGG, D.I.3, 47 (2/2).

AGG, D.I.3, [50].

AGG, D.I.3, [52].

AGG, D.I.3, [55].

AGG, D.I.3, [56].

AGG, D.I.3, [57].

AGG, D.I.3, [59].

AGG, D.I.3, [63].

AGG, D.I.3, [64].

AGG, D.I.3, [66].

AGG, D.I.3, [73].

AGG, D.I.3, [80].

AGG, D.I.3, [86].

AGG, D.I.3, [89].

AGG, D.I.3, [90].

AGG, D.I.3, [91].

AGG, D.I.3, [92].

AGG, D.I.3, [93].  
AGG, D.I.3, [94].  
AGG, D.I.3, [95].  
AGG, D.I.3, [97].  
AGG, D.I.3, [98].  
AGG, D.I.3, [99].  
AGG, D.I.3, [101].  
AGG, D.I.3, [105].  
AGG, D.I.3, [106].  
AGG, D.I.3, [107].  
AGG, D.I.3, [119].  
AGG, D.I.3, [120].  
AGG, D.I.3, [123].  
AGG, D.I.3, [124].  
AGG, D.I.3, elekt. Archiv.  
AGG, Grün 502-1.  
AGG, Grün 503-2.  
AGG, Grün 503-5.  
AGG, Grün 503-18.  
AGG, Grün 503-19.  
AGG, ZS 900.  
AGG, ZS 902.

### **Bundesgeschäftsstelle der Grünen Jugend**

GJ BGS, elekt. Ablage, 16.1.2018.  
GJ BGS, analoge Ablage, 1.3.2018.  
GJ Cloud, 1.3.2018.  
GJ Pad, 25.1.2018.  
GJ Pad, 1.3.2018.  
GJ Pad, 5.3.2018

## Sonstige Literatur

- AFP (1997)**, ‘Grüne Jugend: Koalition mit PDS nicht ausschließen’, *heisers*, 12 Jan.
- Alberti, S. (2003)**, “‘Ich war Oberministrant“: Interview mit Benedikt Lux’, *die tageszeitung*, 15 Dec: 28 <<https://www.taz.de/!665825/>>, accessed 22 Jan 2018.
- AP (2001)**, ‘Grüne stimmen für Militäreinsatz’, *Der Tagesspiegel*, 8 Oct.
- Arndt, G. (1996)**, ‘Die „89er“ blasen zum Sturm’, *Kölner Stadtanzeiger*, 9 Oct.
- Atteslander, P. (1971)**, *Methoden der empirischen Sozialforschung* (2nd edn., Berlin: de Gruyter).
- Banaszak, F. (2014)**, ‘Ein „Kompromiss“, den es nicht hätte geben dürfen’, *SPUNK*, 24 Sep <<https://gjspunk.de/ein-kompromiss-den-es-nicht-haette-geben-duerfen/>>, accessed 24 Mar 2018.
- Baur, D. (2018)**, ‘Fast uneingeschränkte Solidarität mit Fischer’, *Spiegel Online*, 24 Nov <<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/parteitag-in-rostock-fast-uneingeschraenkte-solidaritaet-mit-fischer-a-169577.html>>, accessed 18 Apr 2018.
- Bebnowski, D. (2015)**, *Die Alternative für Deutschland. Aufstieg und gesellschaftliche Repräsentanz einer rechten populistischen Partei* (Wiesbaden: VS).
- Belopolsky, A. (2017)**, ‘„Neuwahlen sind auch eine Option“. Interview mit Max Lucks’, *Stuttgarter Nachrichten*, 14 Nov <<https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.jamaika-sondierungen-in-berlin-neuwahlen-sind-auch-eine-option.9320b522-ad61-4c71-a8e1-77970e686334.html>>, accessed 9 Mar 2017.
- Berliner Zeitung (1994)**, ‘Weiß vermisst Abgrenzung zur PDS’, *Berliner Zeitung*, 18 Jan.
- Beste, R. (2012)**, ‘Schar von Feinden’, *Der Spiegel*, 27 Feb: 29–30 <<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-84162305.html>>, accessed 29 Apr 2018.
- Birnbaum, R., and Eubel, C. (2013)**, ‘Der Versuch einer Annäherung’, *Der Tagesspiegel*, 11 Oct <<https://www.tagesspiegel.de/politik/schwarzgruene-sondierung-der-versuch-einer-annaeherung/8916540-all.html>>, accessed 19 Mar 2018.
- Blatter, J., Janning, F., and Wagemann, C. (2007)**, *Qualitative Politikanalyse. Eine Einführung in Forschungsansätze und Methoden* (Wiesbaden: VS).
- Bogner, A., Littig, B., and Menz, W. (2014)**, *Interviews mit Experten. Eine praxisorientierte Einführung* (Wiesbaden: VS).
- Bogumil, J., and Schmid, J. (2001)**, *Politik in Organisationen. Organisationstheoretische Ansätze und praxisbezogene Anwendungsbeispiele* (Opladen: Leske + Budrich).

- Bozic, I. (2013)**, “Die Neuausrichtung ist ein Prozess“. Interview mit Theresa Kalmer’, *Jungle World*, 14 Nov <<https://jungle.world/artikel/2013/46/48811.html>>, accessed 12 Feb 2018.
- Breuer, H. (2001)**, ‘Die Grünen vor der Zerreißprobe’, *Die Welt*, 19 Nov <<https://www.welt.de/print-welt/article488051/Die-Gruenen-vor-der-Zerreissprobe.html>>, accessed 18 Apr 2018.
- Brüsemeister, T. (2008)**, *Qualitative Forschung: Ein Überblick* (2nd edn., Wiesbaden: VS).
- Bukow, S., and Poguntke, T. (2013)**, ‘Innerparteiliche Organisation und Willensbildung’, in O. Niedermayer (ed.), *Handbuch Parteienforschung* (Wiesbaden: VS), 179-210.
- Bündnis 90/Die Grünen (2009)**, ‘ber uns. 2006-2008’, 11 Mar <<https://www.gruene.de/ueber-uns/2006-2008.html>>, accessed 20 Mar 2018.
- (2010), ‘Grüne Chronik 1980-2010: 30 Jahre Grün’, 2010: 3–27 <[https://www.gruene.de/fileadmin/user\\_upload/Dokumente/Sonstiges/30Jahre\\_brosch%C3%BCre\\_klein.pdf](https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Sonstiges/30Jahre_brosch%C3%BCre_klein.pdf)>, accessed 18 Jan 2018.
- (2013a), ‘Einzelergebnisse des Grünen Mitgliederentscheids’, 2013 <[https://www.gruene.de/fileadmin/user\\_upload/Dokumente/Mitgliederentscheid-2013\\_Ergebnisse-in-Prozent.pdf](https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Mitgliederentscheid-2013_Ergebnisse-in-Prozent.pdf)>, accessed 22 Mar 2018.
- (2013b), ‘Hier bist du entscheidend! Grüne Politik mitbestimmen beim Mitgliederentscheid 2013’, 2013 <[https://www.gruene.de/fileadmin/dokumente-download/Handbuch\\_zum\\_Mitgliederentscheid.pdf](https://www.gruene.de/fileadmin/dokumente-download/Handbuch_zum_Mitgliederentscheid.pdf)>, accessed 22 Mar 2018.
- (2015), ‘STATUT der Bundesarbeitsgemeinschaften von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN’, 22 Nov <[https://www.gruene.de/fileadmin/user\\_upload/Dokumente/151122\\_BAG-Statut.pdf](https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/151122_BAG-Statut.pdf)>, accessed 16 Mar 2018.
- Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion (2014)**, ‘Freiheitskongress’, 16 Oct <<https://www.gruene-bundestag.de/fraktion/freiheitskongress/freiheitskongress/seite-1-freiheitskongress.html>>, accessed 20 Mar 2018.
- Bündnis 90/Die Grünen Kreisverband Pankow (o.J.)**, ‘Der spannendste Teil der BDK: Das Antragstellertreffen’, o.J. <<http://gruene-pankow.de/index.php?id=11778&type=1>>, accessed 14 Mar 2018.
- Bündnis 90/Die Grünen Sozialpolitische Kommission (2003)**, ‘Sozial ist nicht egal Für die Reform der Sozialversicherungssysteme’, 24 Apr <<http://www.portal-sozialpolitik.de/uploads/sopo/pdf/2003/2003-04-24-B90Gruene-Kommission.pdf>>, accessed 24 Mar 2018.
- Busse, T. (2000)**, ‘Die Kompromissler’, *Die Zeit*, 21 Jun.
- Caspari, L. (2011)**, ‘Wollen die Grünen beim Atomausstieg die Dagegen-Partei sein?’, *Zeit Online*, 22 Jun <<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2011-06/gruene-parteitag-atomausstieg/komplettansicht>>, accessed 9 Feb 2018.
- Chmura, N., Lepper-Binnewerg, A., and Wrz, M. (2016)**, ‘Biografie Joschka Fischer’, LeMO-Biografien, Lebendiges Museum Online, Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, 22 Feb <<https://>>

- [www.hdg.de/lemo/biografie/joschka-fischer.html](http://www.hdg.de/lemo/biografie/joschka-fischer.html)>, accessed 26 Apr 2018.
- DDP (2009)**, ‘Chefin der Grünen Jugend ist von der SPD „total enttäuscht“’, *Yahoo Deutschland Nachrichten*, 11 Jul.
- Denkler, T. (2005)**, ‘Joschka, ab in die Rente! Interview mit Nike Wessel’, *sueddeutsche.de*, 26 May.
- Deutscher Bundestag (2013)**, ‘Gerhard Schröders Agenda gegen den Reformstau’, 11 Mar <[https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2013/43257637\\_kw11\\_kalenderblatt\\_agenda2010/211202](https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2013/43257637_kw11_kalenderblatt_agenda2010/211202)>, accessed 22 Jan 2018.
- Die Welt (2003)**, ‘Von Anfang an umstritten: Eine kurze Geschichte der Agenda 2010’, *Die Welt*, 31 May <<https://www.welt.de/print-welt/article237799/Von-Anfang-an-umstritten-Eine-kurze-Geschichte-der-Agenda-2010.html>>, accessed 22 Jan 2018.
- Doege, V., and Martini, S. (2009)**, *Krankenhäuser auf dem Weg in den Wettbewerb: Der Implementierungsprozess der Diagnosis Related Groups* (Wiesbaden: Gabler).
- Dose, N., and Fischer, A.-K. (2013)**, ‘Mitgliederschwund und Überalterung der Parteien: Prognose der Mitgliederzahlen bis 2040’, *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 44/4: 892–900.
- DPA (2001)**, ‘Landesverbände und Jugend der Grünen kritisieren Grundsatzzprogramm’, *DPA*, 1 Aug.
- (2002), ‘Grüne wollen Haschisch und Marihuana legalisieren’, *DPA*, 17 Mar.
- (2008), ‘Herbe Niederlage für Fritz Kuhn’, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 16 Nov <<http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/einzug-in-gruenen-parteirrat-verpasst-herbe-niederlage-fuer-fritz-kuhn-1729263.html>>, accessed 3 Feb 2018.
- (2015), ‘Bundesrat stimmt verschärftem Asylgesetz zu’, *Der Tagesspiegel*, 16 Oct <<https://www.tagesspiegel.de/politik/fluechtlinge-bundesrat-stimmt-verschaerftem-asylgesetz-zu/12461876.html>>, accessed 6 Mar 2018.
- DPA, AFP, and Reuters (2014)**, ‘Kretschmann rechtfertigt Ja zum Asyl-Kompromiss’, *Zeit Online*, 19 Sep <<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2014-09/gruene-tragen-asyl-kompromiss-im-bundesrat-mit>>, accessed 4 Mar 2018.
- DPA, and Lindenberg, R. (2001)**, ‘Existenzfrage nicht eingeplant’, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 23 Nov <<http://www.faz.net/aktuell/politik/gruene-existenzfrage-nicht-eingeplant-141793.html>>, accessed 18 Apr 2018.
- DPA, and Reuters (2016)**, ‘Opposition spricht von „Chaos und Panik“’, *Der Tagesspiegel*, 25 Feb <<https://www.tagesspiegel.de/politik/bundestag-beschliesst-asylpaket-ii-opposition-spricht-von-chaos-und-panik/13015342.html>>, accessed 24 Mar 2018.

- Egle, C. (2003)**, ‘Lernen unter Stress: Politik und Programmatik von Bündnis 90/Die Grünen’, in C. Egle, T. Ostheim, and R. Zohlnhöfer (eds.), *Das rot-grüne Projekt. Eine Bilanz der Regierung Schröder 1998 - 2002* (Wiesbaden: Westdeutscher Verlag), 93–116.
- Ehrenstein, C. (2011)**, ‘Grüne beschließen Spitzensteuersatz von 49 Prozent’, *Die Welt*, 27 Nov <<https://www.welt.de/politik/deutschland/article13737308/Gruene-beschliessen-Spitzensteuersatz-von-49-Prozent.html>>, accessed 9 Feb 2018.
- Enzensperger, D. (2014)**, ‘Parteiorganisationen und ihre Beteiligungsfähigkeit im verwaltungs- und verfassungsgerichtlichen Verfahren’, *Mitteilungen des Instituts für Parteienrecht und Parteienforschung*, 20: 26–33.
- Eubel, C. (2015)**, ‘Bereit zum Kompromiss’, *Der Tagesspiegel*, 23 Sep <<https://www.tagesspiegel.de/politik/gruene-und-asylopolitik-bereit-zum-kompromiss/12358052.html>>, accessed 6 Mar 2018.
- Feldkamp, M. F. (2002)**, ‘Chronik der Vertrauensfrage von Bundeskanzler Gerhard Schröder im November 2001’, *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 33/1.
- Fieber, M. (2017)**, ‘Angst um die „Seele der Partei“: Warum so viele Grünen-Politiker Jamaika kritisch sehen’, *Huffington Post*, 28 Sep <[http://www.huffingtonpost.de/2017/09/28/gruene-jamaika-gratwanderung\\_n\\_18106604.html](http://www.huffingtonpost.de/2017/09/28/gruene-jamaika-gratwanderung_n_18106604.html)>, accessed 9 Mar 2018.
- Fischer, R. (2000)**, ‘Der Grüne Matthias Berninger tröstet sich mit dem wachsenden Bildungsetat über das Kanzlerveto zum Bafög hinweg’, *Der Tagesspiegel*, 2 Feb <<https://www.tagesspiegel.de/weltspiegel/gesundheit/der-gruene-matthias-berninger-troestet-sich-mit-dem-wachsenden-bildungsetat-ueber-das-kanzlerveto-zum-bafoeg-hinweg/120716.html>>, accessed 16 Mar 2018.
- Fischer, S. (2005)**, “Die Parteispitze muss mit uns rechnen“, *Spiegel Online*, 8 May <<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/gruene-jugend-die-parteispitze-muss-mit-uns-rechnen-a-355159.html>>, accessed 26 Jan 2018.
- Florack, M. (2013)**, *Transformation der Kernexekutive: Eine neo-institutionalistische Analyse der Regierungsorganisation in NRW 2005-2010* (Wiesbaden: Verlag Bonn Aktuell).
- Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung (2010)**, ‘Ypsilanti schafft rot-rot-grüne Denkfabrik’, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 30 Jan <<http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/institut-solidarische-moderne-ypsilanti-schafft-rot-rot-gruene-denkfabrik-1909592.html>>, accessed 19 Mar 2018.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (2003)**, ‘Von der Agenda 2010 bis zur Einigung im Vermittlungsausschuß’, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 16 Dec: 3 <<http://www.faz.net/aktuell/politik/chronologie-von-der-agenda-2010-bis-zur-einigung-im-vermittlungsausschuss-1130270-p2.html>>, accessed 22 Jan 2018.

- Fried, N. (2001)**, 'Grüne billigen Militäraktionen im Kampf gegen den Terror', *Süddeutsche Zeitung*, 8 Oct.
- Gathmann, F. (2008)**, 'Erfolg für Özdemir, Karriereknick für Kuhn', *Spiegel Online*, 15 Nov <<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/parteitag-der-gruenen-erfolg-fuer-oezdemir-karriereknick-fuer-kuhn-a-590687.html>>, accessed 3 Feb 2018.
- (2011), 'Kretschmann bringt den Grünen Maß und Mitte bei', *Spiegel Online*, 26 Nov <<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/parteitag-in-kiel-kretschmann-bringt-den-gruenen-mass-und-mitte-bei-a-800129.html>>, accessed 9 Feb 2018.
- (2014), 'Grüne drängen in die liberale Lücke', *Spiegel Online*, 8 Jan <<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/gruene-wollen-fdp-ueber-fluessig-machen-a-942262.html>>, accessed 4 Mar 2018.
- Gaus, B. (1999)**, 'Ja. Ums Europaprogramm geht es auch auf dem heute beginnenden Parteitag der Grünen. Spannender für Delegierte und Medien aber wird der frisch aufgeflamnte Streit um eine Parteireform. Bleibt die strömungskonform ausgewogene Führungsstruktur, oder kommt im Jahr 2000 der/die mächtige Parteivorsitzende?', *die tageszeitung*, 5 Mar: 3 <<https://www.taz.de/!1298866/>>, accessed 17 Mar 2018.
- Gehring, K., Mihalic, I., Erdal, C. et al. (2013)**, 'Die Farbe der Freiheit ist GRÜN', 23 Dec <<https://www.gruene.de/debatte/freiheit/die-farbe-der-freiheit-ist-gruen.html>>, accessed 20 Mar 2018.
- Geis, M. (1995)**, 'Der Mann, der „Baff“ machte', *Die Zeit*, 22 Dec <[https://www.zeit.de/1995/52/Der\\_Mann\\_der\\_Baff\\_machte](https://www.zeit.de/1995/52/Der_Mann_der_Baff_machte)>, accessed 12 Dec 2017.
- Geisler, A. (2014a)**, 'Grüne fordern kompletten Neustart', *die tageszeitung*, 8 Feb <<https://www.taz.de/!5049000/>>, accessed 16 Apr 2018.
- (2014b), 'Von der Freiheit, ja zu sagen', *die tageszeitung*, 19 Sep <<https://www.taz.de/Kretschmann-empoert-Gruene/!5032798/>>, accessed 24 Mar 2018.
- (2014c), 'Für ein Leben vor dem Schnitzel', *die tageszeitung*, 22 Nov <<http://www.taz.de/!5028005/>>, accessed 4 Mar 2018.
- (2014d), 'Die Stille nach dem Beschluss', *die tageszeitung*, 5 Dec <<https://www.taz.de/Gruene-Asylpolitik-auf-Kompromisskurs/!5026966/>>, accessed 24 Mar 2018.
- George, A. L., and Bennett, A. (2005)**, *Case studies and theory development in the social sciences* (Cambridge, Massachusetts: MIT Press).
- Godeck, D. (2016)**, 'Auch die Jugend hat kein Erfolgsrezept', *Der Tagesspiegel*, 9 Jun <<https://www.tagesspiegel.de/politik/rot-rot-gruen-im-bund-auch-die-jugend-hat-kein-erfolgsrezept/13710000.html>>, accessed 8 Mar 2018.
- Greim, U. (1996)**, 'Wie Joschka Fischer „Großvater“ wurde', *Thüringer Allgemeine*, 6 May.

- Grotz, C.-P. (1983)**, *Die Junge Union: Struktur - Funktion - Entwicklung der Jugendorganisation von CDU und CSU seit 1969* (Kehl am Rhein: Engel).
- Gruber, A. (2009)**, 'Die Karriere-Katalysatoren. Zur Karrierefunktion der Parteiorganisationen', *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 40/1: 109–122.
- Grunden, T. (2006)**, 'Einflusspotenziale der parteipolitischen Jugendorganisationen Jungsozialisten und Junge Union im Vergleich', in U. von Alemann, M. Morlok, and T. Godewerth (eds.), *Jugend und Politik. Möglichkeiten und Grenzen politischer Beteiligung der Jugend* (Baden-Baden: Nomos), 125–39.
- Grüne Jugend (2002)**, 'Macht begrenzen – Amt und Mandat trennen', 2002 <<https://gruene-jugend.de/macht-begrenzen-amt-und-mandat-trennen/>>, accessed 17 Mar 2018.
- (2011a), 'Erfolgreicher Abschluss des 36. Bundeskongresses der GRÜNEN JUGEND', 2011 <<https://gruene-jugend.de/erfolgreicher-abschluss-des-36-bundeskongresses-der-grunen-jugend/>>, accessed 22 Mar 2018.
- (2011b), 'GRÜNE JUGEND fordert mehr direkte Demokratie und wählt neuen Bundesvorstand', 2011 <<https://gruene-jugend.de/gruene-jugend-fordert-mehr-direkte-demokratie-und-wahlt-neuen-bundesvorstand/>>, accessed 25 Mar 2018.
- (2013a), 'Junggrüne Thesen zum Ergebnis der #BTW13', 2013 <<https://gruene-jugend.de/junggruene-thesen-zum-ergebnis-der-btw13/>>, accessed 19 Mar 2018.
- (2013b), 'PM: Junggrüne Inhalte im Wahlprogramm', 2013 <<https://gruene-jugend.de/pm-junggruene-inhalte-im-wahlprogramm/>>, accessed 22 Mar 2018.
- (2013c), 'PM: Kein falscher Konsens mit den Atom-Parteien!', 2013 <<https://gruene-jugend.de/pm-kein-falscher-konsens-mit-den-atomparteien/>>, accessed 22 Mar 2018.
- (2013d), 'Pressemitteilung: GRÜNE JUGEND unterstützt Terry Reintke in ihrer Kandidatur für das Europaparlament', 2013 <<https://gruene-jugend.de/pressemitteilung-gruene-jugend-unterstutzt-terry-reintke-in-ihrer-kandidatur-fur-das-europaparlament/>>, accessed 18 Mar 2018.
- (2014a), 'GRÜNE JUGEND fordert TTIP-Ablehnung von GRÜNER Partei', 2014 <<https://gruene-jugend.de/gruene-jugend-fordert-ttip-ablehnung-von-gruner-partei/>>, accessed 25 Mar 2018.
- (2014b), 'GRÜNE JUGEND zur Abstimmung zum Asylrecht im Bundesrat: „Alleingang von Kretschmann ist fatal“', 2014 <<https://gruene-jugend.de/gruene-jugend-zur-abstimmung-zum-asylrecht-im-bundesrat-alleingang-von-kretschmann-ist-fatal/>>, accessed 24 Mar 2018.
- (2015a), 'Nach Äußerungen von Gysi und Özdemir: „Gesprächsangebote nutzen. Rot-Grün-Rot den Weg ebnen.“', 2015 <<https://gruene-jugend.de/nach-auserungen-von-gysi-und-ozdemir-gesprachsangebote-nutzen-rot-grun-rot-den-weg-ebnen/>>, accessed 19 Mar 2018.

- (2015b), ‘Appell an Grüne in Bund und Ländern: Haltung zeigen, nicht erpressen lassen!’, 23 Sep <<https://www.gjbw.de/appell-an-gruene-in-bund-und-laendern-haltung-zeigen-nicht-erpressen-lassen/>>, accessed 24 Mar 2018.
- (2016a), ‘Asylpaket II und Ausweitung der „sicheren“ Herkunftsstaaten die rote Karte zeigen!’, 2016 <<https://gruene-jugend.de/asylpaket-ii-und-ausweitung-der-sicheren-herkunftsstaaten-die-rote-karte-zeigen/>>, accessed 24 Mar 2018.
- (2016b), ‘Progressives Grün statt Liebäugeln mit dem Konservativismus’, 2016 <<https://gruene-jugend.de/progressives-gruen-statt-liebaeu-geln-mit-dem-konservativismus/>>, accessed 19 Mar 2018.
- (2016c), ‘Satzung, Statute und Ordnungen GRÜNE JUGEND’, 2 Oct <[https://gruene-jugend.de/wp-content/uploads/2017/07/GJ\\_Satzung\\_Statute\\_Stand\\_Oktober-2016.pdf](https://gruene-jugend.de/wp-content/uploads/2017/07/GJ_Satzung_Statute_Stand_Oktober-2016.pdf)>, accessed 26 Mar 2018.
- (2017a), ‘Aufbruch wagen!’, 2017 <<https://gruene-jugend.de/aufbruch-wagen/>>, accessed 20 Mar 2018.
- (2017b), ‘Demokratie retten!’, 2017 <<https://gruene-jugend.de/demokratie-retten/>>, accessed 20 Mar 2018.
- (2017c), ‘Doppelmitgliedschaft jetzt!’, 2017 <<https://gruene-jugend.de/doppelmitgliedschaft-jetzt/>>, accessed 18 Apr 2018.
- (2017d), ‘Jamaika hin oder her – was wir von der kommenden Bundesregierung erwarten’, 2017 <<https://gruene-jugend.de/jamaika-hin-oder-her-was-wir-von-der-kommendne-bundesregierung-erwarten/>>, accessed 24 Mar 2018.
- Günsche, K.-L. (1999)**, ‘Ein Partei-Veteran las den Grünen die Leviten’, *Die Welt*, 8 Mar <<https://www.welt.de/print-welt/article567668/Ein-Partei-Veteran-las-den-Gruenen-die-Leviten.html>>, accessed 17 Mar 2018.
- Haarhoff, H. (2005)**, ‘Jeder Zweite fliegt raus’, *die tageszeitung*, 17 Jun: 3 <<https://www.taz.de/!591756/>>, accessed 24 Mar 2018.
- Hackel, W. (1978)**, *Die Auswahl des politischen Nachwuchses in der Bundesrepublik Deutschland. Die Junge Union als Sprungbrett für politische Karrieren* (Stuttgart: Verlag Bonn Aktuell).
- Handelsblatt (2003)**, ‘Kanzler-Mehrheit für Arbeitsmarkt-Reformen’, *Handelsblatt*, 17 Oct <<https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/hartz-iii-und-iv-verabschiedet-peinliche-abstimmungspanne-kanzler-mehrheit-fuer-arbeitsmarkt-reformen/2279914.html>>, accessed 22 Jan 2018.
- (2005), ‘Grüner Ökonom’, *Handelsblatt*, 23 Aug <<https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/wahlprofil-gruener-oekonom/2542366.html>>, accessed 26 Apr 2018.
- Hartmann, M. (2018)**, *Kritik in Organisationen: Episoden Wirkungen und Paradoxien* (Wiesbaden: Springer Gabler).
- Haselberger, S., Lutz, M., and Breuer, H. (2001)**, ‘Nach der Rettung: Grüne rüsten für Rostock’, *Die Welt*, 17 Nov <<https://www.welt.de/>

- print-welt/article487840/Nach-der-Rettung-Gruene-ruesten-fuer-Rostock.html>, accessed 18 Apr 2018.
- Heinrich-Böll-Stiftung (2014)**, ‘Bündnis 90/Die Grünen 1993 bis 2014’, 2014: 1–35 <[https://www.boell.de/sites/default/files/uploads/2008/08/bdk\\_1993-2015\\_buendnis\\_90\\_die\\_gruenen.pdf](https://www.boell.de/sites/default/files/uploads/2008/08/bdk_1993-2015_buendnis_90_die_gruenen.pdf)>, accessed 19 Dec 2017.
- Heller, J. (2000)**, “Die Alten müssen Macht abgeben“. Interview mit Ramona Pop’, *Fuldaer Zeitung*, 26 Jun.
- Hensolt, A., and Janz, N. (2002)**, ‘Saufen. Kiffen. Politik’, *die tageszeitung*, 15 Apr: 8.
- Hermanns, H. (2007)**, ‘Interviewen als Tätigkeit’, in U. Flick, E. von Kardorff, and I. Steinke (eds.), *Qualitative Forschung. Ein Handbuch* (5th edn., Reinbek bei Hamburg: Rohwolt), 360–8.
- Herzinger, R. (2014)**, ‘Claudia Roth zertrampelt die grüne Neubesinnung’, *Die Welt*, 19 Sep <<https://www.welt.de/politik/deutschland/article132432647/Claudia-Roth-zertrampelt-die-gruene-Neubesinnung.html>>, accessed 20 Mar 2018.
- Hessische Niedersächsische Allgemeine (1994)**, ‘Weiß fordert Namensverbot’, *Hessische/Niedersächsische Allgemeine*, 18 Jan.
- Hohlfeld, C. (1993)**, ‘Jugend’, in J. Raschke (ed.), *Die Grünen. Wie sie wurden was sie sind* (Köln: Bund-Verlag), 435–51.
- Hollstein, M. (2010)**, ‘Politiker werben für eine rot-rot-grüne Regierung’, *Die Welt*, 1 Jul <<https://www.welt.de/politik/deutschland/article8263108/Politiker-werben-fuer-eine-rot-rot-gruene-Regierung.html>>, accessed 6 Mar 2018.
- Hölter, K., and Lüdke, S. (2017)**, ‘Junge Grüne haben keine Lust auf eine Jamaika-Koalition’, *Bento*, 25 Sep <<http://www.bento.de/politik/jamaika-koalition-junge-gruenen-haben-keine-lust-auf-schwarz-gelb-gruen-1719474/>>, accessed 9 Mar 2017.
- Holzschreiter, A. (2001)**, ‘Junggrüne schwören auf Roth’, *die tageszeitung*, 2 Apr.
- Hopp, G. (2010)** (ed.), *Die CSU: Strukturwandel Modernisierung und Herausforderungen einer Volkspartei* (Wiesbaden: VS).
- Jahn, D. (2013)**, *Einführung in die vergleichende Politikwissenschaft* (2nd edn., Wiesbaden: VS).
- Jun, U. (2010)**, ‘Politische Parteien als fragmentierte Organisationen im Wandel: Eine Einführung’, in U. Jun (ed.), *Parteien als fragmentierte Organisationen. Erfolgsbedingungen und Veränderungsprozesse* (Opladen: Budrich), 11–34.
- (2013), ‘Typen und Funktionen von Parteien’, in O. Niedermayer (ed.), *Handbuch Parteienforschung* (Wiesbaden: VS), 119–44.
- Jungblut, J., and Weber, R. (2017), ‘Karriereschmieden und Jugendorganisationen?’, *Zeitschrift für Politik*, 64/2: 115–142.

- Junge Liberale** (o.J.), ‘Gründungsgeschichte’, o.J. <<https://www.julis.de/verband/allgemeines/gruendungsgeschichte/>>, accessed 26 Mar 2018.
- Kaiser, R. (2014)**, *Qualitative Experteninterviews: Konzeptionelle Grundlagen und praktische Durchführung* (Wiesbaden: VS).
- Kehnscherper, L. (2016)**, “Keine Welt nur für Reiche“. Interview mit Moritz Heuberger’, *mitmischen.de*, 5 Jan <[https://www.mitmischen.de/diskutieren/topthemen/politikfeld\\_bundestag/Rueckblick\\_2015/Moritz\\_Heuberger/index.jsp](https://www.mitmischen.de/diskutieren/topthemen/politikfeld_bundestag/Rueckblick_2015/Moritz_Heuberger/index.jsp)>, accessed 24 Mar 2018.
- Kinkel, L. (2011)**, ‘Grün wird teuer’, *Stern*, 26 Nov <<https://www.stern.de/politik/deutschland/parteitag-der-gruenen-in-kiel-gruen-wird-teuer-3438906.html>>, accessed 9 Feb 2018.
- Kluge, C. (2016)**, ‘Die radikale Alternative’, *Zeit Online*, 29 Apr <<https://www.zeit.de/politik/2016-04/afd-parteitag-junge-alternative-jugendorganisation>>, accessed 26 Apr 2018.
- Kohrs, C. (2017)**, ‘Und nun?’, *Zeit Online*, 20 Nov <<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-11/jamaika-verhandlungen-abbruch-szenarien-neuwahlen>>, accessed 14 Apr 2018.
- Köllner, P. (2004)**, ‘Faktionalismus in politischen Parteien. Charakteristika, Funktionen und Ursachen innerparteilicher Gruppen’, Arbeitspapier Deutsches Übersee-Institut, 2004/3: 1–24.
- Korte, K.-R. (2003)**, ‘Maklermacht’, in G. Hirscher and K.-R. Korte (eds.), *Information und Entscheidung. Kommunikationsmanagement der politischen Führung* (Wiesbaden: Westdeutscher Verlag), 15–28.
- Korte, K.-R., Florack, M., and Grunden, T. (2006)**, *Regieren in Nordrhein-Westfalen: Strukturen, Stile und Entscheidungen 1990 bis 2006* (Wiesbaden: VS).
- Krabbe, W. R. (2001)**, “Rekrutendepot“ oder politische Alternative? Funktion und Selbstverständnis der Partei-Jugendverbände’, *Geschichte und Gesellschaft*, 27/2: 274–307.
- (2002), *Partei Jugend in Deutschland: Junge Union Jungsozialisten und Jungdemokraten; 1945-1980* (Wiesbaden: Westdeutscher Verlag).
- Krauß, B. (2001)**, ‘Das Ja zum Kriegseinsatz ist überwältigend’, *Stuttgarter Zeitung*, 26 Nov.
- Krautkrämer, F. (2014)**, *Aufstieg und Etablierung der „Alternative für Deutschland“. Geschichte Hintergründe und Bilanz einer neuen Partei* (2nd edn., Berlin: Junge Freiheit Verlag).
- Kröter, T. (2001)**, ‘Enttäuscht und ratlos’, *Frankfurter Rundschau*, 26 Nov: 4.
- Langels, O. (2001)**, ‘Afghanistan-Einsatz und Vertrauensfrage’, *Deutschlandfunk Kultur*, 16 Nov <[http://www.deutschlandfunkkultur.de/afghanistan-einsatz-und-vertrauensfrage.932.de.html?dram:article\\_id=131357](http://www.deutschlandfunkkultur.de/afghanistan-einsatz-und-vertrauensfrage.932.de.html?dram:article_id=131357)>, accessed 17 Apr 2018.
- Lau, M. (2014)**, ‘Das hilft den Flüchtlingen’, *Zeit Online*, 19 Sep <<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2014-09/gruene-asyl-bundesrat-kretschmann-kommentar>>, accessed 24 Mar 2018.

- Lee, J. E. (2008)**, *Der Beitrag von Human Resource Management-Systemen zum Unternehmenserfolg: Eine Fallstudie am Beispiel erfolgreicher südkoreanischer Unternehmen* (München (u.a.): Rainer Hampp Verlag).
- Leif, T. (2009)**, 'Reserve hat Ruh - Die ausgezehnten Jugendorganisationen', in T. Leif (ed.), *Angepasst und ausgebrannt. Die Parteien in der Nachwuchsfalle; warum Deutschland der Stillstand droht* (München: Bertelsmann), 97–111.
- Linksjugend** ['solid] (o.J.), 'Kleine Geschichte der linksjugend ['solid]', o.J. <<https://www.linksjugend-solid.de/verband/verbandsgeschichte/>>, accessed 26 Mar 2018.
- Lohre, M. (2010)**, 'Grünen-Nachwuchs will Kapitalismus abschaffen', *die tageszeitung*, 23 Oct: 4 <<https://www.taz.de/!369435/>>, accessed 6 Feb 2018.
- Lösche, P. (1993)**, "'Lose verkoppelte Anarchie". Zur aktuellen Situation von Volksparteien am Beispiel der SPD.', *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 1993: 20–28.
- Manager Magazin (2002)**, 'Gerhard Schröder bleibt Bundeskanzler', *Manager Magazin*, 23 Sep <<http://www.manager-magazin.de/unternehmen/artikel/a-215220.html>>, accessed 20 Jan 2018.
- Meienberg, M. (2012)**, *Nation-Building in Afghanistan: Legitimitätsdefizite innerhalb des politischen Wiederaufbaus* (Wiesbaden: VS).
- Meier, M. (2013)**, '„Jamaika“-Schmiedin geht auf LINKE zu', *Neues Deutschland*, 4 Nov <<https://www.neues-deutschland.de/artikel/837926.jamaika-schmiedin-geht-auf-linke-zu.html?sstr=jamaika>>, accessed 13 Feb 2018.
- Meisner, M. (2015)**, 'SPD weist Vorstoß von Gysi als „absurd“ zurück', *Der Tagesspiegel*, 5 Feb <<https://www.tagesspiegel.de/politik/rot-rot-gruen-im-bund-spd-weist-vorstoss-von-gysi-als-absurd-zurueck/11186536.html>>, accessed 6 Mar 2018.
- Merz, N., and Regel, S. (2013)**, 'Die Programmatik der Parteien', in O. Niedermayer (ed.), *Handbuch Parteienforschung* (Wiesbaden: VS), 211–38.
- Mühlich, F. (2008)**, *Übergewicht als Politikum?: Normative Überlegungen zur Ernährungspolitik Renate Künasts* (Wiesbaden: VS).
- Müller, C. (2018)**, *Organisatorischer Geschäftsführer des GAJB / der Grünen Jugend (Mai 1998-September 2002): Telefoninterview am 13.04.2018*.
- Müller-Rommel, F. (1984)**, 'Zur Klassifizierung parteiintern organisierter Gruppierungen: Ein west-europäischer Vergleich', *Zeitschrift für Politik*, 31/1: 77–91.
- (1993), *Grüne Parteien in Westeuropa: Entwicklungsphasen und Erfolgsbedingungen* (Opladen: Westdeutscher Verlag).
- Neues Deutschland (2014)**, 'Grüne Jugend kritisiert Ja zu Asylrechtsreform: „Ein schwacher Kompromiss“ Grünen-Vorstand Agena: Balkan-Länder keine sicheren Herkunftsstaaten', *Neues Deutschland*, 19 Sep <<https://www.presseportal.de/pm/59019/2835164>>, accessed 24 Mar 2018.

- Neuhäuser, A. (2009)**, ‘Gelingt die Durchsetzung jugendlicher Interessen durch politische Nachwuchsorganisationen und Jugendparlamente?’, in M. Lindenau (ed.), *Jugend im Diskurs - Beiträge aus Theorie und Praxis. Festschrift zum 60. Geburtstag von Jürgen Gries* (Wiesbaden: VS), 51–60.
- Niedermayer, O. (2015)**, ‘Eine neue Konkurrentin im Parteiensystem? Die Alternative für Deutschland.’, in O. Niedermayer (ed.), *Die Parteien nach der Bundestagswahl 2013* (Wiesbaden: VS), 175–207.
- N-TV (2008)**, ‘Özdemir offen für Union’, *N-TV*, 17 Nov <<https://www.n-tv.de/politik/Ozdemir-offen-fuer-Union-article35385.html>>, accessed 4 Feb 2018.
- Oppelland, T. (2015)**, ‘Alternative für Deutschland’, BPB-Dossier Parteien in Deutschland, 2015: <https://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/211108/afd>, accessed 14 Apr 2018.
- Paulsen, N. (2010)**, ‘Parteitag in Freiburg – Grün ist nicht genug’, *Hamburger Abendblatt*, 22 Nov <<https://www.abendblatt.de/politik/deutschland/article107887814/Parteitag-in-Freiburg-Gruen-ist-nicht-genug.html>>, accessed 7 Feb 2018.
- Pflüger, J., Pongratz, H., and Trinczek, R. (2017)**, ‘Fallstudien in der Organisationsforschung’, in S. Liebig, W. Matiaske, and S. Rosenbohm (eds.), *Handbuch Empirische Organisationsforschung* (Wiesbaden: Springer Gabler), 389–413.
- Pieper, D. (1999)**, ‘Der Mutmacher aus Hessen’, *Der Spiegel*, 15 Feb: 68–69 <<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-9031782.html>>, accessed 29 Apr 2018.
- Popp-Baier, U. (1998)**, *Das Heilige im Profanen: Religiöse Orientierungen im Alltag: eine qualitative Studie zu religiösen Orientierungen von Frauen aus der charismatisch-evangelikalen Bewegung* (Amsterdam: Rodopi).
- Pottblog (2008)**, ‘Störaktion der Grünen Jugend auf dem Parteitag der Grünen’, *Youtube*, 14 Nov <<https://www.youtube.com/watch?v=HSCuW SXV1zM>>, accessed 22 Mar 2018.
- Ragin, C. C. (2004)**, ‘Turning the Tables. How Case-Oriented Research Challenges Variable-Oriented Research’, in H. E. Brady and D. Collier (eds.), *Rethinking Social Inquiry. Diverse Tools, Shared Standards*, Lanham, Md., 123–138. (Lanham: Rowman & Littlefield), 123–38.
- Raschke, J. (1977)**, *Organisierter Konflikt in westeuropäischen Parteien: Eine vergleichende Analyse parteiinterner Oppositionsgruppen* (Opladen: Westdeutscher Verlag).
- (1993) (ed.), *Die Grünen: Wie sie wurden was sie sind* (Köln: Bund-Verlag).
- Raschke, J., and Tils, R. (2007), *Politische Strategie: Eine Grundlegung* (Wiesbaden: VS).
- (2013) (eds.), *Politische Strategie: Eine Grundlegung* (2nd edn., Wiesbaden: VS).

- Reimann, A. (2018)**, ‘Der Mann an ihrer Seite’, *Spiegel Online*, 27 Jan <<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/gruene-waehlen-robert-habeck-und-annalena-baerbock-a-1190118.html>>, accessed 8 May 2018.
- Rhein-Zeitung (2005)**, ‘Grünen-Nachwuchs lockt Jamaika nicht’, *Rhein-Zeitung*, 14 Nov.
- Richter, S. (2006)**, ‘Identitätsstifter: Die innerparteilichen Gruppierungen der deutschen Grünen’, in P. Köllner, M. Basedau, and G. Erdmann (eds.), *Innerparteiliche Machtgruppen. Fiktionalismus im internationalen Vergleich* (Frankfurt: Campus Verlag), 131–56.
- Rüb, F. W. (2013)**, ‘Mikropolitologie: Auf dem Weg zu einem einheitlichen Konzept?’, in K.-R. Korte and T. Grunden (eds.), *Handbuch Regierungsforschung* (Wiesbaden: VS), 339–48.
- Rübsam, J. (1997)**, ‘Die Grünen-Jugend findet vieles Scheiße’, *die tageszeitung*, 2 Jun: 5.
- Schacht, D. A. (2006)**, “‘Wir prägen das Programm für die Mehrheit’“, *Hannoversche Allgemeine Zeitung*, 4 Dec.
- Schäfer, J. (2014)**, ‘Die BDK der Grünen’, *SPUNK*, 24 Nov <<https://gjspunk.de/die-bundesdelegiertenkonferenz-der-gruenen/>>, accessed 20 Mar 2018.
- Schäfer, J., and Heuberger, M. (2015)**, ‘Die Bundesdelegiertenkonferenz 2015 – eine Bilanz aus junggrüner Sicht’, *SPUNK*, 24 Nov <<https://gjspunk.de/die-bundesdelegiertenkonferenz-2015-eine-bilanz-aus-junggruener-sicht/>>, accessed 24 Mar 2018.
- (2016), ‘Die BDK – ein Bericht der GRÜNEN JUGEND’, *SPUNK*, 18 Nov <<https://gjspunk.de/die-bdk-ein-bericht-der-gruenen-jugend/>>, accessed 14 Mar 2018.
- Schmidt, C. (2007)**, ‘Analyse von Leitfadeninterviews’, in U. Flick, E. von Kardorff, and I. Steinke (eds.), *Qualitative Forschung. Ein Handbuch* (5th edn., Reinbek bei Hamburg: Rowohlt), 447–456.
- Schmidt, W. (2017)**, ‘Dokumentenanalyse in der Organisationsforschung’, in S. Liebig, W. Matiaske, and S. Rosenbohm (eds.), *Handbuch Empirische Organisationsforschung* (Wiesbaden: Springer Gabler), 443–66.
- Schölgens, G. (2006)**, ‘Grüne Jugend will Partei sozialer machen’, *die tageszeitung*, 15 May: 7.
- Schulte, U. (2011)**, ‘Rede-Duell ohne klare Siegerin’, *die tageszeitung*, 25 Jun <<https://www.taz.de/!5117863/>>, accessed 9 Feb 2018.
- (2012), ‘Lieber die Roten oder die Schwarzen?’, *die tageszeitung*, 28 Feb <<https://www.taz.de/Gruene-streiten-ueber-Koalitionen/!5099557/>>, accessed 12 Feb 2018.
- (2013), ‘Grüne fast für Klarheit’, *die tageszeitung*, 23 Jan <<https://www.taz.de/Schwarz-gruene-Koalitionsoption/!5074706/>>, accessed 12 Feb 2018.

- (2017), ‘„Jamaika kann uns schreddern“. Interview mit Jamila Schäfer’, *die tageszeitung*, 10 Oct <<https://www.taz.de/!5454010/>>, accessed 9 Mar 2018.
- Schulze, K. (2013)**, ‘Jung gegen Alt - eine Koalitionsfrage’, *Der Tagesspiegel*, 15 Nov <<http://www.tagesspiegel.de/politik/generationengerechtigkeit-jung-gegen-alt-eine-koalitionsfrage/9083586.html>>, accessed 12 Feb 2018.
- Spiegel Online (2001)**, ‘“Joints“ für Claudia Roth’, *Spiegel Online*, 25 Nov <<http://www.spiegel.de/politik/ausland/gruenen-parteitag-joints-fuer-claudia-roth-a-169637.html>>, accessed 9 Jun 2018.
- (2002), ‘“In drei Wochen soll die Regierung stabil sein“’, *Spiegel Online*, 23 Sep <<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/rot-gruene-koalitionsverhandlungen-in-drei-wochen-soll-die-regierung-stabil-sein-a-215253.html>>, accessed 20 Jan 2018.
- (2003), ‘Fischer wirbt für EU-Perspektive der Türkei’, 29 Nov <<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/live-aus-neapel-fischer-wirbt-fuer-eu-perspektive-der-tuerkei-a-276091.html>>, accessed 17 Mar 2018.
- Steinau, M. (2017)**, ‘„Union und FDP müssen mit Blockadehaltung aufhören“: Bundessprecher der Grünen Jugend rechnet mit Verhandlungspartnern ab’, *Business Insider*, 17 Nov <<https://www.businessinsider.de/gruene-max-lucks-ueber-die-sondierungsverhandlungen-2017-11>>, accessed 9 Mar 2018.
- Stifel, A. (2018)**, *Vom erfolgreichen Scheitern einer Bewegung* (Wiesbaden: VS).
- Stock, A. (2008)**, *Neumitglieder im Visier. Das Rekrutierungsmanagement der politischen Nachwuchsorganisationen am Beispiel der NRW-Landesverbände* (Marburg: Tectum-Verlag).
- Stuttgarter Nachrichten (2014)**, ‘Kretschmann verteidigt Asylpolitik’, *Stuttgarter Nachrichten*, 22 Nov <<https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.parteitag-der-gruenen-kretschmann-verteidigt-asylpolitik.c1ad7432-b3ae-4135-b546-db0bb21fa7f0.html>>, accessed 24 Mar 2018.
- Switek, N. (2012)**, ‘Bündnis 90/Die Grünen: Zur Entscheidungsmacht grüner Bundesparteitage’, in K.-R. Korte (ed.), *Wie entscheiden Parteien? Prozesse innerparteilicher Willensbildung in Deutschland* (Baden-Baden: Nomos), 121–54.
- (2013), ‘Wachhund oder Schoßhund? Die Rolle der Parteibasis bei der Koalitionsbildung’, in F. Decker and E. Jesse (eds.), *Die deutsche Koalitionsdemokratie vor der Bundestagswahl 2013* (Baden-Baden: Nomos), 115–39.
- (2015), *Bündnis 90/Die Grünen: Koalitionsentscheidungen in den Ländern* (Baden-Baden: Nomos).
- Tagesschau (1999)**, ‘Landtagswahl Hessen 1999’, *tagesschau.de*, 1999 <<https://wahl.tagesschau.de/wahlen/1999-02-07-LT-DE-HE/index.shtml>>, accessed 19 Dec 2017.

- (2017), ‘Bundestagswahl 2017’, *tagesschau.de*, 2017 <<https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2017-09-24-BT-DE/index.shtml>>, accessed 19 Mar 2018.
- Taruttis, K. (2016)**, ‘So wollen junge Politiker Flüchtlingen eine Chance geben’, *Junge Wirtschaft*, 1/2016: 14-15.
- Teevs, C., AFP, DPA et al. (2011)**, ‘Grüne stimmen Atomausstieg bis 2022 zu’, *Spiegel Online*, 25 Jun <<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/parteitag-zur-energie-wende-gruene-stimmen-atomausstieg-bis-2022-zu-a-770562.html>>, accessed 29 Apr 2018.
- Thewalt, A. (2003)**, ‘Die Erscheinung Fischers’, *die tageszeitung*, 1 Dec <<https://www.abendblatt.de/politik/deutschland/article106814412/Die-Erscheinung-Fischers.html>>, accessed 17 Mar 2018.
- Thurich, E. (2011)**, ‘Ring politischer Jugend’, in E. Thurich (ed.), *pocket politik. Demokratie in Deutschland* (Bonn: BpB).
- Törne, L. (2001)**, ‘Der Tag danach: Nato ruft erstmals den Bündnisfall aus’, *Der Tagesspiegel*, 12 Sep <<https://www.tagesspiegel.de/politik/der-tag-danach-nato-ruft-erstmals-den-buendnisfall-aus/255520.html>>, accessed 17 Apr 2018.
- Treibel, J. (2012)**, ‘Was bedeutet innerparteiliche Willensbildung? Forschungsstand und theoretische Zugänge’, in K.-R. Korte (ed.), *Wie entscheiden Parteien? Prozesse innerparteilicher Willensbildung in Deutschland* (Baden-Baden: Nomos), 7–34.
- (2013), ‘Innerparteiliche Entscheidungsprozesse Interne Machtverhältnisse und Modi der Entscheidungsfindung’, in K.-R. Korte and T. Grunden (eds.), *Handbuch Regierungsforschung* (Wiesbaden: VS), 359–69.
- Uwer, H. (2002)**, ‘Trennung von Amt und Mandat weiter aufweichen’, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 29 Jan <<http://www.faz.net/aktuell/politik/gruene-trennung-von-amt-und-mandat-weiter-aufweichen-147954.html>>, accessed 17 Mar 2018.
- van Riel, A. (2014)**, ‘Der Unbequeme’, *Neues Deutschland*, 2 Jul <<https://www.neues-deutschland.de/artikel/937802.der-unbequeme.html>>, accessed 19 Mar 2018.
- (2016), ‘Angela Merkels grüner Fanklub’, *Neues Deutschland*, 8 Jan <<https://www.neues-deutschland.de/m/artikel/997245.angela-merkels-gruener-fanklub.html?failed=1&username=>>, accessed 8 Mar 2018.
- Voges, J. (1994)**, ‘“Wir sind kein Anhängsel der Partei“’, *die tageszeitung*, 17 Jan: 5.
- Volk, C. (2008)**, *Im Auftrag der Jugend?: Jugendorganisationen der Volksparteien und ihre politischen Themen ; die Junge Union Baden-Württemberg als Beispiel* (Marburg: Tectum-Verlag).
- Volkman, U. (2006)**, ‘Die Jugendorganisationen der Parteien – Struktur, rechtliche Stellung, Finanzierung’, in U. von Alemann, M. Morlok, and T. Godewerth (eds.), *Jugend und Politik. Möglichkeiten und Grenzen politischer Beteiligung der Jugend* (Baden-Baden: Nomos), 112–23.

- vom Scheidt, N. (1997), “... und es lohnt sich doch!“, *Jugendpolitik*, 4/1997: 26–27.
- von Alemann, U. (1995) (ed.), *Politikwissenschaftliche Methoden: Grundriß für Studium und Forschung* (Opladen: Westdeutscher Verlag).
- (2015), ‘Die Entstehung und Entwicklung der deutschen Parteien’, BPB-Dossier Parteien, 25 Feb <<https://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/202312/entstehung-und-entwicklung-bis-1933>>, accessed 2 Jan 2018.
- von Bebenburg, P. (1995), ‘Teens, Twens und eine Partei, die sich selbst jung fühlt’, *Frankfurter Rundschau*, 4 Jan: 3.
- Weiland, G. (2015), ‘Afghanistan-Chronologie’, Stiftung Wissenschaft und Politik, 4 May <<https://www.swp-berlin.org/swp-themendossiers/afghanistaneinsatz/weiterfuehrendes-material/afghanistan-chronologie/>>, accessed 17 Apr 2018.
- Westerwelle, G. (1994), *Das Parteienrecht und die politischen Jugendorganisationen* (Baden-Baden: Nomos).
- Wiesendahl, E. (2010), ‘Der Organisationswandel politischer Parteien. Organisations- und wandlungstheoretische Grundlagen’, in U. Jun (ed.), *Parteien als fragmentierte Organisationen. Erfolgsbedingungen und Veränderungsprozesse* (Opladen: Budrich), 35–64.
- Winden, D. (1997), ‘Die Tigerenten-Generation’, *die tageszeitung*, 31 May: 30.
- Wolf, F., Heindl, A., and Jäckle, S. (2015), ‘Prozessanalysen und (vergleichende) Einzelfallstudien’, in A. Hildebrandt, S. Jäckle, F. Wolf et al. (eds.), *Methodologie, Methoden, Forschungsdesign. Ein Lehrbuch für fortgeschrittene Studierende der Politikwissenschaft* (Wiesbaden: VS), 215–40.
- Wolff, O. (2013), ‘„Für Schwarz-Grün fehlt mir die Fantasie“. Interview mit Jens Parker’, *Tip Berlin*, 10 Oct <<https://www.tip-berlin.de/sondierungsgespaech-schwarz-gruen/>>, accessed 12 Feb 2018.
- Wolff, S. (2007), ‘Dokumenten- und Aktenanalyse’, in U. Flick, E. von Kardorff, and I. Steinke (eds.), *Qualitative Forschung. Ein Handbuch* (5th edn., Reinbek bei Hamburg: Rohwolt), 502–13.
- Wonka, D. (2017), ‘Jungpolitiker ringen um das Jamaika-Bündnis’, *Hannoversche Allgemeine Zeitung*, 18 Nov <<http://www.haz.de/Nachrichten/Politik/Deutschland-Welt/Jungpolitiker-ringen-um-das-Jamaika-Buendnis>>, accessed 9 Mar 2017.
- Wrusch, P. (2009), ‘Handzahn und vegan’, *die tageszeitung*, 19 Oct <<https://www.taz.de/!5154137/>>, accessed 5 Feb 2018.
- Yin, R. K. (2003), *Case study research: Design and methods* (3<sup>rd</sup> edn., Thousand Oaks, Kalifornien: Sage).
- (2014), *Case study research: Design and methods* (5<sup>th</sup> edn., Los Angeles: Sage).
- Zeit Online (2016), ‘Große Koalition einigt sich auf zweites Asylpaket’, *Zeit Online*, 28 Jan <<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-01/grosse-koalition-einigt-sich-auf-zweites-asylpaket>>, accessed 8 Mar 2018.

**Zeit Online, and DPA (2009)**, 'Grüne Jugend probt den Aufstand', *Zeit Online*, 17 Oct <<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2009-10/gruene-kuenast-oezdemir/komplettansicht>>, accessed 17 Mar 2018.

## Liste der Interviews

Agena, Gesine (2018)

Beisitzern im Bundesvorstand der Grünen Jugend (Oktober 2008-Oktober 2009); Bundessprecherin der Grünen Jugend (Oktober 2009-Oktober 2011); Kandidatin der Grünen Jugend für den Parteirat von Bündnis 90/Die Grünen (2012). Telefoninterview am 6.4.2018.

Augner, Jens (2018)

Bundessprecher des GAJB (Juni 1994-Mai 1996; November 1996-Mai 1998). Telefoninterview am 5.4.2018.

Büning, Emily (2018)

Politische Geschäftsführerin im Bundesvorstand der Grünen Jugend (Oktober 2009-Oktober 2010); Bundessprecherin der Grünen Jugend (Oktober 2010-Oktober 2011). Telefoninterview am 3.4.2018.

Graf, Werner (2018)

Bundessprecher der Grünen Jugend (April 2000-April 2002). Telefoninterview am 23.4.2018.

Husen, Katja (2018)

Beisitzerin im Bundesvorstand des GAJB (Mai 1998-Oktober 1998); Bundessprecherin des GAJB (Oktober 1998-April 2000); Kandidatin der Grünen Jugend für den Bundesvorstand von Bündnis 90/Die Grünen (2002). Telefoninterview am 11.4.2018.

Lang, Ricarda (2018)

Beisitzerin im Bundesvorstand der Grünen Jugend (November 2015-Oktober 2017); Bundessprecherin der Grünen Jugend (seit Oktober 2017). Telefoninterview am 19.4.2018.

Marquardt, Erik (2018)

Politischer Geschäftsführer im Bundesvorstand der Grünen Jugend (November 2013-Oktober 2014); Bundessprecher der Grünen Jugend (Oktober 2014-November 2015). Telefoninterview am 11.4.2018.

Müller, Christian (2018)

Organisatorischer Geschäftsführer des GAJB / der Grünen Jugend (Mai 1998-September 2002). Telefoninterview am 13.4.2018.

Parker, Jens (2018)

Schatzmeister der Grünen Jugend (Oktober 2010-Oktober 2012); Bundessprecher der Grünen Jugend (Oktober 2012-November 2013). Telefoninterview am 4.4.2018.

Riester, Paula (2018)

Beisitzerin im Bundesvorstand der Grünen Jugend (Mai 2005-November 2006); Bundessprecherin der Grünen Jugend (November 2006-Mai 2008). Telefoninterview am 5.4.2018.

Rottmann, Manuela (2018)

Beisitzerin im Bundesvorstand des GAJB (Januar 1994-November 1995); Bundessprecherin des GAJB (November 1995-November 1996). Telefoninterview am 9.4.2018.

Schilling, Stephan (2018)

Schatzmeister der Grünen Jugend (September 2002-Mai 2004); Bundessprecher der Grünen Jugend (Mai 2004-November 2006). Telefoninterview am 3.4.2018.

Schäfer, Jamila (2018)

Mitglied der SPUNK-Redaktion (November 2013-April 2015); Beisitzerin im Bundesvorstand der Grünen Jugend (Oktober 2014-April 2015); Bundessprecherin (April 2015-Oktober 2017). Telefoninterview am 4.4.2018.

Spitz, Malte (2018)

Mitglied der SPUNK-Redaktion (September 2002-Mai 2004); Beisitzer im Bundesvorstand der Grünen Jugend (Oktober 2003-Mai 2004); Politischer Geschäftsführer im Bundesvorstand der Grünen Jugend (Mai 2004-November 2006); Kandidat der Grünen Jugend für den Bundesvorstand von Bündnis 90/Die Grünen (2006, 2008, 2010). Telefoninterview am 19.4.2018.

von der Ahe, Benjamin (2018)

Bundesschatzmeister der Grünen Jugend (März 2001-April 2002); Bundessprecher der Grünen Jugend (April 2002-Oktober 2003); Kandidat der Grünen Jugend für den Parteirat von Bündnis 90/Die Grünen (2002); Kandidat der Grünen Jugend für die Europawahlliste (2004). Telefoninterview am 6.4.2018.



**Anhang**

Kapitel 3.1	Forschungsstrategie: Qualitative Fallstudie
Kapitel 3.1	Spezifisches Fallstudiendesign: Einzelfallstudie
Kapitel 3.2	Untersuchungsobjekt / Fall: Grüne Jugend Bundesverband
Kapitel 3.5.1	Datenquellen: 1. Dokumente 2. leitfadengestützte Experteninterviews
Kapitel 3.5.2	Datenanalyse: 1. Sequenz: Dokumentenanalyse 2. Sequenz: Interviewanalyse

Tabelle 2: Darstellung des Forschungsdesigns (Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Doege and Martini 2009: 151)

Beispiel Zitation	Erläuterung	Entstehungszeitraum der Dokumente	Ort / Übertragung
AGG, D.I.3, 2	Dokumente mit dieser Zitation befinden sich in den bereits inventarisierten Akten im Archiv Grünes Gedächtnis	1994-2013	Archiv Grünes Gedächtnis / analog
AGG, D.I.3, [63]	Dokumente mit dieser Zitation befinden sich in den <i>vorläufig</i> inventarisierten Akten im Archiv Grünes Gedächtnis	1994-2013	Archiv Grünes Gedächtnis / analog
AGG, Archiv Infothek Digital	Dokumente mit dieser Zitation befinden sich in der Infothek des Archivs Grünes Gedächtnis und können dort digital eingesehen werden. Dabei handelt es sich um Dokumente aus verschiedenen Parteigremien, wie den BDKen, Länderräten oder Parteiräten	1994-2017	Archiv Grünes Gedächtnis / digital
AGG, D.I.3, elekt. Ablage	Dokumente mit dieser Zitation wurden auf einer Festplatte im Archiv Grünes Gedächtnis abgegeben und können dort im elektronischen Archiv eingesehen werden; Akz 1139; Akz 1080	2000-2016	Archiv Grünes Gedächtnis / digital
GJ BGS, analoge Ablage, 1.3.2018	Dokumente mit dieser Zitation wurden am 1.3.2018 in Ordnern der Bundesgeschäftsstelle der Grünen Jugend in Berlin eingesehen und befinden sich dort in analoger Form.	2008-2017	Bundesgeschäftsstelle der Grünen Jugend / analog
GJ BGS, elekt. Ablage, 16.1.2018	Dokumente mit dieser Zitation wurden am 16.3.2018 auf dem Server der Bundesgeschäftsstelle der Grünen Jugend in Berlin eingesehen und befinden sich dort in digitaler Form	2001-2017	Bundesgeschäftsstelle der Grünen Jugend / digital

Beispiel Zitation	Erläuterung	Entstehungszeitraum der Dokumente	Ort / Übertragung
GJ Pad, 25.1.2018	Dokumente mit dieser Zitation entstammen dem kollaborativen Online-Dokument Etherpad, wurden am angegebenen Datum von der Bundesgeschäftsführerin heruntergeladen und der Autorin der Forschungsarbeit per E-Mail geschickt	2013-2017	Etherpad / digital
GJ Cloud, 1.3.2018	Dokumente mit dieser Zitation entstammen der Nextcloud der Grünen Jugend, auf die die Autorin der Forschungsarbeit vorübergehenden Zugang hatte. Die Dokumente wurden am angegebenen Datum heruntergeladen.	2015-2017	Nextcloud/ digital

Tabelle 3: Übersicht über die Bestandteile des Materialkorpus und Erläuterung zu den Zitationsweisen (Quelle: Eigene Darstellung)

## **Anmerkung zur Erstellung des Interviewleitfadens**

Im Folgenden werden das Vorgehen und die zugrundeliegende Strategie bei der Erstellung der Leitfäden für die Experteninterviews erläutert. Beim Aufbau des Leitfadens orientierte sich die Autorin an Bogner et al. 2014: 58–70., die zwischen erzählgenerierenden Fragen, Stellungnahmen und Bewertungsfragen, Sondierungen, Faktenfragen und thematischer Steuerung unterscheiden.

### **Begriffsklärung:**

Vor der Erstellung der Leitfäden und der Durchführung des Interviews hat die Forscherin die zentralen Begriffe „Strategie“ und „Einflussnahme“ in verständlicher Weise definiert und deren zentrale Bedeutung erfasst.

- Einfluss: Wirkung eines Akteurs auf andere Akteure mit dem Ziel, Einstellungen, Inhalte, Überzeugungen oder Entscheidungen zu verändern
- Strategie: Handlung, die bewusst geplant und darauf ausgerichtet ist, ein bestimmtes Ziel zu erreichen, bei der der Fokus auf der Absicht der Handlung liegt

Nach Diskussionen mit Freunden und Familie hat sich die Autorin dieser Arbeit jedoch dazu entschieden, die beiden Begriffe im Rahmen der Interviews nicht als solche zu nutzen, sondern diese zu umschreiben (z.B. durch Wege, Maßnahmen, einwirken, hineinragen, einmischen, durchsetzen). Grund dafür war die Erkenntnis, dass die Begriffe von manchen Personen als negativ besetzt aufgefasst und mit dem Themenfeld Lobbyismus in Verbindung gebracht werden. Die Vermeidung der Begriffe ist der Interviewerin bis auf wenige Ausnahmen gut gelungen. Teilweise haben die Interviewpartner die Begriffe jedoch während des Gesprächs selbst eingeführt und genutzt.

### **Einleitung:**

Zu Beginn des Interviews wurde das Forschungsprojekt rund um die Arbeit vorgestellt und die Interviewpartner um die Zustimmung zur Aufnahme gebeten. Nachfragen gab es wenige und das Interesse am Interview schien durchweg sehr groß, was sich auch daran zeigte, dass die Interviewpartner viel Zeit für die Fragen mitgebracht haben. An dieser Stelle muss angemerkt werden, dass alle Interviews per Telefon oder Skype durchgeführt wurden.

### **Beginn des Interviews:**

Nach der Einleitung startete das Interview mit zwei bis drei sehr allgemeinen und erzählgenerierenden Fragen, in denen die Interviewpartner dazu aufgefordert wurden, ihre Aufgaben im jeweiligen Amt zu beschreiben und Hauptthemen der Grünen Jugend zu ihrer Zeit im Bundesvorstand zu nennen. Dies dient zum einen dazu, die Erinnerung der Interviewpartner an die aktive Zeit in der Grünen Jugend wachzurütteln. Zum anderen war dieses Vorgehen hilfreich, um inhaltliche Schwerpunkte für die spätere Analyse zu identifizieren und um im Verlauf des Interviews immer wieder Anknüpfungspunkte zu haben („Sie hatten am Anfang schon erwähnt, dass ...“).

- Beispiel 1: Sie waren ja xx Jahre lang Bundessprecher. Könnten Sie zum Einstieg schildern, was Ihre konkreten Aufgaben in dieser Zeit waren?
- Beispiel 2: Für welche Ziele hat die Grüne Jugend zu Ihrer aktiven Zeit gekämpft?
- Beispiel 3: Was waren Themen, auf die sich die Grüne Jugend fokussiert hat?

### **Überleitung zur Thematik der Masterarbeit:**

Auch für die Überleitung zum konkreten Thema der Masterarbeit wurden einige erzählgenerierende Fragen gestellt, die jedoch zugespitzter formuliert waren.

- Beispiel 1: In der Masterarbeit schaue ich mir ja an, wie sich das Verhältnis zwischen der Grünen Jugend und den Grünen über die Zeit verändert. Die Grüne Jugend hatte schon immer den Anspruch, auch Themen in die Partei hineinzutragen. Ganz allgemein: Welche Wege hat der Bundesvorstand zu Ihrer Zeit genutzt, um Themen in der Partei zu positionieren? (Nachfrage: Haben Sie dafür ein konkretes Beispiel?)
- Beispiel 2: Bei den Grünen gibt es ja verschiedene Gremien, in denen Entscheidungen getroffen oder vorbereitet werden – also die Parteitage, den Länderrat, die Bundesarbeitsgemeinschaften oder den Parteirat. In welcher Form hat man diese genutzt, um eigene Wünsche in die Partei hineinzutragen? (Nachfragen: Haben Sie dafür ein konkretes Beispiel? Welches war denn aus deiner Sicht das wichtigste Gremium, um Themen zu platzieren und durchzusetzen?)
- Beispiel 3: Ein Gremium, das bei den Grünen sehr zentral ist und im Vergleich zu anderen Parteien auch eine große Macht hat, sind die Bundesdelegiertenkonferenzen, auf denen die Grüne Jugend oft Anträge

eingebraucht hat. Wie hat man denn versucht, für die eigenen Anträge zu werben?

### **Hauptfragen:**

Nach der Überleitung zum konkreten Thema fand ein Wechsel zwischen breiteren, erzählgenerierenden und spezifischeren Sondierungsfragen statt. Dabei wurde immer erst eine erzählgenerierende Frage gestellt, gefolgt von einer Nachfrage oder einer Frage zu einem konkreten Fall. Bei der Formulierung der Frage wurde der Tatsache Rechnung getragen, dass die aktive Zeit vieler Interviewpartner schon Jahre oder Jahrzehnte vorüber und die Erinnerungen lückenhaft sind („Haben Sie noch in Erinnerung, wie ...“). Außerdem wurde darauf geachtet, dass die Fragen offen formuliert und diese auch priorisiert wurden, so dass die Beantwortung der wichtigsten Fragen sichergestellt werden konnte. Die Hauptfragen waren auf den jeweiligen Interviewpartner und den Zeitraum zugeschnitten.

- Beispiel 1: Auf dem Bundesparteitag 1996 in Suhl bekam Grüne Jugend Recht zugesprochen, Vertreter in die Bundesarbeitsgemeinschaften zu entsenden. Wissen Sie noch, von wem die Initiative zu diesem Schritt ausging? (Nachfrage: Warum wollte man dort Vertreter?)
- Beispiel 2: Sie wurden 2012 in den Parteirat der Grünen gewählt und hatten dafür ein Votum der Grünen Jugend. Von wem ging da die Initiative für die Bewerbung aus? (Nachfragen: Können Sie sich noch erinnern, wie Sie der Bundesverband bei der Kandidatur unterstützt hat? Wie sah die Zusammenarbeit mit der Grünen Jugend nach ihrer Wahl dann in der Praxis aus? Haben Sie ein konkretes Beispiel der Zusammenarbeit?)
- Beispiel 3: Die Grüne Jugend kämpfte lange Zeit für eine Bürgerversicherung. Können Sie sich noch daran erinnern, mit welchen Mitteln Sie es geschafft haben, dass die Grünen diese 2005 ins Wahlprogramm aufgenommen haben? (Nachfragen: Sie veröffentlichten 2004 in der Frankfurter Rundschau einen Artikel zur Bürgerversicherung. Wer war Adressat des Artikels? Was war das Ziel des Artikels? In den Jahren 2003 bis 2005 gab es große Debatten zur Agenda 2010. In diesem Zusammenhang veröffentlichte die Grüne Jugend 2003 einen gemeinsamen Brief mit den Jusos an die Bundestagsabgeordneten zur Bürgerversicherung. Wie kam es dazu? Warum arbeiteten Sie genau mit den Jusos zusammen? Nachfrage: Was hat man sich von der Zusammenarbeit versprochen?)

- Beispiel 4: In den Jahren 2016 und 2017 gab es immer wieder Diskussionen über eine schwarz-grüne Regierung. Was war die Position der Grünen Jugend? (Nachfragen: Wie hat man versucht, schwarz-grün zu verhindern? Sie haben sich mit Stefan Liebich (Oslo-Gruppe) getroffen. Wissen Sie noch, wer die Initiative für das Treffen ergriffen hat? Was war das Ziel des Treffens? Während der Debatten zu möglichen Koalitionen war die Grüne Jugend sehr häufig in den Medien präsent. Was war das Ziel dahinter? Ende September 2017 verabschiedeten Länderrat und Parteirat Beschlüsse, die den Weg frei machten für Sonderungsgespräche mit FDP und CDU. Wie hat die Grüne Jugend darauf reagiert?)
- Beispiel 5: Haben Sie damals auch versucht, sich bei Personalentscheidungen einzumischen? (Nachfragen: Wissen Sie noch, wie genau? Wie in den Dokumenten deutlich wird, hatte die Grüne Jugend nicht das beste Verhältnis zu Joschka Fischer. Was hat man an ihm und seiner Politik kritisiert? Wie hat man versucht, sich ihm entgegenzustellen? Im November 2003 gab es einen Parteitag in Dresden, auf dem Joschka Fischer aus Neapel zugeschaltet wurde. Die Grüne Jugend hat sich eine Aktion überlegt und hat sich auf Teppiche gekniet und Fischer sozusagen „gehuldigt“. Was wollte man mit dieser Aktion bezwecken?)

### **Füllfragen:**

Für den Fall, dass nach dem Stellen aller Hauptfragen noch genug Zeit war, wurden einige Füllfragen formuliert, um allgemeine Entwicklungen und Tendenzen abzufragen.

- Beispiel 1: Zentraler Bestandteil der Bundeskongresse war die Verabschiedung von Beschlüssen. Hat man diese versucht in die Partei reinzuspielen? (Nachfrage: Haben Sie ein konkretes Beispiel?)
- Beispiel 2: Wie hat sich die Grüne Jugend denn mit Blick auf die Strömungen innerhalb der Grünen positioniert? (Nachfragen: Inwieweit haben die Strömungen bei der Wahl eurer Kooperationspartner eine Rolle gespielt? Nach welchen Kriterien habt ihr eure Kooperationspartner ausgewählt?)
- Beispiel 3: Die Grüne Jugend wollte von Anfang an keine Kaderschmiede sein. Galt der Anspruch zur Ihrer aktiven Zeit im Bundesvorstand immer noch?

### **Abschlussfragen:**

Zum Abschluss wurden erneut ein bis zwei erzählgenerierende Fragen gestellt, um das Interview abzurunden. Darüber hinaus wurde die Zeit der Begleitung des jeweiligen Amtes abgefragt, um Fehler zu vermeiden.

- Beispiel 1: Was war denn Ihr persönliches Highlight in der Zeit, in der Sie das Amt begleitet haben?
- Beispiel 2: Welcher Bundeskongress ist Ihnen persönlich am besten in Erinnerung geblieben und warum?
- Beispiel 3: Sie waren von xx bis xx Bundessprecher und wurden xx in den Parteirat gewählt. Ist das soweit richtig?

**Interviewdauer:**

Die Dauer der Interviews variierte zwischen ca. 21 Minuten und ca. 70 Minuten, wobei die meisten Interviews etwa 50 Minuten dauerten.

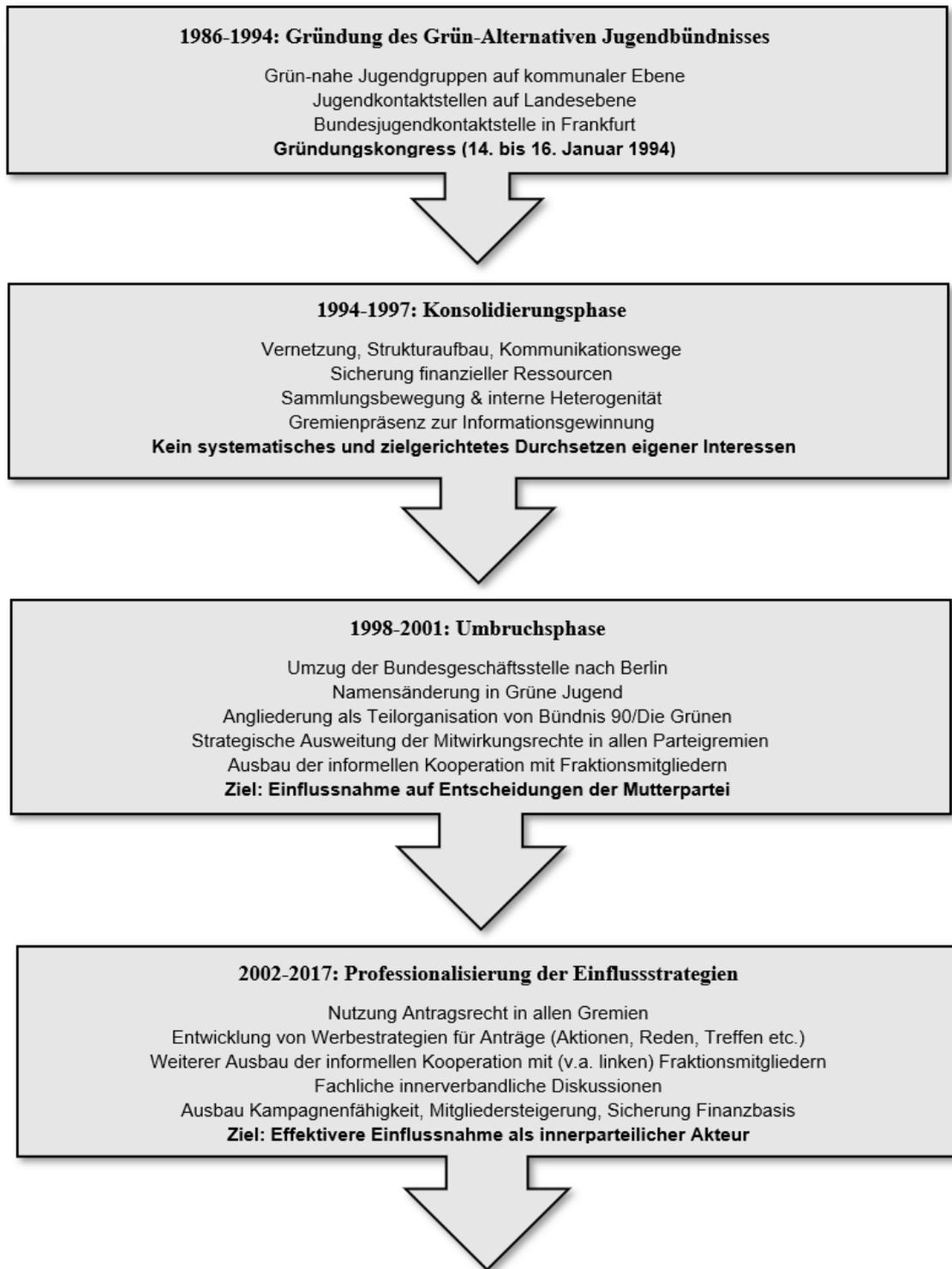


Abbildung 1: Übersicht über das Phasenmodell zur Entwicklung der Grünen Jugend (Eigene Darstellung basierend auf den genannten Quellen in Kapitel 4)

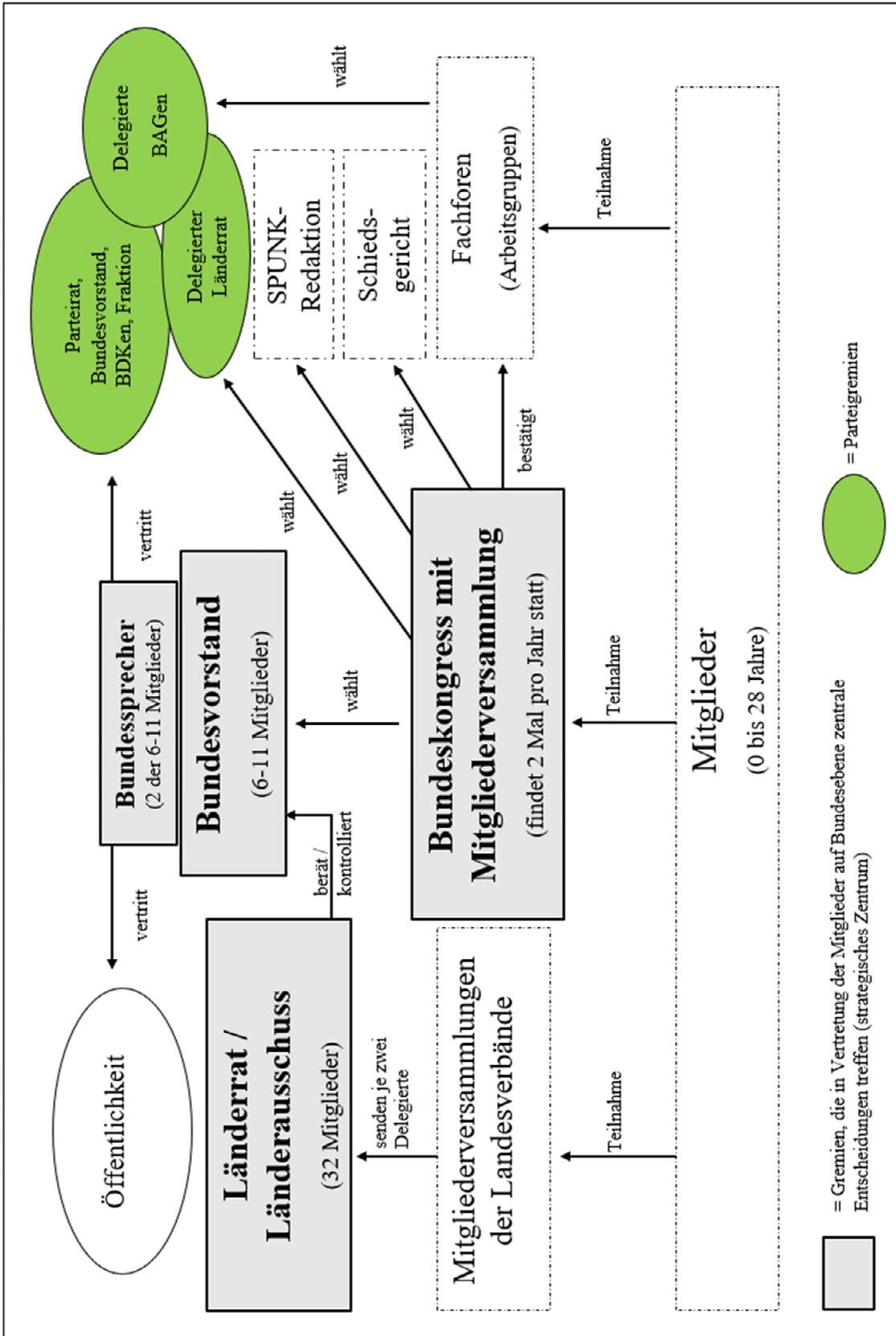


Abbildung 2: Aufbau des GAJB / der Grünen Jugend zwischen 1994 und 2001 (Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Organigramm in AGG, Grün 503-5: 5–6 und Satzung in AGG, D.I.3, 4 (1/2))

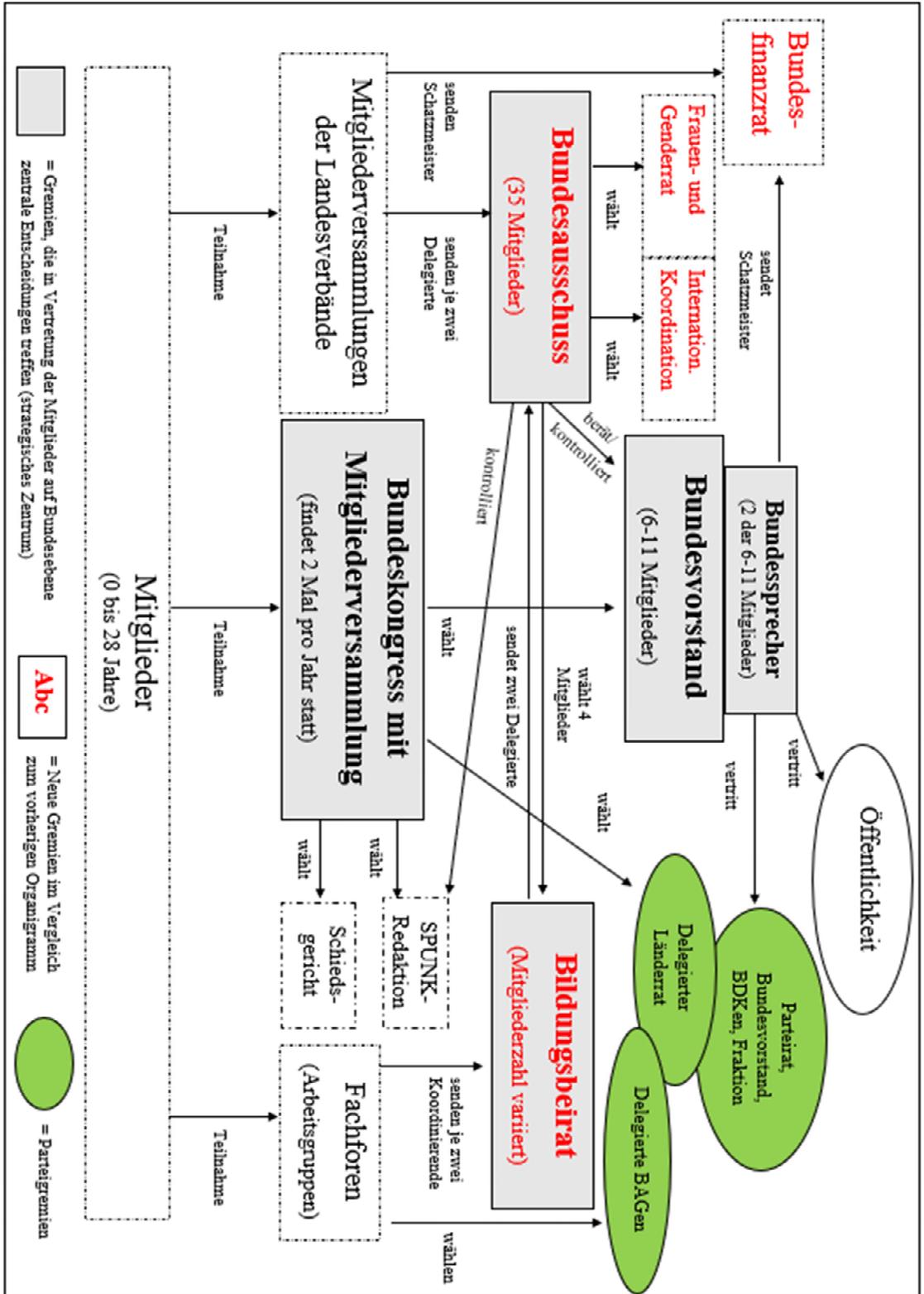


Abbildung 3: Aufbau der Grünen Jugend zwischen 2002 und 2013 (Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Organigramm in GJ BGS, elekt. Ablage, 16.1.2018)

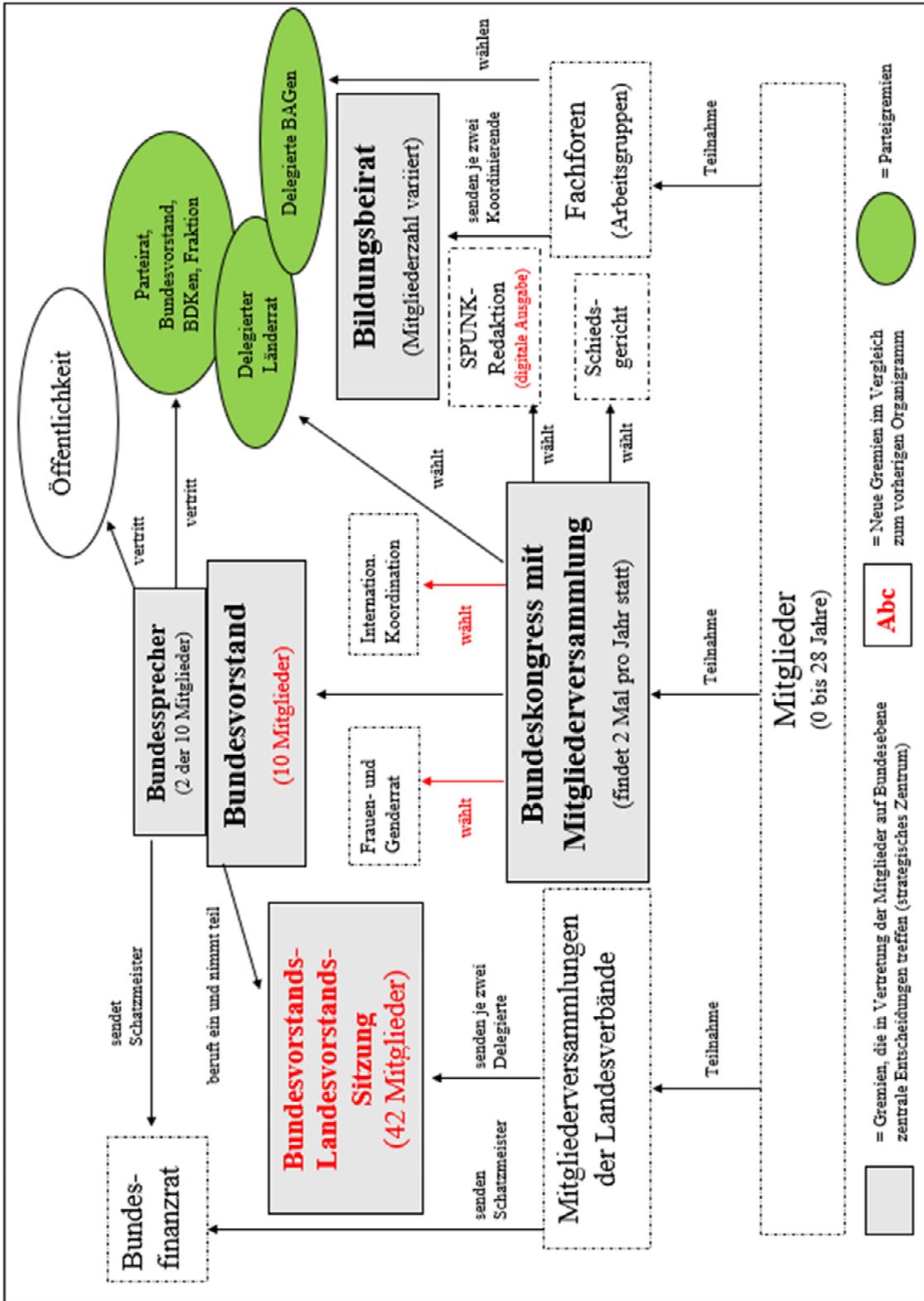


Abbildung 4: Aufbau der Grünen Jugend zwischen 2014 und 2017 (Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Dokumente in GJ BGS, elekt. Ablage, 16.1.2018 und Grüne Jugend 2016c)

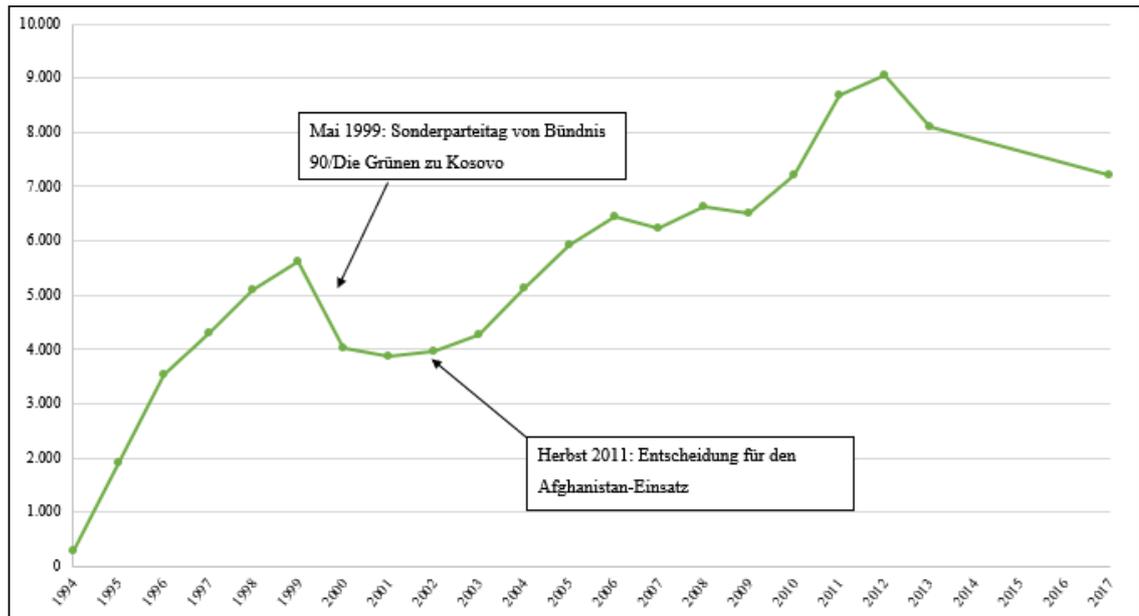


Abbildung 5: Mitgliederentwicklung des GAJB / der Grünen Jugend von 1994 bis 2017; Zahlen jeweils vom Januar eines Jahres oder Dezember eines Vorjahres (Quelle: Eigene Darstellung nach Mitgliederstatistiken in GJ BGS, elekt. Ablage, 16.1.2018)

<b>Jahr der Kandidatur</b>	<b>Name</b>	<b>Wahlerfolg</b>	<b>Votum der Grünen Jugend</b>	<b>Position in der Grünen Jugend</b>
2002	Katja Husen	ja	ja	Bundessprecherin
2006	Malte Spitz	ja	ja	Pol. Geschäftsführer
2008	Malte Spitz	ja	ja	Pol. Geschäftsführer
2010	Malte Spitz	ja	ja	Pol. Geschäftsführer
2013	Gesine Agena	ja	nein (Altersgrenze überschritten)	Pol. Geschäftsführerin

Tabelle 4: Mitglieder des Bundesvorstands der Grünen Jugend, die für den Bundesvorstand von Bündnis 90/ Die Grünen kandidiert haben (Quellen: AGG, D.I.3, [73]; AGG, D.I.3, [92]; AGG, D.I.3, [99]; AGG, D.I.3, elekt. Archiv; GJ BGS, elekt. Ablage, 16.1.2018; Heinrich-Böll-Stiftung 2014: 33)

Jahr der Kandidatur	Name	Wahlerfolg	Votum der Grünen Jugend	Position in der Grünen Jugend
2002	Benjamin von der Ahe	nein	ja	Bundessprecher
2006	Julia Seeliger	ja	ja	Schatzmeisterin
2008	Arvid Bell	ja	ja	Vertreter der Grünen Jugend im Koordinierungskreis von attac
2010	Max Löffler	ja	ja	Bundessprecher
2012	Gesine Agena	ja	nein (Altersgrenze überschritten)	Bundessprecherin
2015	Erik Marquardt	ja	nein (Altersgrenze überschritten)	Bundessprecher
2015	Malte Spitz	ja	nein (Altersgrenze überschritten)	Pol. Geschäftsführer
2015	Ska Keller	ja	nein (Altersgrenze überschritten)	Beisitzerin

Tabelle 5: Mitglieder des Bundesvorstands der Grünen Jugend, die für den Parteirat von Bündnis 90/ Die Grünen kandidiert haben (Quellen: AGG, Archiv Infothek Digital; AGG, D.I.3, [86]; AGG, D.I.3, [92]; AGG, D.I.3, [99]; AGG, D.I.3, [123]; AGG, D.I.3, elekt. Archiv; DPA 2008; Gathmann 2008; GJ BGS, elekt. Ablage, 16.1.2018; Lohre 2010: 4; Paulsen 2010; Schäfer and Heuberger 2016)

<b>Jahr der Kandidatur</b>	<b>Name</b>	<b>Wahlerfolg</b>	<b>Votum der Grünen Jugend</b>	<b>Position in der Grünen Jugend</b>
2004	Benjamin von der Ahe	nein	ja	Bundessprecher
2009	Jan-Philipp Albrecht	ja	ja	Bundessprecher
2009	Ska Keller	ja	ja	Bundessprecherin
2014	Terry Reintke	ja	ja	Beisitzerin

Tabelle 6: Mitglieder des Bundesvorstands der Grünen Jugend, die für die Europawahlliste von Bündnis 90/ Die Grünen kandidiert haben (Quellen: AGG, D.I.3, [95]; AGG, D.I.3, [97]; AGG, D.I.3, [99]; AGG, D.I.3, [123]; AGG, D.I.3, elekt. Archiv; GJ BGS, elekt. Ablage, 16.1.2018; Grüne Jugend 2013d)

## Stachel im Fleisch der Mutterpartei

Strategien der Parteienachwuchsorganisation Grüne Jugend zur Einflussnahme auf die Mutterpartei Bündnis 90/Die Grünen.

Larissa Rohr

Larissa Rohr beschäftigt sich in ihrer exzellenten Master-Arbeit mit dem Verhältnis der grünen Jugendorganisation zu ihrer 'Mutterpartei' Bündnis 90/Die Grünen. Dieser Themenkomplex berührt nicht nur grundsätzliche Fragen der Parteien- und Organisationsforschung, wie Fragen der politischen Beteiligung von Jugendlichen, sondern ist vor dem Hintergrund der Geschichte der Grünen als Geschichte der Organisationsreformen und ihrem selbsterklärten Anspruch auf Unangepasstheit und Alternativität von besonderem Interesse. Die Autorin stützt sich für ihre Arbeit auf eine beeindruckende Fülle von Archivmaterial der Jugendorganisation, das erstmals wissenschaftlich ausgewertet wird. Darüber hinaus konnte sie vertiefend Interviews mit 15 zentralen Protagonisten führen. Beides ermöglicht ihr über eine lange Zeitspanne einen großartigen und detaillierten Einblick in das Innenleben der Grünen Jugend und deren strategischen Versuche der Einflussnahme, welche Larissa Rohr in Anknüpfung an den Forschungsstand rekonstruiert, ordnet und typologisiert. So zeichnet sie etwa sehr überzeugend nach, wie man sich über verschiedene Satzungsreformen Posten in Gremien der Mutterpartei sicherte und wie intensive und koordinierte Kampagnen konzipiert wurden, um bestimmte Themen nach vorne zu bringen und Entscheidungen in ihrem Sinne zu beeinflussen.

Duisburg, Juli 2018      Niko Switek

DOI: [10.17185/dupublico/71901](https://doi.org/10.17185/dupublico/71901)

ISBN:978-3-940402-30-1

# DuEPublico

Duisburg-Essen Publications online

UNIVERSITÄT  
DUISBURG  
ESSEN

*Offen im Denken*

ub | universitäts  
bibliothek

Dieser Text wird über DuEPublico, dem Dokumenten- und Publikationsserver der Universität Duisburg-Essen, zur Verfügung gestellt. Die hier veröffentlichte Version der E-Publikation kann von einer eventuell ebenfalls veröffentlichten Verlagsversion abweichen.

**DOI:** 10.17185/duepublico/71901

**URN:** urn:nbn:de:hbz:464-20200619-140803-0



Dieses Werk kann unter einer Creative Commons Namensnennung - Keine Bearbeitungen 4.0 Lizenz (CC BY-ND 4.0) genutzt werden.